

DAS ARGUMENT 138

Editorial: Ein Jahr Frauenredaktion	177
Albert Marius Soboul zum Gedenken	181
Ruth Rehmann: Abschied von der Meisterklasse	183

Frauen und Kultur

Kulturprojekt: Vom Nutzen eines kritischen Kulturbegriffs	189
Emily Hicks: Kultureller Marxismus	197
Biddy Martin: Weiblichkeit als kulturelle Konstruktion	210
Inge Baxmann: Weibliche Identitätsbildung und Revolutionsfeste	216
Jula Dech: »Vom Paradekissen zum Paradeplatz«	225

* * *

Furio Cerutti Lebendiges und Totes in der Theorie von Karl Marx	231
--	-----

Ausländerfeindlichkeit

K. Dohse: Massenarbeitslosigkeit und Ausländerpolitik	239
J. Frischknecht: Rassismus und Ausländerpolitik in der Schweiz	248
W. Elfferding: Zum »Heidelberger Manifest«	254

<u>Bibliographie</u> : Frieden (6): Evangelische Kirche (Füllkrug-Weitzel)	261
--	-----

<u>Dokumentation</u> : Für ein fortschrittliches Arbeitsschutzgesetz	266
--	-----

<u>Kongreßberichte</u> : 34. Historikertag; Germanistentag; Bielefelder Frauentag; Philosophinnen-Symposion; Energy Transition; Ankündigungen	267
---	-----

<u>Besprechungen</u> : Philosophiegeschichte; Soziolinguistik; Faust; Kultur und Ideologie; Arbeiterleben; Mädchenerziehung; Deutsche Arbeiterbewegung und SPD; Recht/Faschismus; Eurolinke	276
---	-----

Über die Autoren; Summeries; Zeitschriftencheck	282
---	-----

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter: Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Heinz-Harald Abholz (Berlin/W), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/W), Heiko Haumann (Freiburg), Dieter Herms (Bremen), Klaus Holzkamp (Berlin/W), Urs Jaeggi (Berlin/W), Baber Johansen (Berlin/W), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), Dorothee Sölle (Hamburg), Karl Hermann Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion: Dr. Dieter Borgers, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Nora Räthzel, Dr. Werner van Treeck

Autonome Frauenredaktion: Sünne Andresen, Ursula Blankenburg, Anke Bünz-Elfferding, Dagmar Burgdorf, Claudia Gdaniec, Dr. Frigga Haug, Kornelia Hauser, Birgit Jansen, Ursula Lang, Hannelore May, Dr. Barbara Nemitz, Erika Niehoff, Sigrid Pohl, Renate Prinz, Dr. Brita Rang, Petra Sauerwald, Christine Thomas, Dr. Silke Wenk, Heike Wilke

Redaktion und Verlag: Altensteinstraße 48a, 1 Berlin 33, Tel. 030/8314079

Anzeigen (o. Tausch): Runze/Casper, Jungfernstieg 20, 1 Berlin 45, Tel. 030/7722443

Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Besprechungen

Philosophie

<i>Subik, Christof</i> : Einverständnis, Verfremdung und Produktivität. Versuche über die Philosophie Brechts (<i>W.F. Haug</i>).....	276
<i>Schmidt, Richard Wilhelm</i> : Die Geschichtsphilosophie G.B. Vicos (<i>P. Körte</i>).....	277
<i>Steinvorth, Ulrich</i> : Stationen der politischen Theorie (<i>U. Richter</i>).....	278
<i>Altmann, Alexander</i> : Die Trostvolle Aufklärung (<i>H. Zinser</i>).....	279
<i>Henrich, Dieter, und Rolf-Peter Horstmann (Hrsg.)</i> : Hegels Philosophie des Rechts (<i>P. Körte</i>).....	280
<i>Colli, Giorgio</i> : Die Geburt der Philosophie (<i>B. Wahrig</i>).....	281

(Fortsetzung auf S. XIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1983 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 924 Seiten. — Einzelheft 12,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 9,- DM. Jahresabo inkl. Versand 63,80 DM; Stud. etc. 50,- DM. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufträge sollen höchstens 20. Rezensionen 2 MS. Seiten (11/Zeile) mit Band haben. Zeitschriften

Editorial

Frauen und Kultur

Die Frauenbewegung ist eine kulturelle Bewegung. Wenn wir so sprechen, hört man uns mit Triumph und Enttäuschung. Die einen dachten es sich schon immer, daß diese Bewegung nichts Rechtes, nur kulturell, mithin bürgerlich sei, jedenfalls nicht wahrhaft politisch. Die anderen sehen sich verurteilt, nicht ernst genommen, mißverstanden. Schließlich wollten sie mehr als bloß im Kulturellen sich herumtreiben. Wenn wir solches Echo auf unsere Worte hören, überlegen wir, ob wir uns anders ausdrücken müssen, um verstanden zu werden. Denn unter Kultur verstehen wir weit mehr und anderes, als man uns sagen hört. Wir meinen damit den Anspruch, Mensch zu sein in allen Bereichen und dies auch durchzusetzen versuchen. Wir wollten ein Heft machen zum Thema »Frau und Kultur«. Da war zunächst der Diskussionsstand im *Argument*. Hier wollten wir anknüpfen und weiterarbeiten. Kulturtheorie, so hieß es etwa im Band »Materialistische Kultur- und Alltagstheorie«, solle mehr sein als die begriffliche Abbildung dessen, »wie der Mensch lebt und arbeitet«. Was verändernd in diese Alltagspraxis eingreift, sie so umbaut, daß die Menschen sie sinnhaft leben können, müsse hinzugedacht werden. Diese schwierige Aufgabe, Frauenalltag und Frauenbewegung als kulturelle Praxen zu rekonstruieren, wurde von uns an unser Projekt »Frauen — Kunst und Kultur« delegiert. Die auf diese Weise geradezu vorprogrammierten Mißverständnisse, Gegensätze und Auseinandersetzungen um die Entstehung dieses Heftes haben uns gelehrt, zukünftige Hefte wirklich gemeinsam zu erarbeiten und kollektive Aneignungs- und Forschungsstrategien zu entwickeln (vgl. dazu weiter unten). Das Kunst- und Kultur-Projekt hatte sich die Frage nach dem Verhältnis von Kunst und Kultur gestellt, nach der Rolle der ästhetischen Praxen in der Frauenbewegung. In den vorgeschlagenen Beiträgen waren das Verhältnis von Kultur und Politik, von Aneignung und Widerstand in der *Alltagskultur* der Frauen nicht behandelt. In der heftigen Diskussion wurden schließlich als neue Bausteine für dieses Heft aus der internationalen Diskussion die Texte von Hicks und Martin ausgewählt. Das Projekt erarbeitete einen vorläufigen Standpunkt zur Frage der Kultur. In diesem Streit wurde auch die Fragestellung des Projekts zu einer nach der Bedeutung von Kunst in der Sozialisation von Frauen präzisiert.

Wir haben uns darauf geeinigt, das nächste Heft mit einem Frauenschwerpunkt (Heft 141) dem Thema Frauensozialisation zu widmen und alle Beiträge während der Arbeit in der Redaktion zu diskutieren. Geschrieben werden die Texte in den Projekten *Sexualität und Herrschaft*, *Erziehung* und *Kunst und Kultur*.

Die in diesem Heft veröffentlichten Beiträge sind Zeugnisse eines nicht vereinheitlichten Diskurses. Vielleicht ist es gerade deswegen ein Anstoß für eine weitere Klärung der Fragen zu Frauen und Kultur.

Die autonome Frauenredaktion ist inzwischen schon mehr als ein Jahr alt.

Wir begreifen auch sie als kulturellen Eingriff. Wir bewegen uns in den Räumen der Sprache und der Symbole, der herrschenden kulturellen Werte und der von ihnen bestimmten Gegenkultur, Wissenschaft und Diskussionsstile, ja selbst die Weise, eine Zeitschrift zu machen, haben eine überwiegend von Männern bestimmte Tradition. Umbauten, Rekonstruktionen kosten uns große Mühe, schließlich sind wir selbst Teilnehmende an diesen Verhältnissen. Unsere Begeisterung, etwas Neues zu wagen, übertrifft vorläufig unsere Fähigkeiten, dies auch durchzuführen. Das ist gleichwohl eine gute Voraussetzung für Lernprozesse. Schwierigkeiten tauchen auf bei der Nutzung vorhandener Produktivkräfte. Viele Jahrhunderte tradierten Denkens türmen sich vor uns. Sie erscheinen uns als eine Last, die wir nicht einfach abschütteln können. Wir müssen die Jahrhunderte erneut durchqueren. Dabei blicken wir erleichtert auf die inzwischen schon zahlreichen Versuche, die in den letzten Jahren als feministische Wissenschaft gemacht wurden. Die Welt ist durch sie reicher geworden. Die Last der Rekonstruktion kleiner.

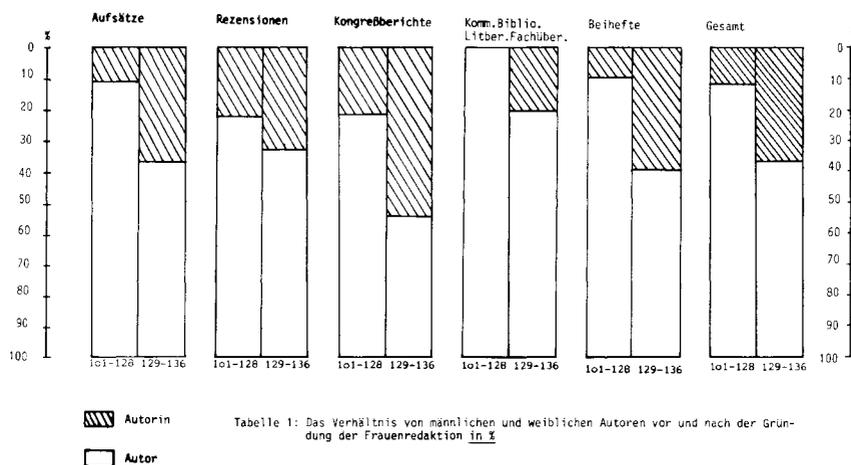
Auch wir sind inzwischen zu einem eigenen vielstimmigen »Subjekt« geworden. Wir erhalten Einladungen, um über unsere Arbeit zu berichten und Möglichkeiten der Veränderung zu diskutieren. Indem wir Veränderungswissen erarbeiten und selber als Projekt schon eine Veränderung praktisch leben, sind wir ein »politisches« Subjekt geworden. Wir sind als »sozialistisch-feministisch« identifizierbar und werden zu politischen Diskussionen ebenso gerufen wie zu wissenschaftlichen Tagungen. Wir haben damit begonnen, uns einen weiteren Raum zu erobern: wir versuchen, das Medium kollektiver Vorträge zu entwickeln.

Was wir in der *Zeitschrift* veränderten, läßt sich vielfältig belegen. Da sind zunächst die Schwerpunktheftes selber: Nach *Frauen und Theorie* (132) und *Frauen und Arbeit* (135), ist dies schon unser drittes Heft. Zugleich durchqueren wir die übrigen Sparten von Aufsätzen, Rezensionen und schreiben vor allem Kongreßberichte über Aktivitäten von Frauen.

Das *Rezensionsbeiheft 1982* stammt fast zur Hälfte von uns. Die eigentümliche Wirkung, die wir nicht vorausgesehen haben, läßt sich am besten an diesem Beiheft zeigen. Die Änderung besteht nicht einfach darin, daß jetzt ein wachsendes Quantum an Frauenbeiträgen erscheint, sondern, indem das so ist, verändern sich auch die anderen Beiträge. Die andere Anordnung des Feldes hat eine Wirkung auf die einzelnen Elemente, zumindest auf die Weise, wie sie wahrgenommen werden. Die von den Frauen geschriebenen Rezensionen führen meist eine andere Sprech- und Denkweise vor. Sie berichten auch von anderen Gegenständen. Indem sie dies tun, stellen sie praktisch-kritische Fragen an die übrigen Beiträge, ohne sie explizit äußern zu müssen. Die Rezensentinnen schreiben als Subjekte mit Absichten und Interessen. Diese für uns überraschende Wirkung hat uns bewogen, das Beiheft 1983 nicht, wie ursprünglich geplant, als reines Frauenrezensionsheft zu schreiben, sondern wieder eine Mischung zu versuchen. (Es empfiehlt sich, das Beiheft 83 jetzt zu bestellen. Das Beiheft 82 war bereits vergriffen. Wir haben es in einer kleinen Auflage nachgedruckt.)

Die Veränderung der Zeitschrift wird schon quantitativ deutlich: Schrieben

z.B. in den letzten vier Jahren vor Gründung der Frauenredaktion kaum mehr als 10% Frauen, so haben wir jetzt, nach einem Jahr Frauenredaktion, schon



fast 40% Autorinnen. Wie die Tabelle vorführt, bezieht sich das auf alle Sparten. Inzwischen haben wir uns als Frauenredaktion auch nach innen stabilisiert (vgl. auch die ein wenig veränderte Zusammensetzung der Redaktion). Wir begreifen unseren Zusammenhang als Lernprozeß und seine Organisierung als Aufgabe. So arbeiteten wir an einem Wochenende über das Rezensieren, an einem anderen versuchten wir die unterschiedlichen bis gegensätzlichen Auffassungen zur Frauenfrage unter uns dadurch bearbeitbar zu machen, daß wir sie offenlegten. Im April werden wir uns in einer öffentlichen Tagung den internationalen Stand der Diskussion um die Fragen von Marxismus und Feminismus aneignen. Dies sehen wir als eine Voraussetzung, die selbstgewählte Aufgabe, den Feminismus in den Marxismus einzuschreiben, zu bewältigen.

Das *Echo* auf unsere bisherige Arbeit reicht von zwei ärgerlichen Kündigungen des Abonnements der Zeitschrift bis zu begeisterten Briefen und Angeboten, mit uns in Projekten, an Büchertischen, in Veranstaltungen zusammenzuarbeiten. Die im vorigen Heft (137) abgedruckte Leserumfrage wird uns weitere Echos zu unserer Arbeit bringen. Bitte beantwortet den Fragebogen bald.

Inzwischen hat das Projekt *Sexualität und Herrschaft* in der Frauenredaktion fürs erste seine Arbeit beendet. Der Band *Sexualisierung der Körper, Frauenformen 2* (AS 90) wird Mitte April erscheinen. Wir bitten um Kritik, Rezensionen und Vorschläge zur Verbreitung. Wir denken, daß wir mit dieser Forschung den Fragen um Sexualität und Herrschaft eine empirisch begründete neue Richtung gegeben haben. Insofern gibt das Buch eine Menge Anregungen zur Weiterarbeit.

Allgemeine Verlagsmitteilungen

Nicht alle Frauen, die im *Argument* schreiben, sind zugleich eingeschlossen in das Projekt Frauenredaktion, ebenso sind nicht alle Veröffentlichungen des

Verlages, wenn sie von Frauen handeln, in diesem Projekt entstanden. So ist inzwischen im *Argument*-Verlag in der Reihe Literatur im historischen Prozeß ein Band von Ingrid Stephan und Sigrid Weigel erschienen: Die verborgene Frau (AS 96).

In der Reihe *Gulliver / Deutsch-englische Jahrbücher* erscheint im April *Landeskunde und Didaktik* (AS 97). Verspätet aus dem Jahr 1982 gibt es jetzt: *Alternative Medizin* (AS 77).

Karl Marx

Die internationale Konferenz »Aktualisierung Marx'« hat in Berlin im Februar stattgefunden. Aus diesem Kongreß veröffentlichen wir den in deutscher Sprache gehaltenen Vortrag von Furio Cerutti. Er provoziert mit der These von einem lebendigen Marx ohne Marxismus. Tatsächlich gibt Cerutti ein interessantes Bild dessen, was lebendig, zukunftssträchtig, ausbaufähig an Marx ist. Was immer Cerutti vom Tod des Marxismus *sagt*, er trägt jedenfalls zu dessen Verlebendigung bei.

Die Materialien zu diesem Kongreß werden in englischer Sprache unter dem Titel *Rethinking Marx* als AS 109 veröffentlicht. Kongreßberichte zu diesem und anderen Marx-Kongressen bringen wir im nächsten Heft.

Schließlich vergaßen wir in unserem Band zur Aktualisierung Marx' (AS 100) für das dort abgedruckte Gedicht von Volker Braun »Karl Marx«, einen Verlagshinweis anzugeben. Der Text wurde mit freundlicher Genehmigung des Mitteldeutschen Verlags Halle/Leipzig wiedergegeben aus dem Band: *Braun: Gegen die symmetrische Welt*, 1974. Der Text ist auch in der Ausgabe von Gedichten Volker Brauns bei Suhrkamp zugänglich.

Günther Anders

Angebot zur Übernahme des Copyrights meiner Bücher*

Von Gewissensqualen gemartert, nein, geradezu zerknirscht, gestehe ich hiermit, in allen meinen antiatomaren Texten vom Jahre 1953 an das 1981 veröffentlichte Buch von Jonathan Schell »Das Schicksal der Erde« auf präzedenzlose Weise anitizipatorisch plagiiert zu haben. Ich habe mich damals sogar erkühhnt, Schells Kapitelüberschrift »Der zweite Tod« im Jahre 1953 als Kolummentitel zu mißbrauchen. In der Tat hatte Mr. Schell unter diesen Umständen recht, mich zu verklagen, und ebenso recht hatte das Hamburger Landesgericht, mich mit den Gerichtskosten zu belasten. Da ich noch nicht weiß, ob ich diese werde tragen können, erwäge ich es, Mr. Schell als Ersatz für den Schaden, den er durch mich erlitten hat, das copy right für alle meine Bücher abzutreten, also — man mißverstehe nicht — the right to copy all my books.

Wien, 23.1.1983

* Vgl. dazu das Editorial in Heft 136 (»Das zweite Leben der Thesen von Günther Anders«). — Durch eine einstweilige Verfügung ist es G.A. untersagt, öffentlich zu behaupten, der US-amerikanische Journalist J. Schell habe seine Bücher plagiiert. Der Prozeß geht weiter. Wir kommen darauf zurück.

Albert Marius Soboul zum Gedenken (1914 — 1982)

Als ich Soboul vor etwa 10 Jahren im Revolutionsseminar der Sorbonne in Paris kennenlernte, ahnte ich nicht, wie prägend, stimulierend, anspornend und fordernd zugleich die Freundschaft mit ihm sein würde. Ich lernte einen leidenschaftlichen, überaus hilfsbereiten Historiker kennen, der sich seit Jahrzehnten mit der Französischen Revolution beschäftigte, sich aber nicht zu gut war, auch einer Anfängerin ganz entscheidende Hinweise zu geben und ihre Arbeit mit Gründlichkeit und Sorge zu betreuen. Soboul stand ganz in der Tradition der klassischen Geschichtsschreiber der Revolution, von Michelet und Jaurès. Seinem Lehrer Georges Lefèbvre und seinem Vorgänger auf dem einzigen Lehrstuhl der Welt, der ausschließlich der Französischen Revolution gewidmet ist, Albert Mathiez, stand er in Arbeitseifer, Ideenreichtum, Kreativität in nichts nach, im Gegenteil: Unter seiner Ägide wurde das Revolutionsinstitut an der Sorbonne zu einem weltweiten Zentrum der Revolutionsforschung. Hier trafen sich in dem allsonnabendlich stattfindenden Forschungsseminar Revolutionsspezialisten und -forscher nicht nur aus Paris und Umgebung, sondern auch all jene ausländischen Historiker, die gerade an der Seine weilten. Wie fruchtbar die Vorträge und Seminardiskussionen waren, läßt sich an den zahlreichen Veröffentlichungen ablesen, die daraus erwuchsen. Soboul war es, der das Niveau dieser Veranstaltungen prägte; er plante, beurteilte, regte an und kritisierte. Bis zuletzt ging er seinen Lehrverpflichtungen nach, gab Kurse, betreute Seminar- und Staatsexamina und hielt Vorlesungen, die sich erheblich von bundesrepublikanischen unterschieden: Nicht genug damit, daß Soboul seine Studenten z.T. recht persönlich attackierte, er erlaubte sich auch — bei aller Stringenz des Vortrags — überaus ausufernde, scharfsinnige tagespolitische Parenthesen, von denen um so größerer Reiz ausging, als Soboul ein politischer Kopf war. Seit über 50 Jahren gehörte er der PCF an, beteiligte sich im Midi an der Résistance, wurde deshalb vorübergehend als Lehrer suspendiert, nach der Befreiung aber wieder eingestellt. Noch zuletzt engagierte er sich im Russell-Tribunal und auch gegen die Berufsverbote in der BRD.

Darüber hinaus stand Soboul der Société des Etudes Robespieristes vor und leitete die Herausgabe der *Annales Historiques de la Révolution française*, der vierteljährlich erscheinenden Revolutionszeitschrift. Soboul war immer auch auf internationaler Bühne aktiv: Als Mitglied der Internationalen Historikerkommission für Geschichte der Französischen Revolution ebenso wie als gefragter Teilnehmer internationaler Kolloquien oder als Referent (noch 1981 lehrte er mehrere Monate in China und Australien). Sein internationales Renommée basierte dabei vor allem auf seiner großen Thèse über die Pariser Sansculottenbewegung während der Jakobinerdiktatur, die so originell und dokumentarisch erschöpfend die sozialen, ökonomischen und politischen Interessendivergenzen und -gemeinsamkeiten der antigirondistischen, jakobinischen Kräfte im revolutionären Zentrum behandelte, daß sie vielerlei Zeichen für die weitere Revolutionsforschung setzte und noch heute setzt. Wenn in den letzten Jahren verstärkt die Agrarfrage und die Bewertung der Bauernbewegung in den Mittelpunkt seines Interesses rückte, sowohl in theoretischer wie in kon-

kret-historischer Hinsicht, so unterließ er es doch nicht, weiterhin mit seinem umfassenden Wissen, seinen zahlreichen Veröffentlichungen, seinem ganzen Temperament und der Strenge seiner Persönlichkeit für die internationale Anerkennung der »einzig wissenschaftlichen Revolutionsauffassung« zu streiten, die die »klassische« ist und in die er sich einreihete.

Was bleibt, ist sein umfangreiches, vielschichtiges, voller Anregungen steckendes oeuvre, ist sein Vorbild. Die Revolutionsforschung verlor einen ihrer vitalsten Repräsentanten.

Nicht von ungefähr blieb Sobouls Tod in der BRD fast unbemerkt, so achtete es kaum eine Zeitung für Wert, seine Arbeit zu würdigen. Diese Tatsache weist nicht nur darauf hin, daß die Thesen von Furet/Richet, wonach die Französische Revolution von 1789 insgesamt ein überflüssiges, ja schädliches Ereignis gewesen sei, hier auf offene Ohren stoßen, sondern zugleich auch darauf, daß ein Mann wie Soboul, der unbequem, gradlinig, der als Kommunist und Marxist jahrelang die französische Revolutionsforschung in der Welt repräsentierte, nicht in die hiesige Landschaft paßt und eher Ärger als Anerkennung hervorrief. Wir trauern um Albert Marius Soboul, der am 15. September 1982 auf dem Friedhof Père Lachaise bei der Mauer der Föderierten beigesetzt wurde.

Susanne Petersen

Pfingsten 1983 zum vierten Mal!
20. bis 23. Mai
Henry-Ford-Bau der FU Berlin



*Vorlesungen, Diskussionen,
 Theater, Lieder,
 Freizeit ...*

VOLKSUNI-Büro:
Muthesiusstraße 38
1000 Berlin (West) 41

Tel.: 030/7928920
 (Di 11-18 Uhr)

Was wir machen?

- Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Arbeitslosen-Initiative und Gewerkschaften; Ökonomen zum Scheitern wirtschafts- und sozialpolitischer Vorstellungen von SPD und DGB; Zukunft der Arbeit.
- Faschismus. Lehren der Vergangenheit, heutige Aufgaben; Gewerkschaften und ihre Möglichkeiten vor 1933; Faschistisches Erbe im Arbeitsrecht; Kultur und Kunst im Faschismus.
- Frauenbewegung. Ihr Verhältnis zu Arbeiterbewegung und Staat.
- Politik. Sozialdemokratie -- Grüne — Alternative.
- Friedensbewegung. Chancen der Entspannungspolitik und Abrüstung.
- Weitere Schwerpunkte: Gesundheit, Ökologie und Erziehung.
- Künstler: Eva-Maria Hagen, Dieter Süverkrüp, Lutz Görner, Walter Mossmann

Weitere Informationen erhältlich über die VOLKSUNI-Briefe (10,- DM pro Jahr). Schlafplätze können über das Volksuni-Büro vermittelt werden.

Ruth Rehmann

Abschied von der Meisterklasse (Auszüge)*

Beethoven — für Elise

... und nun unsere Jüngste — Klärchen!

Dreht sie höher mit dem Klavierstuhl, noch höher, so hoch es geht. Sie ist ja noch so klein. Haltet sie fest, bis der Schwindel vergeht! Entzündet die Kerzen in den silbernen Haltern, und nun schaut sie an! Welch ein reizendes Bild, gespiegelt im schwarzen Lack des Klaviers! Weißes Kleidchen mit Lochstickerei, Kräuschen unter dem spitzen Kinn, rötliche Locken den Rücken hinab, dünne Beine in weißen Baumwollstrümpfen, schwarze Lackschühchen, hoch über den Pedalen, baumelnd... Noten? nein Noten braucht Klärchen nicht, hat alles im Kopf, vom Hören gelernt, wenn die Geschwister für die Klavierstunde üben. Klärchen wartet, bis sie gegangen sind, dann setzt sie sich ans Klavier und spielt das Gehörte nach. Erst dann ist es wirklich Musik! Als wir ihr einen Namen wählten, dachten wir an Clara Schumann-Wieck, die große Pianistin. Als hätten wir es geahnt!

Sie hat gesungen, ehe sie sprechen konnte. Winzig saß sie im blühenden Fliederbusch und sang mit den Vögeln, glockenklar, rein, wie ein Engel vom Himmel.

Musikalisch sind wir ja alle. Ein musikalisches Haus. Aber Clara hat die Gabe, und das absolute Gehör hat sie auch.

Nicht so laut, Mutter! Sie könnte dich hören und eitel werden! Ach nein, Vater, sie hört nichts. Seht sie doch an: Gesichtchen so ernst. Von innen durchglüht. Versunken.

Klärchen hört aber doch. Ohren gespitzt unter den Haaren. Spürt das Geflüster wie Streicheln im Nacken: reizend, entzückend, süß. Schmeckts auf der Zunge. Atmet die Erwartung der Gäste, die im Halbkreis auf Sesseln und Sofa sitzen. Eau-de-Cologne-Duft, auch von guten Zigarren.

Später werden sie klatschen!

Fang an, Liebbling! Zeig unseren Gästen, was du kannst! Klärchen legt die Finger auf die Tasten und wartet, bis es ganz still ist. Dann setzt sie zart und sicher den ersten Ton: Beethoven — Für Elise...

Ein neuer Wind

Zweimal die Woche eine halbe Violinstunde bei Herrn Zapf vom Städtischen Orchester. Mit Geige und Notentasche quer durch die Stadt schleppen. Laufen geht nicht, weil der lange Kasten gegen die Beine schlingert. Schulkameraden grinsen. Bekannte geben gute Worte mit auf den Weg: früh übt sich...

Färbergasse 13. Die Tür ist nur angelehnt. Klärchen drückt sie mit der Schulter zurück, dringt ins Dunkle, Essensmief, spiegelnd gebohnerte Treppe, Gummibaum auf dem Treppenabsatz, von oben Geigengekratze. Frau Zapf

* Vorabdruck aus: Abschied von der Meisterklasse, erscheint vorauss. Okt. 1983

öffnet lautlos die Wohnungstür, wäschegeaugter Zeigefinger vor den Lippen: der Meister unterrichtet!

Herr Zapf im speckigen Hausrock am Flügel, mit dem Rücken zur Tür, links neben ihm, vor dem Ständer mit Noten, der Schüler. Wortlos die Hand ergreifen, die Zapf wortlos nach hinten ausstreckt. Geigenkasten auf dem Tisch ablegen, aufklappen, damit die Geige sich an die Zimmertemperatur gewöhnt. Das Geräusch stört. Herr Zapf zuckt mit den Augenbrauen. Notentasche ans Tischbein lehnen. Stillsitzen auf einem der Stühle, die an der Wand entlang aufgestellt sind. Ohren von innen verschließen, wenn es zu schrecklich klingt.

Eine, zweie, dreie, viere, bellt Herr Zapf, hackt mit nikotingelbem Finger auf die Tasten (wann hast du dir zuletzt die Ohren gewaschen?), stampft mit dem Fuß, pfeift, brummt, trägt mit dem Bleistift Fingersätze ein, biegt Schülerglieder, seufzt, blickt zur Decke, schüttelt den Kopf, schaut gequält aus dem Fenster, schneidet sich die Fingernägel, bohrt in der Nase, blickt auf die Uhr...

Unterrichten von Anfängern ist eigentlich unter seiner Würde, Fron, Sklavenarbeit. Schüler faul, unbegabt, gleichgültig. Früher ein anderer Geist, echte Leidenschaft, Hingabe, Ehrfurcht vor Kunst und Künstlern. Nichts mehr davon. (Wo sollen sie es auch herhaben?). Musikleben verseucht, Echtes unterdrückt, Fremdes hochgelobt. Auf dem Flügel liegt Zapfs Geigenkasten — geschlossen. Anfängern spielt er nicht vor. Perlen vor die Säue. Erst müssen sie aus dem Größten heraus sein. Würdigen können.

An den Wänden Musikerbildnisse. In der Vitrine Liszt-Hand aus Gips, Musiker-Büsten, Musiker-Totenmasken. Lauter Männer. Mädchen nicht schöpferisch, aber weich, einfühlsam, geschickt. Daher zum Interpretieren geeignet. Die dienende Rolle. — Zu jedem Musikerbildnis gehört ein Kästchen mit Requisiten, das Klärchen im Kopf verwahrt. Wagner: der Ring, Bayreuth, fragwürdiges Privatleben (darüber schweigt des Sängers Höflichkeit). Dem Genie wird vieles verziehen). Schubert: das deutsche Lied, Melodienreichtum, Dreimädelhaus, früh vollendet, (die Unvollendete). Schumann: ebenfalls Lied und Romantik, umnachtet in den Rhein gefallen, tapfere Gattin Clara geborene Wieck. Brahms: nordisch-versponnen, herbe Süße, ein deutsches Requiem. Beethoven: Sieg des Willens, Man muß dem Schicksal in den Rachen greifen, Tragik der Taubheit (überdimensionale Hörrohre), Lied an die Freude. Mozart: göttliche Heiterkeit, klassisches Maß, frühvollendet auch er, ohne Gefolge zu Grabe getragen. Verscharrt.

Über dem Notentisch hängt die Schautafel mit dem »traurigen Jungen«, der schwarz auf weiß Geigenhaltungen demonstriert. Falsch — richtig. Darüber dräuen die beiden Heroen des Geigenspiels: Tartini: böse verzogener Mundschlitz, Quellaugen, schwarzgelöcherter Nasenzinken. Paganini: dürr, glutäugig, geisterhaft leuchtende Stirn, Spinnenfinger über dem Griffbrett: Teufelswerk. Christliches Begräbnis verweigert.

Eine, zweie, dreie, viere, zählt Herr Zapf. Sein Mißmut vermischt sich mit dem Essensergeruch, der durch das Schlüsselloch schleicht. Klärchen gähnt lautlos hinter der Hand. Das Fenster wird nie geöffnet. Dahinter Brandmauer mit Persilreklame. Irgendwo scheint die Sonne. Nicht hier!

Na, dann wolln wir mal! sagt Herr Zapf.

Er stimmt Klärchens Geige und rammt sie, hinter Klärchen stehend, sie mit den Armen umgreifend, zwischen Kinn und Schlüsselbein. Er holt ihren linken Arm von unten herauf und führt ihn zum Geigenhals. Der Bogen bleibt vorläufig im Kasten.

Herr Zapf tritt zurück, legt den Kopf schief und beurteilt die Haltung. Der Körper muß auf dem linken Fuß ruhen. Der rechte Fuß muß etwas vorgestellt und nach außen gedreht sein. Das Knie darf leicht gebogen, der Körper etwas seitlich zurückgeneigt sein. Die Geige, nach rechts gekippt, muß auf dem linken Schlüsselbein aufliegen. Das Kinn muß so im Kinnhalter sitzen, daß seine Mitte über dem Knopf des Saitenhalters steht. Der Ellbogen des linken Armes muß, etwas einwärts gedreht, vor der Brust stehen. Der Geigenhals ruht auf dem unteren Daumenglied, nicht etwa in der Mulde zwischen Mittelhand und Daumenwurzel, schon gar nicht auf der Maus. Die linke Hand ist nicht zum Halten der Geige sondern zum Spielen da. Daumen und Finger stehen einander gegenüber am Geigenhals, die oberen Glieder senkrecht über den Saiten, auf die sie wie Hämmerchen niederfallen sollen. Wenn Herr Zapf kommandiert: Arm ab! muß der Arm fallen und seitlich vom Körper auspendeln, während die Geige unbewegt in der Luft stehen bleibt; wodurch bewiesen wird, daß nicht die Hand sie gehalten hat, sondern die Zange von Kinn und Schlüsselbein. Um ein faules Umklappen des Handgelenks zu verhindern, wird zeitweise der Haus'sche Gelenkhalter unterhalb des Halsansatzes an den Geigenkörper montiert. Seine verstellbare Gabel hält das Handgelenk auf Distanz, manchmal tut sie auch weh. Daran ist Klärchen dann selber schuld.

Nun der Bogen!

Er wird von der Rechten am Frosch ergriffen und so gehalten, daß die Finger dem Daumen gegenüberstehen, keinesfalls unter der Stange zusammenkommen. Ein Hohlraum muß sein zwischen dem gewölbten Handinnern und dem Bogenholz, das von den oberen Fingergliedern gestützt und vom gekrümmten Daumen gegengehalten wird. Der Kleine Finger liegt mit der Spitze auf und besorgt die Balance zum Zeigefinger, der die Akzente zu setzen hat. Der Bogen soll von oben bis unten die Saite stets im rechten Winkel schneiden, nahe am Steg, keineswegs auf dem Griffbrett. Die Stange soll etwas auswärts gekippt sein. Nur beim Forte wird mit der vollen Breite des Bogenhaares gestrichen.

Erbittert bekämpft Zapf die Tendenz, den Oberarm beim Streichen der G-Saite anzuheben. Notfalls hält er ihn am Körper des Schülers fest, damit alle Bewegungen mit dem Unterarm plus Handgelenk, Hand und Finger ausgeführt werden müssen.

Handgelenk an die Nase! ruft er, drückt den Kopf nach unten, den Bogenarm hoch. Auch der linke Oberarm soll am Körper anliegen (Schultern hoch und nach vorn gezogen, runder Rücken, eingeengter Atemraum). Wenn die Oberarme sich trotz Vermahnung vom Körper lösen, muß Zapf, verzweifelt, zum letzten Mittel greifen. Er schleppt zwei dicke Bücher herbei und klemmt sie links und rechts unter die Achselhöhlen. Dort müssen sie mit aller Kraft festgehalten werden (mit eben der Kraft, die nun zum Spielen nicht mehr zur

Verfügung steht!). Entsprechend abscheulich sind die Töne, die der Bogen herausquetscht, ein Jaulen und Kratzen, vermischt mit dem Keuchen des Atems aus der gepreßten Brust. (ist es nicht ein Wunder, sagt die Maestra, daß dieses Kind, Klärchen, trotz allem durchgehalten hat? muß da nicht etwas anderes im Spiel gewesen sein als Lehrerzwang und Elternwunsch? ein unverwüstlicher Drang, eine Sehnsucht, ein Funke — verschüttet, aber nie ganz erloschen?)

Nach dem Mittagessen wird zuhause geübt, pro Tag eine halbe Stunde, dann eine ganz, dann zwei, dann drei. Die Mutter sitzt mit dem Stopfkorb dabei und übt Konsequenz. Kinder sind wankelmütig, spielsüchtig. Man muß sie bei der Stange halten, notfalls durch sanften Zwang. Das hat Leopold Mozart auch getan, und wie wunderbar ist er belohnt worden. Hinter dem Fenster die Stimmen der spielenden Geschwister — verlorenes Glück. Spiel was da steht! sagt die Mutter, wenn Klärchen ein paar eigene Töne versucht. Nur was da steht, ist Musik! Herr Zapf hat die Übungsstücke angestrichen und in seiner wüsten Sütterlinschrift mit Anweisungen versehen: Zählen! Nicht schleppen! Pause aushalten! Auf Sauberkeit achten!

Die Hände werden zum wichtigsten Körperteil: Achte auf deine Hände! Schone deine Hände! Verdirb dir die Hände nicht! Geschichten von Geigern, die durch irgendeine Beschädigung von Armen, Händen, Gelenken, Fingern an der Fortsetzung ihrer Karriere behindert wurden. Die Turnlehrerin an der Schule weiß bescheid, daß Reck, Ringe, Seil für Klärchen nicht in Frage kommen. Am Hals bildet sich ein brauner schorfiger Fleck. Auf den Fingerkuppen wächst Hornhaut. Darauf darfst du stolz sein! sagt der Vater.

Im Winter des ersten Geigenjahres wird Klärchen krank und jammert im Fieber: Handgelenk an die Nase! Vom Bett aus hört sie, wie die Eltern im Nebenzimmer beraten: man hat es auch schon von anderer Seite gehört, daß Zapf die Schüler zu hart anfaßt. Einige haben schon aufgegeben. Es wird erzählt, daß er die Schüler hauptsächlich für Schülerkonzerte drillt, damit er bei festlichen Anlässen mit ihnen glänzen kann. Dann kann er auch freundlich sein, ihnen die Hände schütteln, den Arm um ihre Schultern legen und strahlend inmitten der Schülerschar für Fotos paradieren, die hinterher in die Zeitung kommen. Was in den Stunden geschieht, weiß keiner. Die Kinder sagen ja nichts.

Auf Zehenspitzen betreten sie das Krankenzimmer, setzen sich behutsam auf Klärchens Bettkante: sag mal, gehst du nicht gern in die Violinstunde? Ist der Herr Zapf nicht nett zu dir? Sacht kommen die Tränen, fließen lau die Schläfen entlang ins Kopfkissen. Die Mutter verläßt augenwischend den Raum. Der Vater wiegt das schluchzende Kind in den Schlaf: ich rede mit ihm. Laß mich nur machen.

In die nächste Violinstunde — nach Wochen der Krankheit und Rekonvaleszenz — geht Klärchen an der Hand des Vaters.

Frau Zapf empfängt sie mit einem Stück Torte für Klärchen und einem Glas Südwein für den Vater. Herr Zapf hat nichts dagegen, daß er dabei sitzt, während Klärchen den »Reigen seliger Geister« spielt, den sie mit dem Vater geübt hat. — Nun? sagt der Vater, als sie den Bogen absetzt. Herr Zapf nickt. Man ist über den Berg.

Von nun an geht es aufwärts. Der Vater hat ein Wunder vollbracht. Nicht er allein allerdings, aber das erfährt Klärchen erst nach und nach, aus dem Geplauder, das Herr Zapf sich erlaubt, seit er weniger Schüler hat, nur noch Begabte, solche wie Klärchen, bei denen es sich lohnt.

Sein trüb dahinkleckerndes Leben ist unversehends in eine mächtige Strömung geraten. Endlich sitzt er im Orchester am ersten Pult, nachdem der »Judenbengel« sang- und klanglos in der Versenkung verschwunden ist. Das öffentliche Interesse an der Kunst, vor allem an der Musik, ist gewachsen, mit ihm die städtische und staatliche Anerkennung und Unterstützung. Ein frischer Wind dringt bis in das Zapfsche Unterrichtszimmer, das neu tapeziert, mit geblühten Gardinen und neuen Bildern ausgestattet ist, unter den letzteren ein Schnurrbart mit unleserlicher Unterschrift, der — laut Zapf — zwar kein Musiker ist, aber doch ein Künstler von Gottes Gnaden.

Herr Zapf hat den grauen Hausrock endgültig abgelegt, trägt saloppe Anzüge, weiße Hemden, Breeches und gewichste Stiefel, die seinen mageren Beinen einen männlich-krachenden Schritt ermöglichen. Pferdegeruch verdrängt den säuerlichen Altmännerdunst. Ja, der Herr Zapf reitet! Was früher nur die Bonzen sich leisten konnten, hat er jetzt gratis in einer Gruppe einflußreicher Persönlichkeiten, zu denen er inzwischen auch gehört. Wer in dieser Stadt hinsichtlich Musik etwas durchsetzen will, soll sich nur an ihn wenden.

Angeregt durch den wachsenden Bedarf an musikalischer Umrahmung hat das Schülerorchester einen Sprung nach oben getan. Wenn Klärchen sich anstrengt, wird sie bald von der zweiten in die erste Geige aufrücken können. Aufbruchstimmung erfüllt die Schüler. Sie arbeiten konzentriert und eifriger. Sinn und Ziel. Teilnahme am Aufbruch des Volkes, bei dem die Musik eine führende Rolle zu spielen hat. Zum Abschluß von Schulkonzerten begleiten sie den Chor beim Niederländischen Dankgebet.

Man kann gewiß allerhand aussetzen an dieser Zeit, sagt die Maestra, aber dem Musikleben hat sie einen mächtigen Auftrieb gegeben, speziell dem Herrn Zapf, den sie in zwei verschiedenen Versionen erinnert, einmal als säuerlichen, mißmut-ausdünstenden alten Mann und einmal als einen verjüngten — heute würde man sagen: dynamischen — Kämpfer für einen neuen Anfang in der Musik. Sogar sein Violinspiel hat sich geändert. Das Solo im Till Eulenspiegel hat er so hinreißend gespielt, daß es in der Lokalpresse ausdrücklich erwähnt wurde. Er übt auch wieder. Für den Herbst hat er einen Sonatenabend angekündigt. In der Wintersaison wird er möglicherweise als Solist auftreten.

Da sieht man mal, was Anerkennung und Hoffnung in einem Menschen ausrichten können...

Sternstunden

Oft hat sie uns von den Furtwängler-Konzerten der letzten Kriegsjahre erzählt, als Bombeneinschläge den Boden erzittern ließen und drinnen im Saal die Musiker, geleitet von diesem unvergleichlichen Dirigenten, über sich hinauswuchsen zu überirdischer Vollkommenheit. Dann rückten die Zuhörer näher zusammen und empfingen Musik wie Brot und Wein beim Abendmahl. Nie ist es vorgekommen, daß einer aufstand und den Saal verließ, um einen Schutzraum

aufzusuchen. So sterben! hat Claire Schumann gedacht, gewünscht, und dabei ein ungeheures, herzsprengendes Gefühl gehabt, das sie uns nicht mit Worten, nur durch Musik, vermitteln kann.

Es ist aber nie etwas passiert. Ihre Stimme verrät, daß sie dieses Nicht-Passieren als eine wunderbare Bewahrung versteht. Musik ist Gottesdienst, sagt sie. Wer in diesem Tempel dient, muß Ballast abwerfen. Hinter sich lassen. Sich ganz geben. Alles oder nichts. Niemand kann zwei Herren dienen. Die Musik ist ein eifriger Gott. Sie duldet keine anderen Götter neben sich.

Bis weit nach Mitternacht haben wir an solchen Abenden bei ihr gesessen, uns vorspielen lassen, ihren Geschichten gelauscht, sie bewundert, geliebt, gefürchtet, verehrt, beneidet um ihre Musik und das große, sinn- und wohlklang-erfüllte Leben, das sie gelebt hatte und immer noch lebt. Auf dem nächtlichen Heimweg waren wir wie betrunken. Singend zogen wir durch die Flußanlagen, und einmal haben wir unter den Festungsgewölben die Instrumente ausgepackt und mit mächtigem Hall Bach-Doppelkonzert gespielt. Da wärs uns ganz recht gewesen, wenn der Boden unter Bombeneinschlägen gezittert hätte, nur um dieses ungeheure, herzsprengende Gefühl hervorzubringen, das die Maestra bei den Furtwänglerkonzerten im Kriegsberlin gefühlt hat. Aber das gibt es nicht mehr, sagt sie. Dafür ist kein Platz im öden Mittelmaß unserer Zeit...



**DIE
VERBORGENE
FRAU**

Die verborgene Frau

Sechs Beiträge zu einer feministischen
Literaturwissenschaft von
Inge Stephan und Sigrid Weigel
Literatur im historischen Prozeß 6
Argument-Sonderband AS 96, 1983
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



**FRAUEN-
FORMEN
AS 45**

Alltagsgeschichten und Entwurf einer
Theorie weiblicher Sozialisation.
Das Buch, von dem die »Opfer-Täter-
Diskussion« ausging.
Argument-Sonderband AS 45, 21981
230 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM

Projekt Frauen, Kunst und Kultur
 Silke Wenk, Anke Bünz-Elfferding und Christine Thomas

Zum Nutzen eines kritischen Kulturbegriffs

Die Frauenbewegung hat in den Formen des alltäglichen Lebens viel in Bewegung gebracht, kaum etwas blieb selbstverständlich: die Art, sich zu kleiden, zu wohnen, die Art der Zusammenarbeit, Formen und Orte der Kommunikation usw. usf. — vieles wurde verändert. Kaum eine größere oder mittlere Stadt dürfte mehr ohne Frauenzentrum, ohne Frauenbuchladen oder Frauenwohngemeinschaften sein. »Das Persönliche ist politisch« — diese Losung hat den Blick auf das lange Zeit als nebensächlich Deklarierte gelenkt: auf alltägliche Lebensformen, in denen Herrschaft ausgeübt wird. Wir haben viel Kreativität beim Entwickeln von hier und heute lebbaren Alternativen entfaltet. Die Frauenbewegung ist so, als »kulturelle Bewegung« gesehen, stark und immer noch im Aufbruch.

Doch das ist nur eine Sichtweise. In Diskussionen unter frauenbewegten Frauen fallen in letzter Zeit häufiger Stichworte wie »Rückzug«, »Stagnation« und ähnliche (vgl. auch Pasquinelli 1982, für die italienische Frauenbewegung). In verschiedenen Publikationen wird darum gerungen, wie angesichts einer Offensive der Rechten in Familienpolitik oder Abtreibungsrechten oder Aufrüstungspolitik die Frauenbewegung aus ihrer Stagnation herauskommen könne, wie Tendenzen des Rückzugs »weg von der Frauenpolitik, hin zu Körper und Magie«, wie dem »Konsumtrend«, dem »Trend weg von Frauenzentren hin zu Frauenkulturzentren, Frauenferienhäusern, Frauengesundheitsläden« etc. (Sabine Marx und Marianne Lange, 1983) wirksam begegnet werden könne. Maria Mies (Beiträge für feministische Theorie und Praxis, 1982) z.B. kritisiert, daß der Slogan »Das Private ist politisch, immer eingeschränkter und enger verstanden wurde ... Das Politische war dann nur noch das Private. Diesem Rückzug in immer engere 'befriedigendere Zusammenhänge' entsprach, daß Frauen sich immer weniger um die 'große Politik' kümmerten, die immer mehr zur Männersache wurde« (57). Der »Verzicht auf praktische Politik und auf Erweiterung unserer Macht« hätten die Frauenbewegung »ins Abseits manövriert, wo unsere Aktionen und Ideen dann leicht zu vereinnahmen sind« (59). Z.B. könne die »Kampagne Lohn für Hausarbeit und die Betonung der Mütterarbeit durch die Frauenbewegung bruchlos von der Reaktion zur ideologischen Untermauerung ihrer frauenfeindlichen Politik benutzt werden« (57). »Individualistische und idealistische Ausrichtung vieler Frauen« und der Eurozentrismus, der die Frauen vergessen lasse, daß ihrem Gebrauch von indischen Flatterkleidern, von Pullovern aus Peru oder Körnern und Nüssen aus Afrika oder Asien die Ausbeutung der Dritten Welt zugrundeliege, müßten überwunden werden, wenn der »Kampf gegen das kapitalistische Patriarchat« ernst gemeint sei. (60)

Ähnliche Probleme werden auch in der amerikanischen Frauenbewegung diskutiert. Sara Lennox hält angesichts des Reaganismus die Entwicklung einer

neuen feministischen Praxis für notwendig (1982, 12f.): Vielleicht sei der Rückzug in »kulturelle Enklaven« (Frauzentren, -ferienhäuser, Frauen-Karategruppen usw.) die einzig mögliche Strategie eines »Feminismus ohne Massenbasis« (11) gewesen. Heute jedoch müsse die Verlagerung des Interesses vom »Kampf im umfassenderen politischen Bereich« hin zur Schaffung einer feministischen Gegenkultur rückgängig gemacht werden. »Der amerikanische Feminismus der siebziger Jahre machte sich auf die Suche nach den Gärten der Mütter. Jetzt, gestärkt durch unsere erneuerten Verbindungen zu unseren Vormüttern, müssen wir aus den Gärten zurückkommen auf den Schauplatz der politischen Auseinandersetzungen.« (ebd., 28)

Demnach wären die kulturellen Taten der Frauenbewegung nun eher hinderlich, fesselnd. Aber wie das? Waren sie nicht Formen des Aufbruchs zu einem befreiten Leben? Dasselbe wäre einmal Aufbruch, das andere Mal das Gegenteil?

Wie damit umgehen? »Praktische Politik« soll gemacht, die »Machtfrage« auf die Tagesordnung gesetzt werden (so der Appell von Alice Schwarzer auf der Westberliner Sommeruni für Frauen). So einleuchtend es uns ist, daß Frauen sich »mehr um Politik kümmern sollen«, und daß die Zersplitterung der Kräfte und Initiativen der Frauenbewegung ein großes Problem ist — gerade angesichts der gegenwärtigen Versuche von rechts, Reformen, die mit ein Erfolg der Frauenbewegung sind (z.B. §218), wieder rückgängig zu machen, so bedenklich scheint uns die mögliche Folgerung, die kulturelle Praxis zugunsten »der Politik« aufzugeben.

Die vielfältigen kulturellen Praxen und Errungenschaften sind im Widerstand gegen die patriarchalisch-kapitalistischen Verhältnisse und gegen die herrschenden Formen des Politikmachens entwickelt worden. Sie waren Praxen der Befreiung. Nun zeigt es sich, daß sie offenbar zugleich Fesselndes, Beschränkendes haben — zumindest im Effekt. Aber was können wir tun, damit unsere Praxen nicht von rechts vereinnahmt werden können? Ist das Problem nicht gerade, daß z.B. Blüm in seinem Familienpapier, das sich, wie Maria Mies bemerkt, zum Teil wie eine Entlehnung von Feministinnen liest (z.B. im Lob der Mütterlichkeit), an *vorhandene* kulturelle Praxen anknüpft? Wenn dies möglich ist, so stellt sich doch die Frage, ob wir nicht gerade dann *in* den kulturellen Feldern und Praxen um Veränderungen ringen müssen.

Spurensicherung »Weiblicher Produktivität«?

Wie wird in der Frauenbewegung Kultur in der Perspektive der Befreiung gedacht und gemacht? Oben zitierte Theoretikerinnen aus der Frauenbewegung sprachen hauptsächlich von der Anpassung und der Gefahr der Vereinnahmung der Bewegungskultur. Wenden wir uns nun Positionen zu, die die Suche nach dem Anderen im Alltäglichen begründen.

Wie Frauen sich ihr alltägliches Leben einricht(et)en und ihre eigenen und besonderen Stärken entwickel(te)n, ist in den letzten Jahren übergreifendes Thema von forschenden Frauen in Geschichts- und Sozialwissenschaften geworden. Auch in den Kunst- und Kulturwissenschaften wird an der Veränderung der Fragestellungen in dieser Richtung gearbeitet. Standen zunächst darin

die Anstrengungen im Zentrum, eine andere Geschichte zu schreiben, den vergessenen und verdrängten Künstlerinnen, Schriftstellerinnen, Komponistinnen einen Platz in Geschichtsschreibung und im öffentlichen Kunstbetrieb zu schaffen, so werden nun die Anstrengungen zunehmend darauf gerichtet, die Geschichte nochmals neu aufzurollen. Dabei geht es nicht mehr so sehr darum, den Mythos zu zertrümmern, daß nur Männer »produktiv« waren, sondern radikaler noch diese »Produktivität« von Männern in Wissenschaft, Kunst, Technik usw. zu hinterfragen. Gesucht wird die *andere* Produktivität: »Weibliche Produktivität« lautet das Thema eines 1982 erschienenen Heftes der Zeitschrift »Ästhetik und Kommunikation« (Ä & K). In unterschiedlichen Versuchen einer Art Spurensicherung in Bereichen der Produktion (vor der Industrialisierung, Beispiel: Spinnen), in der Hausarbeit, in Briefen von Frauen und anderem wird die andere Produktivität zu rekonstruieren gesucht, die »von der männlich bestimmten Kulturentwicklung ... ins Abseits gedrängt und in den Hintergrund der Geschichte verwiesen wurde« (Editorial von Ä & K). — Die Ausstellung »Unbeachtete Produktionsformen« (UP) im Herbst 1982 präsentierte verschiedene Räume weiblicher Produktion vom Frisörsalon über die Küche bis hin zum Tagebuch (vgl. dazu Julia Dech in diesem Heft). Unbenannte und unbekannte Kreativität und Subversivität von Frauen gestern und heute sichtbar zu machen, ist ein Stück Kultur der Frauenbewegung. Bislang Unbeachtetes wird zum Gegenstand der Kommunikation von Frauen und Material zur Verständigung über die Stärken des eigenen Geschlechts *in* der Unterdrückung (vgl. dazu auch Weimann in dem Katalog von UP, Berlin 1982).

Brigitte Wartmann führt im Editorial von Ä & K und in eigenen »Thesen zur weiblichen Produktivität im Patriarchat« (1982a; die Thesen sind eine Zusammenfassung ihres Aufsatzes »Die Grammatik des Patriarchats« in Ä & K 1982) näher aus, mit welcher Perspektive das bislang Unbeachtete aufgedeckt werden soll — und gegen welche Widerstände. Gezeigt werden soll, »was Frauen 'anderes' tun und was sie 'anderes' tun mußten (und nicht, daß sie genausoviel leisten können wie Männer).« (Ä & K 47, 4) Das »Andere« wird gegen die Ausrichtung der Perspektive auf den Fluchtpunkt »Gleichberechtigung« der Frauen gesetzt. Ihre Hauptfront: die Ausgrenzung und »Unterschlagung des Weiblichen« in der männlich bestimmten »Kulturentwicklung« (womit sie den zivilisatorischen Prozeß meint) und die Begrenzung der »Utopie der Gesellschaft auf die männlich strukturierte Arbeit« (ebd., 29).

Das Andere, die gesuchte »Weibliche Produktivität« wird zunächst und vor allem von ihrem Gegenteil her zu fassen gesucht: der »männlichen Produktivität«. Damit identifiziert sie Warenproduktion und eine Produktivität, die auf Resultate orientiert, »die zum gesellschaftlichen Tausch nützlich sind.« (1982a, 13) Von dieser unterscheidet sich die weibliche, deren Domäne das Haus sei, als Produktion von Gebrauchsgütern, die soeben produziert gleich wieder konsumiert werden, und als Produktion von Beziehungen: die Gesamtheit der Handlungsabläufe wiederhole sich »ohne einen sichtbaren Anfang und ohne ein sichtbares Ziel«. (1982a, 14) Dies sei ein Grund für die Schwierigkeit, die Produktivität selbst zu fassen. Als »Form einer Praxis« durchbreche weibliche Produktivität faktisch die »mit warengesellschaftlicher Produktionsweise ge-

setzte Norm, als gesellschaftliche Arbeit anzuerkennen, was sich deutlich und überprüfbar in sichtbaren materiellen und wahrhaftigen Produkten niederschlägt.« »Weibliche Produktivität läßt sich nicht einfach in Geld ausdrücken.« (ebd.) Nötig sei ein Bruch mit der so bestimmten patriarchalischen Logik. Die »kulturell gewachsenen Instrumentarien der Reflexion« verfehlten notwendig das Spezifische an der Praxis von Frauen (ebd.). Daraus ergibt sich die Anforderung, andere Bewertungsmaßstäbe zu finden, um »das Andere« ins rechte Licht zu rücken. Dies verliert den Status des Defizitären und wird schließlich zum Dreh- und Angelpunkt weitgreifender gesellschaftlicher Utopien. — Wartmann schließt ihre Thesen mit der offenen Frage ab: »Wie sich die weibliche Produktivität, die sich bislang bloß als struktureller Antipode zum männlichen Wachstum konstituieren konnte, anders als nur im Verborgenen entfalten könnte.« (1982a, 15) Wir bezweifeln, ob die so gestellte Frage überhaupt beantwortbar ist und vermuten, daß wir mit dieser an die Grenzen dieses Denkansatzes stoßen.

Es gibt eine Verwandtschaft von Wartmanns Thesen zu von anderen Autorinnen und Autoren in der Tradition Kritischer Theorie konzipierten Befreiungsvorstellungen, die um »das Andere« in den häuslichen Tätigkeiten kreisen. In ihnen wird das eigentlich Oppositionelle zur kapitalistischen Warenproduktion vermutet. Gorz z.B. spricht von den »häuslichen Tätigkeiten« als denjenigen, die »den Werten der Gegenseitigkeit, Zärtlichkeit, Uneigennützigkeit und Zuwendung zum Durchbruch« verhelfen (1980, 78). Ähnliche Überlegungen finden wir bei Eva Senghaas-Knobloch (1976), sie bezieht sich auf Marcuse, der seinerseits auf die spezifischen weiblichen Eigenschaften setzend, von der Frauenbewegung »die Resistenz gegenüber bloßer Anpassung an Verkehrsformen erwartet, die in der Tauschgesellschaft herrschen« (551).

Ursula Krechel hatte bereits Marcuses Erwartung, daß die »spezifisch femininen Qualitäten« — wie »Rezeptivität, Sensitivität, Gewaltlosigkeit, Zärtlichkeit usw.« — verändernd wirken, scharf kritisiert und darauf hingewiesen, daß der Kampf um die Befreiung der Frauen schwer mit historisch gemachten »spezifischen Eigenschaften geführt werden (kann), die das Patriarchat an uns so schätzt. Im Gegenteil: gerade sie machen die Verlängerung der Unterdrückung leicht«, was als »revolutionäres Potential verherrlicht« werde, seien »Sklaveneigenschaften« (1976, 87). — Dies kann uns zur Verdeutlichung des grundlegenden Problems helfen: die Alternative, wie sie im Konzept »Weiblicher Produktivität« und anderen verwandten Überlegungen formuliert wird, droht im Rahmen der bestehenden Geschlechtertrennung, der großen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu verbleiben. Das »Andere« als das »Weibliche« bleibt innerhalb der Polarisierung der Geschlechter, die ihnen verschiedene Zuständigkeiten auferlegt, in der »Weiblichkeit« die »Männlichkeit« ergänzt. Wartmann führt dafür viele historische Belege an, formuliert selbst das Problem, daß das »Weibliche« bisweilen verdrängt wurde, *indem* es lautstark propagiert wurde (vgl. Wartmann 1982, 14ff.). Dieser Vorgang zwingt zum radikaleren Überdenken unserer Alternativen, bzw. der Art und Weise, wie wir unsere Alternativen formulieren und in vorfindbaren Alltagspraxen aufdecken. Das Andere, was Wartmann und andere zum Dreh- und Angelpunkt

punkt von Gegenentwürfen/Befreiungsentwürfen machen, ist selbst noch Teil, ist eingeschlossen in die bestehende Ordnung, in die sie stützenden Ideologien »des Weiblichen« (vgl. dazu Bidy Martin in diesem Heft).

Für einen kritischen Kulturbegriff

Wollen wir das Widerständige in den empirischen Praxen von Frauen in der Perspektive der Befreiung entschlüsseln, so müssen wir unsere Begriffe in einer Perspektive außerhalb der bestehenden Ordnung bilden. Diese Ordnung wird reproduziert über — patriarchalische Ideologien des »Weiblichen« und über entsprechende Werte als Handlungsregulative *und* über den Staat abgesicherte Formen — Institutionen wie Familie, Ehe, in denen Frauen auf bestimmte Positionen und Funktionen festgelegt werden. Wir brauchen eine Theorie von Kultur, die uns das konkrete Handeln von Frauen in dieser Ordnung und in kritischer — diese Ordnung überwindender Perspektive begreifen läßt. Und hier können wir die Überlegungen und Begriffe, wie sie in der Diskussion um eine marxistische Kulturtheorie, wie sie vor allem in dieser Zeitschrift geführt wurde, nutzen.

W.F. Haug hat sich kritisch mit einem Verständnis von »Kultur« auseinandergesetzt, das »Kultur« und »Lebensweise« oder noch genauer »Kultur« und Formen, in denen eine jeweilige Gesellschaft ihren Zusammenhalt herstellt, einsetzt. Werden unter »Kultur« allgemein die Bedingungen der Herstellung und Sicherung der Produktionsverhältnisse verstanden und wird damit »Kultur« mit »Ideologie« (wie Althusser sie im Rahmen seiner Theorie definiert: als Form der »Reproduktion der Produktionsverhältnisse«) identifiziert, verschwinde der Unterschied zwischen dem, was die Menschen selbsttätig und kreativ ausarbeiten und für sich als lebenswert begreifen und dem, was »von oben«, durch staatliche Instanzen vermittelt und durchgesetzt werde (1979, 348f.). Sein Vorschlag ist, das »Kulturelle« als (analytischen) Gegenbegriff zu jeder Unterwerfung unter fremde Zwecke zu fassen. Ergänzt wird dieser Definitionsvorschlag »durch eine Theorie des Ideologischen, die dieses als entfremdete Gemeinschaftlichkeit (in einer Klassengesellschaft — d. Verf.) faßt, als ideelle Vergesellschaftung von oben, und es damit jeder Form der Selbstvergesellschaftung entgegensetzt. Begriffe wie 'kulturell' und 'ideologisch' bezeichnen nicht bestimmte Objekte, sondern gesellschaftliche Beziehungen...« (1980, 11; vgl. dazu ausführlich Projekt Ideologie-Theorie 1979, 178ff.). — Wir meinen, daß wir gerade für die Ausarbeitung konkreter Perspektiven der Frauenbefreiung einen derart differenzierenden Begriff des Kulturellen brauchen können. Er erlaubt uns, einen Standpunkt außerhalb des Bestehenden einzunehmen und dennoch im Bestehenden »das Andere« im Verhältnis dazu zu fassen. Doch wie genau das Kulturelle fassen? Die zentrale Kategorie, die W.F. Haug vorschlägt, ist die des »Selbstzweckhaften«. Dieser Begriff erfasse die »Umsetzung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen in *erfüllte* Lebensweise. Im engsten Sinn umfaßt Kultur dann das am Leben der Massen ..., was nicht in fremdem Interesse oder für einen außer diesem gegenwärtigen Leben liegenden Zweck geschieht.« (Haug 1980, 11 — Hervorh. d.d. Verf.) Sein Vorschlag ist, vom »kulturellen Aspekt« zu sprechen, »soweit sich die Menschen als Selbst-

zweck setzen«. Damit »fassen wir alle Formen ..., in denen sie ihre Identität einverstanden kultivieren und das 'Lebenswerte am Leben' vergegenwärtigen.« (1979a, 33) Dieser Begriff ist als analytischer zu verstehen, das heißt, wir können das »Selbstzweckhafte« nicht einfach mit bestimmten empirischen Praxen identifizieren, die empirischen Phänomene sind Resultate verschiedener Ebenen und unterschiedlicher Einwirkungen. Das Selbstzweckhafte ist als eine Dimension in empirischen Praxen zu begreifen. Die analytische Zerlegung der Alltagspraxen in Selbstzweckhaftes und fremden Zwecken Geschuldetes, eröffnet die Perspektive verändernden Eingreifens *in* diese Praxen — statt abstrakter Negation. Damit kann das Befreiende auch aus den als beständig und fesselnd erscheinenden Alltagspraxen von Frauen, in denen sie ihre eigenen, »anderen« Räume schaffen, herausgefiltert werden.

An der Frage, *wie* kulturelle Praxen an der Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen beteiligt sind, hat Paul Willis gearbeitet. In seiner empirischen Untersuchung über Kultur von Arbeiterjugendlichen (1979) geht es ihm darum zu begreifen, wie es kommt, daß Arbeiterjugendliche immer wieder Arbeiterjobs annehmen — und *wie* sie so selbst teilhaben an der Reproduktion des sozialen Klassengefüges und der Arbeitsteilung. — Obgleich sein empirisches Feld nicht das unsrige ist (er auch die Mädchen nur über die männlichen Jugendlichen einführt; vgl. dazu auch die Kritik von Angela McRobbie, 1982), können wir bereits über die Art und Weise, wie er die Frage formuliert, etwas lernen.

Er untersucht die »kulturelle und subjektive Selbstvorbereitung« der Arbeiterjugendlichen für die Lohnarbeit. Das heißt: sein zentraler Ausgangspunkt ist die Aktivität der Individuen in den Strukturen: »Erst im Durchgang durch die kulturelle Ebene verwandeln Aspekte der realen strukturellen Beziehungen der Gesellschaft sich in faßbare Beziehungen — und vice versa.« (253) In den kulturellen Formen eignen sich die Individuen die Strukturen an, geben ihnen einen Sinn für sich und bilden darin ihre Identität. Das Ergebnis seiner empirischen Forschung ist, daß die Aneignung der vorgefundenen Strukturen im *Widerstand* verläuft oder umgekehrt: die Anpassung an die Strukturen ist Resultat von Widerstand. »Diese Sicht der kulturellen Formen und ihrer Reproduktion ist sowohl pessimistisch als optimistisch. Sie ist pessimistisch insofern, als sie die Ironie aufzeigt, daß Kulturen gerade in Form kreativer Durchdringungen ihre eigene Verurteilung leben ... Sie ist aber insofern optimistisch, als sie zeigt, daß es keine Unausweichlichkeit der Resultate gibt. ... Wenn eine radikale Genesis konservativer Resultate vorliegt, dann besteht zumindest die *Fähigkeit* zur Opposition.« (Willis, 253) Diese Wendung gegen »strukturalistische Theorien der Reproduktion (der Verhältnisse — d. Verf.), die die herrschende Ideologie (unter der die Kultur subsumiert wird) als undurchdringlich« darstellt (ebd.), ist uns wichtig. Über das Begreifen des selbsttätigen Hineinentwickelns von Frauen in Unterdrückungsverhältnisse können wir konkretisieren, wie Frauen selbst die Verhältnisse umwälzen können.

Die Analyse der festen Verkopplung von Anpassung und Widerstand — nicht oft geschehe es, »daß die beiden Zustände sich voneinander lösen, und schon gar nicht durch bloßes Wollen« (263) — provoziert zu vielen neuen Fra-

gen hinsichtlich der Frauenkultur. Und zwar in zweierlei Hinsicht: für die Erforschung der kulturellen Praxen von Frauen im Haushalt, im Betrieb und an anderen Arbeitsplätzen von Mädchen in Ausbildungsinstitutionen (vgl. dazu Brita Rang und Christine Thomas, 1982) usw. usf. ist es praktisch lohnend, den Widerstand oder die »Fähigkeiten zur Opposition« bei Anpassung zu untersuchen. Für die Frauenbewegungskultur stellen sich weitere Fragen, und hier schlagen wir vor, die Problemstellungen aus der gegenwärtigen Diskussion in der Frauenbewegung zu transformieren: was bewirken die kulturellen Praxen von Frauen in der Politik, in den verschiedenen Bereichen wie Recht, Gesundheitswesen, Produktion, Kunst usw.? Wie stellen sich konkret auch Effekte von Anpassung bei gelebtem und praktiziertem Widerstand ein?

Willis entschlüsselt die konkreten empirischen Vorgänge mit zwei analytischen Begriffen: »Durchdringung« und »Beschränkung«. Mit »Durchdringung« faßt er den »Impuls zur kognitiven Aneignung der Existenzbedingungen« — Impuls meint, daß die Durchdringung nicht identisch sein muß mit einem analytisch-denkenden Begreifen (z.B. ist als Durchdringung die Ablehnung der Schule durch die untersuchten Arbeiterjugendlichen zu begreifen, insofern sie eine Leugnung/Ablehnung der Behauptung der Institution ist, daß mit Wissen oder Erziehung »soziale Chancen« gemacht würden — vgl. Willis, 196f.). Mit »Beschränkung« dagegen sind jene »Blockierungen und Ablenkungen« gemeint, die die volle Entwicklung der Durchdringungen »hemmen und verwirren« (185). — Die beiden wichtigsten Begrenzungen in der Kultur der Arbeiterjugendlichen sind »tiefe fundamentale und desorientierende Trennungen« die »von geistiger und körperlicher Arbeit sowie die Trennung der Geschlechter.« (16ff.)

So müssen wir die Schranken und Hemmnisse in der Entwicklung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit *in* unserer Frauen- und Frauenbewegungskultur selbst suchen: die intern produzierten Trennungen und Spaltungen erforschen. Die Probleme stellen sich nicht erst auf der politischen Ebene ein, sondern werden über die kulturelle produziert und reproduziert. Insofern läßt sich die kulturelle Ebene als für »Vorgänge auf der politischen Bühne vorbereitend, tragend oder blockierend wirksam« begreifen (W.F. Haug 1981, 634), was nicht bedeutet, daß das Kulturelle instrumentalisiert werden kann, sondern umgekehrt: daß die kulturellen Bewegungen als eigenständige wichtig sind. Die Frage, die wir lösen müssen, ist allerdings, *wie* die Widerstandskulturen politisch artikuliert werden können, was verlangt, daß wir analysieren, welche politischen Effekte sie in welchen Bereichen konkret haben. Die Krise in den überkommenen Politikformen ist mit ein Resultat der Frauenbewegung, sie verlangt nach neuen Lösungsformen.

Der Sprung aus den kulturellen Praxen jedenfalls in »die Politik« wird nichts lösen, was nicht in kulturellen Auseinandersetzungen schon umkämpft und in Bewegung geraten ist. Im Gegenteil: von uns nicht begriffene (Selbst-) Beschränkungen können immer, wenn wir sie nicht im Kulturellen selbst und eigeninteressiert bearbeiten, politisch ausgebeutet und vereinnahmt werden. Wenn ein gewichtiger Mangel die gegenwärtige Zersplitterung ist und gemeinsame politische Aktionen immer wieder auf Hindernisse stoßen (vgl. Mies

1982), dann heißt das für uns in der Frauenbewegung, die Abgrenzungen, Spaltungen *in* den Praxen der verschiedenen Gruppierungen selbst zu thematisieren, um ihre *kulturelle* Herstellung zu begreifen. Rassismus ist eine der Trennungen, von denen amerikanische Feministinnen sprechen (vgl. Lennox, 1982). Vielleicht kommen andere hinzu, z.B. Antiintellektualismus oder allgemeiner eine Wissenschafts- und Technikfeindlichkeit. Darin, so können wir als These formulieren, werden Durchdringungen, d.h. die in der Frauenkultur gelebte Kritik an der herrschenden Form a-sozialer Produktion von Wissenschaft und Technik, blockierend durchkreuzt mit Formen weiblicher »Subalternität«. Durchdringungen und Beschränkungen in unserer Kultur konkret zu untersuchen und uns darum auseinanderzusetzen, ist nötig. Und das gilt für die unterschiedlichen Bereiche, in denen die Frauenbewegung die Auseinandersetzung um und die Entwicklung von Alternativen aufgenommen hat: Kunst, Gesundheitswesen/Medizin, Ökonomie, Recht usw.

Literaturverzeichnis

- Goetz, André: Abschied vom Proletariat. Frankfurt/M. 1980
- Haug, Wolfgang Fritz: Theoretische Probleme der Diskussion über Kultur der Arbeiterklasse. In: *Das Argument* 115 (1979), S.342-351
- ders.: Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur. *Argument*-Studienheft 33 (1979a)
- ders.: Standpunkt und Perspektive materialistischer Kulturtheorie. In: *Argument*-Sonderband 47 (1980), S.6-27
- ders.: Strukturelle Hegemonie. In: *Das Argument* 129 (1981), S.628-648
- Krechei, Ursula: Selbsterfahrung und Fremdbestimmung. Darmstadt und Neuwied 1976
- Lennox, Sara (Hrsg.): Auf der Suche nach den Gärten unserer Mütter. Feministische Kulturkritik aus Amerika. Darmstadt und Neuwied 1982
- Marx, Sabine und Marianne Lange: Sind wir alle Frauenwöchnerinnen? In: taz vom 25.1.1983
- McRobbie, Angela: Abrechnung mit dem Mythos Subkultur. Eine feministische Kritik. In: dies. und Monika Savier (Hrsg.): Autonomie — aber wie! München 1982, S.153-174
- Mies, Maria: Weibliche Lebensgeschichte und Zeitgeschichte. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 7 (1982), S.54-60
- Pasquinelli, Carla: Feministische Bewegung, neue Subjekte und Krise des Marxismus. In: *Argument*-Sonderband 78 (1978), S.159-170
- Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie, *Argument*-Sonderband 40. Berlin 1979
- Rang, Brita und Christine Thomas: Dumm und neidisch bis zur Revolution? In: *Das Argument* 136 (1982), S.837-846
- Senghaas-Knobloch, Eva: Weibliche Arbeitskraft und gesellschaftliche Reproduktion. In: *Leviathan* 4/1976
- Unbeachtete Produktionsformen. Katalog der Ausstellung der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst. Berlin 1982
- Wartmann, Brigitte: Alles oder Nichts. Thesen zur Weiblichen Produktivität im Patriarchat. In: Unbeachtete Produktionsformen ... 1982a, S.13-15
- dies.: Die Grammatik des Patriarchats. Zur »Natur« des Weiblichen in der bürgerlichen Gesellschaft. In: Ästhetik und Kommunikation, Heft 47 (1982), S.12-32
- Willis, Paul: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt/M. 1979

Emily Hicks

Kultureller Marxismus Ungleichzeitigkeit und feministische Praxis*

Emily Hicks ist zur Zeit Mitglied des sozialistisch-feministischen Netzwerkes in Los Angeles. Sie ist im Lehrplankomitee der Sozialistischen Gemeindeschule (Socialist Community School) und wird im Frühjahr einen Kursus über Psychoanalyse und Feminismus durchführen. Sie plant, die feministische Medienanalyse, die von »Frauen gegen Gewalt gegen Frauen« (Women against Violence Against Women) und »Women's Building« durchgeführt wird, weiterhin zu unterstützen.

Bei der Vermählung oder Scheidung von Marxismus und Feminismus besteht das grundlegende Problem darin, daß sie beide, jeder für sich und zusammen, zu einer engen Fassung der jeweilig zentralen Unterdrückungsverhältnisse und zu einem eingeeengten Verständnis der gesellschaftlichen Dynamik führen. Ob Vereinigung oder Trennung, wir verbleiben in jedem Fall mit einer ungelösten, bzw. einer anderen Sache untergeordneten Frauenfrage, oder mit dem, was einigen Frauen als gelöste Frauenfrage erscheint, aber keine Lösung für Rassismus oder Klassenteilung ist: Marxismus, wie von Hartmann dargelegt, erklärt die Frauenfrage nicht; Feminismus, wie von Feministinnen einschließlich Hartmann beschrieben, hat keine befriedigende Analyse hervorgebracht, die die Klassen-, Rassen- und Geschlechterproblematik umfaßt. Sie einfach miteinander in einen Topf zu werfen, wird das Problem nicht lösen, die vielen Knotenpunkte zu verstehen und zu analysieren, an denen die drei miteinander verknüpft sind.

Meiner Meinung nach kann das Problem einer Ehe von Marxismus und Feminismus nicht gelöst werden; es ist an der Zeit, das Problem neu zu formulieren.

Das Hauptproblem für die Linke heutzutage ist ihre Unfähigkeit zur Entwicklung und Artikulation einer Theorie und Praxis, die für verschiedene unterdrückte Gruppen in den USA attraktiv ist. Es wird auch keine lebensfähige Alternative zum Kapitalismus angeboten, die der Tatsache Rechnung trägt, daß nicht jeder bezüglich seines Bewußtseins, seiner Bedürfnisse, seiner materiellen und psychologischen Voraussetzungen und des Wunsches nach Veränderung identisch ist. So haben sich z. B. junge Arbeiterinnen, eine Gruppe, von der die Linke erwarten könnte, daß sie sich in Opposition zum Kapitalismus begibt, nach rechts gewandt. Diese Frauen hörten zwar die Argumente für Abtreibung und für das Recht auf freie Entscheidung, aber sie sahen in der Bewegung keine Frauen, die persönlich mit den emotionalen und physischen Schmerzen einer Abtreibung zu tun hatten. Gleichzeitig hörten sie die emotionalen Argumente der Anti-Abtreibungsbewegung (prolife movement) und waren deren Aktionen ausgesetzt. Die Anti-Abtreibungsbewegung hat tatsächlich

* Dieser von uns leicht gekürzte Aufsatz ist aus: Lydia Sargent (Hrsg.) 1981: Women and Revolution. A Discussion of the Unhappy Marriage of Marxism and Feminism. London. Übersetzung: Barbara Meyer

die emotionalen Bedürfnisse dieser Frauen aufgegriffen. Eine andere Gruppe, junge Industriearbeiter, hat sich nicht mit fliegenden Fahnen der Linken angeschlossen. Und während Schwule, Feministinnen und Schwarze immer hör- und sichtbarer, immer mächtiger in ihrer Kritik an den Vereinigten Staaten wurden, finden weiterhin viele von ihnen im gegenwärtigen System genügend materielle und psychologische Erfüllung. (Das trifft natürlich nicht auf die Arbeitslosen zu.) Die Glücklicheren unter ihnen haben ein neues Haus, ein neues Auto, ein höheres Gehalt und eine weniger entwürdigende Arbeit, was den stärker Unterdrückten erlaubt, weiter auf die Verwirklichung dieser »Ziele« zu hoffen. Wenn also diese unterdrückten Gruppen die Regierung der Vereinigten Staaten kritisieren oder in Opposition zu ihr stehen, heißt das nicht, daß sie gleichzeitig die Linken und ihre Programme und Analysen als Lösung betrachten. Stattdessen sehen sie erstens die Unfähigkeit der Linken, ihren Bedürfnissen entgegenzukommen, und zweitens, die Unfähigkeit der Linken, das politische System in irgendeiner Weise zu ändern. Beide Ansichten über die Linke fallen tendenziell resignierend zu einer zusammen: »Es wird sich sowieso nichts ändern, also sehe ich halt zu, daß ich zurechtkomme.«

Die von Hartmann vorgeschlagene Vereinigung der progressiven Kräfte wird diese Probleme nicht lösen. Eine Mußheirat von Marxismus und Feminismus, wie sie von Hartmann definiert werden, kommt nicht in Frage. Nicht mal ein Zusammenleben.

Aufgabe sozialistischer Feministinnen ist hingegen die Entwicklung eines kulturellen Marxismus, der die komplizierte Wechselwirkung von Rassen-, Klassen- und Geschlechterunterdrückung angemessen erklärt; eines kulturellen Marxismus, der uns zu einer deutlicheren Artikulation unserer verschiedenen Stimmen verhilft: der Stimmen der Feministinnen, der Schwarzen, der Chicanos¹, der Indianer, der Asiaten, der Männer, der Frauen, der Schwulen, der Lesben, der Heterosexuellen; eines kulturellen Marxismus, der menschliche Bedürfnisse versteht — Familie, Rituale, Religion, Sex, Lust, Wahnsinn, Schmerz, Angst usw. Ein Marxismus, der den Begriff der *Ungleichzeitigkeit* benutzt, kann helfen, dieses Verständnis zu entwickeln. Mit Ungleichzeitigkeit meine ich den Umstand, daß Individuen (oder Gruppen) in ihrem Verhältnis zu ihrem ökonomischen und politischen System sich nicht alle zum selben Zeitpunkt in der gleichen Weise und in dem gleichen Maß des Systems bewußt sind oder gleiche Bedürfnisse darin entwickeln. Wenn also die oben erwähnten weißen Arbeiterinnen vielleicht stark antikapitalistisch sind, müssen sie deswegen noch lange nicht links oder pro-sozialistisch werden, denn ihre Bedürfnisse können auch auf eine größere Gleichheit innerhalb des Status quo hinzielen. Ganz ähnlich verbanden sich während der dreißiger Jahre in Deutschland viele Menschen mit den Nazis und ihren Programmen, weil unter bestimmten Bedingungen aufgrund einer bestimmten Wahrnehmung der Gegenwart viele Menschen den Faschismus wollten. Ein kulturell-marxistischer Begriff der Ungleichzeitigkeit würde die Ansicht zurückweisen, die Deutschen seien unwissend gewesen oder verführt worden. Mit seiner Hilfe könnten wir vielmehr erkennen, daß der Faschismus es verstand, den — im weitesten Sinne — kulturellen und sexuellen Bedürfnissen der Menschen entgegenzukommen.

Ein kulturell-marxistischer Begriff der Ungleichzeitigkeit würde Linken analysieren und verstehen helfen, daß Anpassung — obwohl sie feige sein kann — durch mehr als nur Feigheit motiviert ist: durch eine Hoffnung, einen Wunsch, um ein Bedürfnis zu erfüllen. So gibt es z.B. in der anglo-amerikanischen Frauenbewegung der Mittelschicht einige Frauen, die mit den politischen Standpunkten des Equal Rights Amendment (Gesetzesvorlage für die Gleichberechtigung der Frauen) einverstanden sind, nicht nur weil sie in der Welle modischen Enthusiasmus¹ der Unterstützer mitschwimmen, sondern weil sie an einer Vision teilhaben wollen, die über die gegebene Situation der Frauen hinausgeht. Es gibt andererseits anglo-amerikanische Mittelstandsfrauen, die keine Feministinnen sind, die Angst vor einer neuen Lebensweise haben. Ihre Ablehnung des Feminismus geht mit der Ablehnung von neuen Werten und von Veränderung einher. Dann gibt es anglo-amerikanische Mittelstandsfrauen, die in unglücklichen Ehen und schlechtbezahlten Jobs bleiben und überlegen, ob sie nicht wieder zur Schule gehen könnten, aber doch nichts gegen ihre Situation unternehmen, weil sie sich schwach und ängstlich fühlen. Die Umwelterfahrung dieser drei Untergruppen anglo-amerikanischer Frauen ist ähnlich: sie ist städtisch oder wenigstens vor-städtisch; und sie ist modern und durchaus nicht realitätsfremd. Selbst eine anglo-amerikanische Mittelstandsfrau, die nicht mit dem Feminismus sympathisiert, mag ihre berufliche Position dem Bestreben der Firma verdanken, Frauen in gehobenen Positionen zu fördern.

Und was ist mit den Frauen, die nicht diese Gegenwartserfahrung teilen? Eine hispano-amerikanische Frau mittleren Alters, die in Los Angeles in der Bekleidungsindustrie arbeitet, wird nicht in dieser Weise gefördert. Sie arbeitet in einem Industriezweig, der zum größten Teil noch immer nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Wahrscheinlich spricht sie die meiste Zeit spanisch und ist durch die Sprachbarriere noch weiter vom Hauptstrom nordamerikanischen Lebens entfernt. Vielleicht ist sie nicht städtischer Herkunft und fühlt sich mit den Gefahren und Schwierigkeiten des Stadtlebens nicht vertraut. Ihre Lebensweise mag viel älter sein als die der oben beschriebenen Frauen. Trotz ihres Kontaktes mit Fernsehen, Zeitungen und modernem Leben behält sie ihre »alten« Lebensweisen bei. Anders als die obigen Gruppen geht sie eher zu einer Heilerin oder zu einem Geisterseher als zum Therapeuten oder zu einer Selbsterfahrungsgruppe, die die oben beschriebenen Frauen anspricht. Eine »ungleichzeitige« Analyse würde Linken helfen, voneinander verschiedene Gruppen mit verschiedenen Anliegen einzubeziehen.

Die neue Rechte, die in derselben technisch entwickelten Welt lebt wie die erste Gruppe von Frauen und Bezug zur Gegenwart hat, begegnet nichtsdestotrotz den Vorstößen der modernen Welt mit Ablehnung. Sie stellt die Schwulenrechte, das Equal Amendment, *busing*² und Abtreibung in eine Reihe und ist gegen alle zusammen. Sie ist jedoch in einer zeitgemäßen, informierten, aktuellen Art und Weise dagegen, wobei sie die Massenmedien zu ihrem Vorteil nutzt, in Talk-Shows auftritt und Millionen von Fernsehzuschauern erzählt, wie glücklich sie sich schätzen könnten, in ihrer Familienrolle zu bleiben.

Die drei erörterten Beispiele, die Gruppen anglo-amerikanischer Frauen, die

hispano-amerikanische Bekleidungsindustriearbeiterin mittleren Alters in Los Angeles und Männer und Frauen der neuen Bewegung der Rechten sind Beispiele dreier verschiedener Einstellungen zur Gegenwart: die zeitgenössische, die nicht-zeitgenössische und die ultra-zeitgenössische. Die letzten beiden Gruppen befinden sich nicht in Übereinstimmung mit der Gegenwart. Für die Linke und für die Feministinnen geht es darum, eine dezentralisierte Sichtweise der Gegenwart zu formulieren, die die Sympathie aller Frauen gewinnen kann und nicht nur die derjenigen mit einer zeitgenössischen Einstellung zur Gegenwart. Ein kultureller Marxismus, der den Begriff der Ungleichzeitigkeit benutzt, kann den kulturellen Kontext, in dem die Faktoren Klasse, Rasse und Geschlecht zusammenwirken, einer gründlichen Untersuchung unterziehen.

Hartmann nennt den Marxismus eine Methode: »Wir glauben, daß die marxistische Methode genutzt werden *kann*, eine feministische Strategie zu formulieren.« Sie weist dann darauf hin, daß in den marxistisch-feministischen Herangehensweisen, mit denen sie sich auseinandergesetzt hat, der »Marxismus den Feminismus dominiert« (Hartmann, 1981, 10). Das Problem bei Hartmanns Analyse ist nicht die Auffassung, daß der Marxismus dominiert, sondern die Auffassung, es handle sich dabei um eine Methode, die man wie ein beliebiges Werkzeug zu verschiedenen Zwecken verwenden könne. Vielmehr bildet die marxistische Methode eine Einheit mit ihren philosophischen und politischen Annahmen. Eine Verbesserung ist nicht einfach eine Frage der wirkungsvolleren Nutzung der marxistischen Methode, sondern der Änderung ihrer Annahmen und somit ihres Inhalts.

Eine marxistische Theorie der Ungleichzeitigkeit könnte dieser Notwendigkeit Rechnung tragen. Sie wäre nicht geschlechtsblind, und obwohl sie nicht imstande wäre vorherzusagen, wer die »leeren Plätze« einnehmen wird, könnte sie doch etwas über die Kanalisierungsprozesse zu sagen haben. Marxismus wäre nicht länger ein von Feministinnen angewandtes neutrales Werkzeug, sondern ein den feministischen Bedürfnissen angemessener theoretischer Rahmen.

Der Marxismus, den ich ins Auge fasse, ist nicht nur eine »Theorie der Entwicklung der Klassengesellschaft, des Akkumulationsprozesses in kapitalistischen Klassengesellschaften, der Reproduktion der Klassenherrschaft und der Entwicklung von Widersprüchen und des Klassenkampfes« (Hartmann 1981, 10). In den *Frühschriften* setzt sich Marx mit der Entfremdung, dem Verhältnis des Menschen zur Natur und der Wahrnehmung von Bedürfnissen auseinander, die zusammen die Basis für das Verständnis schaffen, warum einige Gruppen weiterhin anderen untergeordnet sind. Er schlägt eine Betrachtungsweise für das Phänomen der Unterordnung der Frauen unter die Männer vor. Weder Marx noch sonst irgendjemand hat, was den Ursprung der Unterdrückung der Frauen angeht, eine Antwort parat. Immerhin können wir — durch die Untersuchung des Wandels von Bedürfnissen — mit Überlegungen darüber beginnen, wie sich Ungleichzeitigkeit bemerkbar macht und wo für die Frauen Möglichkeiten entstehen könnten, die Herrschaft der Männer abzuschütteln.

Juliett Mitchell trennt ebenfalls die Theorie von der Methode, wenn sie

schreibt: »Nicht 'unser Verhältnis' zum Sozialismus sollte zur Debatte stehen, sondern die Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus (was wir marxistische Methode nennen) als Methode zur Analyse der besonderen Natur unserer Unterdrückung und folglich unserer revolutionären Rolle.« (Mitchell 1971, 92) Diese Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus und marxistischer Orthodoxie seit Engels weist all jene Texte zurück, die das Verständnis für die Entstehung des Ungleichzeitigen ermöglichen könnten.

Die strukturalistischen Auffassungen von Mitchells *Woman's Estate* münden in statische Kategorien, die ein Verständnis darüber, wie sich die verschiedenen Bereiche von Produktion, Reproduktion, Sexualität und Kindererziehung zueinander verhalten sowie je nach Klasse, Rasse und Geschlecht sich unterscheiden, nicht erlauben. Diese Kategorien mögen einen Einblick in das Leben weißer Mittelschichtsfrauen geben, aber sie sind gewiß nicht allgemeingültig.

Das Verhältnis zwischen Klasse, Rasse und Geschlecht

Die Verhältnisse zwischen Klasse, Rasse und Geschlecht sind es, die Mitchells Kategorien unbrauchbar machen. Produktion, Reproduktion, Sexualität und Kindererziehung sind in den Klassen, den Rassengruppen, bei Heterosexuellen und Homosexuellen unterschiedlich. »The Unhappy Marriage« zitiert Engels' Behauptung, daß ökonomische Produktion und die Produktion von Menschen im Fortpflanzungsbereich zusammen die soziale Organisation bestimmen, in der Menschen einer bestimmten historischen Epoche in einem bestimmten Land leben. Hartmann hofft, daß rassische Hierarchien in diesem Kontext verstanden werden können.

Hartmann versteht Rassismus im Sinn von »Hautfarbe-Rasse-Systemen«. Jedoch stellt sie keine Beziehung zwischen den Hautfarbe-Rasse-Systemen und den Wirtschaftssystemen her, obwohl sie ein System am Fall Südafrikas veranschaulicht. Sylvia Wynter ist dem Weg nachgegangen, auf dem die Norm, weiß zu sein, die Wirtschaftsstrukturen selbst geprägt hat. Sie schreibt in »Sambos and Minstrel«: »Die normative Kultur der hellen Hautfarbe hat den Erdball gezeichnet und ihre Produktionsstrukturen in die Alleinherrschaft der von ihr erfundenen gesellschaftlichen Bedeutungen eingebunden.« (Wynter 1979, 150) Sie vermerkt, daß die »relativ mildere« Behandlung von Schwarzen in Lateinamerika der relativen Unterentwicklung dieses Kontinents zu verdanken ist, und daß sich mit der Entwicklung des Kapitalismus der Rassismus verschlimmert hat. Weitere Untersuchungen könnten Unterentwicklung »ungleichzeitig« studieren.

Wynter zufolge mußten die Weißen in den Vereinigten Staaten einen Widerspruch historisch lösen, nämlich den, gleichzeitig Siedler und Träger des Gleichheitsbekenntnisses der »Demokratie« zu sein. Die Lösung hieß Paternalismus: »Dadurch, daß Sambos Identität als kindlich hingestellt wurde, durch die Einleitung des Infantilisierungsprozesses, machte sich der Sklavenhalter zum Vater.« (ebd., 151) Der Sklavenhalter behandelte Sambo nicht nur buchstäblich und physisch wie ein Kind und erhielt die Ideologie aufrecht, daß Sambo ein Kind sei, sondern drang in Sambos Vorstellung von sich selbst ein, sodaß Sambo aktiv zu seiner bzw. ihrer eigenen Verkindlichung beitrug. Es

gab jedoch Sklaven, die nicht zuließen, daß der Sklavenhalter ihre Identität bestimmte. Wynter nennt sie Nats in Anspielung auf Nat Turner.

Wynter führt aus, daß die Auffassung von der Unveränderlichkeit des Subjekts selbst auf Repression beruht: »Die Strategie des Kapitalismus als Herrschaftsweise hängt von der gesellschaftlichen Repressionsweise ab, die standardisierte vorgeschriebene Identitäten auf die ihnen zugedachten Plätze verweist, um die soziale Maschine funktionstüchtig zu halten.« (ebd., 152) Hartmann bezeichnet diesen Prozeß als Füllen von leeren Plätzen: »Die kapitalistische Entwicklung schafft die Plätze für die Hierarchie der Arbeiter, aber die traditionellen marxistischen Kategorien geben uns keine Auskunft darüber, wer welchen Platz einnehmen wird.« (Hartmann 1981, 18) Ist die Identität des Subjekts einmal formuliert, gibt es von dem zugewiesenen Platz kein Entrinnen mehr, bis das Subjekt sich weigert, die verliehene Bestimmung zu akzeptieren und beginnt, seine bzw. ihre eigene Identität zu bilden.

Wynters Analyse beruht auf dem Argument, daß der Sambo/Nat Stereotyp nicht einfach ein zweiter Aspekt der Produktions- und Reproduktionsweise von Menschen ist. Es handelt sich vielmehr um einen integralen Bestandteil der Produktion selbst: Das Plantagenmodell ist Quelle und Ursprung der Verwendung des Arbeitsplatzes als Ort der ideologischen Beherrschung des Arbeiters. Das heißt, daß die Trennung von Ideologie und Produktion in der gesellschaftlichen Gestaltung des Arbeitsplatzes nicht gültig ist. Daß Arbeiter mit unterschiedlichen Sprachen zu Beginn der Industrialisierung der Vereinigten Staaten zusammengesteckt wurden, war ein ebenso wichtiger Teil der Organisation des Arbeitsprozesses wie die Produktionsvorgänge. Da sich die Arbeiter untereinander nicht verständigen konnten, konnten sie sich nicht organisieren und Forderungen an ihre Bosse stellen. Eine Variante davon gibt es heute noch z.B. in Konservenfabriken in Kanada, wo die chinesischsprachigen Frauen und die englischsprachigen Frauen getrennt voneinander essen und ihre Pausen verbringen; die Trennung wird dadurch erzwungen, daß die Frauen von Aufsehern in verschiedene Räume getrieben werden. Die Trennung beugt politischer Organisation vor und ist wesentlich für das profitträchtige Ausnehmen von Fischen und die Verpackung des Rogens in Dosen. Die Tatsache, daß Frauen im Büro sexuellen Belästigungen ausgesetzt sind, ist ein ebenso wichtiger Bestandteil des Produktionsprozesses wie die Arbeitsteilung zwischen Empfang, Aktenbearbeiten und Tippen. Für Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie im heutigen Los Angeles, die keine Papiere haben, wird durch die Einwanderungsbehörden ein hoher Grad sexueller Belästigungen aufrechterhalten. Beschwerden kann durch die Drohung, man werde die Frauen der *migra*, der Einwanderungsbehörde, übergeben, leicht begegnet werden. Während sich eine nicht angemeldete Arbeiterin aus Angst vor Ausweisung unterwirft, beteiligen sich Frauen in der Universität an der Aufrechterhaltung des Systems sexueller Gefälligkeiten durch den Glauben, daß der Geschlechtsverkehr mit ihrem männlichen Prüfer ihnen in irgendeiner Weise nützlich sein wird.

Obwohl Hartmann einsieht, daß es unzureichend ist, »Hautfarbe-Rasse-Systeme« einfach als Ideologie zu etikettieren, ist die von ihr angebotene Lösung, es handele sich um einen zweiten Aspekt der Produktionsweise, überhaupt kei-

ne. Das heißt, Hartmann unterschätzt immer noch die Bedeutung von Rasse.

Wynters Theorie ist viel reichhaltiger, weil sie davon ausgeht, daß der Sambo/Nat-Stereotyp Teil der Produktion ist. Wynter ordnet die Rassenfrage nicht der Klassenfrage unter, sondern räumt beiden durch die Analyse ihres Zusammenspiels und ihrer Untrennbarkeit einen gleichwertigen Status ein.

Obwohl das Kapital nicht allmächtig ist — so Hartmann — ist es doch enorm flexibel: »Die Kapitalakkumulation trifft auf ältere gesellschaftliche Formen, die sie einerseits zerstört und denen sie sich andererseits anpaßt ... Die Ideologie beispielsweise, die die Grundlage für das heutige Verständnis von Rasse und Geschlecht ist, ist stark geprägt durch die verstärkte Rassen- und Geschlechtertrennung im Akkumulationsprozeß«. (Hartmann 1981, 24) Die Anpassungsfähigkeit des Kapitals ist im kulturellen Bereich am heimtückischsten. Hier finden sich Formen des Widerstandes aber auch des Einverständnisses. Wynters Analyse entstammt der Kulturpolitik, und sie ist sich bewußt, bis zu welchem Grad der Kapitalismus imstande ist, sich sowohl Sambos als auch Nats zu bedienen und von der schwarzen Kultur zu nehmen, was er braucht:

»Inmitten der Stagnation auf allen anderen Gebieten kultureller Aktivität fand die bourgeoise Welt eine Quelle kulturellen Lebens, von der sie trinken konnte, falls man ein nacktes Minimum affektiven und emotionalen Lebens in der Wildnis technologischer Rationalisierung erhalten wollte. So wurden die Minstrel Shows³, wie die übrige schwarze Kultur — ihre Spirituals, ihr Blues, ihr Jazz — in einer Form einverleibt, die ihre relative Zugehörigkeit unversehrt ließ. Die schwarze Kultur und besonders die schwarze Musik wurde zur Quelle ausbeutbaren Rohmaterials für die aufblühende Unterhaltungsindustrie. Wiedermal funktionieren die Schwarzen als das im Rohmaterial versteckte Subproletariat der Plantagen.« (Wynter 1979, 149)

Die Aufdeckung der widersprüchlichen Formen innerhalb der Massenkultur, der Unterhaltungsindustrie, der kaum wahrnehmbaren Krämpfe, wenn das Kapital seine Muskeln spielen läßt, ist die Aufgabe eines kulturellen Marxismus. Denn genau dort könnten Elemente der Ungleichzeitigkeit überleben.

Die Flexibilität des Kapitals

Ich habe die Notwendigkeit der Beachtung der Ungleichzeitigkeit für das Verständnis menschlicher Bedürfnisse erörtert. Die Ungleichzeitigkeit kann auch die Fähigkeit des Kapitals erhellen, seine Krisen zu verlagern. Marx zeigte, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Profitrate tendenziell sinkt. Wert wird nur von lebendiger Arbeit, bzw. menschlicher Arbeitskraft produziert; die Gier nach Profit führt aber zu einer ständigen Weiterentwicklung der Technik, wodurch das Verhältnis von toter (maschinellem) und lebendiger Arbeit sich verändert zugunsten der toten Arbeit, die aber keinen Wert produziert. Marx wandte seine Aufmerksamkeit immer stärker der Fähigkeit des Kapitals zu, seine Widersprüche in der wirtschaftlichen Sphäre vom Herzen des industriellen Sektors in den entwickelten kapitalistischen Ländern an die Peripherie zu verlagern, und zwar sowohl an die geographische Peripherie als auch an den peripheren Sektor wie z.B. den Dienstleistungssektor. Die Verlagerung wird durch die Ungleichzeitigkeit verständlich: Die Krisen des Kapitalismus werden nicht auf allen Gebieten in derselben Art und Weise erfahren. Den Effekt der Flexibilität des Kapitals bekommen zur Zeit am deutlichsten Frauen und Schwarze zu spüren. Wir erwähnten, daß einige Schwarze, Frauen und Schwu-

le in den letzten Jahren zu wirtschaftlicher Macht gelangt sind, und daß sie angefangen haben, den Kapitalismus als Erfüller ihrer Bedürfnisse zu betrachten. Durch die Einstellung einiger Schwarzer und Frauen in den Staatsdienst hat sich der Kapitalismus gestärkt und mit neuer, lebendiger Arbeit versehen. Die Verdrängung der Krise in Randbereichen und die anschließende Integration der Randbereiche ins Zentrum hatte zur Folge, daß in der Wachstumsperiode der 60er Jahre viele Frauen und Schwarze ins Zentrum gelangten. Die Frauen wurden jedoch vom staatlichen Sektor, nicht vom industriellen Sektor absorbiert. Jetzt, da die zweite Rezession der 70er bis in die 80er Jahre andauert, sind Frauen und Schwarze die ersten die entlassen werden. Obwohl Frauen und Schwarze permanent diskriminiert werden, werden sie nicht permanent ausgeschlossen.

Das folgende Schaubild verdeutlicht die Beziehung zwischen der Flexibilität des Kapitals und der Klassen-, Rassen- und Geschlechtszugehörigkeit.

	Expansion des staatlichen Sektors		Rezession im staatl. Sektor	
	einbezogen	ausgeschlossen	einbezogen	ausgeschlossen
sind diskriminiert	schwarze u. weiße Frauen Chicanos Arbeiter über 55 Jahre	65% schwarze Jugendliche		schwarze und weiße Frauen schwarze Jugendliche
sind nicht diskriminiert	weiße Männer mit Berufserfahrung			weiße Jugendliche Arbeiter über 55 Jahre

Die Flexibilität des Kapitals und ihre Effekte

Unter Diskriminierung verstehe ich niedrigere Entlohnung und Ausschluß von bestimmten Arbeiten und Positionen. Diskriminierung kann in Form von Sexismus, Rassismus sowie aufgrund des Alters stattfinden. In einer Wachstumsphase werden Frauen und Schwarze in das Wirtschaftssystem einbezogen, haben aber immer unter Diskriminierung zu leiden. Sie kommen als Sekretärinnen und auf verschiedenen Ebenen des staatlichen Dienstleistungssektors in den Staatsdienst.

In Zeiten der Rezession können sich nur berufserfahrene weiße Männer einer Stellung sicher sein. In solchen Zeiten ist es auch für weiße Teenager schwierig, eine Arbeit zu finden.

Drei Gründe sind für die Expansion des staatlichen und des Dienstleistungssektors der letzten Jahre verantwortlich: 1. Das allgemeine Wirtschaftswachstum, das vom Eingreifen des Staates ins Wirtschaftsleben abhängig ist; 2. Legitimation; 3. Investitionen. Das heißt, wenn die Wirtschaft allgemein expandiert, muß die Bürokratie ebenfalls expandieren. Diejenigen, die vorher ar-

beitslos waren, bekommen jetzt Stellen im Staatsdienst oder werden vom Staat bezahlt. Die Sicherung von Arbeitsplätzen bzw. Einkommen, auch wenn sie auf einem Niveau unterhalb des allgemeinen Lebensstandards stattfindet, reproduziert die Ideologie des Wohlfahrtskapitalismus: So wird der Glaube aufrecht erhalten, der Kapitalismus Sorge für alle Bürger. Schließlich muß Kapital nicht nur akkumuliert werden, sondern auch abgebaut werden. Kapitalabbau (disaccumulation) ist die Investition von Kapital in Dienstleistungen und Verwaltung, wo kein Produkt hergestellt wird. Im staatlichen Sektor wird Kapital sowohl akkumuliert als auch abgebaut. Bis zu einem gewissen Grad kann vom staatlichen Sektor gesagt werden, er baue Kapital ab, da Arbeiter in diesem Bereich nicht produktiv sind. Das heißt, Investitionen sind hier im Verhältnis zum historischen Niveau materieller Kultur und dem gängigen Niveau technologischer Entwicklung Verschwendung. Verschwenderische Produktion und Investition im Dienstleistungsbereich erbringen jedoch eine ebenso hohe oder sogar höhere Profitrate als im Produktionsbereich. Staatsausgaben für Krankenhäuser, Schulen und Waffen akkumulieren Kapital.

Das Kapital sieht sich bei dem Versuch, den tendenziellen Fall der Profitrate zu vermeiden, zwei mächtigen Widersachern gegenüber: 1. Den Grenzen, die Investitionen in unterentwickelten Ländern durch revolutionäre Bewegungen gesetzt sind; 2. dem Abzug von Kapital aus dem Wirtschaftswachstum durch Kapitalabbau. Diesen Problemen versucht man durch die Schaffung von mehr Konsumenten und neuen Konsumwünschen zu begegnen. Der Kapitalabbau selbst wird in einer Art floating crap game von einem Bereich zum anderen verschoben. Eine sozialistische feministische Perspektive müßte beides im Auge haben. Wenn Frauen von der Peripherie, dem privaten häuslichen Bereich, in den staatlichen Sektor abgezogen werden, helfen sie, Kapital abzubauen. Eine Antwort auf diese Situation unter dem Aspekt der Ungleichzeitigkeit kann mit einer Analyse von Frauen im Zusammenhang mit Kürzungen im staatlichen Bereich beginnen. Frauen tragen die Hauptlast der Kürzungen, nicht nur aufgrund eines eklatanten Sexismus, sondern auch, weil die Krisen des Kapitalismus in den staatlichen Bereich abgeschoben werden. Wenn Kapital für produktive Investitionen benötigt wird, wird der staatliche Sektor zu einem Hindernis für neue Akkumulation. Die Konfrontation zwischen Fabrikbesitzern und Industriearbeitern ist in den staatlichen Sektor verlagert worden: Jetzt sagt die Regierung den Lehrern, Feuerwehrleuten und Polizisten, daß sie keine Lohnerhöhung bekommen werden.

Im Zuge gewerkschaftlicher Organisation des staatlichen Sektors haben sich die Löhne denen des privaten Sektors angenähert. Das Ziel der Investition in den staatlichen Sektor ist damit untergraben. Das Kapital sieht sich Schwierigkeiten beim Kapitalabbau gegenüber. Das ist ein Argument für die gewerkschaftliche Organisation von Frauen, egal wie sexistisch Gewerkschaften sein mögen.

Die Expansion des öffentlichen Sektors wird von allerlei Mythen über den Charakter des Staates begleitet. Der Staat wird dargestellt als neutraler Dienstleistungskomplex, wo Menschen ihren Kunden helfen. Staatsbedienstete halten sich selbst für Bibliothekare, die den eifrigen Lesern nur zu ihren Büchern

verhelfen. Da Frauen sowieso in pflegerischen Aktivitäten engagiert sind, sind sie für Aufgaben im öffentlichen Sektor prädestiniert. Gegen diese helfenden Hände treten dann die Sturmtruppen der Leistungsideologie an. Der öffentliche Sektor reproduziert dieselbe Arbeitsteilung und Hierarchie wie der private Sektor. Gewerkschaftsorganisatoren, die in beiden Sektoren gearbeitet haben, sagen, daß die Unterschiede unbedeutend sind, außer daß der Zugang zu den Arbeiterinnen im öffentlichen Sektor leichter ist.

Streiks der kommunalen Angestellten und Lehrer sind symptomatisch für die Verlagerung der Krisen des Kapitals.

Dieser Widerstand folgt einer anderen Strategie als die Linke. Er ist dezentralisiert. Während die Linke weiterhin versucht, Feuer mit Feuer zu bekämpfen, ist im staatlichen Sektor die Strategie entstanden, Feuer mit Wasser zu löschen; soll heißen, die Linke fährt fort, sich in zentralisierten Parteien und Organisationen zu organisieren, wohingegen es im staatlichen Sektor einen Trend zur Selbsthilfe gibt. In Europa hat die Linke die Autonomiebewegung unterstützt; in den USA hingegen hat man die Kämpfe von Frauen für Zebrastreifen und Ampeln in Stadtgebieten heruntergespielt. Lehrerstreiks werden für weniger wichtig gehalten als Bergarbeiterstreiks. Die Bedeutung des Rechts auf kollektive Tarifverhandlungen (collective bargaining rights) für Lehrer in Kalifornien, das 1979 erstritten worden war, ist unterschätzt worden; auch Gewerkschaftsverträge (union contracts) helfen, die Kapitalbewegung zu begrenzen. Frauen, die in der Nachbarschaft für die Erhaltung der Alltagslebensqualität in ihrem Kiez kämpfen, organisieren sich in einer Art und Weise, die die Arbeitsteilung sprengt: Eine Studentin fährt ein Kind mit dem Auto ins Krankenhaus und hilft dadurch der Mutter; eine Mutter teilt sich das Einkaufende und die Beaufsichtigung der Kinder mit anderen Müttern. Gegen die Belästigung von Teenagern wird von betroffenen Eltern und anderen Mitgliedern der Gemeinde protestiert. Stadtteilfeste werden gefeiert, und Festtage werden mehr unter Nachbarn statt individuell innerhalb der Familie begangen.

Die geschlechterspezifische Arbeitsteilung

Hartmann erinnert daran, daß die Linke der Frauenbewegung stets ambivalent gegenüber gestanden hat, da »sie eine Gefahr für die sozialistische Revolution« sein könnte. (Hartmann, 31) Sie fügt hinzu, daß viele linke Männer den Feminismus fürchten, und daß viele linke Organisationen von der Frauenarbeit profitieren. Diese Ängste stehen miteinander in Zusammenhang: Eine Konsolidierung und Zentralisierung von Kräften hat in der Geschichte in Zeiten wirtschaftlicher Krisen stattgefunden. Ziele wie Aufgabenteilung und Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit werden den dringenderen Bedürfnissen der Mangelbeseitigung und des Überlebens untergeordnet. In vielen Revolutionen ist Zentralisierung die Antwort auf Wirtschaftskrisen gewesen, und es erhebt sich die Frage, ob es einen inneren Zusammenhang zwischen Zentralisierung und der Situation von Frauen gibt oder nicht; nährt die Zentralisierung die Hierarchisierung?

Es ist wohl bekannt, daß die Frauenbewegung zum Teil entstanden ist aus: 1. der Kritik an männlicher Vorherrschaft, 2. der Forderung nach Demokrati-

sierung des Haushalts, 3. einer kritischen Betrachtung der privaten Sphäre und ihrer Trennung von der öffentlichen Sphäre, und 4. der Forderung, daß eine Arbeitsteilung, die die Hierarchisierung begünstigt, abgeschafft werden müsse.

Viele Frauen fühlten die männliche Vorherrschaft zuhause, am Arbeitsplatz und in politischen Aktivitäten. Selbsterfahrungsgruppen haben eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Freiräumen gespielt, in denen Fälle von Sexismus benannt und spezifiziert werden konnten. Aus der kollektiven Stärke heraus kämpften viele Frauen in ihren Familien, an ihren Arbeitsplätzen und mit ihren politischen Genossen. Für einige Frauen hieß das Resultat, daß sie ihre Kinder verließen, feststellten, daß sie lesbisch waren, wieder zur Schule gingen oder die Schule verließen, aus ihrer Stellung flogen, abtrieben, Kindertagestätten organisierten, feministische Gesundheitskollektive organisierten, sich anders anzogen, anders dachten. Viele Frauen haben durch die Kämpfe anderer Frauen trotz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, unter der sie weiterhin leiden, ein Gefühl von Macht bekommen. Frauen sind in Bereiche eingedrungen, die ihnen früher verschlossen waren, einige haben den Sexismus Professor für Professor, Buch für Buch bekämpft, um Jura oder Medizin zu studieren und in Positionen an der Universität hineinzukommen. Die Aufgabenteilung im Haushalt und die Bewegung »Lohn für Hausarbeit« waren zwei Methoden, die ein Problem vieler Frauen, die Doppelbelastung, ansprachen. Die Haushaltsfront wurde zum Schlachtfeld. Frauen entdeckten, daß es oft viel schwieriger war zu erklären, wie eine Aufgabe im Haushalt zu machen sei, als sie selbst zu erledigen; daß auch hilfsbereite Ehemänner, Freunde und Söhne eher mal helfend einsprangen als selbständig Verantwortung zu übernehmen.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus sind die Frauen in den Privatbereich abgedrängt worden; aus dieser Situation ist eine Ungleichheit entstanden, die, auch nachdem sie in den öffentlichen Bereich eingetreten sind, weiterhin anhält. Versuche, die Trennung zwischen diesen Bereichen aufzuheben, sind insoweit erfolgreich gewesen, als daß Frauen aus ihren privatisierten Existenzen heraus- und in die öffentliche Sphäre hineingekommen sind. Feministinnen haben für eine Hebung des Bewußtseins der Männer plädiert. Während die Logik des Kapitals fortfahren wird, Frauen in den öffentlichen Sektor zu ziehen bzw. sie wieder ins Haus zurückzuschicken, wenn es wirtschaftlich opportun ist, sieht es nicht so aus, daß jemals Männer dauerhaft in die private Sphäre gedrängt würden. Diese Erkenntnis hat viele Frauen dazu gebracht, sich darüber klar zu werden, daß nur in einer radikalen Neustrukturierung der Gesellschaft eine Hoffnung für die Frauen auf Befreiung von der privaten Sphäre und der Hegemonie der öffentlichen Sphäre liegt.

Einige Frauen erkannten, daß die geschlechterspezifische Arbeitsteilung zusammen mit der Arbeitsteilung im allgemeinen die Wurzel für die Existenz von Hierarchie war. Solange Männer Stellungen innehaben, in denen sie mehr Geld verdienen und mehr Macht haben als Frauen, wird der Sexismus bestehen bleiben. Die sozialistische Bewegung ist von vielen Frauen dafür kritisiert worden, da sie diese Fragen nicht aufgegriffen hat. Die Arbeitsteilung im Kapitalismus und die Zentralisierung vieler sozialistischer Organisationen ähneln einander insofern, als daß sie Frauen als Dienstboten, zu weniger anerkannter

und unterbezahlter Arbeit abstellen. Die Unterscheidung zwischen Hand- und Kopfarbeit wird beibehalten.

Diese Verhältnisse wiederholen sich in linken politischen Organisationen: Krippen und Kindertagesstätten werden weniger wichtig genommen und — wie Hartmann erwähnt — aus Verhandlungen zunehmend weggelassen. Obwohl sozialistische Feministinnen darin übereinstimmen, daß die Belange der Frauen jetzt geregelt werden müssen und nicht erst nach der Revolution, macht die Struktur linker Organisationen dies unwahrscheinlich.

Die kulturell-marxistische Praxis

Wir müssen in der ungleichzeitigen Praxis auf drei Ebenen arbeiten: 1. Bündnis mit den Frauen der Arbeiterklasse; 2. Kulturkritik, die nach widersprüchlichen Formen innerhalb des Frauenbildes der Massenkultur sucht, und die gleichzeitig die Entwicklung feministischer Kunst stärkt; 3. eine dezentralisierte Antwort auf die Krise. Das erste wird gerade versucht. Es gibt Koalitionen, die die Bedürfnisse von schwarzen und puertorikanischen Frauen mit denen weißer Frauen zusammenbringen, indem sie sowohl das Thema Zwangssterilisation als auch das der Abtreibung ansprechen. Judy Chicagos »Dinner Party« und die Arbeiten vieler Künstlerinnen in Los Angeles repräsentieren den Versuch kollektiver Kunst. Obwohl »Frauen Gegen Gewalt Gegen Frauen« bei der Kritik der Darstellungsweise von Frauen in den Massenmedien und bei der Darstellung alternativer Frauenbilder von starken Frauen, die Überlebende und nicht Opfer sind, sehr erfolgreich gewesen sind, sind viele feministische Künstlerinnen doch nicht über die Verurteilung des sexistischen Frauenbildes hinausgekommen. Es kommt darauf an, die Widersprüche dessen, was wir schon längst als sexistisch erkannt haben, herauszuarbeiten. Das schwierigste Problem ist die Formulierung und Entwicklung einer dezentrierten Antwort auf die Krise. Wie Hartmann schreibt, wird uns das Gefühl vermittelt, unsere Arbeit sei im Vergleich zur Arbeitslosigkeit und Inflation Zeitverschwendung. Aber unsere Arbeit sollte eine Analyse der Arbeitslosigkeit und der Inflation einschließen; nicht um unsere Arbeit zu legitimieren, sondern weil eine ungleichzeitige Antwort über die Frauenfrage, wie wir sie etwas eng definiert haben, hinausgehen muß.

Die Verschiebung der Krise des Kapitalismus findet nicht nur innerhalb der Wirtschaftsverhältnisse statt, sondern ebenso auf dem Gebiet der Politik und Kultur. Wenn eine Feuerwehrfrau darauf besteht, ihr Kind auf der Feuerwache während der Dienstzeit zu stillen, beinhaltet ihre Tat Bedeutungen, die über die Beleidigung des öffentlichen Geschmacks hinaus bedrohlich sind: Fragen der Kinderpflege, des Bedürfnisses einer Frau, ihr Kind bei sich zu haben, das Einbrechen der Politik in eine Arbeit des öffentlichen Dienstes und die jahrhundertealte Annahme, daß Stillen die ursprüngliche Erklärung für die Arbeitsteilung sei — all das kommt hier zusammen. Wenn eine Frau die Feuerstange so schnell hinunterrutschen kann wie ein Mann, auch nachdem sie gerade eben ihr Baby gestillt hat, dann ist die Theorie ernsthaft infrage gestellt, nach der Frauen wegen des Stillens schon immer verwundbarer waren und deshalb in der Nähe des Hauses blieben. Eine Feuerwehrfrau, die auf der Wache

während des Dienstes ihr Baby stillt, ist ein Beispiel ungleichzeitiger Praxis. Das war angesichts der gegenwärtigen Anti-Baby- und Pro-Abtreibungseinstellung weder als folgerichtige Ausweitung der Frauenbewegung vorhersehbar, noch würde es von der Linken als Taktik vorgeschlagen werden. Diese Tat ereignete sich am Rande, im staatlichen Sektor, und wurde von einer Frau begangen, die sich weder als Linke noch als Feministin versteht. Ihr Verlangen, ihr Kind bei sich zu haben, steht in ungleichzeitigem Verhältnis zur Norm der Feministinnen. Ihr Verlangen als Feuerwehrmensch zu arbeiten, steht in ungleichzeitigem Verhältnis zur Norm der Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft.

Kultureller Marxismus kann die Tendenz marxistischer und feministischer Bewegungen zur Selbstbezogenheit bekämpfen. Er kann verschiedene Gruppen, die sonst aufgrund ihrer jeweiligen Klassen-, Rassen- und Geschlechtszugehörigkeit voneinander getrennt wären, durch die Entwicklung einer dezentrierten Antwort auf die Krise des Kapitalismus auf kulturellem Gebiet und durch die Förderung einer ungleichzeitigen Praxis zusammenbringen. Kultureller Marxismus kann eine ungleichzeitige Praxis würdigen und unterstützen, indem er die ungleichzeitigen menschlichen Bedürfnisse anerkennt und sich an diese Bedürfnisse wendet. Er kann eine Diskussion ins Leben rufen, die nicht um eine Norm herum zentriert ist, sondern flexibel und zur Utopie hin offen ist, und kann Opposition an den unwahrscheinlichsten Stellen entstehen lassen. Kultureller Marxismus kann sich eine stattliche Anzahl von Möglichkeiten, die Gegenwart wahrzunehmen und eine Vielzahl utopischer Momente leisten; eine vielschichtige Antwort auf eine vielschichtige Realität.

Anmerkungen

- 1 Chicanos sind in den Staaten lebende Einwanderer aus Mexiko.
- 2 busing: anti-rassistische Maßnahme, wie sie in einigen Südstaaten praktiziert wird. Schwarze Kinder werden mit Bussen zu entfernteren weißen Schulen gefahren, um so der rassistischen Trennung in Schulen entgegenzuwirken.
- 3 Minstrel Shows: »Minstrelsy, Negro minstrelsy, in den USA etwa ab 1800 umherziehende Truppen weißer Schauspieler, Sänger und Tänzer, die in ihre Minstrelshows die Lebensweise und das Milieu der amerikanischen Neger einbezogen. Einzelne Darsteller traten mit schwarz gefärbten Gesichtern in bunten Kostümen auf und imitierten Lieder und Tänze der Neger ..., die auf dem Banjo oder auf primitiven Instrumenten begleitet wurden. Als früheste Nachahmung negerischen Musizierens durch Weiße hat die Minstrel in der amerikanischen Öffentlichkeit das Interesse an Liedern und Tänzen der Neger geweckt und erlangte dadurch Bedeutung in der Vorgeschichte des Jazz.« (Brockhaus/Riemann, Musiklexikon, Wiesbaden, Mainz 1979)

Literaturverzeichnis

- Hartmann, L., 1981: The Unhappy Marriage of Marxism and Feminism. In: Lydia Sargent (Hrsg.): Women and Revolution.
- Mitchell, J., 1971: Woman's Estate. New York.
- Wynter, S., 1979: »Sambos and Minstrels«, in: Social Text, Vol.1, no.1.

Biddy Martin

Weiblichkeit als kulturelle Konstruktion*

Literatur und Literaturkritik haben zu allen Zeiten und in allen Kulturkreisen eine wichtige Rolle für die Entwicklung feministischer Theorie und politischer Praxis gespielt, und auch heute sind Kulturproduktion und Kulturkritik für alle Bereiche unserer Bewegung von ganz zentraler Bedeutung. Nachdem die ideologische Konstruktion der Geschlechtsspezifität als entscheidend für die Frage nach der Geschlechtertrennung und für den Kampf gegen die Unterdrückung der Frau von ihnen entdeckt worden war, haben sich insbesondere radikale und lesbische Feministinnen geweigert, den ökonomischen Grundlagen von Unterdrückung und Veränderung Priorität vor den ideologischen zuzusprechen. Sie haben den Kampf um die Konstituierung und Veränderung von Bedeutungen zum Dreh- und Angelpunkt für politische Einflußnahme und Opposition erklärt. Viele Frauen, die in den traditionellen akademischen Bereichen tätig sind, oder durch deren Schule gingen, sind dadurch zu der wichtigen Aufgabe motiviert, das Verhältnis zwischen ideologischen und materiellen Bedingungen neu herauszuarbeiten, als auch neu zu leben. Natürlich sind auch heute noch radikal-feministische und lesbisch-feministische Literatur und Strategiebestimmung der mehr oder weniger ausgewiesenen Kritik von Marxisten und marxistischen Feministinnen ausgesetzt, in ihnen würde ein *kultureller Feminismus* propagiert, der die materiellen Bedingungen von Veränderungsprozessen ignoriere. Aber die marxistische Theorie hat sich zur Genüge unfähig gezeigt, der Verabsolutierung des kulturellen Moments etwas anderes entgegenzusetzen als eine ebenso kurzfristige Fixierung auf die Ökonomie oder eine funktionalistische Artikulation des Zusammenhangs von Patriarchat und Kapitalismus, wobei beide als monolithische und totale Unterdrückungssysteme gedacht werden. Es liegt auf der Hand, daß die Entwicklung eines materialistischen Feminismus (eben so gut könnte man von einem materialistischen Marxismus sprechen) einer theoretischen Aufarbeitung von Sexualität, Subjektivität und Macht bedarf, die über die herkömmlichen marxistischen wie auch radikalfeministischen Analysen hinausgreift und einen Weg aus der theoretischen und strategischen Sackgasse weist, in der das Bemühen um die Bestimmung des Verhältnisses der beiden Abstrakta Patriarchat und Kapitalismus gelandet ist.

Das Werk eines poststrukturalistischen Denkers wie Foucault scheint sich in vielen zentralen Punkten mit dem Anliegen eines materialistischen Feminismus zu treffen. Foucaults Beiträge zu einer — wie die allgemeine Umschreibung lautet — Diskurstheorie¹ beinhalten eine radikale Infragestellung der klassischen geisteswissenschaftlichen Trennung zwischen Ideologie und Ökonomie, Individualität und Gesellschaftlichkeit, Subversivem und Unterdrücktem. Die Dekonstruktion monolithischer Konzepte von *dem* Unterdrücker und *den* Unterdrückten verspricht, daß der Feminismus einen Stellenwert und eine Bedeu-

* gekürzte Fassung eines Vortrages, gehalten auf der MLA-Conference in Houston, Texas, Dezember 1980. Übersetzt von: Cornelia Holfelder-von der Tann

tung erlangen könnte, wie er ihn im Rahmen der marxistischen Theorie, der oppositionellen Linken oder auch des Sozialismus selbst nie besessen hat.

Der für uns bedeutsamste Aspekt im Werk Foucaults erscheint mir sein Bruch mit den klassischen Theorien über Repräsentation und Macht und den dadurch möglichen Einsichten. In seiner *Geschichte der Sexualität*, dem Text also, der am offensichtlichsten und unmittelbarsten für feministische Fragestellungen relevant erscheint, führt er vor, daß Diskurse über Sexualität ein zentraler Ort für das Verständnis der in den modernen westlichen Gesellschaften wirkenden Machtmechanismen sind. Nach Foucault wurde Sexualität keineswegs in irgendeinem absoluten Sinn durch eine zentralisierte Form des Verbots unterdrückt, sondern ganz im Gegenteil — produziert, verstärkt, verbreitet und organisiert als ein besonders günstiger Hebel für das Wirken von Macht und die Normierung der Individuen. Die gleiche Sexualität, die wir so lange Zeit als eine natürliche aber verbotene Kraft angesehen haben, entpuppt sich als ein Konstrukt, eine Systematisierung der Lust in Beziehung zur Organisation der Macht in unserer Gesellschaft. Was wir für unser innerstes Geheimnis gehalten haben und wozu wir uns auf der Suche nach unserer Wiederherstellung und Emanzipation bekennen zu müssen meinten, erweist sich als Punkt unserer Eingliederung in die Machtstrukturen unserer Gesellschaft. Demnach bedeutet ein Beharren auf immer größerer sexueller Freiheit, die Sexualität und uns selbst in einer Weise zu isolieren, die den Weg für eine noch ausgefeiltere Systematisierung und Regulierung unserer Wünsche im Sinne gesellschaftlicher und politischer Zwecke ebnet.²

Foucault betont nachdrücklich, daß weder unsere Subjektivität, noch unsere Identität und ebensowenig unsere Sexualität außerhalb oder vor Sprache und Repräsentation existieren, sondern erst durch diskursive Strategien und Repräsentationspraxen ins Spiel kommen. Unsere Sexualität und Identität lassen sich erst im Rahmen all der komplexen und widersprüchlichen Verfahren begreifen, mittels derer Bedeutungen in Sprache und über eine Vielzahl diskursiver und gesellschaftlicher Praxen produziert werden. Diese Infragestellung traditioneller Konzeptionen vom Diskurs als einem Vehikel, das vorgegebene Wesenheiten und Wahrheiten widerspiegelt, ermöglicht eine Kritik klassischer Auffassungen von der Konstituierung und Ansiedlung von Macht.

Indem Foucault auf der Ebene des Diskurses und der im Prozeß der Konstituierung von Bedeutungen stattfindenden Unterdrückung ansetzt, gelingt es ihm, einige letzte Relikte des Selbstverständlichen und scheinbar Natürlichen zu demontieren. Sämtliche Kategorien des Natürlichen oder Normalen im Gegensatz zum Unnatürlichen oder Anormalen werden als gesellschaftliche Konstruktionen und nicht als auf der Ebene der Körper oder der individuellen Psychen vorgegebene Merkmale gefaßt, als diskursiv produzierte Kategorien, die als sich gegenseitig definierende Oppositionspaare der Normierung und Disziplinierung dienen. Der Standpunkt, von dem aus Foucault diese Konstruktionen auflöst, ist der jeweils innerhalb einer diskursiven Formation als der außenliegende, anormale, andere geltende.

Entsexualisierung und Kulturkritik

Radikal betrieben sind feministische Theorie und Praxis ganz wesentlich dekonstruktive (= Auflösen von Konstruktionen; d. Übers.) Strategien, die die Möglichkeit von Universalien und absoluten Bedeutungen überhaupt in Frage stellen und entlarven, inwiefern derartige Behauptungen der Konstituierung von Macht dienen. Andererseits veranlassen uns unsere humanistische Tradition und unsere historische und politische Situation immer wieder, uns der Konstruktion der Kategorie Frau und der Suche nach gültigeren Wahrheiten, größerer Authentizität und fiktiven absoluten Bedeutungen zuzuwenden. Oder anders gesagt, unsere Vorgehensweise ist weniger lupenrein oder theoretisch korrekt als die manch anderer wissenschaftlicher Dekonstruktionalisten, und wir können uns auch gar keinen Purismus leisten, wenn wir politisch aktionsfähig bleiben wollen. Deshalb möchte ich hier die Notwendigkeit einer Doppelstrategie im Hinblick auf die Vereinheitlichung der Frauen einerseits und den Nutzen dekonstruktiver Verfahren andererseits zur Debatte stellen.

Feministische Kulturkritik beschäftigt sich mit der Frage, in welchem Ausmaß die phallogozentrischen Bedeutungen und Wahrheiten unserer Kultur notwendig Vielfältigkeit und Möglichkeit der Differenz verdrängt haben, indem sie die Differenz vereinnahmt, sie als Opposition definiert und unter die Dominanz der Identität »man« (engl. = Mann und Mensch) gestellt haben. Dem Feminismus und der Kritik der Poststrukturalisten gemeinsam ist die kritische Haltung gegenüber der Hegemonie des Identischen und die Forderung nach anderen Formen des Diskurses. Anders als männliche Kritiker des Logozentrismus oder Phallogozentrismus sind Feministinnen explizit damit befaßt, systematisch zu belegen, inwiefern der Frau in Bezug auf »den Menschen« eine ganz andere Stellung zugewiesen wird als dem Mann. Feministische Analysen weisen nach, wie das Schweigen der Frauen und ihr Ausschluß vom Kampf um Repräsentationen Bedingung für humanistisches Denken gewesen sind. Die Position der Frau in der westlichen Kultur war in der Tat die einer internen Ausschließung, ein geeigneter Standpunkt also, um die Machteffekte im Streben nach Wahrheit und Identität aufzuzeigen.

Wenn auch die Frauen in der westlichen Kultur bei der Konstituierung von Bedeutungen und Macht nur eine marginale Rolle gespielt haben, war doch »die Frau« von zentraler Bedeutung im Diskurs der Männer: Dies ist daran zu erkennen, daß sie in literarischen wie kritischen Texten, in der Psychoanalyse und in gesellschaftsbezogenen Texten aller Art ständig als das große Rätsel, das zu lösende Problem und die zu beantwortende Frage figuriert. Obgleich Foucault nicht auf die besondere Situation der Frauen hinsichtlich ihres Schweigens und damit in Bezug auf die Wahrheit eingeht, ermöglicht es seine Analyse der in den humanistischen Anspruch auf Wahrheit eingehenden Machtkämpfe, nicht mehr länger nur neue und bessere Antworten auf die Frage nach der Frau zu geben, sondern vielmehr auf der Frage zu beharren, *worum* es bei dieser Problemstellung überhaupt geht, was es impliziert, die Geschlechtertrennung zu problematisieren, wie mit der Erhebung der Frau zum Erkenntnisobjekt Macht konstituiert und Disziplinierung betrieben wird. Fou-

caults methodologische Vorgehensweise und unser Beharren auf einer materialistischen Herangehensweise an Bedeutungen und Ideologien ermöglichen es uns, jeden Text weniger darauf zu befragen, was er beinhaltet, sondern darauf, wie er seine eigenen politischen Grundlagen verschleiert. Sobald Geschlechtszugehörigkeit biologisch und sozial zum besonderen Problem erklärt wird, müssen sich natürlich Experten in unser Leben einmischen, um uns Lösungen vorzusetzen und uns in der Subjektivität festzuhalten. Die Frau als Kategorie und die realen Frauen sind dem Blick, der Einmischung und der Kontrolle durch medizinische, psychoanalytische und ästhetische Experten ausgeliefert, deren Aufgabe es ist, nach Maßgabe der Erfordernisse ihrer jeweiligen Diskursfelder, Legitimationswahrheiten abzustecken und zu regulieren, was es bedeutet, Frau zu sein.

Diese Analyse der Behandlung der Frauenfrage im männlichen Diskurs ermöglicht uns, ja fordert es uns ab, auch unsere eigenen Fragestellungen und Formulierungen auf potenzielle Reduktionen und Vorschriften hin zu überprüfen. Für diejenigen von uns, die an der Entwicklung neuer Diskurse beteiligt sind, stellt sich das Problem, eine neue Herangehensweise an Bedeutungen zu entwickeln, die nicht wieder repressive Züge annimmt, und zugleich die politisch notwendigen Entwürfe und die Einheit nicht dem Pluralismus und der Vielfalt zu opfern, die wir entfalten und am Leben halten wollen. Wenn wir die Frage nach »der Frau« stellen, müssen wir fragen, wie weit wir uns selbst damit zum Rätsel machen und in unserer eigenen Mitte ein neues Expertinnen-tum züchten, das uns kategorische Wahrheiten über uns und unser Geschlecht verkündet. Wir müssen fragen, inwieweit unsere Entwürfe und Bedeutungen Unterschiede und vielfältige Möglichkeiten dem begrifflichen und strategischen Klammergriff einer einzigen weiblichen Identität unterordnen, inwieweit wir unseren Kampf um bestimmte bevorzugte Bedeutungen konzentrieren und das Konstrukt Frau wieder zur Natur erklären. Ist es möglich, Fragen zu stellen und sie nicht zu beantworten, oder aber bei der Beantwortung Gewissheiten und Begrenzungen zu vermeiden, wie sie die Antworten derer gekennzeichnet haben, die auf ihrer privilegierten Position in Bezug auf Wissen und Wahrheit ihre eigene Macht bauen wollten?

Die Arbeiten gewisser radikaler amerikanischer Feministinnen wie etwa Mary Daly und Susan Griffin neigen, bei aller Bedeutsamkeit, sehr zu einer Polemik gegen das Patriarchat, die letztlich die Frau in Begriffen einer wesensmäßigen Höherwertigkeit, einer besonderen Beziehung zur Natur und besonderer mythischer und spiritueller Kräfte ontologisiert. Die Tendenz solcher Polemik ist es, sogenannte männliche Entstellungen durch authentische Erfahrung zu korrigieren, wie sie in den Texten und dem Leben von Frauen erscheint. Leider geht diese Kulturkritik nicht über Ansätze einer Dokumentation der Geschichte des Sexismus hinaus. Die Kulturproduktion basiert auf der Annahme, daß wir als Feministinnen dank unseres Ausschlusses aus der männlichen Kultur und unserer Ablehnung ihrer Bedeutungen die Wahrheit über uns selbst äußern könnten.

Diese Tendenz, die Frauen außerhalb der Kultur zu stellen und Weiblichkeit als absoluten Ausschluß und demzufolge als Unbeteiligtsein an Sprache und

Ideologie zu definieren, spiegelt ein vereinfachendes Verständnis des Verhältnisses zwischen Identität und Diskurs. Sie reproduziert die klassische Trennung zwischen Individuum und Gesellschaft, indem sie annimmt, wir hätten ein uns im Wesentlichen aufgezwungenes und von außen aufrecht erhaltenes falsches Bewußtsein, das wir einfach abschütteln können, um dann authentische Wahrheiten von uns zu geben. Die Suche nach einem vollkommeneren Selbst, einer echteren, natürlicheren Sexualität, einem authentischeren »Ich« beinhaltet nur allzu oft die Weigerung, uns Rechenschaft über unseren eigenen Standort abzulegen, uns materiell und historisch zu verankern, uns unsere eigenen Grenzen einzugestehen und im Auge zu behalten.

Foucaults dekonstruktive Methode impliziert eine Kritik an dieser Art Suche nach der authentischen Stimme oder Sexualität der Frau und an einer Frauenliteratur, die sich als Ausdruck grundlegender Wahrheiten über Frauen begreift. Sie warnt uns davor, Bekenntum als notwendig emanzipatorisches Moment zu betrachten und stellt die Auffassung in Frage, daß bereits Sprechen oder Schreien allein uns im Handumdrehen von Patriarchat und Phallogentrismus befreit. Wir können uns Foucaults implizite Anregung zunutze machen, die spezifische historische und diskursive Form zu analysieren, in der die Frau als Abwesende konstituiert ist. Wenn wir als Antwort auf die Frage nach der Frau das Anderssein verabsolutieren und universalisieren, begeben wir uns jeder Möglichkeit, die Prozesse zu verstehen oder zu beeinflussen, durch die Bedeutungen konstituiert werden. Auf der anderen Seite dürfen wir keinesfalls die Wichtigkeit von Begriffen wie Patriarchat und Unterdrückung, wie sie radikale Feministinnen wie Mary Daly entwickelt haben, unterschätzen. Die radikalfeministische Artikulation der Universalität und Totalität unserer Unterdrückung ist die Grundvoraussetzung für jede feministische Kritik überhaupt. Die Behauptung einer fiktiven Einheitlichkeit der Frauen und eines globalen Patriarchats hat uns erst den Freiraum geschaffen, von dem aus wir interpretieren und uns artikulieren können. Unsere Aufgabe ist es, unsere eigenen Bedeutungen, die Identitäten und Räume, von denen unser jeweiliges Handeln ausgeht, permanent zu hinterfragen, damit wir die Frauenfrage und unseren eigenen Diskurs nicht wieder um neue Gewißheiten und Absoluta gruppieren.

In Zukunft werden die Männer nicht mehr für die Menschheit sprechen. Impliziert das, daß auch wir nicht mehr länger (und somit überhaupt gar nicht erst) als Frauen sprechen sollen? Die Frage, was Frausein bedeutet, muß wie alle Fragen nach Bedeutungen konkretisiert, lokalisiert, spezifiziert und allen mythischen und ontologischen Beiwerks entkleidet werden. Wenn es uns dabei allerdings nicht gelingt, von unserem eigenen in Bewegung begriffenen und offenen Standpunkt aus die Kategorie Frau zu füllen, kann es uns passieren, daß unsere Unterdrückung in der Vielzahl neuer Theorien über Ideologie und Macht untergeht.

Auf der Ebene der Literaturkritik gestatten es uns die Berührungspunkte zwischen feministischen und poststrukturalistischen Ansätzen, mit unserem bürgerlichen Erbe aufzuräumen, das uns gelehrt hat, Texte als Ausdruck der Intention des Autors in fixen Begriffen zu verstehen, dem gebildeten Kritiker absolut transparent und von den meisten übrigen Lesern überwiegend passiv

rezipiert. Als Feministinnen haben wir unsere Literaturkritik zu lange auf die Intention des Autors und eine klassische Auffassung von Sprache gegründet. Wir haben einerseits den Sexismus in Texten von Männern aus dem mannigfachen Inhalt herausgearbeitet und die von uns aufgezeigte Geschichte sexistischer Bilder verurteilt, und andererseits Darstellungen von Frauen festgehalten, die ganz vereinzelt einer vorgegebenen Vorstellung von positiver Frauendarstellung zu entsprechen schienen. Außerdem haben wir einen Kanon von Schriftstellerinnen zusammengestellt und deren Werke auf mögliche einheitliche Merkmale der Frau als Schriftstellerin analysiert. Sicher tragen beide Unterfangen wesentlich zur Entwicklung einer feministischen Kulturkritik und einer Gegenkultur bei, aber sie finden dennoch ihre Grenzen in einer Auffassung von Sprache und Kultur als mehr oder weniger authentischer Reflexion einer vorgegebenen Realität oder Wahrheit und in der Annahme, daß wir Frauen dank unserer Ohnmacht neue Bedeutungen schaffen könnten, ohne gleichzeitig eine gründliche Analyse der Prozesse zu leisten, durch die in jedem historischen Augenblick Bedeutungen mittels einer Vielzahl diskursiver Praxen ausgehandelt werden.

Materialistische Kulturinterpretation erfordert unbedingt, daß wir sowohl individuelle Texte, als auch Literaturgeschichten und kritische Diskurse nicht als wahre oder falsche Reflexionen einer vorgegebenen Realität lesen, sondern vielmehr als Instrumente der Ausübung von Macht, als paradigmatischen Niederschlag der Kämpfe um Bedeutung, Definition und Systematisierung, wie sie mittels einer Vielzahl diskursiver Praxen ausgetragen werden. Aufgabe der Feministinnen ist es herauszuarbeiten, wie die Geschlechterdifferenz, die Bedeutung der Konstruktion von Weiblichkeit im Prozeß dieses ideologischen Aushandelns auftreten, um uns dann in diese Prozesse einzuschalten, indem wir alternative Standpunkte schaffen, von denen aus traditionelle, anerkannte Bedeutungen beleuchtet werden können. Der Feminismus ist in der Tat ein Kontext, aus dem heraus wir Bedeutungen pluralistischer gestalten können, indem wir scheinbar fixe Strukturen auf ihre sozialen, ökonomischen und politischen Determinanten untersuchen. Die materialistische Analyse von Sexualität und Ideologie gestattet es uns, vom Standpunkt eines kritischen Anderen aus zu lesen, von einem Erfahrungshintergrund, den der phallogozentrische Text ausradiiert und für bedeutungslos erklärt, so daß sich der Gestus des geschlossenen Texts als einschränkend, ausschließend und normierend erweist. Jetzt ist es möglich, textuelle Beschränkungen der Bedeutung von Frausein mit sozialen und ökonomischen Zwängen in Bezug zu setzen, ohne dabei in ahistorische Polemiken oder in ökonomistischen Geschichtsdeterminismus zu verfallen.

Anmerkungen*

- 1 Zum Begriff Diskurs und zur Diskurstheorie vgl. Sprachtheorie und Diskursanalyse in Frankreich. Harold Woetzel und Manfred Geier interviewen Michel Pêcheux und Françoise Gadet. In: *Das Argument* 133, 5/6, 1982
- 2 Vgl. dazu: Frauenformen II. Sexualisierung des Körpers. Argument-Sonderband 90, Berlin/W. 1983

* Die Anmerkungen wurden von der Frauenredaktion beigefügt.

Weibliche Identitätsbildung und Revolutionsfeste

Amazone, Göttin der Vernunft, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, Mutter, Ehefrau, Jungfrau — in diesen verschiedenen Rollen tritt die Frau auf den Revolutionsfesten im Verlauf der großen bürgerlichen Revolution in Frankreich auf. Diese Revolutionsfeste, in Paris und in der Provinz gefeiert, lassen sich mit gigantischen Freilichtschauspielen vergleichen — mit dem Unterschied allerdings, daß die Teilnehmer Akteur und Publikum zugleich waren, Festumzüge, Gesänge, Bankette, symbolische Zeremonien gehörten zum Bestandteil der Feste, die in verschiedenen Ausprägungen als Freiheitsfeste, Feste der Eheleute, der Jugend als Feste zur Erinnerung revolutionärer Ereignisse stattfanden. Gemeinsam war ihnen, daß die Menschen in diesen Formen ihr neues Selbstverständnis als Bürger der Republik feierten und damit zugleich die nun erforderlich gewordenen neuen Einstellungen für ihren veränderten Alltag einübten.

Die Revolutionsfeste unter dem Aspekt ihrer Bedeutung für die bürgerliche Identitätsbildung und hier vor allem für die besondere Identitätsbildung der Frau zu untersuchen, setzt zunächst Überlegungen voraus, wie solche Prozesse der Identitätsbildung vorzustellen sind. Ich folge hier Bergmann und Jeismann (1979), die u.a. über kollektive Identitätsbildung im historischen Prozeß Überlegungen vorgetragen haben. Die Produktion »kollektive(r) Identität«, verstanden als »Möglichkeit, sich als eine Gruppe von Menschen zu begreifen, deren Gemeinsamkeiten die Unterschiede überwiegen und sie von anderen Gruppen als Einheit abheben« (Jeismann 1979, 48), bewirkt — verknüpft mit der historischen Identitätsbildung (die »dem Aufweis von Zusammengehörigkeit durch akzentuierte Rekonstruktion von Geschichtsvorstellungen« [Jeismann 1979, 42] dient) — jenen Vorgang, in dem sich die gesellschaftliche Identität des je einzelnen Individuums herstellt.

Wenn wir die Revolutionsfeste als organisierten Prozeß kollektiver und individueller Identitätsbildung begreifen, dann stellt sich die Frage, ob und wenn ja, welche Besonderheiten es bezogen auf die Identitätsbildung der Bürgerinnen gab. Verfolgt wird, wie in den unterschiedlichen festlichen Aktionen weibliche Identität — handelnd und rezipierend — in neuer, bürgerlicher Weise formuliert und verankert wurde.

Eines der wenigen Lieder, die den Anspruch der Frauen auf die in der Revolution postulierte »Gleichheit« artikulieren, ist ein 1791 entstandenes Lied, das unter dem Titel »Die Frauen von Saint-Omer« in eine 1805 erschienene Lieder-sammlung aufgenommen wurde (De Regny 1805). Im Untertitel wird auf den Entstehungszusammenhang hingewiesen: »An die Herren des Klubs dieser Stadt, im Jahre 1791, die in ihre konstitutionelle Gesellschaft keine Damen aufnehmen wollten.« Grundschemata des Textes ist die ironische Verwendung der Kommunikationssituation der Beichte. Die Melodie, auf die der Text gesungen wurde, wird mit »Über das Beichtgebet« angegeben und damit als bei den Adressaten bekannt vorausgesetzt. In diesem Lied entschuldigen sich die

Frauen als »arme Wesen, die wir sind« mit einem »*mea culpa*« für den »vermessenen Schritt«, der als »wahnwitzige Hoffnung«, gemeinsam »mit den Männern politisieren« zu wollen, bezeichnet wird. Die Erfahrung, als gleichberechtigte Bürgerinnen abgewiesen worden zu sein, wird verarbeitet, indem das Verhalten der Männer auf noch vorhandene Vorurteile zurückgeführt wird, die der Theologie und damit dem Klerus als sozialem Träger dieser Ideologie zugeordnet werden. Die Ausgrenzung der Frau wird hiermit zugleich denunziert als Verstoß gegen die eine kollektive bürgerliche Identität konstituierenden Sinnvorgaben. Der Grundkonsens wird jedoch nicht in Frage gestellt, in der letzten Strophe heißt es: »Wir (Frauen) werden unter uns einen Klub nach dem Beispiel des Euren bilden. Wir werden sehen, wer dann mehr als '*mea culpa*' sagen wird.« Hier ist eine Vorstellung artikuliert, die als Prämisse in die Revolutionsfeste einging: die Vorstellung nämlich, daß unter aufgeklärten Menschen über alle Fragen prinzipiell ein Konsens herstellbar sei. Im Bewußtsein der die Feste veranstaltenden Komitees und auch der Teilnehmer waren mit der Republik die Ideale der Aufklärung verwirklicht. Aus dem Kontrast zur Festtradition der feudalen Gesellschaft — mit ihrer ständespezifischen Trennung der Teilnehmer und dem weitgehenden Ausschluß des Volkes und vor allem der Frau — sollten die Feste der Revolution die »Wiedervereinigung des Menschen mit seiner Natur« zum Ausdruck bringen. Dieser Vorstellung entsprach der Anspruch der Feste, den Lebenszusammenhang der Teilnehmer weitgehend einzubeziehen, und die Vorstellung, die individuelle wie kollektive Praxis der Kontrolle durch die Vernunft unterwerfen zu können. Im Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen der Feste (Reden, Gesänge, Festumzüge, Symbole etc.) sollten sich die Individuen über die sinnliche Erfahrung des Gemeinschaftserlebnisses als Teil der einheitlichen Nation erfahren und ihre neue Identität als Staatsbürger einüben und festigen.

Dieser intendierten Rezeption der Feste standen Erfahrungen und Bedürfnisse aus dem Alltagsleben der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber, die nur selten mit dem propagierten Ideal vereinbar waren. Zentralen Begriffen der Diskurse der Revolutionsfeste wie z.B. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit standen alltägliche Erfahrungen in den verschiedenen Praxisbereichen gegenüber, wie z.B. Ungleichheit von Besitz und Verteilung, Ungleichheit von Mann und Frau (das Wahlrecht besaßen z.B. nur die Männer), Konkurrenz. Andererseits verstärkte die neue historische Erfahrung, das Ungültigwerden vertrauter Muster der Interpretation alltäglicher Erfahrung, Werte und Normen (vor allem im Kontext der Dechristianisierungsbemühungen der Revolutionsregierungen) und die Anforderungen alltäglicher Praxis in der bürgerlichen Gesellschaft (deren Interaktionsformen den ständigen Wechsel des Individuums zwischen unterschiedlichen Praxisbereichen erfordern) ein Bedürfnis nach Orientierung und sozialer Eingebundenheit.

Der Anspruch der Frauen auf eine vollwertige Identität als Bürgerin war durch die alltagspraktischen Erfahrungen der Französischen Revolution gedeckt. Diese Erfahrungen reichen von der Beteiligung an Massenaktionen, die zum Sturz des Feudalsystems führten, über eigenständige Aktionen von Frauen z.B. im Kampf gegen die Hortung von Lebensmitteln, über die Bildung von

Frauenklubs bis zur Teilnahme von Frauen in den Revolutionsheeren und gingen als kollektive Erfahrung in die Revolutionsfeste ein. Im Lied der Frauen von Saint-Omer sind die daraus abgeleiteten Erwartungen artikuliert. Für eine Bestimmung weiblicher Identität ergibt sich damit eine zentrale Frage: wie erfolgt die Ablehnung eines solchen Anspruchs, ohne sich der Gefahr auszusetzen, als überliefertes theologisches Vorurteil interpretiert zu werden und damit die kollektive Identitätsbildung, die ja wesentlich über die Absetzung von der Feudalgesellschaft erfolgt, insgesamt in Frage zu stellen?

Die in der Aufklärung entwickelte Anthropologie fungierte bei den Revolutionsfesten als »Theorieservoir« für die Codierung der Identität der Individuen als Staatsbürger. Die Weiblichkeitstheorien der Aufklärung lassen sich auf zwei Grundkonzepte zurückführen. Charakteristisch für die profeministische Richtung, auf die sich alle feministischen Theorien des 18. Jahrhunderts beziehen, ist die Vorstellung, daß die Spezifik des menschlichen Wesens im autonom gedachten Verstand begründet ist, die Körperlichkeit als ein dem Wesen des Menschen Äußerliches anzusehen sei.

Damit sind alle Menschen, so auch Mann und Frau, grundsätzlich gleich. In dieser Reduktion haben zwar in der Tat beide Geschlechter eine einzige Identität als Menschen, dies war jedoch eine Gleichheit unter der Bedingung der Einbnung der Differenz. Für das Gegenkonzept steht paradigmatisch Rousseau, der aus der unterschiedlichen biologischen Konstitution von Mann und Frau ihre unterschiedliche soziale Natur ableitete. Beiden Varianten der aufklärerischen Anthropologie gemeinsam ist ihr Dualismus, der den Menschen und damit die Frau jeweils nur partiell erfassen konnte. Bei Rousseau findet sich im Rahmen seiner Gesellschaftstheorie ein genaues Konzept weiblicher Rollenzuteilung mit entsprechenden Pflichten, das als Vorgabe für die Gewinnung weiblicher Identität diente.

Das Protokoll einer Sitzung der »Brüderlichen Gesellschaft der Patrioten beider Geschlechter, Verteidiger der Verfassung« aus dem Jahre 1792, das an die Mitglieder verschiedener republikanischer Vereinigungen verteilt wurde, zeigt den engen Zusammenhang zwischen weiblicher Identitätsbildung und Bildung der kollektiven Identität (vgl. Rousseau 1977). Die Sitzung ist ein Nachspielen der Revolutionsfeste im Mikrokosmos der »Brüderlichen Gesellschaft«. Ihr wird, wie aus dem Verteilen des Sitzungsprotokolls an weitere Vereinigungen hervorgeht, offenbar exemplarischer Charakter zugemessen. Die Sitzung beginnt mit einem Festzug zu Ehren von Franklin, Voltaire, Rousseau und Mirabeau, deren Büsten unter gemeinsamem Singen einer Hymne auf einem Tisch vor den Festteilnehmern aufgestellt werden. Die Festteilnehmer werden vom Präsidenten der Gesellschaft, im Protokoll »Bruder Präsident« genannt, aufgefordert, »eine religiöse Stille einzuhalten, die gleichermaßen dem Fest, wie den großen Männern, denen es gewidmet ist, angemessen« sei (Rousseau 1977). Mit einer solchen Rezeptionshaltung wird das Fest gleichsam aus dem Alltag der Festteilnehmer herausgelöst und damit die Zuordnung von alltäglicher Erfahrung und Festgeschehen erschwert. Grundschema der Reden ist die Kontrastierung zwischen feudaler Gesellschaft (als Beschwörung der Vergangenheit des Kampfes gegen den Despotismus) und dem als Verwirk-

lichung des Ideals angesehenen Jetz-Zustand. Die durch die Revolution realisierte Befreiung des Menschen wird am Paradigma Frau sinnfällig gemacht. Im Sitzungsprotokoll heißt es dazu: »Ein Bruder schmückt die Büsten [der Philosophen und Revolutionäre; I.B.] mit einer staatsbürgerlichen Krone aus Dankbarkeit dafür, daß er dank ihrer Aufklärung und unserer heiligen Revolution seinem Leben eine Ehefrau anschließt, die er schätzt und die, ohne unsere neuen Gesetze in der Finsternis eines Klosters begraben geblieben wäre, in die sie von der Barbarei gezwungen worden war, hinabzusteigen.« (Rousseau 1977)

Die Befreiung der Frau durch die Revolution wird in Abwandlung eines Grundschemas aufklärerischer Romane interpretiert, in denen die Frau in der Rolle der »verfolgten Unschuld« von der feudalen Gesellschaft — meist in Gestalt eines Adligen — verfolgt wird, der — will sie den Verfolgungen nicht nachgeben — nur der Weg ins Kloster bleibt. Durch die Auswahl der Begriffe »Kloster/Grab/Finsternis = Barbarei« (die hier Konnotationen wie religiöser Fanatismus, sexuelle Unterdrückung nahelegen), die den neuen Gesetzen der Aufklärung gegenübergestellt werden, erscheint die der Frau zugedachte Identität als Ehefrau des Bürgers als Befreiung der weiblichen Natur. Insofern wird hier den Frauen die Übernahme einer reduzierten Befreiungsperspektive nahegelegt, in der sie nicht als freigewordenes Subjekt, sondern nur als Objekt erscheint. Der Mann aber rückt in die Position des Befreiers, der sie seinem Leben vereint. Die befreite weibliche Natur wird sogleich dem männlichen Bürger unterstellt. Den Bürgern als Festteilnehmern wird damit zugleich die Beachtung der »neuen Gesetze« (der Normen und Werte, die die kollektive Identität konstituieren), die diese Befreiung ermöglichten, nahegelegt.

Aus der Beschreibung dieses Festes im Protokoll (so wird bei der Wiedergabe der gehaltenen Reden der »starke, einheitliche Beifall« hervorgehoben, durch den die Teilnehmer ihre Übereinstimmung artikulieren) und der eingangs geforderten Rezeptionshaltung läßt sich ablesen, daß dieses Fest spontanen Reaktionen der Teilnehmer wenig Raum gab. In der Geschichte der Revolutionsfeste läßt sich parallel zum Übergang von weitgehend durch die Spontanität der Festteilnehmer geprägten Festen in den ersten Jahren nach der Revolution zu einem im Voraus immer minutiöser festgelegten Festprogramm, das kein Symbol der zufälligen Interpretation überließ, auch ein Prozeß immer präziserer Festschreibung dessen, was weibliche Identität sei, feststellen. In diesem Zusammenhang wird das Rousseausche Weiblichkeitskonzept auf den Festen geradezu »inszeniert«.

Die auf den Revolutionsfesten gesungenen Lieder sind ein wesentlicher Teil des Gemeinschaftserlebnisses der Feste und dienen auf spezifische Weise der Festigung der kollektiven Identität. Die kollektive Rezeption und gleichzeitige Interaktion (so wurde das Singen der Lieder oft begleitet von symbolischen Handlungen wie z.B. »an die Hand fassen« oder das Küssen der Kinder durch die Mütter), war auch eine Inszenierung der Erfahrung kollektiver Identität. Sie hatte durch die Kombination verschiedener Elemente (Musik, Text, Handlung) einen hohen Grad an Einprägsamkeit und Verbindlichkeit. Die Texte der Lieder wurden, soweit sie nicht schon bekannt waren, vom »Comité d'instruc-

tion publique« oder anderen staatlichen Institutionen gedruckt und zur Vorbereitung der Feste an Schulen und auf den Festen selbst verteilt. Schon die Titel der Lieder verweisen auf geschlechtsspezifisch unterschiedliche Identitätsvorstellungen. Während die männliche Identität (als Identität *des* Bürgers) in Liedern wie »Pflichten eine Ehemanns« oder »Charakter eines Republikaners« (Receuil 1791) abgesteckt wird, wird die Identität der Frau nur im Hinblick auf ihren weiblichen Geschlechtscharakter formuliert. Im Lied einer »Jungen Mutter an ihren Erstgeborenen«, das als Ansprache einer Frau an ihr Kind aufgebaut ist, ist die Emphase auffällig, mit der das von der Frau geforderte Verhalten positiv (bis zur Übertreibung) vorgeführt wird. Diese Emphase läßt gleichsam die negierten Elemente durchscheinen, die offenbar im Bewußtsein der Adressaten verankert waren und gegen die angesungen werden mußte.

So heißt es im Lied:

»Name, den die Zärtlichkeit uns verleiht
Name der durch nichts ausgelöscht werden kann
Süßer Name: Mutter!
Mit Begeisterung kann ich dich endlich aussprechen.
Durch mich also hast Du Dein Leben?
Ich bin Mutter, oh Du gewünschter Sohn!
Ich bin Mutter!
Deine Existenz ist das Siegel dieses heiligen Namens.«
(Receuil 1791)

Der Spannungsaufbau in der Strophe soll dieses Identitätsangebot als »Erfüllung« darstellen. Über das Kind erhält die Frau einen Namen, eine Identität, die in mehrfacher Weise als Ziel dargestellt wird. Es wird einerseits mit dem Hinweis auf Konstanz in der Zeit (nichts kann ihn auslöschen) als Möglichkeit der Befriedigung von Bedürfnissen nach historischer Identität nahegelegt, die (implizit: im Gegensatz zu anderen möglichen Identitätsangeboten) nicht vergänglich sei. Andererseits wird diese Identität als Vollendung eines Lebens dargestellt. Die Wiederholung der Zeile »Ich bin Mutter« ist auch im Sinne eines Identitätsversprechens zu interpretieren: das Subjekt kann sich endlich seiner Identität versichern über das Kind. Indem betont wird, daß das Kind gewünscht ist, wird die neue Qualität dieser Identitätszuweisung markiert und sollen (implizit) Alltagserfahrungen abgewiesen werden, die die intendierte Wirkung stören würden.

Es wird eine organische Eingebundenheit in die übergeordnete kollektive Identität der Staatsbürger nahegelegt und dabei zugleich ein affektives Verhältnis zwischen weiblicher Identität und übergeordneter kollektiver Identität suggeriert:

»... in Deinem Schoß, oh liebe Stadt,
wurde ein neuer Bürger geboren,
vielleicht ist er eines Tages eine Stütze seines Vaterlands.«
(Receuil 1791)

Die Stadt ist die übergeordnete Mutter, der wiederum das Vaterland (*la patrie*) als der Stadt übergeordnete Mutter gegenüberstehen kann. Hier wird Gesellschaft gedacht in Kategorien eines biologistisch-familialistischen Diskurses.

Ein spezifisches Element ist in den Liedern der Revolutionsfeste so wiederkehrend, daß es offenbar eine besondere Funktion erfüllt. In der letzten Stro-

phe des Liedes »Eine Junge Mutter an ihren Erstgeborenen« werden die mit der Übernahme der Identität als Mutter verbundenen Pflichten benannt: »Deine Mutter ... schuldet Dir ihre Milch und ihre Liebe.« (Receuil 1791) Dieses Element erhält im Kontext der Revolutionslieder den Rang einer staatsbürgerlichen Pflicht, so heißt es im Lied »Über die Kindheit«: »Laß nicht zu, daß eine andere ihm [dem Kind; d.Verf.] ihre Milch und ihre Pflege gibt.« (Receuil 1791)

Im Kontext der Rousseauschen Theorie ist die Deprivation der Frau in der feudalen Gesellschaft personifiziert in der Frau der Salons, die die aus ihrer Natur entstehenden Aufgaben leugnet. Mit diesem Element ist folglich eine soziale Konnotation »adlig« und damit — im übergeordneten Kontext der Französischen Revolution — »konterrevolutionär« verbunden. In diesem Diskurs wird offenbar ein sozialer Druck auf die Frau ausgeübt, um sie zur Übernahme der neuen Identitätszuweisung zu bewegen. Innerhalb des Schemas dieses Diskurses ist eine Ablehnung oder die Formulierung einer alternativen Identität durch die Frau nicht möglich, ohne daß die Konnotation »konterrevolutionär« auftauchte.

Hält man sich die Rousseau-Rezeption in der Französischen Revolution vor Augen, bestätigt sich diese Vermutung. In einer Sammlung von Texten aus der Französischen Revolution, die zu Ehren Rousseaus verfaßt wurden, wird der bei Rousseau vollzogene Bruch zwischen der alten und der neuen Gesellschaft mit »Er hat die Frauen ihren Pflichten zurückgegeben« ausgedrückt (Rousseau 1977). Eine Weigerung, diese Sichtweise zu übernehmen, läßt sich dann gleichsetzen mit der Ablehnung der neuen, der menschlichen Natur entsprechenden Ordnung. Sie würde damit auch die Männer in ihrer Identität verunsichern, da sie ein zentrales Prinzip der Gesamtordnung, auf deren Grundlage sich die kollektive Identität formuliert, in Frage stellen würde. Die Frau kann nur über den Mann (als Sohn, Ehemann oder Geliebten) ihre Identität als Bürgerin unter Beweis stellen. Im Lied »Abschied eines republikanischen Soldaten« zeigt sich die latente Schizophrenie einer weiblichen Identitätszuweisung, die sich als historische Identität im Kontrast zur feudalen Gesellschaft formulieren und doch zugleich die daraus ableitbaren weitergehenden Ansprüche abblocken muß:

»Sei Bürgerin, *sprich, befehle*,
Befehle Deinem Geliebten zum Kampf zu eilen,
Mir die Arme zu öffnen, bedeutet Dein Vaterland zu verraten,
Sei Bürgerin, *sprich, befehle*,
befehle Deinem Geliebten zum Kampf zu eilen...«
(Receuil 1791)

Zeremonien und Symbolik der Revolutionsfeste waren — trotz unterschiedlicher politischer Orientierung der Organisatoren — relativ ähnlich. Dies erklärt sich vor allem aus dem den Festen zugrundeliegenden Konsens, mit der Republik eine ideale gesellschaftliche Ordnung realisiert zu haben. Für die Verankerung der staatsbürgerlichen Identität war — dem aus der sensualistischen Ästhetik seit der Aufklärung verbreiteten Wissen zufolge —, über bildliche und symbolische Darstellungen eine besondere emotionale Wirkung zu erzielen. Diese Wirkung würde — so glaubte man — der rationalen Kontrolle solange

nicht entgleiten, als die verwendeten Symbole eindeutig interpretierbar waren. Die Festumzüge waren eine Inszenierung der Vorstellung, jedem Individuum einen Platz innerhalb des Zuges — und damit der neuen Gesellschaftsordnung — zuweisen zu können. Innerhalb dieser Einheit des Zuges — sprich: der Republik — sollte es zwar Unterschiede geben, diese sollten jedoch nur nach der »Natur« zugeteilt sein — Unterschiede nach Privilegien, Reichtum oder Religion waren verpönt. Aus dieser Vorstellung ergaben sich Festumzüge, die ein »Zeremoniell des Alters« inszenierten, indem z.B. jeweils in Gruppen Kinder, Alte, Frauen und Männer den Festzug bildeten. Der Bestand der neuen Ordnung sollte gesichert werden, indem die Festteilnehmer jeweils in gruppenspezifischen Schwüren sich gegenseitig versicherten, als Bürger zu handeln und zu denken.

In der Phase der Revolutionsfeste, die den größten Spielraum für spontane Aktionen der Festteilnehmer bot, ist innerhalb des Festzugs die Koexistenz von »Amazone« und »Mutter« charakteristisch, die offenbar nicht als Widerspruch empfunden wurden. Mit der Verkleidung als Amazone, Säbel oder Pike in der Hand, artikulierten vor allem die Frauen der Klubs den Anspruch auf eine Identität, die — gemäß der in der Französischen Revolution verbreiteten Rezeption der Gleichheit in den antiken Republiken — auch die Gleichheit der Geschlechter als Bürger anerkennt. Nicht nur als Amazone, sondern auch als Göttin der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit bildet die Frau, bekleidet mit einem weißen Gewand, eine Schärpe in den Farben der Republik um die Taille, oftmals den Mittelpunkt des Festgeschehens und nimmt Huldigungen der Festteilnehmer entgegen. In diesen herausgehobenen symbolischen Gestalten scheint den Frauen die Gleichstellung mit den Männern gewiß: Stellt man jedoch den Symbolen die Texte der Revolutionslieder gegenüber, die die mit diesen Bildern verbundenen Interpretationen verdeutlichen, erweist sich, daß für den bilderreichen Diskurs der Imagination die gleichen diskursiven Regeln gelten, die auf der Ebene der Reden und Lieder die Anerkennung der Frau als vollwertige Bürgerin abweisen. Die Frau eignet sich als Verkörperung abstrakter republikanischer Tugenden, indem sie die kollektive Identität emotional stabilisiert, jedoch um den Preis ihrer Reduktion auf eine Statue.

Auf die Verdrängung der Frau auch im Bereich der Imagination verweist ein weiterer Text, der im Kontext der Entwicklung einer »Bürgerreligion« 1791 unter dem Titel »Verse über Gott« zusammen mit »Republikanischen Oden« für die Revolutionsfeste herausgegeben wurde (Le Brun 1793). Ziel der Bemühungen um die Entwicklung einer Bürgerreligion war es, das Vertrauen der Bürger in die neue Ordnung und ein ihren Gesetzen entsprechendes Verhalten zu festigen. Im Text heißt es u.a.:

»Erfinde nicht Deinen Gott nichtiger Sterblicher. Weder der blinde Zufall, noch die blinde Materie vermochten es, meine Seele, Substanz des Lichts [im Frz. doppelter Sinn: Licht und Aufklärung; d. Verf.] zu erschaffen ... Mit einem verewigenden Blick gebiert er die Welt ... Was man Schicksal nennt ist nur sein oberstes Gesetz: die Natur ist seine Tochter, ist er selbst ... Er ist, alles ist durch ihn: einzig unbegrenztes Wesen, ist er Tugend, Macht, Ewigkeit ... Er allein ist Anfang und Ende des großen Ganzen, und die Schöpfung atmet in seinem Schoß. Kann ich unglücklich sein? Durch ihn bin ich geboren. Alles ist Güte in dem, der allein Macht ist ...« (Le Brun 1793)

Hier zeigt sich u.a., daß es nicht möglich ist, »Frau« im Zusammenhang mit »Macht« zu denken. Das erwartbare Element Frau bzw. Göttin wird an dieser Stelle ersetzt durch einen männlichen Gott »Natur«, der gebiert, in dessen Schoß die Schöpfung atmet, der zugleich seine Tochter und er selbst ist. Der Autor geht offenbar davon aus, daß die Adressaten diese Widersprüche akzeptieren, da sie den Text als Poesie rezipieren.

Nun läßt sich allein aus den Texten nicht sagen, ob die Frauen jeweils das, was ihnen nahegelegt wurde, auch übernahmen und sich in die ihnen zuge dachte Identität einlebten. Zu ermitteln ist also nicht, in welchem Umfang die Frauen selbst Träger der neuen Sichtweisen waren und wie weit damit das veränderte Bild von der Frau in ihren Alltagshandlungen Bestand hatte. Schwierig zu beantworten ist diese Frage auch deshalb, weil — wie ich zu zeigen versuchte — die Feste ja auch kein einheitlich-stimmiges Bild den Frauen anbieten. Wie verband sich für die einzelnen Frauen die Vorstellung von der Amazone mit der von der Mutter?

Auch unter einem anderen Aspekt stellen sich Fragen. Das hier genutzte Identitätskonzept ist wie andere auch zu allgemein, um wirklich epochenspezifische Probleme zu fassen. Der Begriff der Identität selbst ist ein historischer. Von weiblicher Identität vor der bürgerlichen Revolution zu sprechen, ist historisch sicher nicht angemessen.

Ausgehend von den Ergebnissen der Textanalyse lassen sich weitere Überlegungen formulieren.

Will man über zeitgenössische Texte das ihnen zugrundeliegende Bewußtsein der Adressaten rekonstruieren (indem man vor allem das Vorwissen und die Einstellungen betrachtet, die der Autor bei seinen Adressaten voraussetzt und auf die er seine Textstrategien ausrichtet), so wäre auch zu fragen, ob im Text Möglichkeiten der Negation oder teilweisen Negation direkt oder indirekt mit angeboten werden. Weiter wäre zu fragen nach dem Raster, das er für die Interpretation alltagspraktischer Erfahrungen der Adressaten anbietet; sowie nach der Rezeptionshaltung, die der Text den Adressaten nahelegt (so deutet z.B. die Aufforderung, eine sakrale Haltung einzunehmen oder der Gebrauch von Versen auf das Wissen über einen großen Abstand zwischen formuliertem Idealkonzept und alltäglicher Erfahrung hin). Ein großes Problem ist die Frage der Abgrenzung von geschlechtsübergreifender kollektiver Identität — z.B. in dem vorliegenden Fall der Gesamtheit der Festteilnehmer — und speziell weiblicher Identität. Geht man — mit Bergmann — davon aus, daß Identitätsbildung des Einzelnen wesentlich geprägt ist durch den sozialen Standort, von dem aus sie erfolgt, so stellt sich für die weibliche Identitätsbildung das Problem, daß (im Bereich der Konzepte) von unterschiedlichen sozialen Standorten (z.B. plebejische Kräfte des Kleinbürgertums, mittleres Bürgertum) die gleiche Theorie (Rousseau) unter unterschiedlicher Perspektive rezipierbar war. So ist z.B. ausgehend vom Gesellschaftskonzept Rousseaus die Bildung entgegengesetzter »kollektiver Identitäten« erfolgt. An diesen Fragen hätte die Forschung anzuknüpfen.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Jean-Jacques Rousseau dans la Revolution Francaise, 1789-1801, Paris, Edhis, 1977

Le Brun: Odes Républicaines, Paris 1793

Recueil de chants philosophiques, civiques et moraux, à l'usage des fêtes nationales et décadaïres, Paris 1791

Beffroy de Regny: Les soirées chantantes ou le chansonnier bourgeois, Paris 1805

Sekundärliteratur

Bergmann/Jeismann, 1979: Artikel über »Identität« (Bergmann) und »Geschichtsbewußtsein« (Jeismann). In: Bergmann/Kuhn/Jeismann/Rüsen: Handbuch der Geschichtsdidaktik, Bd.I, Düsseldorf

Cérati, M., 1966: Le club des Citoyennes Républicaines Révolutionnaires, Paris

Duhet, P.-M., 1977: Les femmes et la Révolution 1789-1794, Paris

Gumbrecht, H.-U., 1981: Skizze einer Literaturgeschichte der Französischen Revolution. In: Stackelberg, J. v.: Die Europäische Aufklärung, Bd. III, Handbuch der Literaturwissenschaft, Bd. XIII, Frankfurt/M.

ders., 1982: Die Vernunft auf der Flucht vor dem Imaginären. Manuskript, Bochum

Hoffmann, P., 1977: La femme dans la pensée de Lumières, Paris

Ozouf, M., 1976: La fête révolutionnaire, 1789-1799, Paris

Vovelle, M., 1976: Les métamorphoses de la fête en Provence, de 1750 à 1820, Paris



Frauenpolitik Opfer-Täter-Diskussion 2

Der Streit um den aufrechten Gang
der Frauen geht weiter.

Argument-Studienheft SH 56, 2/1983
86 Seiten, 7,- DM



Entwürfe von Frauen
in der Literatur des 20. Jahrhunderts
Literatur im historischen Prozeß NF 5
Argument-Sonderband AS 92
174 Seiten, 1982
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

**ENTWÜRFE
VON FRAUEN**

Jula Dech

»Vom Paradekissen zum Paradeplatz«

Zur Darstellung von Gewalt und Widerstand in der Ausstellung

»Unbeachtete Produktionsformen« von Frauen

»Diesen Krieg hätten ihr Frauen
in den Herzen der Männer
bekämpfen sollen, ehe er noch ausbrach.«
Romain Rolland

Die Darstellung von »Gewalt und Widerstand« ist in den verschiedenen Medien in den letzten Jahren wachsender Kriegsgefahr so überstrapaziert worden, daß es mühsam erscheint, vom »exterritorialen« Standort eines Museumsraumes aus noch Anstöße zum Nachdenken an die Besucher heranzutragen. Im Rahmen der Ausstellung »Unbeachtete Produktionsformen«, die im Berliner Künstlerhaus »Bethanien« im September/Oktober 1982 stattfand, wurde ein Raum »Vom Paradekissen zum Paradeplatz« aufgebaut, der hier exemplarisch für den Denkansatz und die Realisation der Ausstellung vorgestellt werden soll (insgesamt wurden acht Aspekte räumlich installiert).

Zur Intention der Ausstellung: Was meint der Begriff der »Unbeachteten Produktionsform«? Ausgangspunkt der Betrachtung ist zunächst die menschliche Arbeit, die in unserer Gesellschaft von Frauen und Männern auf jeweils spezifische Weise geleistet und unterschiedlich honoriert wird. Neben der bekannten disproportionierten Entlohnung (wie z.B. der von Kopf- und Handarbeit oder der von Frauen- und Männerarbeit) entdeckten wir mit dem Blick auf »beachtete« (also im Tauschwert vorkommende) Arbeit eine Skala verschiedener Tätigkeiten, die als »Geisterarbeit« oder »Tarnarbeit« gesellschaftlich weitgehend im Dunkeln bleiben — und überwiegend von Frauen geleistet werden.

Die Forderung »Lohn für Hausarbeit«, wie sie vor einigen Jahren von der autonomen Frauenbewegung in die Öffentlichkeit getragen und mit politischen Forderungen verknüpft wurde, war für unsere Diskussion *ein* wichtiges Element. Bei weiteren Reflexionen stellte sich immer mehr die Vielschichtigkeit der Problematik heraus — und verstärkte unsere Absicht, mehrere Ebenen gleichzeitig zu betrachten und miteinander zu verknüpfen. So sollte z.B. im Raum »Öffentlichkeit« eben nicht nur das Produkt — wie die freiwillig zubereitete Tasse Kaffee der Sekretärin für ihren Chef — zur Sprache kommen, sondern vielmehr das Schaffen einer Atmosphäre, das adrett gepflegte Gesicht, das Lächeln, das nicht honoriert wird. Wie aber stellt man ein Lächeln im Museum aus?

Auch die Tätigkeiten, die sich im häuslich-haushälterischen Bereich finden lassen, bei denen der Mensch Naturprozesse auslöst (wie z.B. das Gären, Konservieren, Kristallisieren, unbeachtete Veränderungen von Zuständen), sollten als Produktionsformen sichtbar gemacht werden.

Bei der sinnlichen Präsentation unbeachteter Produktionen von Frauen rückte ständig das Problem ins Zentrum, daß das Vorführen des Produkts die Sicht auf seine *Produktion* versperrt. Um sie aber ging es vor allem anderen.

Um möglichst viele Bereiche nach Strukturen unbeachteter Produktionsformen zu erschließen, haben wir bei der Darstellung des Gegenstandes folgende Überlegungen angestellt. Den Weg von »äußeren zu inneren« Phänomenen von Unbeachtetem zu schreiten, legt nahe, den Blick zunächst auf die »Wegwerfgesellschaft« zu richten — eine Gesellschaft, die übermäßig und Überflüssiges für den Markt produziert, woran wir zu ersticken drohen.

Nicht mehr Beachtetes, Weggeworfenes steigt vor uns auf, »Müllberge« drängen sich bis in die eigenen vier Wände herein. Das Geld (der Reichtum) befindet sich überwiegend in den Händen der männlichen Schatzbildner, Frauen profitieren daran mit geringerem Lohn für gleiche Arbeit — etwa in Form des Haushaltsgeldes — oder sind als »Schätzchen« Teil des männlichen Besitzes. Beim Umgang mit Geld haben Frauen unbeachtet Fähigkeiten entwickelt: so z.B. die verschiedenen Formen des Sparens, Einsparens, aber auch das Horten von Vorräten, das Konservieren und Sammeln, das Umfunktionieren von Gegenständen zum zweiten und dritten Gebrauch.

Hausarbeit wird sichtbar gemacht: als Planen von Zeit, als Funktionieren eines Tagesablaufes mit dem Zubereiten von Speisen, dem Schaffen von Gebrauchswerten, die mit dem Verzehr sofort wieder vernichtet werden — im Zeittakt der Kindererziehung. Im Blick auf menschliches Zusammenleben suchten wir nach dem Unbeachtetem im Zusammenhang der verschiedenen Generationen: was wird z.B. an Handfertigkeiten tradiert, an Kulturtechniken, an Normen und Werten der vorherigen Generation? Bei der Inszenierung dreier Frauenräume von 1920/1950/1980 wurden die Betrachter/innen aufgefordert, anhand ausgestellter Utensilien Erinnerungsarbeit bei sich zu beginnen. Das Aufzeigen von Großmutterns kleinem eigenem Schubfach, der Frisierkommode der Mutter und des eigenen Raums der Tochter vermittelt u.a. etwas von der progressiven Inbesitznahme von Raum im Laufe dreier Generationen.

Im Raum »Sinnlichkeit — Übersinnlichkeit« zeigten wir Formen (affirmative Bilder), in denen sozialisierte Gefühls- und Geschmacksmomente sichtbar werden. Dagegen setzten wir Formen von Sinnlichkeit, die als *unmittelbare* Erfahrung erinnert werden sollten.

Der Bereich öffentliche Aktionen und Interaktionen sollte im Raum »Kommunikation« transparent gemacht werden, um »Unbeachtetem« zu zeigen. Mit dem Präsentieren von privaten Briefwechseln, von Tagebüchern, die den inneren Monolog sichtbar machen, Gesprächen, die medial und unmittelbar am Ort der Ausstellung stattfanden, wurde Privates öffentlich gemacht.

Mitgestaltet wurde die Ausstellung durch Pakete, Kisten und Briefe von Frauen aus aller Welt, die wir aufgefordert hatten, die Idee mitzuinterpretieren.

Gewalt und Widerstand

Die unbeachteten Produktionsformen, so meine These, liegen weitgehend in verinnerlichten Strukturen, die von Generation zu Generation weitergegeben werden und die die Gewalt- und Machtverhältnisse immer wieder aufs Neue stabilisieren. Frauen wirken entscheidend mit bei der Herstellung von Strukturen alltäglicher Gewalt, in der Aufrechterhaltung der Erziehungsnormen von

Ordnung, Sauberkeit und sexueller Reglementierung, in der Duldung und »weiblichen« Ergänzung von Formen männlicher Gewalt. — Dies wollte ich mit meiner Montage aufzeigen. Ich stellte drei Gegenstände des bürgerlichen Alltags — das Ehebett, die Badewanne und das Kinderlaufstälchen — mit Fotografien der staatlich verordneten Gewalt zusammen: »Vom Paradekissen zum Paradeplatz«. Dazwischen schwebt ein überdimensional als Foto vergrößertes Gemälde eines Paares von Magritte (*Gigantische Tage*): die Körper von Mann und Frau sind gewaltsam besitzergreifend miteinander verschlungen — der Kampf der Geschlechter! Unter dem Paar marschiert eine Militärparade — als Schattenspiel.

Das Ehebett — Stätte von Lust und Frust, »das Schlachtfeld« der Liebe — ist der Platz, wo — beachtet — die nächste Generation produziert wird, der »Teppich«, auf dem dieses Bett plaziert ist, besteht aus einer Fotografie des größten Soldatenfriedhofs des 2. Weltkrieges. Um das Bett herum ist ein magischer Kreis von Kerzen gezogen. Kerzen — Sinnbild der Liebe und der Vergänglichkeit; die sich verzehrende Flamme steht um das Bett und auf dem Friedhof. Im intimsten Bereich menschlichen Lebens ein Kissen »Paradekissen« zu nennen, zeigt an, wie vielschichtig in der Sprache und in unserem Denken Ziviles und Militärisches verknüpft sind. Lexikalisch zum Stichwort »Parade«: »... herrichten, zurichten, parieren«. Eine fiktive Geschichte zur »Erfindung des Paradekissens« bietet weiteres Material zum Nachdenken über die Angepaßtheit von Frauen und ihre Mitschuld an herrschenden Verhältnissen.

Paradekissen: 1642, Erfindung der Gattin des englischen Offiziers der Reserve William McWhite. Dieser Herr hatte die Gewohnheit, in maßlosen Zorn zu verfallen, wenn er des Morgens sein Kopfkissen sah: es war verknautscht! Unordentliche Falten, zerknitterte Laken waren ihm ein Grauel! Um ihn zu erfreuen, erfand seine Ehefrau zwei Kissen, verzierte sie liebevoll mit Lochstickerei, stärkte jede einzelne Masche, glättete jeden Faden, nähte ihrer beide Namenszüge hinein und stellte sie aufrecht über die beiden Kopfkissen. Nun strahlte der Offizier! Jeden Abend, sobald er das eheliche Schlafgemach betrat, erfreute ihn ihr gestärkter Anblick. Er zählte sie täglich durch — eins, zwei strammstehen, abtreten! — Die Ehefrau parierte, sie räumte sie geflissentlich ab, nestelte tugendhaft ihr Mieder auf und das Nachtgewand zu und legte sich neben ihren Gatten zur Ruhe. Das Paradekissen erfüllte sie beide mit Wohlbehagen und häuslichem Glück!

Die Badewanne, Stätte der körperlichen Reinigung, bekommt ihre sakrale Weihe durch einen magischen Kreis von Scheuerpulver. Nicht das lustvolle Aalen in der weichen, warmen Gebärmutter soll erinnert werden — sondern das zwanghafte lustfeindliche Reinigen, Schrubben, Abbürsten, Abduschen, Absprühen um der Sauberkeit willen. Eine auf akustische Schwingungen reagierende Dusche, die an der Badewanne montiert war und die automatisch zu fließen begann, verstärkt den Eindruck des Zwanghaften und Mechanischen beim Reinigungsvorgang. Sauberkeit, die zur moralischen Macht wird! Christian Enzensberger hat in seinem 1970 erschienenen Buch »Größerer Versuch über den Schmutz« diese verdrängten, zwanghaften Sauberkeitsmechanismen beleuchtet:

»Sauber ist schön und gut. Sauber ist hell brav lieb. Sauber ist oben und hier. Schmutzig ist häßlich und anderswo. Sauber ist doch das Wahre, schmutzig ist unten und übel, schmutzig hat keinen Zweck. Sauber hat recht. Schmutzig ist demgegenüber, sauber ist da denn doch, schmutzig ist wie soll man sagen, schmutzig ist irgendwie unklar, schmutzig ist alles in allem, sauber ist wenigstens noch, aber schmutzig das ist also wirklich.«

Um diese verhängnisvolle Verknüpfung von Sauberkeit, Ordnung und autoritärem Charakter aufzuzeigen, wird die reale Badewanne mit einer Großfotografie des SS-Blocks vom Nürnberger Reichsparteitag unterlegt. In der makellosen militärischen Ordnung verschwindet der Einzelne, er wird ausgeschaltet. Männliche Gebote, wie »allzeit bereit« oder »gehorsam bis zum Tod«, funktionieren dabei perfekt.

Wie die Neugeborenen in Griechenland noch heute die ersten 40 Tage fest eingeschnürt werden (vielleicht auch, um sie sogleich an Ordnung und Gesetz zu gewöhnen) — so hat sich bei uns das Laufstälchen für die ersten Lebensjahre des Kindes bis heute gehalten. Das Kind lernt frühzeitig, seine Bewegungen zu reduzieren, sich der menschlichen Gesellschaft körperlich und geistig anzupassen. Die Basis dieses Minigefängnisses bildet daher in der Ausstellung die Welt der vielen Reglementierungen: die Kindergartenordnung, die Schulordnung, die Verkehrsordnung ...

Gegen die massiven Pfeiler der herrschenden »unbeachteten Produktionsformen« steht der andere Schwerpunkt des Raums: »Unbeachtet produzieren Frauen Widerstand gegen Gewalt von Staat und Gesellschaft«. An historischen und heutigen Beispielen von Einzelnen und Gruppen werden auf der sprachlichen und bildnerischen Ebene Frauen gezeigt, die unbeachtet Widerstand leisten: subversive Aktionen starten, zuhause, im Betrieb, Sand ins Getriebe streuen, subtil, fantasievoll. Aber ihre Versuche sind — gemessen an der Massivität dessen, was *ist* — winzig, hoffnungsvoll zu nennen. Da es mir darauf ankam, Bestehendes aufzuzeigen bzw. zu denunzieren, habe ich weder einer historischen Verherrlichung des Widerstands noch seiner utopischen Form zu viel Raum gegeben. Eine Tonbandmontage: »Drei Frauen unterschiedlicher Herkunft erinnern sich an 1933« legt einen akustischen Teppich unter das Gesamtinszenarium. Eine Diamontage: »Gewalt in der Kunst — Gewalt im Alltag« verknüpft Bilder alltäglicher Brutalität mit Darstellungen von Gewalt in der »großen« Kunst — Bilder, die normalerweise nicht miteinander betrachtet werden.

Der »Einblick« in den Raum wird durch einen alten Fensterrahmen gewährt, den die Fahnen der vier alliierten Besatzermächte — Berlin 1945 — schmücken. Die Fahnen wurden mit fleißigen Frauenhänden 1945 aus alten Nazi-Flaggen rasch umgenäht, um ihre neuen Beherrscher gebührend zu empfangen!

Mit der Sicht auf die Frau als *Produzentin* dessen, was wir an Macht- und

Gewaltformen in unserer Gesellschaft vorfinden, hoffe ich, den Ansatz von Abel/Blankenburg: »Militarisierung des Alltags« in *Argument 132* durch einen mir nicht unwesentlich erscheinenden Aspekt ergänzt zu haben.

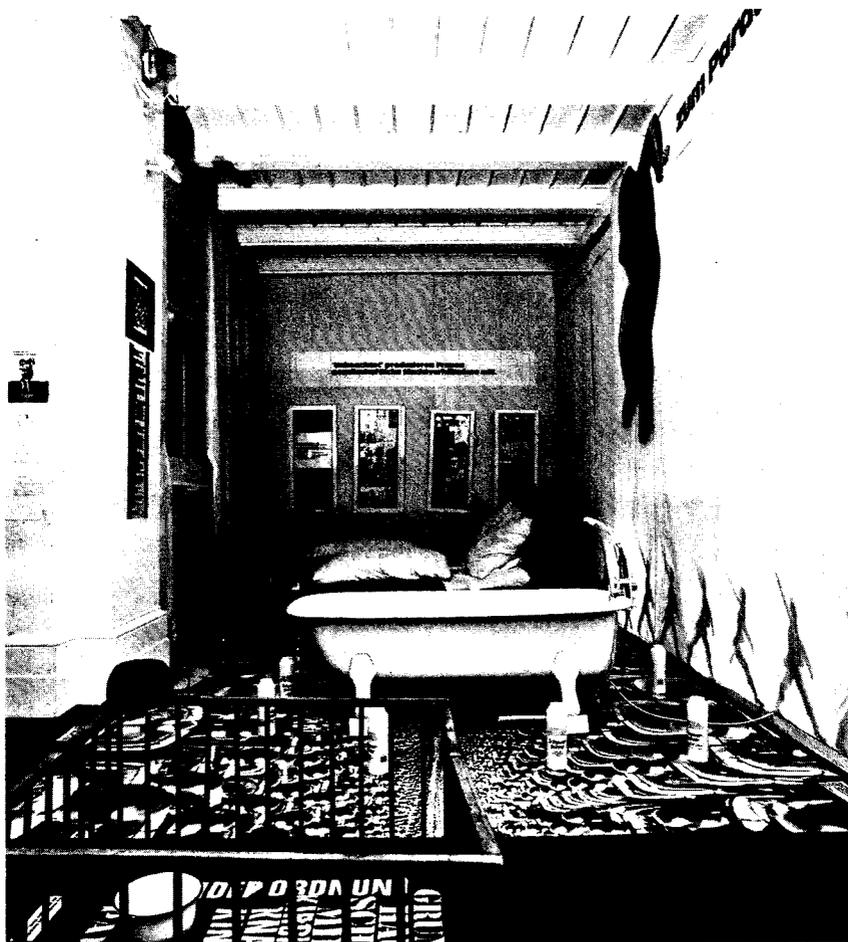
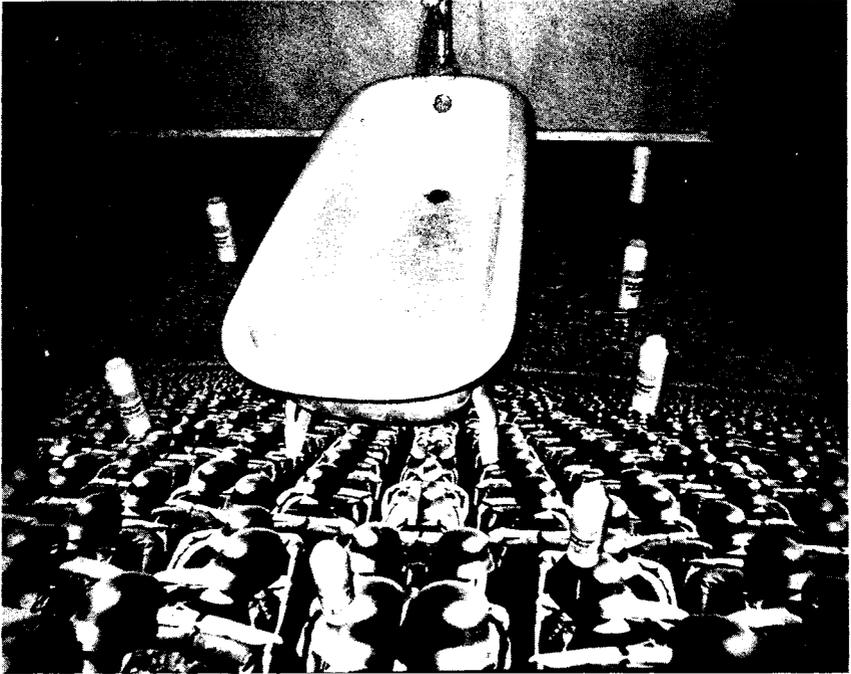


Foto: Lo Zahn



Fotos: Jula Dech

Furio Cerutti

Lebendiges und Totes in der Theorie von Karl Marx*

1906 schrieb Benedetto Croce ein Buch, das kurz danach auch in Deutschland erschien, unter dem Titel »Lebendiges und Totes in der Philosophie Hegels«. In diesem Buch versuchte Croce, sein Verhältnis zu Hegel zu bestimmen und ging dabei von den aktuellen Fragestellungen und systematischen Entwicklungen seiner eigenen Philosophie aus. Freimütig und ungebunden, obwohl philosophisch falsch, schied Croce das Dialektische an Hegel, das er übernehmen und weiterentwickeln wollte, von der Natur- und Geschichtsphilosophie, die er als Abarten des Panlogismus verwarf. Dieses selektive Verhältnis zu Hegel und zu den philosophischen Vorgängern überhaupt wurde Croce später sehr übelgenommen, als ein hermeneutisch grobes Verfahren, das die tiefere Einheit des Hegelschen Denkens nicht beachtet. In den 50er und 60er Jahren, als sich die italienischen Philosophen von Croce ganz lossagten, wurden zwar auch selektive Interpretationen von vergangenen Philosophien vorgelegt, aber es war allgemeine Sprachregelung, den beschwörenden Satz vorauszuschicken, daß es sich dabei um keine Aufspaltung des betreffenden Denkens in ein Totes und ein Lebendiges handelte.

Wenn ich heute die Formel Croces, zwar etwas persiflierend, wiederaufnehme und — impertinent genug — auf Marx anwende, so möchte ich, der ich aus der marxistischen Tradition komme, dadurch etwas signalisieren. Nach dem praktischen Wiederaufleben der Marxschen Ideen in den Studenten- und Arbeiterkämpfen der 60er Jahre, nach den späteren Verwüstungen sowohl der tatsächlichen wie der ideologisch aufgeblähten Krise des Marxismus, die viele von uns in eine unglückliche Defensive getrieben hat — nach diesen Vorgängen also veranschaulicht die runde und große Zahl, 100 Jahre, irgendwie die Möglichkeit, ja die Forderung, daß wir uns zu diesem Autor, der nunmehr ein ganzes Jahrhundert zurückliegt, frei verhalten. Das könnte auch heißen, daß wir uns, ein Stück jedenfalls, von ihm befreien müssen — durch ein offenes, selbstkritisches Verfahren allerdings, nicht als Reumütige und Konvertiten.

Re-thinking Marx also, indem wir ihn *problematisch* aktualisieren. Das setzt aber voraus, daß wir Marx unabhängig vom Marxismus betrachten, daß wir ihn lesen und rezipieren ohne die Last der Überlieferung mitzuschleppen. Nicht nur ist diese Überlieferung bei weitem nicht einheitlich, und wir müßten eher von den Marxismen als vom Marxismus reden. Nicht nur haben viele Marxismen und Marxisten Marx eher vernebelt und banalisiert, wenn nicht gar zum Kronzeugen für die Legitimation des Archipel *Gulag* umfunktioniert. Gewiß, die Marxsche Theorie rechnet mit ihrer eigenen Verwirklichung, zielt als Theorie auf die Praxis ab, muß also *auch* in Ansehung ihrer Folgen diskutiert werden. Marx hat aber den Zusammenhang Theorie-Praxis nie instrumentali-

* Vortrag, gehalten auf der Internationalen Konferenz: Rethinking Marx — 100 Years After His Death, an der Freien Universität Berlin, 17.-20.2.1983. Die Beiträge erscheinen im Herbst 1983: Re-thinking Marx. Argument-Sonderband AS 109

stisch verstanden, noch hat er seinen primären Anspruch auf wissenschaftliche Wahrheit aufgegeben: die Revolution ist machbar, weil die Kritik der politischen Ökonomie ihre Möglichkeit und Notwendigkeit nachweist — nicht umgekehrt. Es ist also sinnvoll und legitim, die Marxsche Theorie zunächst auf Grund ihrer wissenschaftlichen Konsistenz damals und heute zu beurteilen, anstatt daß man das Urteil aus ihren angeblichen kulturellen (Marxismus) und politischen Folgen (Arbeiterbewegung, real existierender Sozialismus) ableitet.

Schwerwiegender sind allerdings für die Scheidung zwischen Marx und Marxismus andere Argumente. Extrem formuliert, halte ich zuerst die Vorstellung einer Geschichte des Marxismus für ideologisch, so wie Marx in der *Deutschen Ideologie* eine selbständige Geschichte von Moral, Religion und sonstigen Ideen für grundlos hielt. Man kann zwar die Entwicklung des von Marx ausgehenden Begriffsapparats theoriegeschichtlich verfolgen, aber insgesamt löst sich die Geschichte des Marxismus in jene der politischen und sozialen Bewegungen, Parteien und Staaten auf, die ihr Selbstverständnis in der Anknüpfung an den so oder so interpretierten, revidierten, kanonisierten Marx geäußert haben. Das ist die reale Basis der verschiedenen Marxismen; sie liefern einen Rundblick über einige mögliche Interpretationen von Marx, erschöpfen keineswegs jeden möglichen Zugang zu seiner Theorie — den wollen wir uns eben wieder freischaufeln.

Zweitens leiden die meisten Versionen des Marxismus unter Sauerstoffmangel, das ist oft der Fall bei den Bemühungen um ein aktuelles Weltverständnis, die sich als Fortsetzung oder Anwendung eines epochalen Denkens verstehen. Sie erheben implizit den Anspruch, alles Neue an Hand des überlieferten Begriffsapparates erklären zu können, suchen diesen durch emsige exegetische Weiterarbeit zu verfeinern (das ist etwa der Fall bei der Marxologie, die ihre Grenzen nicht kennt). Der Blick für neue realgeschichtliche Tatbestände verliert an Schärfe, die kritisch offene Rezeption neuer wissenschaftlicher Gesichtspunkte wird erschwert oder blockiert. Das hatte Marx vielleicht im Kopf, als er in späten Jahren abwendend erklärte, er sei jedenfalls für seine Person kein Marxist. Dabei konnte er, der aufgeklärte Bürger des 19. Jahrhunderts, nicht einmal ahnen, daß man aus seinen Gedanken u.a. auch eine kirchliche Lehre samt Inquisition und auto-da-fe gemacht haben würde.

Wenn wir heute entschieden Marx vom Marxismus entkoppeln wollen, muß eines klar sein: das hat mit einer »zurück zu Marx«-Geste nichts zu tun. Ein »zurück zu ...« ist ein muffig defensiver Vorgang; er sitzt der ideologischen Täuschung auf, die *restitutio* der ursprünglichen, reinen Lehre eines großen Denkers der Vergangenheit könne uns den Schlüssel zum Verständnis der Gegenwart liefern, wozu unsere aktuellen Begriffe nicht reichen. Auch müssen wir uns vor einem Mißbrauch des reflexiven Status der Marxschen Theorie in Schutz nehmen. Sicherlich ist sie imstande — anders als die traditionellen Theorien — auf ihre Entstehung und ihre Verwurzelung in praktischen Zusammenhängen zu reflektieren und so ihre Begriffsbildung zu modifizieren. Eine Garantie für eine unbegrenzt phönixhafte Verjüngung liegt darin dennoch nicht. Überhaupt sollte der reflexive Status der materialistischen Theorie eher zu ihrer selbstkritischen Öffnung denn zur Selbstbestätigung beitragen.

Das war Vorspiel; ich will mich jetzt nicht länger um die selbst auferlegte Aufgabe drücken, werde also ganz brav sagen, was mir an Marx lebendig und was tot erscheint. — Lebendig, d.h. wahr erscheint mir sein Materialismus. Ich muß hier leider didaktisch werden und der Deutlichkeit halber ein paar Worte darüber sagen, worin in meiner Sicht der Materialismus besteht: in keiner Metaphysik der Materie, sondern in einer strikt immanentistischen Auffassung des Lebens der Menschen, das sich nach Marx ganz innerhalb des Naturganzen abspielt, ohne Gott, Geist oder Wesenheiten. Die Menschen sind Naturwesen, die allerdings anders als andere Naturwesen ihr Leben durch eigene Tätigkeit (hier Arbeit zu sagen wäre schon zu wenig und zu viel) und durch Zusammenwirken, also gesellschaftlich produzieren und reproduzieren. Dabei verändern sie die äußere Natur sowie sich selbst. Marx kennt nicht *den* Menschen, entzieht sich von vornherein also humanistisch, christlich oder philosophisch-anthropologisch angehauchten Interpretationen, die ja meistens auch nur in den Pariser Manuskripten Anhaltspunkte suchen können und die Kritik der politischen Ökonomie schlicht ignorieren. Marx geht weder von einem hypostasierten Begriff des Menschen aus, noch von general patterns wie etwa Produktion im allgemeinen oder System-Umwelt oder Strukturen, wie die marxistischen Strukturalisten noch glaubten. Hauptdarsteller bleiben immer die wirklichen Individuen (in der Mehrzahl), d.h. ihre Handlungen in der Aneignung der Natur und in ihrem wechselseitigen Verkehr. Erst als zeitweiliges Produkt dieser Handlungen können Strukturen und Gesetze erzeugt werden, denen die Individuen unterworfen sind, wo sie also als Träger von verfestigten Verhältnissen erscheinen, statt Subjekt zu sein.

Materialistisch sind also formale Begriffe, etwa soziologischer oder ethischer Art, unzulässig, soweit sie Anspruch auf zeitlos allgemeine Gültigkeit erheben. Keine konkrete Kategorie, sondern nur zwei Probleme sind allen gesellschaftlichen Epochen gemein: Wie die zur Reproduktion der vergesellschafteten Individuen erforderliche Gesamtarbeit auf die verschiedenen Bedürfnisse verteilt wird, also ein Stoffwechselproblem, das — die ursprüngliche Gemeinschaft einmal aufgehoben — entweder über Markt oder über Plan, glücklich oder erfolglos, geregelt werden kann. Daß Max Weber in *Wirtschaft und Gesellschaft* von der gleichen Fragestellung ausgegangen ist, kann ich nur am Rande — als einen Zwang in der Sache — erwähnen. Das zweite Problem ist nun: wie die unter die Individuen verteilte gesellschaftliche Arbeit, wie also die individuellen Arbeitstätigkeiten und -produkte wieder zur Einheit, zur gesellschaftlichen Synthesis gebracht werden; anders gesagt, wie die zur Arbeitsteilung komplementäre Kooperation ausgestaltet wird.

Sind beide Probleme konstant, so sind die Lösungen variabel: sie bestehen in den verschiedenen Formen, die der stoffliche Reproduktionsprozeß der Gesellschaft annimmt. Erst die Form macht die Dimension der Geschichte aus. Die bürgerliche Wirtschaftsordnung etwa verliert den Schein der Natürlichkeit und Zeitlosigkeit und kann erst dann als geschichtlich entstandenes und eventuell niedergehendes Gebilde erkannt werden, nachdem die Wertform des Arbeitsprodukts als ihre Kernstruktur entdeckt wurde. Das hat forschungslogisch der Analyse der Wertgröße vorauszugehen. Diesen Hinweis von Marx möchte

ich übrigens soweit ausdehnen, daß wir den Wertformbegriff weiterhin verwenden dürfen, ohne damit die unhaltbare Arbeitswertlehre mitverantworten zu müssen.

Ich möchte aber die werttheoretische Diskussion gar nicht aufgreifen. Ich will vielmehr betonen, daß Marx mit seinem Begriff der Form bzw. der Formbestimmtheit zwei sonst unterschiedliche oder gar auseinanderliegende Dimensionen, nämlich Gesellschaft und Geschichte von vornherein in einem Zusammenhang begreift. Einzig in seinen historischen Formen, also in der Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen ist der gesellschaftliche Lebensprozeß der Menschen konkret zu erfassen. Selbst die tendenzielle Geschichtslosigkeit der entfalteten Kapitalform wird als Resultat der morphologischen Entwicklung der geschichtlich gewordenen Warenform verstanden. Anders in der Soziologie: sie ist an der Geltung sozialer Regeln interessiert, nicht an ihrer Entstehung, nicht an ihrer möglichen Umwälzung, sie operiert folglich in formalen Begriffen, etwa soziale Beziehung, Rolle, Funktion. In der Soziologie ist die Gesellschaft selbstgenügsamer Forschungsgegenstand, die Geschichte kommt — wenn überhaupt — erst als Anhang hintendran, als Problem der sozialen Evolution. Im Marxschen Gesellschaftsbegriff ist Geschichte hingegen konstitutiv: freilich als Dimension, als Kontinent Geschichte (hat einmal Louis Althusser gesagt), nicht als Philosophie der Geschichte. Denn die Antwort auf die Fragen: wie die jeweilige Form mit ihrem stofflichen Inhalt zusammenspielt, wie sie entsteht, ob sie in ihrem Verlauf zur Verselbständigung und Stabilisierung tendiert, wann und warum sie niedergeht — diese Antwort ist nicht generellen Gesetzen der Geschichte zu entnehmen. Selbst der Widerspruch von gewachsenen Produktionskräften und eng gewordenen Produktionsverhältnissen hat bei Marx kaum den Status eines obersten Prinzips, das nur angewendet zu werden braucht, sondern wird sogar in den kanonischen Zeilen des *Vorworts zur Kritik der politischen Ökonomie* als »Resultat« von Marx' konkreten Untersuchungen und »Leitfaden« zu seinen laufenden Studien bezeichnet.

Mit dem Begriff der historisch lokalisierten und morphologisch zu analysierenden Formen, in denen sich der gesellschaftliche Lebensprozeß abspielt und modifiziert, hat der Marxsche moderne Materialismus eine Grenze markiert, die nicht unterschritten werden darf — wo sich immer eine Theorie der Gesellschaft bzw. der Geschichte als wissenschaftlich und deshalb als kritisch verstehen will. Freilich suchen heute noch die meisten Theorien »wissenschaftlich« von »kritisch« abzukoppeln und ihre präbenderte Wissenschaftlichkeit anders, nämlich nach affirmativen oder gar akademisch-institutionellen Mustern auszuweisen. Grenze oder vielmehr Stachel soll in dieser Hinsicht der materialistische Ansatz der Marxschen Theorie bleiben. Deshalb ist Marx kein ad acta zu legenden Klassiker — oder, wenn schon ein Klassiker, ein *primus inter pares*.

An dem inneren Zusammenhang von Wissenschaft und Kritik bei Marx festzuhalten, bedeutet zugleich, das emanzipative Potential seiner Theorie als *Theorie* — also nicht etwa als Ideologie einer sozialen oder politischen Bewegung — freizulegen. Freilegen und aktivieren auch im Hinblick auf die Geschichte des Marxismus und des Sozialismus. Nur andeutungsweise möchte ich z.B. drei in der Entwicklung des kritischen Marxismus selbst vorhandene Ten-

denzen nennen, die mit einem materialistisch strengeren Verständnis der Beziehung von Begriff und Realität kollidieren: 1. eine allzu historisierende Interpretation der gesellschaftlichen Statik und Dynamik, die auf einen Überschwang an Prozeßhaftigkeit hinausläuft; 2. eine allzu rasche Reduktion der Erscheinungen auf die wesentlichen Verhältnisse, die eine phänomenologisch reiche Vielfalt durch *reductio ad unum* auf einen stilisierten Wesenskern, etwa die Ware, zurückführt; 3. eine wildgewordene Morphologie, die Marx' Warnungen vor einer verselbständigten Dialektik überhört und bei einer Ableitungslösung landet.

Daß etwas von diesen Tendenzen bei Marx selbst aufscheint, werde ich bald ausführen. Diese gezwungenermaßen allzu prinzipielle und methodologische Charakteristik des Lebendigen an Marx möchte ich mit einem Hinweis abschließen: das Festhalten an einem materialistischen Ansatz macht einerseits die Grenze zu konkurrierenden Typen der Begriffsbildung klar, legt andererseits den Weg zu einem produktiven Theorienvergleich frei. Wir müssen z.B. erkennen, daß den historisch-prozeßhaften Tendenzen des Marxismus Sachverhalte entgangen sind, etwa Formen des Lebensalltags, oder Funktionsweisen komplexer Organisation, die erst von dieser und jener soziologischen Richtung in eine analytische Optik gerückt wurden. Dieser Tatbestand, also nicht nur die unrühmlichen Abschnitte in der Geschichte des marxistischen Sozialismus, läßt Skepsis aufkommen im Hinblick auf das Weiterbestehen des Marxismus als einer selbstgenügsamen Lehre, deren Substanz sich gleichbleibe, indem er sich immer wieder zu erneuern wisse. Diese Gewißheit könnte ein Hindernis sein für eine materialistische Forschung, die gleichsam ohne Netz ansetzen soll: sei es auf neuen Gebieten, die nur marxistische Boniertheit aus sozioökonomischen Zusammenhängen erklären will, etwa der Exterminismus der nuklearen Welt; sei es Forschung, die den materialistischen Blick für die wirklichen Verhältnisse durch Heranziehung von nicht zur marxistischen Tradition gehörenden Methoden und Dispositiven zu schärfen versucht. Diesen Kooperationsvorschlag bringe ich allerdings mit der gebotenen Vorsicht vor: eine nicht leichtfertige Integration etwa geschichtsmaterialistischer und soziologischer Gesichtspunkte könnte doch an der Differenz des jeweiligen epistemologischen Ansatzes scheitern oder sie könnte, wenn sie ohne Reflexion auf diese Differenz unternommen wird, eklektizistisch unscharf sein. Übrigens läßt sich in dieser Hinsicht immer noch einiges lernen aus der Beziehung von Marx zur politischen Ökonomie, nämlich daraus, daß er nicht eine linke politische Ökonomie, sondern eine *Kritik* derselben schrieb.

In einem Wort, man kann heute vielleicht mit Marx materialistisch denken, ohne sich zum Marxismus zu bekennen. Ich will aber daraus keine prinzipielle Angelegenheit machen; ihre Lösung soll sich nach der jeweiligen kultur- und forschungspolitischen Lage richten.

Mein Verhältnis zu Marx 100 Jahre danach möchte ich jetzt an vier Problemlagen konkretisieren, in denen — um Croces etwas biologistische Metapher fortzuführen — Lebendiges und Totes verfilzt sind. Die beiden ersten werde ich etwas ausführlicher behandeln, Punkt 3 und 4 nur andeutungsweise.

1. Marx hat keine Geschichtsphilosophie konstruiert, sondern eine Theorie

der Geschichte auf der Höhe der damaligen Erkenntnisse der Geschichtsforschung geliefert. Gegen eine Aufbauschung seiner »Konzeptualisierung des Geschichtsprozesses« (Le Goff) zu einer überhistorischen Philosophie der Geschichte hat er selber gewarnt; dabei hat er gegen eine Verselbständigung der morphologischen Modelle die Relevanz des konkreten »historischen Milieus« ins Feld gesetzt, was alternative Entwicklungschancen offen läßt (die russische Dorfgemeinde, *obščina*). Auch fiel er kaum der späteren Fortschrittsideologie der Arbeiterbewegung, also der optimistischen Teleologie der Produktivkraftentwicklung zum Opfer: nicht darauf zielt sein Begriff der *progressiven* Gesellschaftsformation. Daß die heutigen Ökologen wenig mit ihm anzufangen wissen, liegt wohl an der Verwechslung von Marx und Marxismus.

Bei Marx begegnen wir also weder einem generellen Determinismus, noch einer säkularisierten Heilslehre. Die Probleme, die wir mit ihm haben, liegen ganz auf der Ebene der modernen Wissenschaft. Nicht, daß er aus seiner Geschichtstheorie auf Voraussagen im Hinblick auf die künftige Geschichte, die Geschichte *à faire* zu schließen versucht, ist problematisch, sondern die Art und Weise, wie er das macht. Erstens verleiht er (worauf Cesare Luporini mit Nachdruck hingewiesen hat) dem anvisierten Übergang vom Kapitalismus zu einer neuen Gesellschaftsformation die Modalität der Notwendigkeit (im Vorwort 1867 zum 1. Buch des *Kapitals*, vor allem aber in der klassischen Stelle im 24. Kapitel über die Expropriation der Expropriateure als Negation der Negation). Nicht nur hat sich das historisch nicht bewahrheitet, sondern es kollidiert mit dem sonst relativ offenen und kontingenten Charakter des Geschichtsprozesses, den wir aus anderen weniger »offiziellen« Texten von Marx kennen. Marx geht von den *ökonomischen* Gesetzen seines Strukturmodells der kapitalistischen Produktionsweise aus (speziell vom Akkumulationsprozeß) und projiziert deren Wirkung in die Zukunft hinein, als wären sie Gesetze der künftigen Geschichte überhaupt, die er zumal als »Naturprozeß« aufgefaßt wissen will. Daß der notwendige gesetzmäßige Charakter des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus *auch* aus argumentativen Regeln der politischen Strategie herrührt; daß Marx trotzdem diese Gesetzmäßigkeit nicht deterministisch-quietistisch, sondern als Voraussetzung zum Kampf verstand — das kann hier leider nur am Rande angemerkt werden.

Wichtiger ist hier der zweite problematische Aspekt dieser Aussagen von Marx. Denn an der Extrapolation des Akkumulationsgesetzes zu einer generellen Voraussage über die künftige Geschichte zeigt sich, daß Marx — zumindest an dieser politisch so relevanten Stelle — den gesellschaftlichen Lebensprozeß zu eng auffaßt. Anders als in vielen seiner konkreten Analysen, wird in seinem Übergangsmodell dieser zentrale Begriff des Marxschen Materialismus einigermaßen ökonomistisch verengt. Marx fehlte ein integriertes Konzept des gesellschaftlichen Lebensprozesses: keine Psyche, keine symbolische Produktion, kein institutionelles Handeln. Das mußte ihm fehlen, aus wissenschaftsgeschichtlichen Gründen: wären die entsprechenden Wissenschaften zu seiner Zeit schon entwickelt gewesen, dann hätte er sie möglicherweise in sein materialistisch offenes Instrumentarium zu integrieren versucht. Das ist genau das, was Marx zeitlebens tat, statt den Marxismus zu kanonisieren: nicht nur in Be-

zug auf neuere naturwissenschaftliche Entwicklungen (etwa auf dem Gebiete der Elektrizität, wie Engels kurioserweise in der Grabrede erwähnt), sondern auf neue Theorien, wie die Evolutionstheorie und neue Wissenschaften, wie zuletzt die Ethnologie. Jedenfalls überall dort, wo dies zur Aufdeckung der inneren Zusammenhänge des gesellschaftlichen Lebensprozesses beitragen konnte.

So grenzenlos aufnahmefähig können wir uns allerdings unseren hypothetischen Marx nicht vorstellen. Die Frage ist, ob sein Begriffsapparat andere Ansätze zu einer Theorie der vergesellschafteten Individuen hätte zulassen können, als die auch nur als letzte Instanz konzipierte Produktionsweise. Werden die Individuen von Marx nun als Personifikationen sozioökonomischer Verhältnisse verstanden, was seinen so zentralen Begriff des Individuums tatsächlich verarmen würde? Oder gilt das nur innerhalb des Strukturmodells des Kapitals und nicht in einer potentiell allseitig entwickelten Auffassung des Individuums, ja selbst des von Marx nur angedeuteten Begriffs des »historischen Milieus«? Dazu fehlten freilich Marx die Instrumente und das wurde auch nur episodisch, gleichsam am Rande des offiziellen Marxismus, nämlich in der frühen kritischen Theorie von Horkheimer und Fromm versucht.

2. Mit Marx haben wir sonst an einer anderen Stelle Probleme, die sich bei manchen zu Vorwürfen zuspitzen. Hat er etwa eine holistische oder organisatorische Auffassung der Gesellschaft? Zeigt sich das vielleicht daran, daß er die irreversible Rationalisierung qua Formalisierung, mit Luhmann und neuerdings mit Habermas gesprochen: die mediengesteuerte, entpersönlichte Selbstregulierung ganzer Handlungsbereiche, wie die tauschwertgesteuerte Wirtschaft, nicht akzeptiert? Schlägt sich also Marx mit seiner antimodernen Utopie der im Kommunismus zu restaurierenden Durchsichtigkeit der interpersonalen Beziehungen auf die Seite der »Gemeinschaft« gegen die »Gesellschaft« (Tönnies)?

Gute Gründe zu solcher Skepsis scheinen nicht nur im realgeschichtlichen Verlauf in Ost und West zu liegen, sondern selbst in der Wissenschaftsgeschichte nach Marx, die seine Fetischismuskritik alles andere als beherzigt hat. An dieser Stelle kann ich nur andeutungsweise sagen, daß einem Marx ohne Verdinglichung und Fetischismus der kritische Stachel genommen wäre, daß aber diese Begriffe im Hinblick auf neue Sachverhalte reformuliert werden müßten, um sie auf analytischer, ja empirischer Ebene wieder produktiv und aktuell zu machen. Wie man ihn auch immer heute inhaltlich besetzt, bleibt der Widerspruch »abstrakt« vs. »konkret« in einer an Marx orientierten Gesellschaftskritik zentral.

Auf die eingangs gestellten Fragen zurückkommend, werde ich darauf keine direkte Antwort geben, sondern nur ein wenig marxologisch verfahren. Marx unterstellt kein normatives Bild einer organisch selbstregulierten Gesellschaft, sondern er denkt — auch in einem Verein freier Menschen — an eine Formalisierung ihrer Beziehungen auf dem Wege der Arbeitszeit- und Wertrechnung, wobei aber die Werte nicht zu Tauschwerten werden, weil die gesellschaftliche Synthesis über Plan erfolgt. Voraussetzung dazu ist sicherlich eine Entlastung der Menschen in ihrer reproduktiven Tätigkeit; sie soll aber nicht durch anony-

me Kommunikationsmedien wie Geld und Macht geleistet werden, sondern durch die Abwälzung der materiellen Reproduktion auf Wissenschaft und Technologie als erste Produktivkraft. Was Marx im Sinne hat, ist jedenfalls nicht eine sich formalistisch verselbständigende Formalisierung, sondern eine, die den Beschlüssen freier assoziierter Subjekte unterworfen bleibt.

Das sind nun drei schwerwiegende Worte: Freiheit, Subjekt, Assoziation, also Gesellschaftsverband. Mitten in einer Konzeption, die Gesellschaft und Geschichte in einem begreifen will, begegnen wir den Kategorien, die uns aus der ontologischen bzw. normativistischen Denktradition der politischen und der Moralphilosophie bekannt sind. Liegt vielleicht hier eine Aporie bei Marx vor? Wenn schon Aporie, dann eine produktive. Denn sie zeigt, daß Probleme, die heute aktuell sind, und gegen Marx ausgespielt werden (als hätte er sie in seinem angeblichen Historismus gar nicht ernst eingesehen) — daß diese Probleme sich aus der Entfaltung seiner Konzeption selbst ergeben. Das sind:

3. die Probleme der institutionellen Regeln, wie eine halbwegs freie Assoziation, wie also Staat und Politik in der Demokratie zu funktionieren haben; dort nämlich, wo der Klassenstaat als bürgerlicher Unterdrückungsapparat zerschlagen oder zumindest eingeschränkt wird. Das Ausbleiben der Thematisierung dieses Komplexes ist ja eines der großen theoretischen und politischen Desaster in der Geschichte des Marxismus und des Sozialismus, wie Norberto Bobbio immer wieder hervorgehoben hat; es kommt einem riesigen Verdrängungsvorgang gleich. Marx selbst hat im wesentlichen an seiner jugendlichen Kritik der Demokratie festgehalten, er hat das Thema der Zentralisation oder Zentralregierung — die er für unumgänglich hält, auch wo er die Kommunalverfassung feiert — bestenfalls offengelassen. Wir müssen es einhundert Jahre später wieder aufnehmen, aber inzwischen ist ja — gelinde gesagt — einiges passiert.

4. Ein vierter und letzter Fragenkomplex ergibt sich: wo von Freiheit und Subjekt die Rede ist, da stellt sich wieder legitimerweise das Problem einer Moraltheorie. Zumal heute, nachdem die marxistische Geschichtsphilosophie samt ihrem zeitweiligen Fortschrittsoptimismus und Determinismus hinfällig geworden ist. Das Problem ist zweifach: einmal die Begründung der universalistischen Werte auf die sich Marx privat, im Briefwechsel, immer wieder beruft, aber gelegentlich auch »offiziell«, so etwa »Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit« in den Provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation. Dann auch die Frage nach der individuellen Entscheidung für das eine oder das andere Wertesystem. Damit will ich nicht der Wiedergeburt einer transzendental abstrakten, rein normativistischen Theorie der Moral bzw. der Gerechtigkeit das Wort reden. Diese Fragen materialistisch zu thematisieren, würde vielmehr heißen, daß wir die geschichtliche Entwicklung und die gesellschaftliche Bestimmtheit von Werten und Regeln mit in die Reflexion aufnehmen, ohne sie aber noch einmal in einer »gesetzmäßigen« Geschichtsauffassung zu verflüchtigen.

Wie man das macht, ob sich das überhaupt machen läßt, bleibt fraglich — und mehr als die tentative Formulierung von manchen sehr lebendigen Fragen, die uns Marx immer noch aufgibt, hatte ich im Grunde nicht anzubieten.

Knuth Dohse

Massenarbeitslosigkeit und Ausländerpolitik*

Ausländerpolitik ist gegenwärtig weitestgehend bestimmt von der Lage auf dem Arbeitsmarkt. In der Bundesrepublik und in Berlin/West wird in absehbarer Zeit die Arbeitslosigkeit die 2-Millionen-Marke überschreiten. Noch immer sind 2 Mio. Ausländer beschäftigt. Viele Leute in diesem Lande und gerade auch viele Arbeiter fragen sich, ob nicht ohne Ausländer wenigstens die Deutschen Arbeit finden könnten. Gastarbeiter sollten, wie es anständige Gäste zu tun pflegen, das Weite suchen, wenn es den Gastgebern selbst schlecht geht. Solche Vorstellungen bilden einen fruchtbaren Nährboden für Ausländerfeindlichkeit.

Die Illusionen der Ausländerverdrängung lassen sich ihrerseits als Ergebnis der bisherigen langjährigen staatlichen Ausländerpolitik, ja geradezu als deren logische Fortsetzung außerhalb des Staatsapparates begreifen. Um diese These zu erläutern, muß ich etwas ausholen. Das Prinzip staatlicher Ausländerpolitik hatte bis Anfang der 70er Jahre zwei Pole: Der eine bestand in der Gewährleistung schneller Zulieferung von Arbeitskräften nach den Anforderungen der Unternehmer unter Sicherung des sozialen Mindestniveaus. Dabei übernahm der Staatsapparat Aufgaben der Personalselektion nach Gesundheit, Alter und sozialen/politischen Kriterien (Kriminalität, politische »Auffälligkeit«). Im Ergebnis läßt sich folgende Entwicklung festhalten:

- Der Zustrom ausländischer Arbeiter erfolgte nach den kaum regulierten Anforderungen der Unternehmen, die dadurch den Bereich unattraktiver Arbeitsbedingungen stabilisieren konnten.
- Beschäftigte deutsche Arbeitskräfte rückten vielfach in bessere Positionen auf. Man sagt, der Arbeitsmarkt wurde unterschichtet.
- Die weitere Ausschöpfung des deutschen Erwerbspotentials (Frauen/Landbevölkerung) wurde blockiert.
- Auf diese Weise entstand zum einen eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Qualität der Ausländerarbeitsplätze und der Inländerarbeitsplätze und zum anderen bei Arbeitslosigkeit eine Diskrepanz der regionalen Verteilung der Arbeitslosen und der Beschäftigung von Ausländern.

Der andere Pol bestand in der Gewährleistung der prinzipiellen Umkehrbarkeit der Ausländerbeschäftigung durch Aufbau eines Sonderrechts für Ausländer. Von Anfang an sollte die Ausländerbeschäftigung unter Arbeitsmarktvorbehalt gestellt werden. Bei Arbeitslosigkeit sollte notfalls unter Einschaltung des Staatsapparates eine Rückkehr sichergestellt werden. Zu diesem Zweck erfolgte der Ausbau eines Rechtssystems, das als arbeits- und sozialpolitisches

* Gekürzte Fassung eines Vortrags auf der Volksuniversität, Berlin, Pfingsten 1981. Für eine vertiefende Beschäftigung mit der behandelten Problematik verweise ich auf Veröffentlichungen, die z.T. die Grundlage für den Vortrag bildeten: Dohse, K.: Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht, Königstein/Ts. 1981; Dohse, K.: Ausländerpolitik und betriebliche Ausländerdiskriminierung, in: Leviathan, H.3/4 1982, 499-526.

Notstandsrecht gekennzeichnet werden kann. Der Grundgedanke dieses Systems war der, daß keine Rechtsposition der Ausländer entgegenstehen sollte, falls es der Staatsapparat für notwendig erachten würde, die Ausländerbeschäftigung und die Ausländerbevölkerung im Inland durch Rückkehrzwang zu reduzieren.

Ich verweise nur auf die Entstehung des Ausländergesetzes. Das Ausländergesetz von 1965 stellt eine verschärfte Form des faschistischen Fremdenrechts dar. Es ist in wesentlichen Regelungen eine Übernahme der Nationalsozialistischen Ausländerpolizeiverordnung von 1938. Der hauptsächliche Unterschied besteht darin, daß nach dem Ausländergesetz der Staatsapparat sich nicht einmal durch allgemeines Wohlverhalten der Ausländer in seinen Handlungskompetenzen binden lassen wollte (wie noch in der Ausländerpolizeiverordnung von 1938). Der Staat sollte über Zulassung und Verbleib von Ausländern nach eigenen Kriterien entscheiden, ohne auf die Subjekte und deren Verhalten eingehen zu müssen. Für die Ausländer war damit eine prinzipielle Unkalkulierbarkeit ihrer Position in der Bundesrepublik verbunden. Zugleich waren wichtige Rechtsstaatsprinzipien verletzt wie die Vorhersehbarkeit staatlichen Handelns, die Gewaltenteilung etc. Dieses Gesetz besteht auch heute noch mit unwesentlichen Veränderungen fort. Alle Verbesserungen des Aufenthaltsstatus wurden lediglich auf der Ebene allgemeiner Verwaltungsvorschriften vorgenommen.

Aus dieser Rechtsentwicklung läßt sich ersehen, daß sich die Vorstellung, ausländische Arbeiter sollten wieder verdrängt werden, wenn sich die Arbeitsmarktlage verschlechterte, nicht erst mit der ökonomischen Krise der 70er Jahre entwickelt hat. Die notfalls erzwingbare Umkehrbarkeit der Ausländerbeschäftigung war vielmehr von Anfang an eine Grundposition der staatlichen Ausländerpolitik.

Diese Position geriet jedoch zunehmend in Widerspruch mit den oben erwähnten Diskrepanzen auf dem Arbeitsmarkt. Das läßt sich an den Ansätzen zur Ausländerverdrängung in der ökonomischen Krise 1973/74 zeigen. Damals wurde ein Diskriminierungsinstrumentarium aktiviert, das die folgenden Komponenten hatte:

- Restriktive Handhabung des Arbeitserlaubnisverfahrens unter dem Gesichtspunkt des Vorranges deutscher Arbeitnehmer. Ausländern, die noch keinen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis besaßen, sollte nur dann die Beschäftigung erlaubt werden, wenn keine deutschen Arbeitnehmer oder Ausländer aus EG-Staaten zur Verfügung stünden. Dabei wurde programmatisch nicht zwischen der Neuaufnahme einer Beschäftigung und der Weiterbeschäftigung unterschieden. Auch bereits beschäftigte Ausländer sollten durch deutsche Arbeitslose ersetzt werden.

- Diskriminierende Praktiken bei der Erteilung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Dabei wurden vor allem die üblichen Sperrzeitregelungen des Arbeitsförderungsgesetzes für Ausländer verschärft.

- Restriktive Handhabung des Aufenthaltsrechtes bei Arbeitslosen: Arbeitslose Ausländer konnten, sofern sie mit dem Beschäftigungsverhältnis auch ihre Arbeitserlaubnis verloren hatten, nur mit maximal einjähriger Ver-

längerung der Aufenthaltserlaubnis rechnen. Die Aufenthaltserlaubnis sollte nur weiter verlängert werden, wenn der Ausländer der Behörde glaubhaft machen konnte, daß er seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe würde bestreiten können. Bei Inanspruchnahme von Sozialhilfe sollte nach zwei bis drei Monaten ausgewiesen werden.

Bei der Bewertung dieser Maßnahmen möchte ich die Aufmerksamkeit zunächst auf die Versuche lenken, ausländische Arbeiter aus Beschäftigungsverhältnissen zu drängen und durch Deutsche zu ersetzen. In der gegenwärtigen Kampagne der Ausländerverdrängung ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß es seit 1973 bereits erhebliche Versuche der Bundesanstalt für Arbeit gegeben hat, Ausländer zu substituieren, d.h. einen Austausch von beschäftigten Ausländern gegen arbeitslose Deutsche durchzusetzen. Und es ist wichtig, sich dabei zu erinnern, warum diese administrativen Lenkungsmaßnahmen kaum funktioniert haben. Zunächst ist die verfestigte Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt zu nennen:

— Ausländer sind in Regionen beschäftigt mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosenquote, während sich überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten vor allem im ländlichen Raum finden, mit relativ geringem Anteil der Ausländer an den Beschäftigten.

— Ausländer sind auf Arbeitsplätzen tätig mit hohen Arbeitsbelastungen und Beanspruchungen, während das Risiko einer Langfristarbeitslosigkeit vor allem von Arbeitskräften in höheren Altersgruppen und mit vielen »gesundheitlichen Einschränkungen« getragen wird, die in der Regel nicht unter solchen Arbeitsbedingungen arbeiten.

— Ausländische Arbeiter sind weitgehend auf relativ unattraktiven Arbeitsplätzen tätig, die für die deutschen Arbeitslosen häufig einen sozialen Abstieg bedeuten würden.

Ein weiterer Grund für das Nichtfunktionieren der administrativen Ausländersubstitution ist darin zu suchen, daß die Betriebe kein Interesse daran haben, ihre Personalpolitik durch staatliche oder halbstaatliche Stellen regulieren zu lassen. Aufgrund vielfältiger Abhängigkeitsbeziehungen der Arbeitsämter von den Betrieben haben letztere die administrative Substitution der beschäftigten Ausländer durch deutsche Arbeitslose auch abgewehrt. In diesem Punkt muß ich also die Vorstellung korrigieren, daß es das Kapital sei, welches alle Formen der Ausländerdiskriminierung steuert. Gegen diskriminierende Eingriffe in die betriebliche Beschäftigungspolitik von Staatsseite wenigstens haben die Betriebe deutlich Position bezogen.

Neben der Marktsegmentierung und den betrieblichen Beschäftigungsinteressen ist der dritte Faktor, das Hereinwachsen vieler ausländischer Arbeiter in gesicherte Rechtspositionen (Recht auf Arbeitserlaubnis), geringer zu veranschlagen. Denn daß diese Rechtspositionen nicht angetastet wurden (vgl. die Versuche in den berühmten 17 Thesen der Bundesregierung zur Ausländerpolitik), dürfte seinen wesentlichen Grund darin haben, daß administrative Eingriffe selbst bei den beschäftigten Ausländern, die diese Rechtspositionen nicht besaßen, gegen die Betriebe nicht durchzusetzen waren. Hieraus dürfen zwei Folgerungen *nicht* gezogen werden:

1. Es darf nicht gefolgert werden, daß aufgrund von Arbeitsmarktsegmentierungen gar keine realen Konkurrenzbeziehungen mehr zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern existieren, daß also — im amerikanischen Theoriekontext gesprochen — ausländische und deutsche Arbeiter »non-competing groups« sind. Dann wären alle Vorstellungen in der deutschen Arbeiterbevölkerung, daß durch die Verdrängung von Ausländern Arbeitsplätze für Deutsche freigemacht werden könnten, schiere, von der Realität entkoppelte Traumbilder. Mit der Dauer der ökonomischen Krise und der Höhe der Arbeitslosigkeit verlieren die Segmentierungslinien ihre Trennschärfe. Mit der Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit und unterstützt durch die beständigen Verschärfungen der Zumutbarkeitsklausel des Arbeitsförderungsgesetzes sind Arbeitslose gezwungen, auch Arbeitsplätze unterhalb des bisherigen Qualitätsniveaus zu akzeptieren. Hier findet gegenwärtig ein enormer Wertwandel nach unten statt, der in der gängigen Diskussion über Wertwandel, die an dem veränderten Anspruchsniveau Jugendlicher anknüpft, kaum beachtet wird. In diesem Prozeß sind deutsche Arbeitslose zunehmend bereit, auch solche Arbeitsplätze einzunehmen, die traditionell dem Ausländerbereich zugeschlagen wurden. Die Konsequenz hieraus mag unbequem sein, was uns jedoch nicht die Augen verschließen sollte: Die Hoffnung, die Arbeitsmarktchancen der Deutschen zu erhöhen, wenn Ausländer verdrängt würden, geht nicht völlig an der Realität vorbei. Nur sind damit hohe Kosten verbunden, auf die ich später eingehen will.

2. Es darf nicht gefolgert werden, daß die Betriebe Ausländer nicht diskriminieren. Die Betriebe haben zwar klare Positionen gegen Eingriffe von außen — auch diskriminierende — in ihre Personalpolitik einbezogen. Das hindert sie jedoch nicht daran, nach eigenen Kriterien eine diskriminierende Personalpolitik zu betreiben. Diese These mag diejenigen überraschen, die von der Kapitallogik her denken und erwarten, daß für die Kapitale die Nationalität ihrer Arbeitskräfte zweitrangig ist, daß vorrangig die Verwertbarkeit des Arbeitsvermögens zählt, daß die Kapitale mithin — um eine Anleihe aus dem amerikanischen Kontext der Diskriminierung farbiger Rassen zu machen — »farbenblind« sind. M.E. ist dies jedoch eine verengte Sichtweise. Denn die Kapitalverwertung ist zugleich abhängig von der Sicherung der betrieblichen Herrschaftsbeziehungen. Diese Voraussetzung der Funktionsfähigkeit des betrieblichen Produktionsprozesses löst die oben angesprochene »Farbenblindheit« der betrieblichen Personalpolitik auf. Denn die Fixierung von Minoritätsgruppen als Randbelegschaften erfüllt nicht nur wichtige Flexibilitätsfunktionen für den betrieblichen Personaleinsatz. Sie ist zugleich eine Maßnahme zur Loyalitätssicherung bei den übrigen Belegschaftsteilen, denen Aufstiegswege — wie immer begrenzte — in qualitativ bessere und stabilere Arbeitsplätze offenstehen.

In diesen Zusammenhängen liegen die Gründe für die betriebliche Ausländerdiskriminierung. Sie bezieht sich auf die Arbeitsplatzzuteilung und auf Entlassungen. Ausländer bleiben weitgehend auf die wenig attraktiven und hoch belastenden Arbeitsplätze konzentriert. Aufstiegsmöglichkeiten sind erheblich eingeschränkt, ohne daß dies vollständig auf fehlende Qualifikation oder feh-

lende Sprachkenntnisse zurückzuführen wäre. Die anfängliche Unterschichtung wird auf Dauer gestellt. Ausländer bleiben darüber hinaus eine wichtige Flexibilitätsreserve im innerbetrieblichen Arbeitseinsatz; sie werden eher als andere Arbeitnehmergruppen je nach Arbeitsanfall zwischen den einzelnen Arbeitsplätzen versetzt oder zwischen den Abteilungen verliehen. Diese Arbeitseinsatzpraktiken finden ihre Fortsetzung in diskriminierenden Entlassungsaktionen. Sicherlich ist diese gruppenbezogene Diskriminierung nicht das einzige durchschlagende Prinzip der betrieblichen Personalpolitik. Es ist vermischt mit anderen Prinzipien, etwa der Personalselektion nach Leistungskriterien, ein Prinzip, welches der Benachteiligung von Ausländern, etwa bei Entlassungen, sogar entgegenstehen mag. Das Mischungsverhältnis dieser Prinzipien kann zwischen den Betrieben durchaus variieren. Daß Betriebe Ausländer benachteiligen, daran kann kein Zweifel bestehen.

Wie ist die Lage der Ausländerbevölkerung und die Ausländerpolitik gegenwärtig einzuschätzen?

1. Ausländer sind überproportional von Entlassungen betroffen und überdurchschnittlich an der Arbeitslosigkeit beteiligt. Seit 1973 ist die Ausländerbeschäftigung um mehr als 500 000 zurückgegangen. Trotz aller Diskriminierungen sind gegenwärtig jedoch noch rund 2 Millionen ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik beschäftigt. Selbst bei prinzipieller Ersetzbarkeit eines Teils dieser Beschäftigten durch Deutsche, ist an einen überwiegenden oder gar kompletten Austausch nicht zu denken. Die Ausländer selbst orientieren sich zunehmend auf die Bundesrepublik als Lebenssphäre. Geringe Startchancen in der Heimat sind dafür verantwortlich. Die Rückkehrillusion ist aufgrund unzähliger Pleiten von Kleingewerbetreibenden und vielfältig zerstörter Hoffnungen weit gesunken. In der Ausländerkultur gibt es daher mittlerweile eine handfeste, auf Erfahrungen gegründete Basis für die dauerhafte Verschiebung der Lebensperspektive auf die Bundesrepublik. Aus diesem Grund haben die weiterbeschäftigten Ausländer vielfach ihre Familien nachgezogen. Die Ausländerbevölkerung ist dadurch seit 1973 um rund 500 000 auf 4,6 Millionen angewachsen. Die Bundesrepublik ist für diese Bevölkerung zum Einwanderungsland geworden. In der Bundesrepublik entwickelt sich eine stabile Minoritätenbevölkerung, wie sie in den anderen Ländern (USA, Großbritannien) schon seit längerer Zeit vorfindbar ist. Diese Minoritätenbevölkerung wird weiter anwachsen. Die Schätzungen des DIW, die davon ausgehen, daß bis zum Jahre 2000 die Ausländerbevölkerung auf 6 bis 7 Millionen bei schrumpfender Gesamtbevölkerung anwächst, dürften zwar unterschritten werden, wenn die hohe Ausländerarbeitslosigkeit anhält. Insgesamt aber führt kein Weg daran vorbei, daß in der Bundesrepublik sich eine absolut und relativ anwachsende Minoritätenbevölkerung auf Dauer bildet.

2. Die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahren eher anwachsen. Die zu erwartenden Wachstumsraten werden die Arbeitsplatzverluste durch Einführung neuer Techniken und Rationalisierungen nicht ausgleichen. Die Hoffnung auf Problemlösung durch demographische Faktoren, d.h. einen Rückgang der Erwerbsbevölkerung, ist trügerisch; ein solcher Rückgang wird erst ab 1987 zu wirken beginnen, bis dahin liegt noch ein halbes Jahrzehnt.

3. Keine etablierte politische Institution zieht gegenwärtig aus dieser Situation adäquate Konsequenzen. Statt dessen sind Illusionen und Scheinlösungen auf dem Vormarsch. Ich will nur einige dieser »Konzepte« ansprechen.

Eine Position, die gegenwärtig in der Diskussion an Boden gewinnt, ist diejenige, daß die Ausländer sich klar zwischen zwei Alternativen entscheiden müßten. Entweder sie wollen hierbleiben; dann müßten sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen und sich einbürgern lassen. Oder aber sie verzichten auf die deutsche Staatsbürgerschaft und signalisieren damit, daß sie mittelfristig wieder in die Heimatländer zurückkehren wollen. Einen dritten Weg gebe es nicht. Dies ist etwa die Position des gegenwärtigen Berliner Senats, sie dringt aber auch in anderen Parteien vor. Diese Ja-Nein-Alternative ist aus mehreren Gründen abzulehnen. Zum einen handelt es sich um ein Scheinangebot. Denn die gegenwärtigen Einbürgerungsrichtlinien sind äußerst restriktiv und als reiner Gnadenakt der Verwaltung ausgelegt. Es gibt derzeit keine Rechtsansprüche auf Einbürgerung; sie sind auch für die erste Einwanderungsbevölkerung nicht in der Diskussion. Diese Alles-oder-Nichts-Alternative ist darüber hinaus für die Ausländer unzumutbar. Niemand kann unter den derzeitigen Bedingungen von den Ausländern verlangen, Deutsche zu werden, nur um den rechtlichen Diskriminierungen zu entgehen. Denn gerade aufgrund der wachsenden Ausländerfeindlichkeit ist die weitere Lage der Ausländerbevölkerung in der Bundesrepublik mit erheblichen Lebensunsicherheiten verbunden. Nach der gegenwärtigen Rechtslage würde die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft bei gravierender Zunahme der Bedrohungen gegenüber Ausländern die Rückkehr in die Heimatländer erschweren. Die genannte Alternative trägt alles in allem nicht der Tatsache Rechnung, daß Integration als längerfristiger Prozeß begriffen werden muß, an dem beide Bevölkerungsgruppen beteiligt sind.

Eine weitere Scheinlösung besteht in der Förderung der Rückkehr durch finanzielle Anreize (das Konzept des »goldenen Handschlags«, Kapitalisierung von Renten- und Arbeitslosengeld). Diese Politik wird zwei Effekte haben: Zum einen ist es durchaus möglich, daß einige Ausländer von dieser Möglichkeit, mit ein paar Tausend DM Kapital in die Heimat zurückzukehren, Gebrauch machen. Quantitativ wird dieser Teil jedoch deswegen relativ gering ausfallen, weil die Illusionen, mit einer solchen Summe in der Heimat eine Mittelklassenexistenz aufzubauen, bereits in der Vergangenheit vielfältig zerstört worden sind. Darüber hinaus würden diejenigen, die sich auf diese Vorstellungen einlassen, wichtige Elemente ihrer sozialen Sicherung im Alter verlieren. Wer ohnehin gehen will, wird auf das angebotene Geld jedoch nicht verzichten. Daher sind eine Reihe von Mitnahmeeffekten zu erwarten. Der zweite und wichtigere Effekt wird jedoch in der Aufrechterhaltung von Illusionen in den Köpfen der deutschen Bevölkerung und der deutschen Institutionen liegen und damit Nährstoff für die weitere Ausländerfeindlichkeit bilden. Viele werden glauben, daß Ausländer echte Alternativen haben, aber dennoch die Bundesrepublik und deren Arbeitsmarkt belasten. Daraus können Selbsthilfemotive erwachsen. Denn der Staatsapparat, der die Rückkehrillusion selbst weiter auf seine Fahnen schreibt, fördert unter der Hand entsprechende Illusionen in der

Bevölkerung, entsprechende Enttäuschungen und die daraus folgenden Schritte.

Die Rückkehrförderung zieht ihre Kraft allerdings aus einem durchaus richtigen Argument, daß nämlich die Arbeitsplätze zu den Menschen, nicht jedoch die Menschen zu den Arbeitsplätzen kommen sollten. Dieses Argument kommt bedauerlicher- und bezeichnenderweise zu einem Zeitpunkt aus der Versenkung, in der es in der Bundesrepublik keine Arbeitsplätze gibt, die ohne Belastung für den inländischen Arbeitsmarkt zu den Menschen gebracht werden könnten. In den 60er Jahren war die Situation anders. Schon damals zeigte sich jedoch, daß dieses Argument in der Realität keine Kraft hat. Es blamiert sich regelmäßig vor der kapitalistisch verfaßten Wirtschaftsstruktur. Das Kapital sucht sich seine Anlagefelder nach Gesichtspunkten wie Höhe der Lohnkosten und Größe der Absatzmärkte. Nach beiden Kriterien würde etwa die Türkei, das wichtigste Herkunftsland für die Ausländer in der Bundesrepublik, weitgehend ausgespart bleiben. Wenn es um Lohnkosten geht, so können die Kapitale gleich nach Südostasien gehen; wenn es um Absatzmärkte geht, so sind die Industrieländer oder Lateinamerika wichtiger.

Alles in allem summieren sich diese Politiken dazu, daß die Bundesrepublik auch für die hier beschäftigten und wohnenden Ausländer weiterhin als Nicht-Einwanderungsland ausgewiesen wird. Auf diese Weise werden vielfältige Rückkehrillusionen gefördert, ohne Durchsetzungschancen zu haben.

4. Wenn man die Positionen der Ausländerverdrängung schon nicht vollständig unter Verweis auf die Segmentierungen des Arbeitsmarktes entkräften kann, so lassen sich doch soziale Kosten einer Politik der Ausländersubstitution angeben. Sie liegen in zwei Bereichen, zum einen in der Gefährdung solidarischer Antworten auf die ökonomische Krise und zum anderen in der Gefährdung von Rechtsstaatlichkeit. Die Positionen zur Lösung der Arbeitslosenproblematik durch Verdrängung von Ausländern beruhen auf einem spezifischen Grundmodell der Anpassung des Beschäftigungsvolumens an verringerte Beschäftigungsmöglichkeiten. Es beinhaltet die Vorstellung der Spaltung der Arbeitsbevölkerung in Gruppen, von denen die einen das Beschäftigungsrisiko zu tragen haben, um das der anderen zu mindern. Beschäftigungsrisiken sind in diesen Denkvorstellungen auf einzelne Bevölkerungsgruppen abwälzbar. Die Möglichkeit der Abwälzung etwa von Entlassungsrisiken auf Ausländer hat schon jetzt den Druck zur Entwicklung anderer Anpassungsformen, etwa Arbeitszeitverkürzungen, entschärft.

Das zweite Element sozialer Kosten liegt in der Gefahr des weiteren Abbaus von Rechtsstaatlichkeit. Damit sind besondere und allgemeine Gefahren verbunden. Die besondere Gefahr liegt in der existenziellen Verunsicherung der Ausländer. Die Position der Ausländerverdrängung impliziert die Verhinderung eines gesicherten Aufenthaltsrechtes für Ausländer. Das gegenwärtige Ausländerrecht ist — wie gesagt — mit Rechtsstaatsprinzipien nicht vereinbar, stellt die Ausländerbevölkerung unter das kaum begrenzte Ermessen der Exekutive, behindert damit eine längerfristige Perspektivplanung und führt zu Verunsicherungen gegenüber prinzipiell unkalkulierbaren staatlichen Maßnahmen. Der Berliner Ausländererlaß vom November 1981 (»Lummer-Blitz«) hat diese Bedrohung durch Maßnahmen der Exekutive der Ausländerbevölkerung

drastisch vor Augen geführt. Dieses Sonderrecht und die damit verbundene Unsicherheit und Angst hat Konsequenzen für die gesellschaftlichen Machtverhältnisse insgesamt. Dadurch daß Ausländern das Wahlrecht vorenthalten ist, haben knapp 20 Prozent der Industriearbeiter in der Bundesrepublik und Berlin/West kein Wahlrecht. Entsprechend geringer ist deren politisches Gewicht, soweit es durch Wahlen bestimmt ist. Die Existenzunsicherheit führt darüber hinaus zur Verstärkung privater Abhängigkeitsbeziehungen, etwa im Betrieb. Die Notwendigkeit, angesichts der Unsicherheiten sich verstärkt den — vielfach nicht gewollten — Eventualfall der Rückkehr in das Heimatland offenzuhalten, verstärkt das Motiv der Geldakkumulation mit den entsprechenden Verhaltensweisen in den Betrieben.

Das allgemeine Problem liegt in der Gewöhnung der Exekutive an die Unterhöhung von Rechtsstaatsprinzipien, die Gefahren auch für andere Gesellschaftsbereiche mit sich bringt. Ein Beispiel für diese Unterhöhung läßt sich etwa in den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung und der Länder zur Begrenzung des Familiennachzugs aufweisen: Nach Artikel 6 des Grundgesetzes steht die Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Dieser Grundgesetzartikel ist als allgemeines Menschenrecht proklamiert, unterscheidet also nicht zwischen Deutschen und Ausländern. Als die Bundesregierung im Oktober 1981 die Frage des Familiennachzugs diskutierte, hat sie durchaus eine Reihe von rechtlichen Hindernissen für eine Beschränkung des Familiennachzugs gesehen. Ich zitiere aus der Kabinettsvorlage vom 28. Oktober 1981: »Die Möglichkeiten für eine Beeinflussung des Familiennachzugs ausländischer Arbeitnehmer ... sind u.a. auch im Hinblick auf Artikel 6 Grundgesetz beschränkt.« (12) Daneben wurde eine weitere Schranke in dem Assoziationsabkommen der EG mit der Türkei gesehen: »Hinsichtlich der Türkei ist Artikel 13 des Assoziationsratsbeschlusses vom 19.9.1980 mit in Betracht zu ziehen. Danach dürfen die Vertragsparteien keine neuen Beschränkungen für den Arbeitsmarktzugang einführen. Möglicherweise hat dies indirekte Auswirkungen auf Regelungen des Familiennachzugs.« (12) Trotz allem haben sich Bundesregierung und Bundesländer mit ihren Beschlüssen zur Beschränkung des Familiennachzugs über diese Rechtspositionen hinweggesetzt. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar für die Auslegung des Ausländergesetzes vorgeschrieben, daß Ausländer nach langjährigem Aufenthalt nicht ohne weiteres ausgewiesen werden dürfen. Gleichwohl ist an der Konjunkturunabhängigkeit der Auslegung von Grundrechten Zweifel angebracht. Einer, der es wissen muß, der ehemalige Verfassungsrichter Martin Hirsch, hat dazu entsprechende Skepsis angemeldet: »Man hat sie hereingelassen, man hat sie arbeiten lassen, man brauchte sie, und viele sind schon zwanzig Jahre da, viele sind zehn Jahre da. Und nun plötzlich zu sagen: Du mußt nach zwanzig Jahren Aufenthalt in dieser Republik raus in ein völlig ungewisses Schicksal, das wäre wiederum ein Verstoß gegen den Artikel 1, nämlich den Menschenwürde-Artikel. Für mich ist dies völlig eindeutig klar; ob alle Verfassungsrechtler dem folgen würden, wenn es wirklich eine echte große Arbeitslosigkeit in diesem Lande gibt, muß ich leider wagen zu bezweifeln.« (Auf der Ausländertagung der SPD-Wählerinitiative Berlin, 14.11.1981)

Sicher lassen sich keine einfachen Rezepte aufstellen. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß ein erhebliches Anwachsen der Ausländerbevölkerung bei massivem Unterangebot an Arbeitsplätzen die Gefahr sozialer Spannungen vergrößern würde. Gleichwohl würde eine Beschränkung des Familiennachzugs — ganz abgesehen von den grundrechtlichen Bedenken — keinen entscheidenden quantitativen Effekt haben. Nach Berechnungen des DIW von 1982 hat die Familienzusammenführung ihren Höhepunkt bereits überschritten. Die Obergrenze des erwartbaren Familiennachzugs wird auf 300000 Personen eingeschätzt.

Eine realistische Politik, welche das Ziel verfolgt, ethnische Polarisierungen in der Bundesrepublik zu vermeiden, muß daher ganz zentral bemüht sein, alternative Anpassungsformen an Arbeitsplätzeknappheit zu entwickeln — alternativ zur Massenarbeitslosigkeit. Alle Ansätze, die an der Variabilität der Ausländerbevölkerung ansetzen, sind Scheinlösungen, die m.E. direkt in die Polarisierung und Konfrontation münden.

Eine solche Politik müßte mindestens die folgenden Elemente haben:

1. Entwicklung der klaren Leitposition, daß die Gastarbeiterära zu Ende ist, daß die Bundesrepublik ein Einwanderland für die hier lebenden Ausländer geworden ist, und daß diese auch auf Dauer bleiben werden;
2. Sicherung des Rechtsstatus auf Gesetzesebene, verbunden mit dem Einbürgerungsrecht;
- 3) Sicherung politischer Rechte (Wahlrechte) auch vor der vollen Einbürgerung;
- 4) Priorität für Arbeitszeitverkürzungen als Anpassung an verringerte Beschäftigungsmöglichkeiten;
- 5) Entwicklung positiver Gleichstellungsmaßnahmen, so wie sie etwa für Frauen im Rahmen der Antidiskriminierungsdebatte ins Auge gefaßt werden.

**ARGUMENT-
SONDERBAND
AS 77**

Alternative Medizin

Akupunktur. Brille — Nein Danke!
Frauen und Gesundheitsbewegung.
Rechte Vereinnahmung der Alternativ-
bewegung.

Argument-Sonderband AS 77, 1983
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Rassismus und Ausländerpolitik in der Schweiz

Minuten nach dem Abpfiff des WM-Finalspiels vom 11. Juli 1982 nahmen die Italiener das Zürcher Industriequartier in Beschlag, als wär's der Corso zu Hause: ein einziger Viva-Italia-Freudentaumel, Autokonvois und ein Demonstrationzug. Auf jenen Straßen und Plätzen, die sie sonst höchstens kehren, gaben die Immigranten zum ersten Mal in aller Selbstverständlichkeit den Ton an — in jenem Stadteil, in dem die Überfremdungsgegner 1971 beinahe 30 Prozent Wählerstimmen gesammelt hatten. Die Schweizer, die praktisch alle für einen Italien-Sieg mitgefiebert hatten, ließen sich anstecken und verbrüdereten sich auf der Straße mit den azzurris, wie die gleichen Immigranten plötzlich heißen, die der Schweizer sonst abschätzig Tschinggen schimpft (von cinque beim Bocciaspiel). Ausdruck einer herzlichen Solidarität zwischen Einheimischen und der stärksten Immigrantengruppe?

Fünf Wochen zuvor, am 6. Juni 1982, waren 50,4 Prozent der schweizerischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (beziehungsweise jene 35 Prozent, die sich zur Urne bemühten) nicht der Ja-Empfehlung der »offiziellen Schweiz« gefolgt, sondern der Nein-Parole der Anti-Überfremdungs-Partei Nationale Aktion (NA); damit war ein neues Ausländergesetz abgelehnt, das bisher verstreute Rechtserlasse zusammenfaßte, die Ausländer in lächerlich wenigen Punkten rechtlich besserstellte, jedoch die wichtigsten Diskriminierungen zementierte. Nicht einmal ein derart schäbiges Gesetz erzielte eine Volksmehrheit. Ein klarer Sieg der NA.

Die beiden Vorfälle sind typisch für die Haltung der gut fünf Millionen Schweizer gegenüber der Million Ausländer (in keinem anderen hochindustrialisierten Land ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung so hoch). Eine Mehrheit der Schweizer ist nicht bereit, die krassen rechtlichen, sozialen und politischen Diskriminierungen der Immigranten auch nur zu lockern. Stattdessen leistet man sich fallweise Sympathie fürs wohlstandstüchtige »Dienstmädchen«, dem man auch mal was gönnen mag, zum Beispiel den WM-Sieg. Das kann ja nicht gefährlich werden — ganz anders als beim großen Bruder im Norden, der vielen Schweizern auch ohne WM-Titel eine Nummer zu groß daherkommt.

Dieser 6. Juni brachte der NA den ersten Sieg bei einer gesamtschweizerischen Abstimmung. 1961 als eine Art Bürgerinitiative gegen die rasch zunehmende Einwanderung gegründet, profilierte sich die NA in den letzten beiden Jahrzehnten mit einer pseudo-antikapitalistischen Politik. Sie greift mit der Nase im Wind latentes Unbehagen auf (ungebremste Wachstumspolitik, Wohnungsnot, Gefühl des Ausgebeutetseins usw.), macht indessen nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem dafür verantwortlich, sondern stempelt die Fremdarbeiter zu Sündenböcken. Die Unternehmer bekämpfen ihnen zu weit gehende Abbauziele der NA und können sich im übrigen die Hände reiben. Sie profitieren von der Klassenspaltung in einheimische und zugewanderte Arbeitskräfte, und bei Bedarf können sie mit den Überfremdungsgegnern poli-

tisch drohen (beispielsweise mit der demagogischen Formel »kürzere Arbeitszeit gleich mehr Fremdarbeiter«).¹

Die Schweiz, die jahrhundertlang Auswanderer stellte (insbesondere Söldner), wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts Einwanderungsland. 1914 erreichte der Ausländeranteil die Rekordhöhe von 15,4%. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren es bloß 6%. In den Nachkriegsjahren reagierte die schweizerische Konsumgüterindustrie auf die steigende Nachfrage nicht mit Rationalisierung, sondern steigerte die Produktion (und die Gewinne) dank hemmungsloser Expansion: bereits amortisierte Anlagen plus Rekrutierung einer Reservearmee in Norditalien, später Süditalien und weiteren Mittelmeerlandern. Allein in den vier Boomjahren 1959 bis 1963 verdoppelte sich die Ausländerzahl auf 700.000.

1963 ließ die schweizerische Regierung (der Bundesrat) den lange Zeit hochgehaltenen wirtschaftspolitischen Liberalismus fallen und setzte unter dem Druck der Verhältnisse auf eine Interventionspolitik. Mit wechselnden Instrumentarien wurde seither versucht, die Zahl der Ausländer zu stabilisieren und die bereits Anwesenden zu assimilieren (das ist gleich: anpassen an helvetische Wohlanständigkeit, Sozialpartnerschaft usw.). Überfremdung, Stabilisierung und Assimilation wurden über Jahre hinweg zu politischen Schlüsselbegriffen.

Die Ausländer stellen zwar ein Drittel der in der Industrie Beschäftigten und zahlen Steuern, aber über deren Verwendung haben sie nichts zu entscheiden. Der Grad an Diskriminierung hängt davon ab, zu welcher der drei Kategorien ein Ausländer zählt, in die die Zugewanderten eingeteilt werden. Die Saisoniers (Kategorie A) mit Wohnsitz im Ausland dürfen höchstens neun Monate pro Jahr in der Schweiz arbeiten (vor allem Tourismus und Baubranche) und ihre Familie nicht nachziehen. Jahresaufenthalter (Kategorie B) brauchen eine Arbeitsbewilligung, die jährlich zu erneuern ist. Nach zehn Jahren erreicht ein Jahresaufenthalter die Kategorie C (Niedergelassene) und ist damit arbeitsplatzmäßig den Schweizern gleichgestellt, nicht aber politisch.

Konjunkturpuffer und Reservearmee sind in erster Linie die Saisoniers, aber auch die Jahresaufenthalter, die nicht automatisch mit der Erneuerung der Jahresbewilligung rechnen können, sowie die gut 100.000 Grenzgänger, die täglich über die Grenze pendeln. Die Existenz der Saisoniers ermöglicht es strukturschwachen Branchen, weiterhin mit rückständigsten Arbeitsbedingungen (miese Löhne, lange Arbeitszeiten) zu wirtschaften. Der schweizerische Staat war und ist nicht bereit, das allen Menschenrechten Hohn sprechende Saisonier-Statut abzuschaffen. Auch das 1982 abgelehnte Ausländergesetz, das nach dem Willen der Regierung »je nach der wirtschaftlichen Entwicklung die erforderliche Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt« hätte »erhalten« sollen, hielt an dieser Kategorie der völlig rechtlosen Konjunkturpuffer fest: »Für eine Lösung auf lange Sicht darf der künftigen Entwicklung des Bedarfs an Arbeitskräften in den Saisonarbeitszweigen nicht vorgegriffen werden.« Eine unternehmerfreundliche, menschenfeindliche Politik.

Die Einwanderung vor allem in den sechziger Jahren hat die schweizerische Arbeiterschaft massiv umstrukturiert. Von 1950 bis 1964 gingen bloß 78.000 der schweizerischen Neuerwerbstätigen in die Industrie, aber 245.000 in den

Dienstleistungssektor. An Stelle der Schweizer füllten die Ausländer die untersten, schlechtestbezahlten Positionen vor allem in strukturschwachen Branchen auf. Diese Unterschichtung brachte für viele schweizerische Facharbeiter einen innerbetrieblichen Aufstieg oder einen Wechsel in besser zahlende Branchen. Umgekehrt hatten die gleichen Schweizer diffuse Ängste, die zugewanderten Arbeitskräfte könnten die eidgenössische Sozialpartnerschaft und mit Streiks den helvetischen Wohlstand gefährden.

Die Rechtlosigkeit der ausländischen Reservearmee offenbarte sich anlässlich der Rezession von 1974/75, als ohne Widerstand der Arbeiterklasse in kürzester Zeit 300.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden — fast ausschließlich auf Kosten der Immigranten, von denen eine Viertelmillion »abgebaut« und abgeschoben wurde. Vor allem die Saisonniers hatten die Konjunkturpuffer-Funktion erfüllt und wurden nach Hause geschickt: 1973 waren es 194.000 (Höchststand), 1976 nur noch 61.000.

Ende April 1982 verteilte sich die runde Million Ausländer in der Schweiz wie folgt auf die verschiedenen Kategorien: 700.000 Niedergelassene, 218.000 Jahresaufenthalter, 75.000 Saisonniers, 111.000 Grenzgänger. Die Niedergelassenen (1960 waren es erst 138.000) machen heute also gut zwei Drittel aus. Davon sind 300.000 Jugendliche unter zwanzig Jahren, die mit ganzer Härte die Probleme der zweiten Ausländergeneration spüren (Benachteiligung in der Schule, schwierige Lehrstellensuche).

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) verfolgte in der Ausländerfrage von allem Anfang an eine ambivalente Politik, mitunter in peinlicher Nähe zu den Überfremdungsgegnern. Einerseits hatte er die Interessen seiner traditionellen Mitgliederbasis zu wahren (Angst vor Lohndruck und vor einer krisenanfälligen Aufblähung der Produktionsapparate). Andererseits hatten die Gewerkschaften ihre Stellung als repräsentative Vertragspartner zu verteidigen, mußten also daran interessiert sein, auch die ausländischen Arbeiter zu organisieren. In diesem Dilemma verlangte der SGB einerseits eine Stabilisierung der Ausländerzahl (1964 bei einer halben Million) und verzichtete dafür auf Arbeitszeitpostulate. Andererseits forderte er eine lohn- und sozialpolitische Gleichbehandlung der Ausländer. Es gelang den Gewerkschaften, wenigstens ein Viertel der Ausländer zu organisieren.

Die neuen Gruppierungen und Parteien der 68er Bewegung versuchten, die verheerende Spaltung der Arbeiterklasse in der Schweiz zu überwinden. »Alle Arbeiter sind Fremdarbeiter«, hieß 1970 ihr Slogan zum 1. Mai. Trotz Broschüren, gemeinsamen Gremien mit den wichtigsten Immigrantensorganisationen und Betriebsarbeit gelang es indessen nicht, die lähmende Klassenspaltung zu überwinden. Und die einzige Volksabstimmung, die von linkschristlicher und linker Seite zur Ausländerfrage initiiert wurde, endete mit einer der massivsten Niederlagen in der schweizerischen Abstimmungsgeschichte überhaupt: Nur 16% stimmten 1981 für die Mitenand-Initiative, die das Saisonnier-Statut abschaffen wollte.

Auf weit mehr Resonanz stieß die Politik der NA, die seit 1968 von James Schwarzenbach geführt wurde, einem charismatisch wirkenden Großindustriellensohn, der in den dreißiger Jahren zu einem strengen Katholizismus

konvertiert war. Die Schwarzenbach-Initiative, mit der die NA die ausländische Wohnbevölkerung auf 10% (also gut eine halbe Million) beschränken wollte, erzielte am 7. Juni 1970 in einer denkwürdigen Abstimmung (mit der Rekord-Stimmbeteiligung von 74%) 46% Ja-Stimmen. Ein Jahr später zogen NA und Republikaner (von Schwarzenbach gegründet, dem die NA zu radikal wurde) mit elf Mandaten ins 200köpfige schweizerische Parlament ein. Ein weiteres Volksbegehren der NA, das zur Rückreise beziehungsweise Ausweisung von rund 540.000 Ausländern geführt hätte, erreichte 1974 nur noch 34% Ja-Stimmen.

Sowohl bei Abstimmungen wie bei Wahlen rekrutierten die Anti-Überfremdler ihre Anhängerschaft einerseits aus traditionell fremdenfeindlichen und nationalistischen Kleinbürgerkreisen, andererseits aus Teilen der Arbeiterschaft in den städtisch/industriellen Ballungszentren sowie aus Schichten, die in ökonomisch rückständigen Branchen und Regionen tätig waren (insbesondere in den katholischen Agrarkantonen der Innerschweiz). Mit ihrer diffusen pseudo-antikapitalistischen Stoßrichtung mobilisierte die NA auch Nicht-Wähler und Nicht-Mehr-Wähler aus der Arbeiterschaft, die sich enttäuscht von der Sozialdemokratie abgewandt hatten.

Auch den Abstimmungskampf um das Ausländergesetz führte die NA 1982 nach dem bewährten Muster, alles Übel dem Sündenbock Fremdarbeiter zuzuschreiben. »Das neue Ausländergesetz«, lauteten die erfolgreichen Schlagzeilen, »erhöht nochmals die Wohnungsnot und treibt die Mieten in die Höhe, bringt landwirtschaftlichen Boden zum Verschwinden, diskriminiert unsere Schweizer Schulkinder, erhöht die Kriminalität, gefährdet den Arbeitsplatz von uns Schweizerinnen und Schweizern« — behauptete die NA just zum Zeitpunkt, als eine Reihe von Unternehmen den Abbau von insgesamt mehreren Tausend Arbeitsplätzen ankündigten. Vor allem aber operierte die NA mit »grünen« Argumenten: »Ökologischer Kollaps bei Fortführung der Einwanderungspolitik«, »Der Übervölkerungstod — eine echte Gefahr?« Um einen Triumph der NA zu verhindern, empfahlen die Ausländerorganisationen und fast alle Linksparteien ein Ja zum Gesetz, obschon es die zentralen Diskriminierungen verankert hätte. Einige wenige Gruppen mochten nicht für »das kleinere Übel« stimmen und empfahlen, leer einzulegen.²

Nach dem NA-Erfolg vom 6. Juni 1982 ist die Ausländerpolitik vollends blockiert. Das Parlament wird auf Jahre hinaus keinen weiteren Anlauf mehr versuchen. Fest steht auch, daß mit der NA in den achtziger Jahren wieder zu rechnen ist, daß sie nach der Rezession von 1974/75 allzu voreilig politisch totgesagt wurde (im schweizerischen Parlament sitzen nur noch zwei Vertreter). Dank der aggressiven Politik gegen den Sündenbock Ausländer und parallel dazu gegen den Sündenbock Autonome Jugendbewegung zog die NA 1982 erneut ins Städtzürcher Parlament ein und erhöhte die Mandatszahl im Parlament des Kantons Bern von 1 auf 4. Wie aggressiv und ausfällig die NA-Politik werden kann, zeigt sich 1981/82 an einer Hetzkampagne gegen den Schriftsteller Arthur Honegger, der in seinem Roman »Alpträume« (1981) ein Psychogramm der NA-Gründermannschaft zeichnete. Schließlich wurde Honeggers Esel vergiftet und der NA-Zentralpräsident empfahl öffentlich, den

Schriftsteller bei zehn Grad unter Null in einen Brunnentrog zu legen. — Wenig zimperlich sind führende NA-Politiker auch bei ihren Kontakten zu schweizerischen Neonazis. Valentin Oehen, Schwarzenbachs Nachfolger als NA-Präsident, referierte im Kreise der neonazistischen »Europaburschenschaft Arminia zu Zürich«, bei der auch Rechtsanwalt Manfred Roeder Mitglied war. Rudolf Keller, Präsident der NA-Jugendorganisation, war gleichzeitig Mitbegründer der Neonazi-Gruppe »Nationale Basis Schweiz«, die eng mit Friedhelm Busses Volkssozialisten verbunden war. Und der Armeearzt Jean-Jacques Hegg, Zentralredakteur des NA-Organs »Volk + Heimat«, propagierte im rechtsradikalen Monatsblatt »Nation Europa« krudesten Rassismus: Falls sich die Schwarzen in Südafrika weigerten, »die Geburtenkontrolle einzuführen, so soll ihnen auch die übrige medizinische Hilfe verweigert werden«. Diese Verbindungen und Kontakte sind in der schweizerischen Öffentlichkeit ebensowenig bekannt wie die Vergangenheit von James Schwarzenbach, der 1948 in seinem Thomas-Verlag Erich Kerns Erstling »Der große Rausch — Rußlandfeldzug 1941-45« veröffentlichte und damit das publizistische Comeback des späteren Chefredakteurs der »Deutschen Wochen-Zeitung« einleitete.³

Die wenigen Neonazi-Gruppen in der Schweiz haben zum Teil rassistische Postulate auf ihre Fahne geschrieben (insbesondere die Kräfte um den Lausanner Gaston-Armand Amaudruz), doch treten allesamt in der Öffentlichkeit kaum in Erscheinung. In der Schweiz kommt es politischem Selbstmord gleich, wenn eine solche Gruppe offen braune Flagge zeigt. Als ruchbar wurde, daß der St. Galler Pfarrer Gerd Zikeli in seiner Freizeit als militanter Nationalsozialist und Antisemit wirkte, wählte ihn seine Kirchgemeinde umgehend mit 96,5% der Stimmen ab. Also keine Chance für Rassismus?

Fremdenfeindliche bis rassistische Haltungen haben in der Schweiz eine lange Tradition, auch wenn im offiziellen Bild der Schweiz stets die humanitäre Tradition betont wird. Mit dieser verhält es sich wie mit der schweizerischen Neutralität: Sie ist weniger Ideal als Kalkül. Ließen es die Interessen (die eigenen) als geboten erscheinen, waren Fremde stets willkommen (und sind es bei den Schweizer Banken auch heute noch). Schienen eigene Interessen in Gefahr, wurden Fremde hemmungslos an die Grenze gestellt — auch Juden zwischen 1933 und 1945, für die die schweizerischen Behörden zusammen mit ihren deutschen Amtsbrüdern den monströsen J-Stempel im Paß einführten, um an der Grenze ohne Umtriebe aussondern zu können.

Die schweizerische Fremdenfeindlichkeit ist nicht zu verstehen ohne die Ideologie, die sich in der Schweiz in den dreißiger Jahren angesichts der faschistischen und nationalsozialistischen Bedrohung herausbildete. Die Schweiz reagierte, nimmt man alles in allem, nicht mit einer Rückbesinnung und Belebung aufklärerischer, liberaler und demokratischer Werte, sondern mit Anpassung ans Völkische, mit einer eidgenössischen Version der Blut-und-Boden-Ideologie, mit forcierter Schweizertümelei. An zahlreichen Phänomenen ließe sich nachweisen, daß vermeintlich uralte Rituale und Traditionen erst in den dreißiger Jahren als Identifikationsangebote geschaffen wurden. Höhepunkt dieser Tendenz war der sogenannte »Landigeist«, die Volksgemeinschafts-

Ideologie, die auf der Landesausstellung von 1939 zur Schau gestellt wurde — und weit über den Krieg hinaus weiterlebte. »Möge es uns vergönnt sein, alles Defaitistische, Unschweizerische und Fremde, das unserem Wesen nicht angepaßt ist, auszumerzen und zu überwinden«, sagte Militärminister Rudolf Gnägi 1967 zum Nationalfeiertag. Ein unvergessener Urschrei der Volksgemeinschaftsideologie.

In den dreißiger Jahren vertraten die sogenannten »Fronten«, also die offen nationalsozialistisch auftretenden neuen politischen Bewegungen, einen militanten, hetzerischen Antisemitismus, der bis weit ins bürgerliche Lager hinein auf Widerhall stieß. Jüdische Mitbürger und insbesondere Anwärter auf das Schweizer Bürgerrecht wurden öffentlich diffamiert und in einzelnen Fällen gar ermordet.⁴ Der Antisemitismus der Hitler-Jahre (wie überhaupt die anpasserische, mit faschistischen Gesellschaftsmodellen liebäugelnde Politik vieler schweizerischer Industrieller) wurde und wird im öffentlichen Bewußtsein weitgehend verdrängt. Erst Mitte der sechziger Jahre begann eine zaghafte Diskussion über die Flüchtlingspolitik⁵, die dann 1981/82 dank zweier Filme breiter geführt wurde: Markus Imhoofs »Das Boot ist voll« und Matthias Knauers »Die unterbrochene Spur« (über jene Schweizerinnen und Schweizer, die gegen das Gesetz und für die Flüchtlinge handelten).

Während die Öffentlichkeit über die Flüchtlingspolitik vor bald fünfzig Jahren debattierte, spielten sich an der Schweizer Grenze fern jeder Öffentlichkeit erneut die gleichen Schicksale ab. Die Behörden schickten Türken zu Hunderten zurück in eine Militärdiktatur, die erschießen und zu Tode foltern läßt. Von den rund 1200 Asylgesuchen, die türkische Staatsangehörige seit dem Militärputsch vom September 1980 stellten, bewilligte die Schweiz bis Mitte 1982 bloß eine Handvoll — Erfolgsquote eine halbes Prozent. Am 15. Juli 1982 führte die Schweiz für Türken die Visumpflicht ein — noch geringere Chancen für politisch Verfolgte, dem faschistischen Terror zu entkommen. Das NA-Organ frohlockte: »Die Visumpflicht für Türken ist die erste faßbar heilsame Handlung unserer Regierung dank dem Volksmehr vom 6. Juni!«

Anmerkungen

- 1 Autorengruppe für eine fortschrittliche Ausländerpolitik: Basta! Fremdarbeiter in den 80er Jahren, Ein Lesebuch, Zürich 1980
- 2 Die unterschiedliche Haltung der Linksgruppen zum Ausländergesetz ist dokumentiert in der »WochenZeitung/WoZ«, 4. Juni 1982
- 3 Jürg Frischknecht, Peter Haffner, Ueli Haldimann, Peter Niggli: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktionen in der Schweiz, Zürich 1979
- 4 Max Schmid: Schalom! Wir werden euch töten! Texte und Dokumente zum Antisemitismus in der Schweiz 1930-1980, Zürich 1979
- 5 Walter Matthias Diggelmann: Die Hinterlassenschaft, 1965
Dieser Roman löste eine erste Debatte über die Rolle der Schweiz im zweiten Weltkrieg aus und war für viele 68er ein Politisierungselement. 1982 legte Limmat Verlag das vergriffene Werk neu auf.

Wieland Elfferding

Notiz zum Diskurs des »Heidelberger Manifest«

Auf Rassismus liegt in Deutschland, mehr als in anderen Ländern, ein Tabu aus der Erfahrung des Faschismus. Der alte Rassismus ist mehr unterdrückt als verarbeitet worden. So wissen wir kaum, welche Bedeutung er in der Bevölkerung hat. Wahrscheinlicher als die Wiedererstehung des alten ist ein Rassismus in neuer, vielleicht unerwarteter Gestalt.

In der Bundesrepublik gibt es mehr als zwei Millionen Arbeitslose und mehr als vier Millionen Ausländer. Dies bringt nun keineswegs zwangsläufig »Ausländerfeindlichkeit« hervor. Es gibt Menschen in Arbeit und Brot, die Ausländer hassen, ebenso wie Arbeitslose, die sich mit ihnen gut stehen. Da ist kein Automatismus. Aber es wächst der Bedarf für Widerspruchsverarbeitungen, um die sich Menschen sammeln und die politischen Fronten neu anordnen können.

Seit 1981 propagiert eine Gruppe von deutschen Professoren, mit einer als »Heidelberger Manifest« bekannt gewordenen Begründung, die Ausweisung von Ausländern als Lösung der brennenden Probleme. Sie sind keine politischen Führer, man darf ihren Masseneinfluß nicht überschätzen. Aber zur gleichen Zeit konzentrieren die alten und neuen Nazis ihre Kräfte auf das Schüren von Ausländerfeindlichkeit. Verschiedene, zum Teil von ihnen organisierte Wählerlisten »Ausländerstop« hatten auf Anhieb Erfolge bei Kommunalwahlen. Zudem ist unbestritten, daß unter der Bevölkerung Ausländerfeindlichkeit verbreitet ist. Wenn, unter sich verschlechternden Gesamtbedingungen, diese drei Elemente — Ausländerfeindlichkeit, Organisation und konzeptive Intellektuelle — zusammenschließen, könnte es für einen wirksamen Anti-Rassismus zu spät sein. Das »Manifest« wurde noch zur Zeit der sozialliberalen Koalition formuliert und veröffentlicht. Schon bald danach machten sich Unionspolitiker, wie der heutige Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Dregger, Formulierungen des »Manifests« zu eigen. Die CDU/CSU an der Regierung hat eine Ausländerpolitik im Geiste des »Manifest« angebahnt.

Die liberale Öffentlichkeit reagierte auf das »Manifest« empört und hilflos — die *Zeit* z.B. bedauerte, daß »gestandene Professoren« ihre »wenigen vernünftigen Überlegungen« in solch ein »Machwerk« aus »Vorurteilen, Banalitäten, Stammtischweisheiten und schwülstigen Definitionen« packten (*Zeit* v. 5.2.1982, 61). Die Linke konzentrierte sich weithin darauf, die Nazivergangenheit einiger Unterzeichner des »Manifest« zum Anlaß zu nehmen, die ganze Kampagne mit dem Nazismus zu identifizieren und dadurch zu bekämpfen. Ich halte diese Schwerpunktsetzung für unwirksam und daher verfehlt. Das Besondere des »Heidelberger Manifest« liegt in der Bildung eines Diskurses, in dem bekannte Elemente anders zusammengefügt und zu einer neuen Wirkung gebracht werden. Das bekommt man nur durch sorgfältige Lektüre mit.

Bei der Detailanalyse des Heidelberger Manifests beziehe ich mich auf die zweite veröffentlichte Fassung vom 31. Januar 1982. Wo die Veränderungen gegenüber der ersten Fassung vom 17. Juni 1981 interessant sind, stelle ich die

entsprechenden Passagen einander gegenüber, links die erste Fassung, rechts die zweite.

Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums.

Mit großer Sorge beobachten wir einen Vorgang, der — ausgelöst durch eine euphorisch-optimistische Wirtschaftspolitik — dazu führte, daß inzwischen 5 Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien in unserem Land leben und arbeiten.

In der älteren Fassung enthält dieser erste Satz bereits die wichtigsten Elemente des »Manifest«: Der Leser wird als Mitglied »des deutschen Volkes« angesprochen, dessen Existenz bedroht sei. Die Bedrohung gleicht als »Unterwanderung« der *aus dem Osten*, nur daß es diesmal nicht die wenigen Kommunisten mit den Unterwanderstiefeln sind, sondern die »vielen Millionen von Ausländern und ihre Familien«. »Das deutsche Volk« ist bedroht im Sinne des Verlustes seiner Eigenart durch kulturelle »Überfremdung«. Die Einführung des »deutschen Volkes« als »bedrohtes« — und also zu verteidigendes — »Volk« nehmen die Autoren in der zweiten Fassung sehr viel vorsichtiger vor: Aus der »Unterwanderung« (antikommunistischer Diskurs) wird ein »Vorgang« (bürokratische Sprache), die »Überfremdung« aus dem Wortschatz des deutschen Faschismus entfällt ersatzlos. Aus den »Ausländern« werden, paternalistisch wie in den 60er Jahren, wieder die »Gastarbeiter«.

Im »Manifest« geht es um die Komposition einer spezifischen Identität als Volk, *deutsches Volk*. Das ist keine Kleinigkeit. Auch nach knapp vierzig Jahren wirkt noch das Tabu, das seit der faschistischen *Volksgemeinschaft* auf allem liegt, was mit *Volk* zu tun hat: »Volkslied«, »Volkstum«, »völkisch« — daß uns dabei »komisch« wird, bedeutet, daß die vom Faschismus erbeuteten Elemente alltäglichen Umgangs noch nicht zurückerobert sind — schon gar nicht von den Linken. Aber auch die Rechte geht bisher vorsichtig mit dem *Volk* um. Der Versuch, erneut einen Volks-Diskurs einzuführen und zu verbreiten, markiert einen Einschnitt im ideologischen Kampf von rechts.

Schauen wir uns an, *wie* das »deutsche Volk« in diesem Text gebildet wird.

Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren.

Die Lage wird erschwert dadurch, daß nur wenig mehr als die Hälfte der Kinder geboren werden, die für ein Nullwachstum der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik erforderlich wären: Die Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie ist dringend nötig.

Die Sätze scheinen zunächst nüchtern.e Feststellungen zu enthalten über die Geburtenrate in der Bundesrepublik. Diese figuriert aber nur in einer bestimmten Perspektive, in die das »Volk« gerückt wird: Das *deutsche Volk* (in der zweiten Fassung die »deutsche Bevölkerung der Bundesrepublik«) droht auszusterben, es muß daher *erhalten* werden. Das *deutsche Volk* wird in der Perspektive der biologischen Erhaltung als Art präsentiert (*Erhaltung der Art*). Das »Manifest« sagt auch, was dazu nötig ist: Die »Erneuerung der generativen Funktion der deutschen Familie«. Indirekt sind die Frauen angesprochen, die sich wieder mehr dem Kinderkriegen widmen sollen.

Allein lebendige und lebensfähige deutsche Familien können unser Volk für die Zukunft erhalten.

Die erste Fassung ergänzte:

Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft.

Das »Manifest« artikuliert das *deutsche Volk* als auf seinem eigenen Boden bedroht und setzt es damit den anderen antagonistisch entgegen. Damit endet aber auch schon die Verwandtschaft mit dem rassistischen Diskurs des Nazismus. Dieser artikuliert das Deutsche Volk als Rasse (Arier) gegen ein Gegen-Volk (Juden). Im »Heidelberger Manifest« kommt das Wort »Rasse« nicht vor, außer in der Form, daß die Verfasser sich ausdrücklich gegen »ideologischen Rassismus« wenden:

Wir betonen ..., daß wir ... uns nachdrücklich gegen ideologischen Nationalismus, Rassismus und Rechts- und Linksextremismus wenden.

Eine antirassistische Einführung eines neuen Rassismus! Das gelingt ihnen, indem sie die *Rasse* als Leerstelle im Diskurs unbesetzt lassen, sie aber *bedeuten* durch die Umgebung mit einem Netz von Artikulationen des *Volkes*, die nur diese Besetzung der Leerstelle ermöglichen.

Im nazistischen Rassismus ist die hierarchische Über- und Unterordnung von »höheren« und »niedereren Rassen« zentral. Hier dagegen ist dieser Aspekt in der Form eines Eurozentrismus einem dominierenden Ethnopluralismus untergeordnet (vgl. weiter unten). — Der Nazismus schließlich konzipiert das *deutsche Volk* als aggressiv und expansiv, während das »Manifest« die *Erhaltung* in den Vordergrund stellt. Schon im ersten Satz kritisieren die Autoren eine wachstumsorientierte (»euphorisch-optimistische«) Wirtschaftspolitik und stellen so den Anschluß an den *ökologischen* Diskurs her. Sie fassen keine Ausdehnung, sondern ein »Nullwachstum« der »deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik« ins Auge. Im Konzept der *Erhaltung* schließlich laufen Motive des Umweltschutzes, der Alternativbewegung und des Anti-Industrialismus sowie des Naturschutzes zusammen.

In diesen vom Biologischen ausgehenden Diskurs der *Erhaltung* werden nun die großen, identitätsstiftenden Bedeutungen von *Volk* eingeschrieben:

Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist ohne Gefährdung des eigenen Volkes, seiner Sprache, Kultur und Religion nicht möglich.

Hier ist nicht vom »Volk« die Rede, dem man »aufs Maul schauen« kann — nicht vom Volk-da-unten, das ja viele verschiedene Sprachen und Kulturen hat. *Eine* Sprache, *eine* Kultur usw. gibt es nur im *nationalen Volk*, wo im Zuge der Nationalstaatsbildung bestimmte Elemente aus der Vielfalt der *ethnischen Völker* zu den herrschenden erhoben und verallgemeinert wurden. Im Nationalen sind also Elemente des ethnischen Volkes mit Staatlichkeit verdichtet. So entstanden *die* deutsche Sprache, *die* deutsche Kultur und so wurde die christliche zur herrschenden Religion in Deutschland. Die biologische wird nun mit der nationalen Artikulation des *Volkes* verknüpft. Beide zusammen verstärken die Bedeutungen des Antagonismus von fremd/eigen, innen/außen. Das »Manifest« arbeitet an einer nationalen Volks-Artikulation. Der Satz ist gegen die Politik der Integration von Ausländern gerichtet. Wer für die Integration ist, dem wird bedeutet, daß er damit die kulturelle Identität seines

»Volkes« gefährde. — Man stolpert über den »weißen Schimmel« der »nicht-deutschen Ausländer« — es sind doch alle Ausländer nicht-deutsch! Die Formulierung ist in der zweiten Fassung beibehalten. Meist sind solche »Ungeheimheiten« symptomatisch. In der Tat laboriert die scheinbare Verdoppelung »nichtdeutsche Ausländer« an einer Schwierigkeit des Satzes: Wenn jemand in etwas Bestehendes integriert wird, dann wird dessen Bestand dadurch gerade nicht *gefährdet*, sondern *gesichert*. Ein Problem der Integrations-Politik ist ja gerade, daß sie darauf hinausläuft, die Ausländer der bundesdeutschen Lebensweise zu unterstellen. Das »Manifest« konstruiert die Bedeutung, daß »Integration« im Grunde gar nicht möglich sei, weil das Integrierende dabei zerstört werde. »Nichtdeutsch« bedeutet hier nicht einfach »ausländisch«, sondern *unvereinbar mit der deutschen Kultur*. Was der Satz nicht zweifelsfrei behaupten kann (daß »Integration ... nicht möglich« sei), wird mit der Tautologie »nichtdeutsche Ausländer« zu verstehen gegeben. Durch die Verbindung von »Integration« mit »Gefährdung« bekommt die *Erhaltung* des »deutschen Volkes« die Bedeutung von Reinerhaltung. Sie erlaubt, sowohl *ökologische Erhaltung* als auch *Rassen-Hygiene* zu assoziieren. (In den Kampagnen gegen die Ausländer heißt es drastischer: »Rassenmischung ist Bastardisierung der deutschen Bevölkerung« oder »Rassenmischung ist Völkermord.«) — Die Konstruktion von *Gefährdung/Erhaltung des deutschen Volkes* ist keineswegs risikofrei. Wer zum Beispiel wird glauben, daß »unsere Sprache« durch die Ausländer gefährdet ist? Das »Manifest« steht da in einem Zwiespalt: Um das *Volk* als *bedrohtes* darstellen zu können, muß es das Volk durch die Verbindung mit Sprache, Kultur, Religion zum VOLK »erheben« und vereinheitlichen. Damit geht das Risiko einher, von der Alltagserfahrung abzuheben. Dem arbeiten die Autoren dadurch entgegen, daß sie den Volks-Diskurs in andere, in der Alltagserfahrung verankerte Diskurse einbetten.

Bereits jetzt sind viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten Fremdlinge in der eigenen Heimat.

Bereits jetzt fühlen sich viele Deutsche in ihren Wohnbezirken und an ihren Arbeitsstätten fremd in der eigenen Heimat, ebenso wie die Gastarbeiter Fremde sind in ihrer neuen Umgebung.

Das können Deutsche in Berlin-Kreuzberg oder in Hechingen gut nachempfinden: Auf der Straße hört man mehr Türkisch als Deutsch, der kleine Eckladen von Meiers ist längst einem türkischen Geschäft gewichen. Der Satz schließt diese Erfahrung assoziativ an andere *Entfremdungen* an und legt nahe, die wachsende *Unwirtlichkeit der Städte* den »Gastarbeitern« anzulasten. — Zugleich bahnt die Formulierung der zweiten Fassung eine Überlagerung von Ausländerfeindlichkeit und Ausländerfreundlichkeit an, die für das »Manifest« grundlegend ist: Die Ausländer sind nicht schuld an dem Übel, sie sind vielmehr selbst von ihm betroffen. Schuld ist vielmehr die (sozialliberale) Bundesregierung:

Der Zuzug der Ausländer wurde von der Bundesregierung aus Gründen des heute als fragwürdig erkannten hemmungslosen Wirtschaftswachstums gefördert. Die deutsche Bevölkerung wurde bisher über Bedeutung und Folgen nicht aufgeklärt. Sie wurde auch nicht darüber befragt.

Die Autoren des »Manifest« nehmen die Perspektive von unten gegen die Regierung ein. Der Antagonismus von »deutschem Volk« und »Ausländern« be-

steht demnach nicht direkt, sondern ist über eine bestimmte, falsche Politik vermittelt, gegen die man sich wenden soll. Damit ist eine populistische Schiene verlegt, auf der Ausländerfeindlichkeit aus ökologischem Motiv — gegen das »hemmungslose Wirtschaftswachstum« — in Bewegung gesetzt werden kann. Die populistische Wendung gegen *die da oben*, die *einfach machen, ohne uns zu fragen*, erlaubt, die Aggression gegen die, *die uns bedrohen*, in eine *Solidarität aller* (vom Staat) *Bedrohten* umzudeuten. Wiederum spielt dabei die Umweltzerstörung eine entscheidende Rolle. Später heißt es verstärkend:

Die Familienzusammenführung der Gastarbeiter in ihre angestammte Heimat — selbstverständlich ohne Zwangsmaßnahmen — wird unser überindustrialisiertes und an Umweltzerstörung leidendes Land entlasten.

Wie hängen die drei Hauptelemente des »Manifest« zusammen: biologische und nationale Artikulation von *Volk*, ökologischer Rassismus und Umdeutung von Ausländerfeindlichkeit in Ausländerfreundlichkeit?

Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein natürliches Recht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung (»Germanisierung«).

Subjekt-Prädikat-Objekt, diese Syntax erweist sich selbst schon als Ideologikum: Der Satz scheint nur zu bekräftigen — unterstrichen durch das herbeizitierte *Naturrecht* —, was dem *deutschen Volk* ohnehin zukommt, »ein natürliches Recht auf Erhaltung usw.« Man liest den Satz besser vom Prädikat aus, das ja ein Bedeutung-Beilegen ist: »Ein natürliches Recht zu haben, und zu behaupten, auf die Erhaltung seiner Identität und Eigenart, macht erst das Volk zu diesem *deutschen Volk*.« Was der Satz als zuvor fertiges Subjekt präsentiert, das *deutsche Volk*, kommt erst aus diesem Satz »heraus«.

Merkwürdig ist das Wort »Wohngebiet«, wo man »Land« im Sinne von *Staat* erwartet hätte. Um das zu verstehen, müssen wir uns daran erinnern, daß die *nationale*, mit dem Staat verbundene Bedeutung des *Volkes* die biologische der *Erhaltung des Volkes* nicht in Ruhe läßt. Naturalisierung und Historisierung müssen vereinbart werden. Das »natürliche Recht auf Erhaltung seiner Identität ... in seinem *Staat*« wäre schwer zu behaupten: Jeder weiß, daß sich die Staatsgrenzen x-mal geändert haben, und was ist mit den »Deutschen« in Südtirol ...? Also wird der *Staat*, regionalistisch untertrieben, zum *Wohngebiet*.

Man sieht: Was das »Manifest« als *zu erhalten* und also als existent unterstellt, ist in Wirklichkeit höchst prekär: deutsche Identität und Eigenart. Zudem sind die Deutschen in zwei Staaten geteilt, in Klassen zerrissen, es gibt Regierende und Regierte usw. In der Rede von der *Erhaltung der Identität des deutschen Volkes* geht es um die Neu-Stiftung eines Zusammenhalts unter den antagonistischen Teilen der Bevölkerung. Das geht nur durch die Erhebung des wirklichen, in Gegensätzen lebenden Volkes zum höheren, idealen VOLK. Nur vor ihm muß man »Achtung« haben, denn es steht über einem. Nur es kann man »erhalten« in seiner idealen Einheit, während man in Bezug auf das Volk, die da unten, das niedere Volk so gar nicht reden könnte. *Erhaltung aus Achtung* konnotiert *Achtung vor dem Leben*. *Achtung* hat man vor dem Leben, das nicht einfach das eigene ist, sondern das einem gegeben ist, von *Gott*, von *der Natur*. In dieser ideologisierten Form finden wir den Diskurs der *Erhal-*

ung aus Achtung in der kirchlichen Argumentation gegen die Abtreibung. — Von hier aus erschließt sich der Zusammenhang von Fremdenachtung und -feindlichkeit. Die gegensätzlichen, sich ausschließenden Haltungen haben eine gemeinsame Grundlage: die Verwandlung und Erhöhung des Volkes zum VOLK. Denn nur in der idealisierten Form lassen sich die Völker einander absolut entgegensetzen, nur hier erscheinen sie »rein« und werden durch »Vermischung« zerstört. Die wirklichen Völker sind in sich vielfältig, gehen bereits aus der Unterwerfung anderer Völker oder aus der Unterworfenheit unter andere Völker hervor; sie umfassen verschiedene Ethnien; sie existieren überhaupt nur in einem ständigen Prozeß der Entzweiung und Vereinigung. Hier greifen Staat, Kirche, Schule usw. ein und arbeiten an bestimmten Formen der Vereinigung der Regierten und der Regierenden zu einem Volk. So gibt es immer gleichzeitig mehrere konkurrierende Volks-Konzeptionen, die auf gegensätzliche Beziehungen der Klassen hinauslaufen.

Im zweiten Satz der oben zitierten Passage setzen die Autoren Integration, zuvor als Gegenteil von *Erhaltung* bestimmt, mit »Einschmelzung« und »Germanisierung« gleich, und damit die Sozialliberalen mit den Nazis. — Das Motiv des gleichen Rechts aller Völker auf die *Erhaltung ihrer Eigenart* wird weiter ausgebaut und mit anderen Elementen des liberalen und des demokratischen Diskurses verknüpft. Da sind zunächst die *gleichen Zukunftschancen der Kinder*, die vor allem an der Schulbildung und da wiederum an der Sprachbeherrschung hängen.

Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Gastarbeiterkindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache wie in der deutschen Sprache Analphabeten sind? Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder, die in Klassen mit überwiegend Ausländern ausgebildet werden?

Wieder vermeidet das »Manifest« sorgsam jeden Anklang an Rassenhaß. Im Gegenteil: Die durch eine *verfehlte Politik* geschaffenen *Umstände* sind es, die deutsche wie ausländische Kinder zu *bemitleidenswerten Opfern* machen.

Die Autoren des »Manifest« stellen sich ausdrücklich in den Rahmen des Grundgesetzes. Sie versuchen, die Begründung ihres Volks-Diskurses im Grundgesetz zu verankern.

Obleich wir um den Mißbrauch des Wortes Volk wissen, müssen wir mit allem Ernst daran erinnern, daß das Grundgesetz vom Begriff »Volk« und zwar vom deutschen Volk ausgeht, und daß der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung den Amtseid leisten: »Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden werde.« Wer diesem Eid seinen Sinn läßt, wird sich nicht dagegen wehren können, daß es das deutsche Volk ist, um dessen »Erhaltung« es geht.

Von »Erhaltung« des deutschen Volkes ist allerdings im Grundgesetz nicht die Rede — schon gar nicht von *Reinerhaltung*. Das verweist auf eine Verschiebung, die das »Manifest« im Volks-Begriff vornimmt und die in der ersten Fassung noch deutlicher sichtbar war. Dort hieß es:

Das Grundgesetz der Bundesrepublik geht nicht aus vom Begriff »Nation« als Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff »Volk« ...

In der Präambel des Grundgesetzes ist dagegen deutlich vom »Deutschen Volk« im Sinne der Nation die Rede: Es figuriert als Staatsgründer, um »seine nationale und staatliche Einheit zu wahren«. Das »Manifest« verschiebt die

Bedeutung weg vom Staatsvolk (Nation) hin zum ethnischen *Volk*, das anderen Ethnien als Rasse entgegengesetzt ist. Dabei versäumt das »Manifest« keineswegs, die nationale Karte auszuspielen.

Wir scheuen uns auch nicht, daran zu erinnern, daß das von der Präambel des Grundgesetzes als Verpflichtung aufgegebene Ziel der Wiedervereinigung durch die praktizierte Ausländerpolitik aufs Schwerste gefährdet werden könnte. Wie soll Wiedervereinigung möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden?

So ist schließlich diese Version des »Ausländer raus!« noch mit der Wiedervereinigungspolitik verknüpft, die bis heute den unangetasteten Grundkonsens der herrschenden Parteien darstellt. Die anvisierte Breite eines ausländerfeindlichen Bündnisses zeigt sich im Umriss der verschiedenen Diskurse, an die der rassistische Volksdiskurs angeschlossen wird — Grundgesetz, Umweltschutz, Familienideologie, Nationalismus (»Wiedervereinigung«). Das nächstliegende Einflußfeld für eine solche Politik sind die Unionsparteien und ihr Umfeld. Entsprechend knüpft das »Manifest« zentrale Elemente des christlich-konservativen Diskurses in sein Bedeutungsnetz.

Europa verstehen wir als eine lebendige Gemeinschaft von Völkern und Nationen, die durch Kultur und Geschichte eine Ganzheit höherer Art bilden.

Der Satz steht nach dem oben zitierten, in dem die Gleichberechtigung aller Völker in der Frage ihrer »Erhaltung« proklamiert wird. Das Problem ist klar: »Ausländer raus!« kann heute nicht, wie im deutschen Faschismus, scharf deutsch-nationalistisch artikuliert werden. Deutscher Nationalismus und Atlantismus (Unterordnung unter die westliche Hegemonialmacht USA) sind bereits einen Kompromiß eingegangen im Konzept einer *deutschen Hegemonie in Europa* (EG), wie sie besonders von Franz Josef Strauss vertreten wird. Hier sucht das »Manifest« Anschluß. Mit der Unterstellung, z.B. Deutsche und Italiener verbinde etwas Höheres (»Ganzheit höherer Art«), soll der Gleichstellung der Türken, der nicht-christlichen und größten Ausländergruppe, im Rahmen des EG-Assoziierungsabkommens entgegengewirkt werden.

Die Lektüre des »Manifest« ergibt, daß zum nazistischen Antisemitismus erhebliche Unterschiede bestehen. Eine Denunziation solcher Ausländerfeindlichkeit als Nazismus ließe den Zusammenklang vieler Elemente des »Manifest« mit massenhafter Alltagserfahrung unberührt, würde ihn sogar noch verstärken. Unerkannt bliebe auch, daß das »Manifest« die Fehler einer Politik ausnützt, die *Integration* und *Anpassung der Kultur* gleichsetzt.

Aber auch Angriffe auf den »Rassismus« des »Manifest« könnten unwirksam sein, weil, wie sich zeigte, das Gewicht auf der Bildung eines bestimmten *Volks*-Diskurses liegt. Derweil haben Linke begonnen, auf diesem Feld anders zu kämpfen: »Heimat«, »Volk«, »Familie«, »Natur« nicht als »bürgerlich« zurückzuweisen und den Rechten zu überlassen, sondern links zu wenden gegen die herrschenden Mächte. Eine solche Politik ist uns unheimlich — nicht nur aus der Angst, »nach rechts zu rutschen«, vielmehr, weil wir in Bereiche des Alltagsbewußtseins vordringen, die wir in uns selbst unentdeckt gelassen haben, wo wir keine fertigen Antworten haben und wo wir selbst noch vielfach im Alten stecken. Gerade hier sind wir aber der Lösung des Rätsels am nächsten, warum »viele so denken«, wie es im »Heidelberger Manifest« steht.

Kommentierte Bibliographie: Friedensfragen (6)

Cornelia Füllkrug-Weitzel

Kirchen und Frieden: Die Evangelische Kirche

Die Vorstellung, bei der Evangelischen Kirche habe man es mit einer klar definierten und abgrenzbaren, einheitlichen Größe zu tun, ist irrig. Die Reformation wollte kein Gegenstück zur »einen, heiligen römisch-katholischen Kirche« schaffen. Ihr Protest richtete sich gerade gegen die institutionelle Vereinnahmung des freien, lebendigen Wortes. Die vorgefundenen ungleichen gesellschaftlichen Bedingungen und unterschiedlichen Lehrmeinungen haben dazu geführt, daß die reformatorische Bewegung in der ganzen Welt unterschiedliche Kirchen herausgebildet hat. Dies war besonders im politisch nicht geeinten Deutschland der Fall, wo unter landesherrschaftlichem Schirm mehrere Landeskirchen entstanden. Sie prägen bis heute die kirchliche Realität Deutschlands.

Ökumene

Nur drei radikal pazifistische Minderheitenkirchen sind im ganzen nicht-katholischen Christentum entstanden. Sie betrachten das Friedenszeugnis als für ihr Kirchesein konstitutiv und werden darum »Historische Friedenskirchen« genannt: Die Mennoniten, die Quäker und die Church of Bretheren. Alle anderen, zumal die an die Obrigkeit gebundenen Staats- und Landeskirchen, taten sich schwer, staatlicher Kriegspolitik etwas entgegen zu setzen. Mit der »Lehre vom gerechten Krieg« schuf man sich lediglich einen Kriterienkatalog, um *Kriege* ethisch zu bewerten.

Eine gute geschichtliche Darstellung der Kriegsethik und der Lehre vom gerechten Krieg bieten:

Dignath-Düren, W.: Kirche — Krieg — Kriegsdienst. Hamburg 1955 (mit Zuspitzung auf den deutschen Protestantismus)

Bainton, R.H.: Christian attitudes towards war and peace. A historical survey and critical re-evaluation. London 1961 (ökumenischer orientiert).

Faktisch rechtfertigten die Kirchen in der Regel jedoch bedingungslos die Ausübung des staatlichen »Schwertamtes«. Die Geschichte der deutschen Kirchen zwischen Krieg und Frieden erhellt der Sammelband:

Huber, W./Schwerdtfeger, J. (Hrsg.): Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus. Stuttgart 1976 (mit weiteren Literaturnachweisen).

Die Frage nach einem *Friedensbeitrag* der Kirchen kam historisch und systematisch mit der Frage nach der Ökumene, der Einheit der Christenheit über nationale und konfessionelle Grenzen hinweg, auf. Die Anfänge gehen bis ins erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zurück. Die Entwicklung der protestantischen Friedensethik vollzog sich mit der Entwicklung der ökumenischen Bewegungen. Einen Überblick bietet:

Hudson, D.: Ökumene und Politik. Stuttgart 1970.

Der 1948 als Bündnis der Mehrzahl aller nicht-katholischen Kirchen gegründete *Weltrat der Kirchen (ÖRK)* schaffte angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel zwar den Durchbruch zur prinzipiellen Verwerfung des Krieges (»Krieg ist gegen Gottes Willen«), die von den meisten nationalen Kirchen übernommen wurde. Er fand aber ebensowenig wie sie einen Ausweg aus dem »Trilemma« christlicher Friedensethik zwischen totalem Pazifismus, eingeschränktem Pazifismus (z.B. Atompazifismus, aber Bejahung von »gerechten Revolutionen«) und Friedenssicherung durch Waffenbesitz und Abschreckung. Immerhin wurde der Pazifismus erstmals als christliche Option ernsthaft erwogen und eine Zusammenarbeit mit den Historischen Friedenskirchen begonnen.

Die Geschichte und der aktuelle Diskussionsstand des christlichen Pazifismus findet sich in:

Shannon, T.A. (Hrsg.): *War or peace? The search for new answers*. New York, Orbis Books 1980.

Die stark an der UNO und den Ost-West-Abrüstungsverhandlungen orientierte diplomatische Friedenspraxis des ÖRK beschreiben:

Nolde, O.F.: *Ökumenisches Handeln in internationalen Angelegenheiten*. In: Fey, H.: *Geschichte der ökumenischen Bewegung 1948-1968*. Göttingen 1974, 344-375 (apologetische Darstellung des zuständigen Kommissionsdirektors)

Benedict, H.-J.: *Von Hiroshima bis Vietnam. Eindämmungsstrategie der USA und ökumenische Friedenspolitik*. Darmstadt/Neuwied 1973 (kritische Untersuchung der Westorientierung dieser Friedensdiplomatie).

Die Westorientierung und mangelnde Neutralität des ÖRK im Kalten Krieg kritisierte die dem Ost-West-Dialog verpflichtete ökumenische *Christliche Friedenskonferenz (CFK)*, die Mitte der 60er Jahre auch wesentlichen Anteil an der Hereinnahme der sozialen und ökonomischen Probleme der 3. Welt in die ökumenische Debatte hatte. Die Diskussion konzentrierte sich während der Blüte der Befreiungsbewegungen Mitte bis Ende der 60er Jahre auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, Revolution und Gewalt. Dadurch bekam die Pazifismusdebatte, zusammengefaßt in:

Violence, Nonviolence and the Struggle for Social Justice. Genf, ÖRK 1970 (= Study Encounter, Vol.7, No.3)

neuen Aufschwung im ÖRK.

Erst die Welle der Militärputsche, vor allem in Lateinamerika, die den Eindruck einer internationalen Militärordnung nahelegten, sowie die Rüstungskritik der Friedensforscher in den 70er Jahren, stellten in der ökumenischen Diskussion das ganze Abschreckungssystem und damit auch die ethische Position der Friedenssicherung mittels Abschreckung in ein neues, kritisches Licht. Auch unter dem Eindruck der bedrohlichen waffentechnologischen Entwicklung verabschiedete die 5. ÖRK-Vollversammlung einen Appell, in dem es u.a. heißt: »Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen.« Sie initiierte ein »Antimilitarismusprogramm«. Dieses Programm beschäftigte sich mit der Militarisierung der 3. Welt, Militarismus, Militarisierung der Gesellschaft sowie mit den Problemen und Aporien des Abschreckungssystems — auch aus der Sicht der Entwicklungsländer. Auf dem Hearing des ÖRK zu Fragen der Atomwaffen und Abrüstung im November 1981 in Amsterdam wurde die Verwerfung des Atomkrieges auch auf den Besitz und die Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen ausgeweitet.

Die Diskussionen im Rahmen des »Antimilitarismusprogramms« dokumentiert die Reihe »Um Frieden und Abrüstung« in den Nummern 22-23/78, 27/78 und 32-33/78 der *Dokumentationen des Evangelischen Pressedienstes* (Haus der Evangelischen Publizistik, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M. 17). Hier werden sehr aktuell alle wichtigen Diskussionsbeiträge zu Friedensfragen in der EKD und aus dem ÖRK veröffentlicht. Die Protokolle des Amsterdamer Hearings sind in Nr. 30/82 abgedruckt. Zusätzlich finden sich wichtige thematische Beiträge zum Thema in:

Gallo, A.V. (Hrsg.): *The security trap. Arms race, militarism, and disarmament. A concern for Christians*. Rome, IDOC International 1979

Regher, E.: *Militarismus*. Genf, ÖRK 1975 (ein programmatischer Text)

und zur deutschen Rezeption:

Moltmann, B. (Hrsg.): *Militarismus und Rüstung. Beiträge zur ökumenischen Diskussion*. Heidelberg, FEST 1981 (= Texte und Materialien der FEST, A.12).

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

»Die« kirchliche Haltung zu Friedensfragen gibt es natürlich auch im westdeutschen Protestantismus nicht. Die 19 Landeskirchen sind nach wie vor in Bekenntnis und Verwaltung autonom. Eine einheitliche Haltung gibt es um so weniger, je stärker — wie in den letzten Jahren — »Basisbewegungen« eine Rolle spielen. Die Gemeinden beginnen, die ihnen theologisch zugestandene Mündigkeit und Autonomie in der Friedensfrage auch praktisch zu verwirklichen, wie die in hunderten von Gemeinden eigenverantwortlich durchgeführten Friedenswochen zeigen. Die damit einhergehende Öffnung der Gemeinden zu Bündnissen mit Menschen anderer Kirchen und anderen Glaubens macht es noch schwerer, das Ausmaß und die Grenzen kirchlicher Aktivitäten zu bestimmen. Diese stärkere Politisierung und Eigenständigkeit der Gemeinden, wie sie auch während des Kirchenkampfs im Faschismus an der Judenfrage beobachtet werden konnte, ist nach 1945 nur durch die Friedensfrage angeregt worden.

Angesichts des drohenden »Bruderkriegs« gelang es der EKD, damals noch eine gesamtdeutsche Institution, 1950 zwar, den Anspruch der beiden deutschen Staaten auf die Kriegsbereitschaft ihrer Bürger wenigstens mit Vorbehalten zu betrachten (und damit die deutsche Kriegsethik zu überkommen) und sich fortan zum Anwalt der Kriegsdienstverweigerung zu machen. Am energischen Protest gegen Adenauers Wiederaufrüstungspläne hinderte die EKD aber immer noch die Staatsethik und der Konservatismus speziell der *lutherischen Kirchen*, die in den Gremien der EKD ein starkes Gewicht besaßen und am Erhalt staatlicher Privilegien interessiert waren (und sich dieser Ende der 50er Jahre im Militärseelsorgevertrag rückversicherten!). Da es jedoch von Anfang an auch einen antimilitaristischen Flügel um M. Niemöller und die aus dem Kirchenkampf stammenden *Kirchlichen Bruderschaften* gab, kann man zu keinem Zeitpunkt der Nachkriegsgeschichte des deutschen Protestantismus von einer einheitlichen Haltung zur Friedensfrage sprechen. Strittig war — und ist — immer die ethische Frage, ob es eine Zuständigkeit und Zeugnispflicht des Glaubens auch für politische Fragen gibt, oder ob zwischen dem politischen Bereich (für dessen Ordnung der Staat von Gott berufen ist) und dem Bereich des individuellen christlichen Glaubens klar zu unterscheiden ist.

Über die Auseinandersetzungen dieser beiden Flügel informieren im Überblick:

Weitzel, R./Füllkrug-Weitzel, C.: Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Entwicklung und Ansätze der kirchlichen Friedensdiskussion nach 1945. In: Das Kreuz mit dem Frieden. 1982 Jahre Christen und Politik. Berlin 1982, 18-34

sowie ausführlicher, aber für einen kürzeren Zeitraum:

Scharffenorth, G.: Konflikte in der Evangelischen Kirche in Deutschland 1950-1969 im Rahmen der historischen und ökumenischen Friedensdiskussion. In: Duchrow, U./Scharffenorth, G.: Konflikte zwischen Wehrdienst und Friedensdienst. Stuttgart 1970 (= Studien zur Friedensforschung, Bd.3).

Über Einzelaspekte informieren:

Vogel, J.: Kirche und Wiederbewaffnung. Die Haltung der EKD in den Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland 1949-1956. Göttingen 1978 (mit einem Dokumentenanhang)

Lienemann, W.: Das Problem des gerechten Krieges im deutschen Protestantismus nach dem 2. Weltkrieg. In: Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus. Frankfurt/M. 1980 (= Friedensanalysen, Bd.12)

Kubbig, B.W.: Kirche und Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik. Stuttgart 1974

Huber, W.: Kirche und Öffentlichkeit. Stuttgart 1973 (Die beste Einführung in Entstehung und Problematik des Militärseelsorge-Vertrages von 1958).

Diese ethischen Differenzen bekamen 1957 angesichts der Pläne zu einer atomaren Aufrüstung der BRD eine neue Qualität, als nach Meinung der Bruderschaften bereits die Frage nach den *Mitteln* der Friedenssicherung (nicht erst nach dem Ziel) zur Glaubensfrage wurde. Die *Kirchlichen Bruderschaften* forderten die EKD-Synode 1958 auf, in

dieser politischen Frage der Erprobung, Herstellung und Lagerung (und selbstverständlich Anwendung) atomarer Waffen den »status confessionis« zu erklären und den Atomstreik zu proklamieren, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums gehe. Diese Zumutung an die EKD-Synode provozierte vor allem die *Lutheraner*, die in der Proklamation des »status confessionis« für den Besitz von Atomwaffen eine unerlaubte Vermischung von politischen Ermessensfragen und des rechtsstaatlichen Auftrages mit Glaubensfragen sahen. Ihrer Meinung nach könne der christliche Gehorsam auch in der Entscheidung für atomare Rüstung sichtbar werden, da auch sie ein Mittel der Nächstenliebe sein könnte!

Die programmatische Auseinandersetzung wurde von Seiten der Bruderschaften vor allem in den Zeitschriften *Theologische Existenz heute* und *Junge Kirche. Eine Zeitschrift europäischer Christen* geführt, von den Lutheranern in *Lutherische Monatshefte. Eine Zeitschrift für Meinungsbildung und Information über Vorgänge in Kirche, Religion, Kultur und Politik*. Die *Junge Kirche* ist auch heute noch das wichtigste publizistische Organ der antimilitaristischen Kreise im deutschen Protestantismus; hier werden die Auseinandersetzungen in der Friedensfrage in der EKD und in der Ökumene am umfangreichsten dokumentiert. Die gegensätzlichen Positionen werden deutlich bei:

Gollwitzer, H.: Die Christen und die Atomwaffen. München 1957 (Neuaufgabe 1982)

Wolf, E., u.a. (Hrsg.): Christusbekenntnis im Atomzeitalter? München 1959 (= Theologische Existenz heute, N.F. 70) (noch immer wichtige Sammlung der wesentlichen Erklärungen und der Bekenntnisthesen der Bruderschaften).

und

Thielecke, H.: Christliche Verantwortung im Atomzeitalter. Ethisch-politisches Traktat über einige Zeitfragen. Stuttgart 1957

Ders.: Atomwaffen als Frage an die christliche Ethik. Stuttgart 1958.

Das Schreckgespenst der Kirchenspaltung abwehrend, schloß die EKD-Synode mit der Willenserklärung »Wir bleiben unter dem Wort zusammen«. Sie überließ die inhaltliche Auseinandersetzung einer bereits 1957 aus beiden »Lagern« gebildeten Kommission unter Vorsitz des Militärbischofs Kunst, die 1959 als Abschluß ihrer Studienarbeit einen Studienband vorlegte:

Howe, G. (Hrsg.): Atomzeitalter, Krieg und Frieden. Witten-Berlin 1959

Das Ergebnis der Studien ist in den 11 »*Heidelberger Thesen*« zusammengefaßt, die bis heute faktisch die friedensethische Grundlage der EKD-Gremien bilden und über die auch die jüngste Denkschrift der EKD:

Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh 1981

nicht wesentlich hinauskam, obwohl sie unter dem Vorbehalt, eine ethische Zwischenlösung zu sein, formuliert worden waren.

Die »*Heidelberger Thesen*« beschreiben das Dilemma der Abschreckung, dem das ethische Dilemma des Friedensdienstes mit oder ohne Waffen korrespondiert. Beide Möglichkeiten werden in der gegebenen militärischen und politischen Situation als »komplementär« bezeichnet, solange es kein politisches Sicherheitssystem gibt, auf dessen Entwicklung die Kirchen absolute Priorität setzen sollten. Auf diesem Stand wurde die EKD-offizielle Diskussion eingeschläfert. Die Atomdiskussion Ende der 50er Jahre wird dokumentiert in:

Walter, Ch. (Hrsg.): Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954-1961. Dokumente und Kommentare. München 1981.

Die Pazifismusdebatte wurde von breiteren Kreisen erstmalig 1978 aufgegriffen. Angeregt durch die ökumenische Diskussion rief eine ökumenische Initiative »*Ohne Rüstung leben*« in der BRD zur Selbstverpflichtung auf: »Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben.«

Arbeitskreis Pro Ökumene (Hrsg.): »Ohne Rüstung leben«. Gütersloh 1981

Der Nato-»Nach«-Rüstungsbeschluß und die von der Niederländisch-Reformierten Kirche 1979 herausgegebene Handreichung »Kirche und Kernbewaffnung« (vgl. Kommentierte Bibliographie [2], *Das Argument* 133) in der nach eingehender Analyse der politischen, militärstrategischen und -technologischen Situation ein »Nein ohne jedes Ja« zur Herstellung und Stationierung von Atomwaffen begründet wird, eröffnete im westdeutschen Protestantismus eine breite Diskussion unter Beteiligung ganz neuer Gruppen und eine Massenmobilisierung gegen die Stationierung eurostrategischer Waffen. Die neuere Diskussion findet sich in:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.): Christen im Streit um den Frieden. Beiträge zu einer neuen Friedensethik. Positionen und Dokumente. Freiburg i.B. 1982 (einzige Zusammenstellung der Fülle kontroverser Erklärungen und Kleinschriften, leider ohne Quellenangaben!)

Interessant an der Reaktion auf diese »Friedensoffensive« ist, daß außer von der Initiativgruppe »Sicherung des Friedens«, die als polemische Reaktion auf »Ohne Rüstung leben« entstand, kaum Widerstand gegen die Forderung nach dem Primat politischer Friedenssicherung und Entspannungspolitik formuliert wird. Der Streit um die Wege dahin und die Zuständigkeit der Christen wird in altbekannter Weise geführt. Bemerkenswert ist auch, daß sich der Kreis der Autoren, der sich in den letzten beiden Jahren von dieser Seite grundsätzlich zum Thema geäußert hat, zu 75-90% aus dem Bereich des Militärs und der Militärseelsorge rekrutiert:

Stamler, W. (Hrsg.): Sicherung des Friedens. Eine christliche Verpflichtung. Stuttgart 1980

Gramm, R./Blaschke, P.H. (Hrsg.): Ernstfall Frieden — Christsein in der Bundeswehr. Stuttgart/Berlin 1980

Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr (Hrsg.): Was kann die Kirche für den Frieden tun? Gütersloh 1981

Wilkens, E. (Hrsg.): Christliche Ethik und Sicherheitspolitik. Beiträge zur Friedensdiskussion. Frankfurt/M. 1982

Über die Landeskirchen informiert knapp:

Lübbert, K.: Wo stehen die Landeskirchen in der Arbeit für Frieden und Abrüstung? In: Junge Kirche, (10)1982

Die EKD veröffentlichte unter dem Druck der kirchlichen Basis (Hamburger Kirchentag) und ihren »friedenspolitischen Experten« aus dem Bereich der Militärseelsorge sowie mit Blick auf die Diskussion in Holland und in der DDR nach langem Zögern die bereits erwähnte Denkschrift mit dem einzigen Ziel der Versöhnung der neu aufgebrochenen Fronten. Doch diesmal konnte sie damit nicht wieder einen Schlußpunkt unter die Spaltungsgefahr setzen. Sie provozierte im Gegenteil mit ihrer »problematischen 'Ausgewogenheit', Zweideutigkeit und Unentschlossenheit« einen neuen Vorstoß, die Atomwaffenfrage zum »status confessionis« zu erklären — diesmal vorgetragen von einer Kirchenleitung, nämlich dem *Moderamen des Reformierten Bundes*.

Kraus, H.J. (Hrsg.): Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche. Eine Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes. Gütersloh 1982.

Die wütenden Reaktionen des *Rates der EKD* und der *Vereinigung Lutherischer Kirchen in Deutschland (VELKD)* ebenso wie die positiven Reaktionen finden sich in Nr. 45/82 der schon erwähnten *Dokumentationen des Evangelischen Pressedienstes*.

Wie diese »zweite Runde« der Friedensdiskussion in der Evangelischen Kirche ausgeht, ist noch offen. Die Erklärung des »status confessionis« in so enger Anlehnung an 1958 ist wegen der veränderten historischen Situation auch in Kreisen der kirchlichen Friedensbewegung umstritten. Auf jeden Fall entspricht sie aber einer Tendenz — auch in der Ökumene —, eine klare Ächtung bereits der Drohung mit Atomwaffen und damit eine Verurteilung der Strategie der Abschreckung vom christlichen Glauben her auszusprechen.

Dokumentation

Aufruf: Wissenschaftler für ein fortschrittliches Arbeitsschutzgesetz

Mit dem »Aufruf für ein fortschrittliches Arbeitsschutzgesetz« wenden sich die unterzeichnenden Wissenschaftler und Hochschullehrer an die Öffentlichkeit, um auf eines der wenigen Reformvorhaben aufmerksam zu machen, das die sozialliberale Bundesregierung in dieser Legislaturperiode in Angriff genommen hatte. Die neue Bundesregierung muß demnächst über den vorliegenden Entwurf für ein neues Arbeitsschutzgesetz entscheiden. Sie steht dabei, wie schon ihre Vorgängerin, unter dem massiven Druck der Unternehmerverbände und ihrer politischen Lobby. Die Unterzeichner dieses Aufrufs — Arbeits- und Sozialwissenschaftler, Juristen, Arbeitsmediziner und Naturwissenschaftler — fordern in dieser Situation alle politisch Verantwortlichen, insbesondere Parlament und Bundesregierung, auf, diesem Druck ihren Widerstand entgegenzusetzen und ein an den Interessen der Arbeitnehmer orientiertes Arbeitsschutzgesetz zu schaffen.

Die vielfach noch unmenschlichen Arbeitsbedingungen, die hohe Zahl der Arbeitsunfälle und arbeitsbedingten Erkrankungen und die steigenden Frühinvaliditätsziffern machen unübersehbar deutlich, daß in der Arbeitswelt das grundgesetzlich verbürgte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in der Arbeitswelt tagtäglich mißachtet und verletzt werden. Um diese Grundrechte auch im Arbeitsleben Wirklichkeit werden zu lassen, muß ein umfassender, vorbeugender Arbeits- und Gesundheitsschutz durchgesetzt werden. Das geplante Arbeitsschutzgesetz bietet die Möglichkeit, hierfür die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen bereitzustellen. In diesem Arbeitsschutzgesetz müssen nach unserer Auffassung insbesondere folgende Grundsätze und Forderungen verwirklicht werden:

- Das Arbeitsschutzgesetz muß für alle Arbeitnehmer gelten.
- Die Arbeitsschutzmaßnahmen müssen vorrangig auf die Veränderung der gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen selbst gerichtet sein.
- Die noch aus der Zeit des Nationalsozialismus stammende Arbeitszeitordnung muß reformiert werden. Die normale Arbeitszeit darf acht Stunden täglich und vierzig Stunden wöchentlich nicht überschreiten.
- Der Ersatz gefährlicher Arbeitsstoffe muß Vorrang vor allen anderen Schutzmaßnahmen haben. Für krebserzeugende Stoffe müssen Verwendungsverbote erlassen werden.
- Die arbeitsmedizinische Versorgung durch Betriebsärzte für alle Arbeitnehmer muß sichergestellt werden. Der Mißbrauch arbeitsmedizinischer Untersuchungen zur Aussonderung von Arbeitnehmern muß verhindert werden.
- Die Durchsetzung und Kontrolle der Arbeitsschutzvorschriften muß erheblich verbessert werden. Verstöße gegen Arbeitsschutzvorschriften müssen strenger als bisher geahndet werden.
- Die Arbeitnehmer müssen das Recht bekommen, bei Gefahr für Leben und Gesundheit die Arbeit zu verweigern.
- Die betrieblichen Interessenvertretungen müssen in allen Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ein volles Mitbestimmungsrecht erhalten.

Der vorliegende Entwurf für ein Arbeitsschutzgesetz wird diesen Forderungen nicht gerecht und trägt auch den Erkenntnissen der Forschung zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und zur Humanisierung der Arbeit nur unzureichend Rechnung. Alle politischen Parteien setzen sich in ihren Parteitagebeschlüssen und Programmen für eine Humanisierung des Arbeitslebens ein. Wir fordern sie auf, ihre eigenen politischen Ziele ernst zu nehmen. Wir fordern alle politisch Verantwortlichen, insbesondere Parlament und Bundesregierung, auf, mit der Schaffung eines fortschrittlichen Arbeitsschutzgesetzes ihren Beitrag zur Verwirklichung einer humanen Arbeitswelt zu leisten.

Dieser Aufruf wurde von 28 Wissenschaftlern aus 19 Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten unterzeichnet.

Kongreßberichte

34. Historikertag

Münster, 6. — 10. Oktober 1982

Bereits die letzten Historikertage waren nicht mehr durch Konkurrenz- und Verdrängungsängste gegenüber den systematischen Sozialwissenschaften, sondern durch ein wiedergewonnenes Selbstwertgefühl gekennzeichnet (vgl. Das Argument 113, S. 118ff. und 124, S. 859ff.). Daran hat sich nichts geändert. Ihre sich selbst gestellte Aufgabe, Öffentlichkeit und Länderregierungen von der Notwendigkeit einer angemessenen Beschäftigung mit Geschichte in Unterricht, Lehre und Forschung zu überzeugen, glauben Historiker- und Geschichtslehrerverband auch weiterhin verfolgen zu müssen. Auch nach dem Urteil des hessischen Staatsgerichtshofes zugunsten der Eigenständigkeit des Schulfaches Geschichte sei dort die Situation immer noch unbefriedigend. Besondere Sorge bereitet die Situation in Nordrhein-Westfalen: Dort sei der Geschichtsunterricht einer »Verdrängungskonkurrenz« von seiten des Politik- und Sozialwissenschaftunterrichts (Wehler) ausgesetzt.

Doch nicht nur Sorgen, sondern ein umfassendes Bild der Geschichtswissenschaft sollen Historikertage vermitteln. Den rund 2000 Teilnehmern — 400 mehr als vor zwei Jahren — wurde in 24 Sektionen mit rund 100 Einzelbeiträgen ein Themenspektrum angeboten, das von der Antike bis zur Entstehung des Kalten Krieges reichte und von der klassischen Diplomatiegeschichte bis zur historischen Sozialforschung unterschiedliche methodische Vorgehensweisen umfaßte. Das übergreifende Thema, auf das sich allerdings nur vier Sektionen sowie Eröffnungs-, (traditioneller) Öffentlicher und Schlußvortrag direkt bezogen, lautete: »Handlungsspielräume in der Geschichte«. In seinem Eröffnungsvortrag über »Handlungsspielräume. Zur Rekonstruktion historischer Wirklichkeiten« stellte R. Vierhaus in einer Tour d'horizon durch die verschiedenen Epochen das gleichgewichtige Nebeneinander personen-, ereignis- und strukturgeschichtlicher Betrachtungsweise als methodische Notwendigkeit dar und verwarf ein Entweder-Oder als »Scheinalternative«.

Methodische Aspekte blieben in der Sektion über »Handlungsspielräume sozialdemokratischer Politik am Ende des Ersten Weltkriegs« aus »Zeitgründen« weitgehend ausgespart. Konkret wollten hier weder D. Geyer der »revolutionären Demokratie« bzw. den »demokratischen Sozialisten« in Rußland noch G. Botz der österreichischen Sozialdemokratie Handlungsspielräume für Entscheidungen einräumen, die einen grundsätzlich anderen Ablauf des Geschehens ermöglicht hätten. S. Miller dagegen unterstrich im Fall der deutschen Sozialdemokratie zwar, daß in relevanten Bereichen (Spaltung der Arbeiterbewegung, Sozialisierung der Produktionsmittel, Entmachtung der alten Führungseliten in der Verwaltung, Frage der bewaffneten Macht) grundsätzlich andere Entscheidungen möglich gewesen wären, stellte dem jedoch den großen »Problemdruck« gegenüber, unter dem die Revolutionsregierung stand: Die katastrophale materielle Lage der Bevölkerung, die Härten der Waffenstillstandsbedingungen und des bevorstehenden Friedensvertrages sowie die Furcht vor einer Intervention der Siegermächte hätten den Handlungsspielraum erheblich eingeengt. In der Diskussion verwies H. Mommsen darauf, daß sich vor allem auch die Bewußtseinslage der sozialdemokratischen Führung handlungsbegrenzend ausgewirkt habe; R. Vierhaus betonte, daß der Erwartungshorizont der Sozialdemokraten durch Orientierung auf den Stimmtzettel und die Erringung einer absoluten Mehrheit in den Wahlen gekennzeichnet gewesen sei. Das hätte dazu überleiten können — was jedoch unterblieb —, die konstatierte Begrenzung von Handlungsspielräumen dezidiert und grundsätzlich als solche reformistischer Politik zu kennzeichnen und zu fragen, ob letzten Endes nicht nur revolutio-

näre Organisationen und Politik eine Ausweitung der Handlungsspielräume ermöglicht hätten. Wenn dann auf dem Podium auch noch Vertreter solcher Positionen gessen hätten, wäre dem Sektionsleiter E. Kolb die Klage über das Ausbleiben einer lebhaften Diskussion vielleicht erspart geblieben.

Auch in anderen Fällen wurde die Existenz entscheidender Handlungsspielräume bestritten. So kam in der Sektion »Sachzwänge und Handlungsspielräume in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zwischenkriegszeit« V. Hentschel nach einer ausführlichen Erörterung unterschiedlicher Deutungen der Weltwirtschaftskrise zu dem Ergebnis, daß diese letzten Endes nicht vermeidbar gewesen sei. In einer weiteren Sektion, die »Handlungsspielräume in der Entstehung des Ost-West-Gegensatzes 1945 - 1950« untersuchte, waren sich schließlich die Historiker A. Hillgruber, A. Fischer und G. Lundestad (Tromsø) weitgehend darüber einig, daß der »Kalte Krieg« aufgrund der gewaltsamen Ausweitung des sowjetischen Machtgebiets unvermeidlich gewesen sei; hier sah allein der Politikwissenschaftler W. Link eine Alternative, falls die USA Osteuropa formell als sowjetisches Einflußgebiet anerkannt und auf ihr eigenes Kernwaffenmonopol verzichtet hätte. Ist als Fazit der Untersuchung von »Handlungsspielräumen in der Geschichte« also festzuhalten, daß »letzten Endes unter den konkreten Umständen alles so kommen mußte, wie es kam« (SZ v. 13.10.82)? Wenn dabei, wie auf Historikertagen üblich, grundsätzlich kontroverse Positionen nur am Rande und zugleich in Form ihrer Zurückweisung erwähnt werden, deren Vertreter aber nicht selbst präsent sind, ist ein solches Ergebnis nicht verwunderlich.

Kontrovers ging es dagegen in der wohl bestbesuchten Sektion, der Podiumsdiskussion über das »Problem des deutschen Sonderwegs im 19. und 20. Jahrhundert«, zu. Die — hier von H.A. Winkler noch einmal vehement vertretene — Sonderwegsthese, nach der die deutsche Entwicklung aufgrund des Bündnisses zwischen Bürgertum und vorindustriellen Eliten durch ein Defizit an politischer Modernisierung gekennzeichnet sei, wurde von dem englischen Historiker D. Blackburn entschieden zurückgewiesen. Dieser betonte: Statt einer »Feudalisierung des Bürgertums« habe im 19. Jahrhundert eine »Verbürgerlichung der deutschen Gesellschaft« stattgefunden. Die These Blackburns impliziert u.a., daß die Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft nicht mehr in erster Linie der andauernden politisch-gesellschaftlichen Macht vorindustrieller Eliten angelastet werden kann; folgerichtig warf Winkler seinem Kontrahenten vor, die »Frage nach 1933« nicht gestellt zu haben. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Die Präsentation theoriegeleiteter empirischer Forschung fehlte auch dieses Mal nicht. Unter der Leitung von J. Kocka befaßten sich S. Pollard, H.-G. Haupt, D. Dowe und H. Konrad mit »Volksbewegungen und Klassenbewegungen im 19. Jahrhundert« und ihren Varianten in England, Frankreich, Deutschland (Rheinland und Württemberg) und Österreich. Hier war man sich weitgehend einig, daß die verschiedenen Dimensionen des Klassenbildungsprozesses nicht parallel verlaufen müssen und meldete Skepsis gegen die Überbetonung sozialökonomischer Faktoren an. In der Sektion »Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung. Lage, Bewußtsein und Organisation der Arbeiterschaft als Forschungsproblem« empfahl W.K. Blessing die Anwendung des integralen »Lebenswelt«-Konzepts, um damit die »Haltung der von der Industrialisierung Erfassten als Erfahrungs-Verhaltens-Zusammenhang« schlüssiger als bisher zu beschreiben. A. Lüdke schlug im Kontext von Untersuchungen zum »Alltagsleben« eine Erweiterung des Politikbegriffs vor, d.h. im Gegensatz zur bisherigen Praxis auch die »Artikulation und Durchsetzung individueller Bedürfnisse ebenfalls als politisches Handeln zu begreifen«. Ergebnisse mit EDV-Einsatz arbeitender quantifizierender Methoden wurden in der Sektion »Lebenslauf und Gesellschaft: Zum Einsatz kollektiver Biographien in der historischen Sozialforschung« vorgestellt. Hier wurden nicht nur in der Einleitung (W.H. Schröder) »Ansätze, Methoden und Befunde« systematisch erörtert, sondern auch in

den einzelnen Beiträgen (H. Best, W. Weber, M. Jamin, W. Müller) der enge Zusammenhang zwischen Theoriebildung und empirischer Arbeit jeweils explizit dargestellt.

Peter W. Reuter (Duisburg)

Deutscher Germanistentag 1982:

Sprache und Literatur im historischen Prozeß

Aachen, 8.-12. Oktober 1982

Rund 1500 Teilnehmer aus dem In- und Ausland tagten auf dem Deutschen Germanistentag in sechs Sektionen und diversen Arbeitskreisen. Daneben fanden Plenumsvorträge sowie in kleinerem Rahmen Vorträge außerhalb der Sektionen statt. Erstmals seit zehn Jahren kamen in Aachen Schul- und Hochschulgermanisten zusammen. Von Beginn an gab es Spannungen und, wie von einigen Tagungsteilnehmern angemerkt wurde, Aggressionen. Die bei den Lehrern weithin bemerkbare Theoriefeindlichkeit und ihre Haltung, leicht verdauliche Kost und abrufbares Wissen mundgerecht serviert zu bekommen, vertrugen sich schlecht mit professoraler Gelehrtheit und häufig esoterischen Theoriekonzepten. Auf der Abschlußveranstaltung wurden die unterschiedlichen Positionen und Erwartungshaltungen noch einmal deutlich. Der beifällig aufgenommene Vortrag des SWF-Literaturkritikers und Autors Jürgen Lodemann pointierte die sonst nur raunende Schelte auf Wissenschaft und institutionalisierte Literaturkritik und propagierte »spontanen Dilettantismus« als adäquaten Umgang mit Literatur. Die Quintessenz der rhetorisch brillanten Entgegnung des Erlanger Ordinarius Kurt Wölfel darauf steckt in der Formulierung vom gegenseitigen, absichtsvollen Unverständnis. — Wenn in der Schule oder in der Hochschule oder aber in den Medien über Literatur gesprochen wird, dann ist jeweils von etwas anderem die Rede. Darüber können neuere Tendenzen in der Germanistik nicht hinwegtäuschen, erst recht können sie nicht die Verschiedenheit theoretisch einebnen und aufheben. Ob systemtheoretisch orientiert (wie etwa bei W. Voßkamp oder J. Schönert) oder diskursanalytisch und strukturalistisch (K. Scherpe), sie sind alle von der Bemühung geleitet, Methoden der Sozialwissenschaften für die Literatur- und Sprachwissenschaften fruchtbar zu machen. Spürbar ist das Unbehagen über die Hermeneutik und der Wunsch, deren Unschärfe und Beliebigkeit durch nicht-hermeneutische Verfahren zu eliminieren. Nicht nur Hermeneutik, auch materialistische Theorien werden den mit Literatur befaßten Köpfen ausgetrieben. Symptomatisch dazu Voßkamps Aussage, die geeignet ist als Leitmotiv auch vieler anderer Vorträge: Soziale Realität determiniere Literatur — in welcher Modalität auch immer — nicht, demzufolge sei die Literaturgeschichte nicht rückführbar auf Ideologieggeschichte bzw. stelle Literaturgeschichte nicht einen bloßen Teilaspekt einer umfassenden Ideologieggeschichte dar. Von der Intention her ist dem die Meinung Scherpes verwandt, der einem der traditionellen marxistischen Theorie unterstellten Ableitungsschematismus entgegenhält, daß Literatur als eine spezifische, »inhomogene«(?) ideologische Praxis erscheine, die nicht auf ökonomische Basisprozesse rückführbar und damit erklärbar sei. Vielmehr müsse Literatur begriffen werden als »unendliches Referendum«, als Bezugspunkt und Brennpunkt, in dem unterschiedliche, selbst divergierende Ideologien sich brechen. Häufig wurde jedoch schon in den an die Vorträge sich anschließenden Diskussionen klar, daß auch nicht-hermeneutische Theoriekonzepte nicht ohne hermeneutische Prinzipien auskommen können, ja, daß die häufig als Paradigmen einer germanistischen Neuorientierung zitierten Sozialgeschichten der Literatur (etwa von Zmegac, Glaser und Griminger) auf die Interpretation literarischer Werke und eines literarischen Kanons zurückgreifen, um anhand dessen Geschichte und Sozialgeschichte zu rekonstruieren und damit zu begreifen.

Werner Jung (Aachen)

»Von der Polarisierung der Geschlechtercharaktere bis zur formalen Gleichstellung der Frau — Weibliche Bildung vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1920«

Tagung der Interdisziplinären Forschungsgruppe Frauenforschung (IFF), Universität Bielefeld, 9.-12. Dezember 1982

Ilse Brehmer, Juliane Jacobi-Dittrich und Elke Kleinau, die Organisatorinnen der Tagung, sind Mitglieder der 1980 an der Universität Bielefeld gegründeten IFF und haben seitdem durch die Veranstaltung einer Reihe von Tagungen dazu beigetragen, die Frauenforschung im Wissenschaftsbetrieb zu institutionalisieren. Die etwa 50 Teilnehmerinnen arbeiten in sehr unterschiedlichen Fachdisziplinen der Frauenforschung. Ihre Referate bewegten sich im Rahmen folgender Themenkomplexe: 1. Die Herausbildung und Entwicklung des bürgerlichen Frauenbildes. 2. Theorien zur weiblichen Bildung. 3. Die Frau als künstlerisches Objekt und Subjekt.

Zu 1: Christine Garbe hat in ihrem Vortrag versucht, über die bisherige feministische Rousseau-Rezeption hinaus, die meist im moralischen Verdikt verharret, das Konzept der Geschlechterpolarisation mit Rousseaus moral- und geschichtsphilosophischen Entwürfen zu vermitteln. Lieselotte Steinbrügge zeigte anhand von Artikeln aus der *Encyclopédie* von Diderot, wie die Kategorie »weiblich« zum Bestandteil des wissenschaftlichen Diskurses wurde. Die Kunstwissenschaftlerin Ellen Spickernagel belegte mit Beispielen aus der Malerei den ästhetischen Funktionswandel von Frauenporträts: Weibliche Arbeit wird nicht mehr als funktionale Tätigkeit dargestellt, sondern dient nur noch zum Vorwand, um die unterstellte natürliche Anmut der Frau in Szene zu setzen.

2. Helga Grubitzsch machte mit ihrem Beitrag über Flora Tristan und andere bisher weniger bekannte utopische Sozialistinnen Frankreichs auf alternative Bildungskonzepte aufmerksam, in denen versucht wird, Elemente des Rousseauschen Ideals der Mutter und Hausfrau mit dem Kampf um *gesellschaftliche* Veränderungen zu verbinden. Das Problem des möglicherweise utopischen Gehalts der Idealisierung des nicht-industriell geprägten Bereichs familiärer Reproduktion war auch ein umstrittenes Diskussionsthema bei der Beschäftigung mit den Schriften Helene Langes, die Gegenstand der Vorträge von Barbara Brick und Ilse Brehmer waren. Wie das bürgerliche Frauenbild Eingang in die politischen Vorstellungen und Kämpfe der Arbeiterklasse gefunden hat, wurde deutlich in dem Referat von Elke Kleinau über die sozialistische Frauenbewegung. Über die vielfältigen Strategien zur Einübung der Frau in bürgerliche Verkehrsformen informierten die Beiträge von Dagmar Grenz zur Mädchenliteratur im 19. Jahrhundert, von Dagmar Ladj-Teichmann zu Funktion und Funktionswandel der Textilarbeiten, von Ilka Riemann und Monika Simmel zur Bedeutung weiblicher Sozialarbeit und von Anne Schlüter zur wissenschaftlichen Frauenarbeit. Die Ergebnisse aller vier Beiträge zeigen erneut die Wichtigkeit von Einzeluntersuchungen zu den verschiedenen Aspekten weiblicher Sozialisation, um zu differenzierteren Erkenntnissen über das zu gelangen, was bisher mit dem Begriff »Geschlechtscharakter« nur unzulänglich erfaßt ist. Die Tagung hat gezeigt, daß zunehmend neue Quellen herangezogen werden. So hat Juliane Jacobi-Dittrich Autobiographien von Frauen aus dem 19. Jahrhundert auf die Darstellung der Kindheitsphase untersucht, um die Spezifika weiblicher Sozialisation besser erfassen zu können. Joanne Schneider hat dazu erstmals Material zum bayrischen Mädchenschulwesen ausgewertet.

3. Ruth-Ellen B. Joeres zeigte in ihrem Eingangsreferat anhand zahlreicher, im 19. Jahrhundert verfaßter Biographien über »deutsche Dichterinnen« »merkwürdige und geheimnisvolle Frauen«, »einflußreiche Frauen aus dem Volke« etc., wie die Darstellungen und Bewertungen der porträtierten Personen je nach Geschlecht des Biographen differierten und wie viel an Erfahrungen weiblicher Biographinnen in den Text einfloß:

Nicht selten wurden Einzelporträts zu Exempeln des weiblichen Kulturschicksals. Besonders eindrucksvoll geriet der Vergleich der Rahel Varnhagen Biographie von Claire Glümer (1856) mit der von Eduard Schmidt-Weißenfels (1857), die beide auf identischem Quellenmaterial basieren. Sigrid Weigel kommt in ihrer Untersuchung von Schriftstellerinnen-Biographien des 19. Jahrhunderts zu dem Ergebnis, daß Frauen im professionellen Literaturbetrieb sich nur unter Verzicht auf emanzipatorische Elemente des Schreibens behaupten konnten. Die Literaturverhältnisse erlaubten weder die gleichberechtigte Autorin/Verlegerin/Kritikerin etc. noch die Überwindung des stereotypen literarischen weiblichen Subjekts. Eva Rieger kam zu ähnlichen Ergebnissen auf dem Gebiet der Musik, wobei sie in ihrer Analyse der musikalischen Sprache zum Nachweis gelangte, daß auch auf der abstrakten Ebene der Instrumentalmusik die stereotypen Geschlechterpolaritäten reproduziert werden. Die Objektfunktion der Frau in der bildenden Kunst exemplifizierte Renate Berger in ihrem Beitrag zu den »wahren Frauen« in der Kunst anhand der Beziehung von Künstler und (weiblichem) Modell. Alle drei letztgenannten Referate eint das methodische Vorgehen, die Präsentationsformen des Weiblichen in der Kunst in enger Verbindung mit den sozialen und institutionellen Voraussetzungen der Kunstproduktion zu betrachten.

Den ideologischen Charakter der Theorie einer Polarisierung der Geschlechtscharaktere betonte Annette Kuhn in ihrem abschließenden Vortrag, in dem sie die Geschlechtscharaktere als historische Kategorie erfaßte. Auch wenn es immer noch eine — geschlechtsspezifisch bedingte — »duale Produktion« gibt, so ist doch die Bestimmung der Geschlechtscharaktere in der Form, wie sie noch (oder wieder) Gültigkeit beansprucht, längst an der Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft gescheitert. Die neuerlich zu beobachtende Aufwertung der »weiblichen (Beziehungs-)Arbeit« als der überlegeneren Produktionsform (Negt, Kluge) beruht nicht nur auf der Verkennung wirtschaftlicher Tatsachen, sondern schürt die Illusion, wirksames politisches Handeln von Frauen könne heute noch — wie zu Zeiten der französischen Revolution — aus der Familienökonomie heraus erwachsen.

In der anschließenden Diskussion sparten die Teilnehmerinnen ihre eigenen beruflichen und politischen Erfahrungen nicht aus; die Tatsache, daß nur ein sehr geringer Teil der anwesenden Frauen unbefristete Arbeitsverträge besitzt, spricht für sich. Nicht unerwähnt soll die produktive Arbeitsatmosphäre der Tagung bleiben, die sich nach einhelliger Meinung positiv von vielen anderen Kongressen abhob. Eine Veröffentlichung der Referate ist geplant.

Lieselotte Steinbrügge (Berlin/West)

2. Philosophinnen-Symposion

veranstaltet von der Internationalen Assoziation von Philosophinnen (IAPh)
Zürich, 1. bis 3. Oktober 1982

Als Themenschwerpunkte standen auf dem Programm: Ansätze der Philosophischen Frauenforschung; Philosophiegeschichtliche Beiträge aus weiblicher Sicht; Arbeits- und Forschungsbedingungen von Philosophinnen in verschiedenen Ländern.

Bei ihrer eigenen reflexiven Verwirrung setzte Gabriele Gutzmann (Berlin) an und zu deren Verminderung entwickelt sie einen methodischen Ansatz, »Kombinatorische Frauenforschung«, zur Prüfung feministischer Theorien hinsichtlich ihrer Brauchbarkeit, »Ursachen und Folgen von Unterdrückung in allen Bereichen menschlicher Existenz« zu untersuchen und abzuschaffen. — Daß Frauen mit der zunehmenden Bewußtwerdung ihrer unterdrückten Situation zunehmend radikaler werden, ist die These der Amerikanerin Zahava K. McKeon (Chicago). Sie führte sie aus anhand der dargestellten Entwicklung des Feminismus in den USA und speziell der feministischen Theologin Mary Daly, die, ehemals reformistische Kritikerin an der Institution Römisch-Katholische

Kirche, zur radikalen Kritikerin an den patriarchalischen Strukturen der Religion wurde. — Ebenfalls den Status von Frauen reflektierend, versuchte Christa Schneider (Zürich) in ihrem Beitrag »Sprachphilosophische Überlegungen und die Selbstbestimmung von Frauen«, das Spannungsfeld von »philosophischer Lebensform«, »intellektueller Tätigkeit« und Wahlmöglichkeiten im Alltag (Beruf, Kinder) zu beleuchten. — Ein Angebot für weibliche Selbstbestimmung stellt die Theologin Elisabeth Gössmann (München) in ihrem Referat über »Hildegard von Bingen« vor: die Jungfrau, als von demütigenden Mannesdiensten und Familienpflichten befreite Frau. — Ideologische, definiturische Gefängnisse ergänzen die realen. Daß Philosophen oft genug die Kopflanger der Macht sind, ist kein Geheimnis mehr. Daß sie dabei die Frauen in der Hand behalten wollen, wird immer mehr offenbar. Ursula Menzer (Hamburg) kritisierte Georg Simmels Metaphysik der Geschlechter, die »Weiblichkeit und Kultur« als unvereinbar bestimmt. — Zum »Verhältnis der Philosophie zur Mythologie« sprach Heide Göttner (München) und das »Verhältnis von Vernunft und Sinnlichkeit« untersuchte Astrid Meyer (Berlin) am Beispiel des mittelalterlichen und modernen Hexenbildes. — Entsprechend der dualistischen Trennung von Materie und Geist, Leib und Seele bilden sich die Natur- und Geisteswissenschaften ihre separaten Vorstellungen von Welt und Mensch. Anknüpfend an Bergson und Riedel plädierte Maria Austermann für eine ganzheitliche Betrachtung des Lebens als evolutionären Prozeß: »Materie und Geist. Die Entwicklung zum schöpferischen Denken«. — Kritische Stimmen bestimmten die Atmosphäre der Tagung und sie regten sich auch in den eigenen Reihen. Ein Vortrag in hermetischer Strukturalismus-Terminologie wurde nicht akzeptiert und mußte abgebrochen werden. — In Diskussionsveranstaltungen wurden die »Arbeits- und Forschungsbedingungen von Philosophinnen« und die »Situation von Studentinnen der Philosophie« in Betracht gezogen. Ija Pawlowskas Vortrag über »Das Problem der Wertfreiheit im Universitätsunterricht« mit seinem kritischen Bezug auf Max Weber bekam eine aktuelle Dimension vor dem Hintergrund der Zustände in Polen, wo die Referentin als Hochschullehrerin lebt. Junko Hamada aus Yokohama berichtete »Über die Situation der japanischen Wissenschaftlerin« und Daniela Camhy (Graz) über Forschungsergebnisse und Literatur zum Komplex »Philosophie für Kinder«. Die Referate werden im Frühjahr 1983, zusammen mit den Vorträgen des 1. Symposiums in Würzburg 1980, in einem Schweizer Verlag herausgegeben.

Meg Huber (München) und Brigitte Weisshaupt (Zürich) hatten die zweieinhalb Tage Symposium mit einem »Gespräch über Vernunft« begonnen. Es hätte einem Elias Canetti in den Sinn kommen können: »Nicht vernünftiger sein, als man ist. Nichts zudecken mit der Vernunft. Mit der Vernunft nicht vorausrennen. Die Vernunft gegen seine eingeborene Böswilligkeit einsetzen, aber nicht zur Verstellung von Erkenntnis.«

Erkenntnisse hatte es eine Fülle gegeben, auch die Erkenntnis, wie ein Symposium zu einem anstrengenden Kongreß ausarten kann, auf dem sich die Referate jagen und zu wenig Raum lassen für persönliche Gespräche und Kontakte. Die Initiatorinnen werden für ihr Symposium in Heidelberg 1984 die Erkenntnisse umsetzen. — Druckwarm noch, wurde das Jahrbuch 1 der IAPH vorgestellt, das eine Aufsatzsammlung enthält: »*Philosophinnen. Von Wegen ins 3. Jahrtausend*« (herausgegeben von M. Maren-Grisebach, U. Menzer; Tamagnini-Verlag, Rheinallee 193, 65 Mainz; Ganzleinen, 68,- DM)

Ursula Menzer (Hamburg)

Societal Problems of the Energy Transition

2. Internationale Konferenz am Interuniversity Center of Postgraduate Studies, Dubrovnik, 13.-16. September 1982

Mit gut 2/3 der Beiträge entwickelte sich die von *L. Paradanin* (Belgrad) und *T. Baum-*

gartner (Oslo) organisierte Konferenz auf einen jugoslawisch-skandinavischen Dialog hin, dessen Bedeutung in Zeiten zunehmender Block-Konfrontation kaum zu unterschätzen ist. Statt, wie geplant, Untergruppen zu alternativen Technologien und zu Methodenfragen zu bilden, konzentrierte man sich auf das Thema Energiepolitik, das *N.C. Sidenius* (Aarhus) und *N. Refslund Poulsen* (Kopenhagen) aufgrund ihrer Beiträge zur 1. Konferenz 1981 organisatorisch vorbereitet hatten.

Daß Energiepolitik keine Mangelerscheinung ist, ihre konkreten Mängel vielmehr einer zugunsten extraktiver Kapitale zersplitterten Verfügungsgewalt über die Quellen gesellschaftlichen Reichtums entspringen, dokumentierte *D.J. Crossley* (Melbourne) anhand des Ablaufs von Energiepolitik in Australien. Trotz umsichgreifenden Abbaus von Uranminen verzichtet Australien übrigens auf eigenen Besitz von AKWs. *J.J. Stucker*, Leiter des nuklearen Beraterstabes des Gouverneurs von South Carolina/USA, hielt Zweifel daran für berechtigt, daß Kernenergie aus Versorgungsgründen erforderlich sei. Da die Entsorgungsfrage aber auf die leichte Schulter genommen wurde, sei man nun in eine Zwickmühle von faktischer Propagierung der Atom-Technologie und akkumuliertem Atommüll geraten, was nur ein unseliges Ende des faustischen Pakts erwarten läßt. In seiner Rekonstruktion der US-Politik für hochradioaktiven Abfall charakterisierte *Stucker* die Reagan-Administration als zurückgekehrt zur Auffassung der 50er Jahre, nur politische Barrieren verhinderten ein segensreiches Spiel der freien Atomkräfte. Indirekt war dies auch vorausgesetzt für den Beitrag von *G. Albrecht* und *U. Kotte* von der Kernforschungsanlage Jülich, die sich als Sozialwissenschaftler auf herrschaftsfreie Dialoge in »Planungs«-Zellen zufällig ausgewählter Mitbürger beschränken wollen, um zur Sozialverträglichkeits-Prüfung von Energiesystemen beizutragen. Einige der skandinavischen Teilnehmer sprachen sich gegen die Gewaltsamkeit des Verfahrens aus und gaben den Auswahl-Effekt zu bedenken, der mit der erforderlichen Einwilligung von Unternehmen zur Freistellung ihrer Arbeitskräfte für diese Planungszwecke verbunden sein dürfte.

Die schwedischen Beiträge (*S. Lindström* und *J. Selmer*, Stockholm, *A. Keijser*, Linköping, und *I. Carlman*, Lund) zielten auf Technologie-Politik, Sparmaßnahmen, Organisationsfragen im Bau- und Wohnungswesen sowie Windkraftpotentiale ab. Sie waren entweder direkt im Zusammenhang mit der Volksabstimmung von 1980 über die zukünftige Kernenergiepolitik entstanden oder indirekt durch diese politische Beschlußlage gekennzeichnet. Daß die vollendeten Tatsachen eines weiterhin starken Ausbaus der AKWs im Laufe der 80er Jahre nicht eben billig zu (be)schaffen sind, eine vernünftige Energiewende aber eher verunmöglichen werden, wurde besonders an Beiträgen deutlich, die Koordination von Elektrizitätsversorgung und Heizungs-Planung auf lokaler und regionaler Ebene als erforderlich nachwies. Die Kurzschlüsse der königlich schwedischen Versorgungswirtschaft werden dies aber kaum mehr zulassen. *A. Midttun* und *E.H. Albrechtsen* (beide Oslo) verdeutlichten am großräumigen Wasserkraftausbau, daß nicht nur die Art, sondern eben auch die Weise der Nutzung von Naturressourcen den konfliktgeladenen Kern von Energiepolitik bilden. Kurzsichtig wäre es dabei, demokratische Traditionen wie die norwegischen über Bord werfen zu wollen, um mehr Kontinuität in Planrealisierungen anzustreben. Nicht einmal die Bewässerungswirtschaften der orientalischen Despoten kannten politische Stabilität als Dauerphänomen.

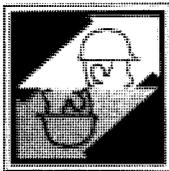
Am Beispiel der Niederlande, die ihre Bewässerungswirtschaft einmal demokratisch zu regeln verstanden hatten, verdeutlichte *R. de Man* (Leiden), daß das freie Spiel der Konzernkräfte von Esso und Shell (Gasunie) die Quellen der Naturausstattung eines Landes zwar auszubeuten, nicht aber zu reproduzieren vermag. Im Zentrum der niederländischen Energiepolitik steht so die Frage, welche Ablöser-Ressourcen nach dem Erdgas wie aktualisiert werden sollen. Kohle und Kernkraft erscheinen unausweichlich, solange rationelle Energieverwendung klein geschrieben wird. *H.C. Rasmussen* (Odense)

skizzierte im Vorgriff auf eine dänische Lokalstudie die Zielvorstellung eines gebremsten Energieverbrauchs per capita, was für Haushalte der 1. Welt auch unmittelbar einsichtig ist, darüber hinaus aber durch das Konzept des spezifischen Energieverbrauchs pro Energiedienstleistung systematisch zu ergänzen wäre. *R. C. Dupont* (Aalborg) stellte aktuelle Probleme und Chancen des staatlichen dänischen Erdgas-Projektes auf dem Hintergrund westdeutscher und US-amerikanischer Erfahrungen dar. Die spezifische Ländersituation ist dabei nicht nur durch unterschiedliche Verschrankungen des Verhältnisses von Ökonomie und Politik gekennzeichnet, sondern ebenso durch den unterschiedlichen Stand im Zyklus der Erdgas-Ressourcenwirtschaft.

Das mit derartigen Ressourcen-Zyklen gegebene Übergangsproblem war in einer einleitenden Grußadresse an die Konferenz auch von *D. Podusavac* (Belgrad) angesprochen worden, der als Vizepräsident des Komitees (Ministerium) für Energie und Industrie die energiepolitische Lage Jugoslawiens skizzierte. Auch Jugoslawien steht vor dem Problem der Erdöl-Substitution, das hohe Startkosten für Ablöser-Ressourcen zusammen mit der Ölverteuerung beschert. In den Beiträgen von *I. Drpić* und *I. Dekanić* (beide Zagreb), die in der staatlichen Erdölgesellschaft als Forscher tätig sind, wurde die Substitutions-Problematik nicht weiter verarbeitet. Dies geschah eher in *L. Paradjanins* und *N. Djajićs* Beitrag über jugoslawische Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet neuer und erneuerbarer Energiequellen, der als positive Weiterentwicklung der von der UN-Konferenz 1981 in Kenia ausgehenden Anregungen anzusehen ist. Die Verfasser, die auch Mitglieder des jugoslawischen Komitees der World Energy Conference sind, machen u.a. darauf aufmerksam, daß die jugoslawische Bundesregierung es den Betrieben ermöglichen kann, in ihren preiswirksamen Produktionskosten-Kalkulationen Investitionen für die Nutzung neuer Energiequellen (z.B. geothermische Energie) direkt einzubeziehen. Die Investitions-Hürde, die bei den gegenwärtigen Kapitalmarkt-Zinsen sonst oft unüberwindlich ist und die Öl-Substitutionsversuche erlahmen läßt, wäre so vielleicht nicht leichter, aber doch zielstrebig zu nehmen.

Die Frage des Systemvergleichs wurde äußerst materialreich am Beispiel der Elektrifizierung der Eisenbahnen in den USA und der UdSSR von *H.B.H. Cooper* (Texas) angegangen. Es ging dabei um die Frage der Koordination von Energie- und Transportpolitik auf nationalem Niveau. Angesichts des dabei gelieferten Effizienz-Nachweises zentraler Planwirtschaft wollten einige Debatteure lieber vom Thema Energiepolitik abgehen und sich höheren Werten zuwenden. Aber in seiner kleinsten Größe überwindet der Denker den Strom (B. Brecht) — gerade wenn er ihn ernten soll.

Rolf Czeskleba-Dupont (Aalborg)



**STAATS-
GRENZEN**

Staatsgrenzen

Probleme (national-)staatlichen Handelns in der alternativen Wirtschaftspolitik.

Altwater, Stamatis, Zinn u.a.

Argument-Sonderband AS 89, 1982

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Kongreßankündigungen

Geschichtswerkstatt

Im vergangenen Jahr haben sich lokale und regionale Gruppen sowie einzelne zu einer »Geschichtswerkstatt« zusammengeschlossen. Das gemeinsame Interesse gilt historischer »Erinnerungsarbeit«. Absicht ist, die widersprüchlichen Verknüpfungen von Ausbeutung und Verweigerung, Unterdrückung und Widerstand in den täglichen Kämpfen der Menschen aufzuspüren und darzustellen. Es geht dabei ebenso um »Spurensicherung« und Analyse lokaler Prozesse wie um Fragen gesamtgesellschaftlicher und internationaler Entwicklungen.

Vom 27.-29. Mai 1983 ist ein Treffen in Bochum geplant; als Thema ist »Widerstand« vorgesehen. Es sollen vor allem drei Aspekte behandelt werden: Antifaschistischer Widerstand; antikolonialer Widerstand; wie lassen sich »Widerstand« und »Anpassung« sozialgeschichtlich untersuchen?

Interessenten wenden sich bitte an: A. Lütke, F.B. Osianderweg 6, 3400 Göttingen.

1. Friedenskongreß psychosozialer Berufe

Am 17./18. Juni 1983 findet in Dortmund ein Friedenskongreß statt: Bewußt-sein für den Frieden. Initiatoren des Kongresses sind u.a. die DGVt, DGSP und GwG.

Kontaktadressen: Anne Börner, Warendorfer Str. 33, 4400 Münster, Tel.: 0251/56322

Arbeitsmedizin und Arbeitsmarkt

Arbeitstagung am 1. und 2. Oktober 1983 an der Universität Bremen, Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung »Arbeit und Betrieb«.

1. Medizinische Wissenschaft und Arbeitsmarkt. Hier soll die Funktionalisierung medizinischer Wissenschaft und Arbeitsmarkt. Hier soll die Funktionalisierung medizinischer Wissenschaft für die Lösung von Arbeitsmarktproblemen erörtert werden (Frühberentung, Frauenarbeitsschutz etc.). 2. Arbeitsmedizin und betrieblicher Personaleinsatz. Neben den Problemen der medizinischen Eingangs- und Entlastungsselektion soll die Tendenz zur Medikalisierung betrieblicher Konfliktfelder angesprochen werden. 3. Leistungsgeminderte auf dem Arbeitsmarkt. 4. Arbeitsmedizin und Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit. 5. Neuere Forschungsergebnisse zu den Ursachen arbeitsbedingter Erkrankungen. 6. Umsetzung von arbeitsmedizinischen Wissen — Grenzen der Wissenschaft. Neben positiven Ansätzen und Erfahrungen steht die Frage nach der Rolle der Wissenschaft(ler) im machtbessetzten Feld der Verwertung ihrer Erkenntnisse zur Debatte.

Anfragen und Anmeldungen: Prof. Dr. med. Gine Elsner, ZWE »Arbeit und Betrieb«, Universität Bremen, Postfach 33 04 40, 2800 Bremen 33

Adorno-Konferenz

veranstaltet vom Institut für Sozialforschung vom 9. bis 11. September 1983 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Kolloquien zu den Themen Negative Dialektik (Ltg.: Rüdiger Bubner), Ästhetische Theorie (Ltg.: Carl Dahlhaus), Methodologie (Ltg.: Ludwig v. Friedeburg), Gesellschaftstheorie (Ltg.: Jürgen Habermas). Referenten u.a.: Alfred Schmidt, Michael Theunissen, Herbert Schnädelbach, Hans Robert Jauss, Albrecht Wellmer, Peter Bürger, Oskar Negt, Martin Jay, Leo Löwenthal.

Informationen: Institut für Sozialforschung, Johann Wolfgang Goethe-Universität Senckenberg-Anlage 26, 6000 Frankfurt/M. 1

Besprechungen

Philosophie

Subik, Christof: Einverständnis, Verfremdung und Produktivität. Versuche über die Philosophie Bertolt Brechts. Verlag des Verbandes der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs. Wien 1982 (298 S., br., 34,50 DM)

Subik ist einer aus der kleinen internationalen Gemeinde derer, die Brecht als Philosophen entdeckt haben und ernst nehmen. Er hat schon 1973 mit einer Arbeit ähnlichen Titels promoviert; das vorliegende Buch verdankt sich der Umarbeitung der Dissertation. In einleitenden Thesen wird Brecht als »Philosoph neuen Typs«, der erst noch entdeckt werden müsse, bezeichnet. Andererseits wird er in eine Kontinuitätslinie mit Voltaire (?) und Diderot gestellt. Ohne daß der Bruch erörtert wird, setzt Subik die Linie fort, von Marx, Engels und Lenin zu Mao Tsetung, von denen gelte, »daß sie eingreifend Handelnde waren und dies als Philosophen« (28f.). Vor allem steht Brecht für Subik »auf den Schultern des Riesen Nietzsche, hat aber von diesem luftigen Standort etwa für seine Marxismusaneignung damit eine Voraussetzung gewonnen, die ihn von so ziemlich allen anderen marxistischen Philosophen in diesem Jahrhundert unterscheidet.« (92) Der »neue Typ« des Philosophen Brecht wird merkwürdigerweise nicht im Unterschied zu Nietzsche bestimmt. Der neue Typ sei »Verhaltenslehrer (10)«. (So ähnlich sieht dies auch H. Fahrenbach, ein anderes Mitglied der philosophischen Brechtgemeinde, dessen Arbeit über Brecht als praktischen Philosophen Subik nicht zu kennen scheint.) Die Begriffe, aus denen das Netzwerk der neuen Verhaltenslehre geknüpft wird, sind, neben den Titelbegriffen, vor allem »Haltung«, »eingreifendes Denken« und »Große Methode«. Wer je versucht hat, die Philosophie Brechts zusammenhängend darzustellen, kennt die Schwierigkeit, kennt vor allem die sich aufrägende Alternative: entweder eng am ausbalancierten Text von Brecht zu bleiben, eine Zitatcollage zu machen, oder in den ausgelagerten und auslaugenden Begriffen der philosophischen Terminologie darüber zu reden mit dem Risiko, wahrscheinlich eine banale und graue Übersetzung ins Akademische anzufertigen. Vor dieser Alternative entscheidet sich Subik fast immer dafür, Brecht ausgiebig zu Wort kommen zu lassen. So ist sein Buch eine vorzügliche Zusammenstellung von Äußerungen Brechts, was angesichts der Gefahr, Brecht im fachphilosophischen Diskurs zu ersäufen, ein wahres Verdienst ist.

Die drei Titelbegriffe sind zugleich die Titel der drei Abschnitte des Buches. Aber wer eine strenge Systematik sucht, ist hier an der falschen Adresse. »Interruptus und Schluß« heißt eine Art Abgesang der Arbeit. Hier schreibt Subik, beim Beginn des (letzten) Kapitels über Faschismuskritik und Tuiproblematik sei er ins Stocken geraten. »Die (geplanten) letzten dreißig Seiten vor Augen, schien alles bis dahin Zusammengetragene und Formuliertes mir nurmehr ein Herauszipfen einiger weniger Fäden aus dem Riesenknäuel der verschlungenen, sich immer noch als differenzierter erweisenden, sich ständig in wechselndem Licht zeigenden philosophischen Überlegungen und Experimente Brechts.« (253) Dieser unakademische Einblick, der da — was Schule machen sollte — in die eigne Arbeit gegeben wird, beschreibt den Ausgang des Unternehmens, »dem Dialektiker Brecht auf die Schliche zu kommen« (ebd.). Soll man sagen, Subiks Versuch sei gescheitert? Sein Buch läßt Brechts Denken überall durchscheinen, nimmt ihm nichts von seiner Lebendigkeit. Wenn das Scheitern der sekundärliterarischen Darstellung der Preis sein sollte dafür, daß Brechts Denken hier nicht zur Strecke gebracht wurde, dann wäre, diesen Preis offen gezahlt zu haben, Ausdruck einer philosophischen Haltung neuen Typs, die zu loben ist. (Zu tadeln ist Schludrigkeit des Stils, des Zitierens, der Rechtschreibung. Ein kritischer Gegenleser hätte Wunder wirken können.)

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Schmidt, Richard Wilhelm: Die Geschichtsphilosophie G.B. Vicos. Mit einem Anhang zu Hegel. Geleitwort von Odo Marquard. Verlag Königshausen und Neumann, Würzburg 1982 (194 S., br., 39,80 DM)

Den etwa seit Vicos 300. Geburtstag (1968) datierenden Eingemeindungs- und Aktualisierungsversuchen hat die Arbeit von Schmidt zumindest voraus, daß sie in ihrer Darstellung seiner Geschichtsphilosophie der detaillierten Auseinandersetzung mit der deutschsprachigen Vico-Rezeption seit 1830 ein eigenes Kapitel reserviert. Aller Absichtserklärung zum Trotz vermag jedoch auch Schmidt der Versuchung nicht zu widerstehen, das Terrain der vichianischen Philosophie für eine skeptische Geschichtsphilosophie (vgl. 141-144) zu besetzen, an der gemessen der »unauffhaltsame Aufstieg der Autonomieposition als Verfallsgeschichte eines kritischen Ansatzes (erscheint)« (144). Unter dem Leitgedanken, »Vico weniger als Systemdenker denn als Problemdenker zu erweisen« (2), analysiert eine erste Untersuchung (7-58) Vicos Verarbeitungsform der geschichtstheologischen Vorsehungskategorie und bestimmt deren »Depotenzierung und Säkularisierung« (28) als komplementär zur »Ernächtigung des Menschen zum Täter der Geschichte« (ebd.). Die Modi dieser Täterschaft expliziert Schmidt anhand einiger Aspekte der »Scienza Nuova«, die es unbeschadet der Wirkungsmacht der Vorsehung gestattet, Geschichte als »Selbsterzeugung des Menschen« (33) zu deuten. Aufgrund der Inkompatibilität der verschiedenen Theorieelemente bietet der Autor drei Lesarten der vichianischen Geschichtsphilosophie an, die sich aus der je verschiedenen Gewichtung der geschichtlichen Hauptfaktoren Vorsehung, Natur und Mensch ergeben. Vicos tentativer Zugriff wird zwar mit dem Nexus von Vorsehungslehren und Krisenzeiten in Verbindung gebracht, doch verrät Schmidt über die Krise nicht mehr, als daß es sich um ein »krisenhaftes Wissenschaftsdurcheinander« (3) gehandelt habe. Die zweite Untersuchung befaßt sich mit Vicos erkenntnistheoretischen Voraussetzungen, die in den Kontext der historischen Selbsterzeugung des Menschen hineingenommen werden (vgl. 81).

In der dritten Untersuchung, die den gegenwärtigen Tendenzen der Vicodeutung gewidmet ist (89-140), weiß der Autor mit plausiblen Argumenten sowohl die lebensphilosophisch-humanistischen als auch die transzendentalphilosophischen Inanspruchnahmen zurückzuweisen. Gegenüber ersteren arbeitet er die »positiven Bezüge Vicos zum Wissenschaftsdenken der Neuzeit« (96) heraus, während er den zweiten die Vernachlässigung von Vicos »geschichtsontologisch(em)« (105) Zugriff nachweisen kann. Besser schneidet die historisch-hermeneutische Lesart ab, die in Vico einen Vorläufer des Historismus erblickt. Schmidt sieht sich allerdings genötigt, den dort an Habermas und den Marxismus adressierten Vorwurf einer Identifizierung von Autor und Subjekt der Geschichte bei Vico zu modifizieren. Die Untersuchung schließt mit einer Einordnung Vicos in die Geschichte des Fiktionalismus und der Skepsis, an deren Ende er als ein theologische Prämissen, geschichtsphilosophische Konstruktion und empirische Forschung vermittelnder Denker erscheint.

Das skeptische Deutungsmuster wird auch in dem recht informativen Durchgang durch Hegels Geschichtsphilosophie (141-182) beibehalten, der Hegel in der »Geschichte der geschichtsphilosophischen Ent-täuschung« (182) — gleich Vico — verortet wissen möchte. Mit letzterem verbindet ihn der Versuch, Konstruktion und Empirie zu verknüpfen, aber auch die Strukturhomologie von Vorsehung und List der Vernunft und eine »gänzlich anti-utopische Grundhaltung« (148).

Wengleich Schmidts Arbeit, die im übrigen in einer ungewöhnlich lesbaren Sprache verfaßt ist, einen guten Einblick in den Zusammenhang der vichianischen Philosophie und in den Stand ihrer aktuellen Deutung bietet, bleibt sie doch vom herkömmlichen philosophiegeschichtlichen Immanentismus nicht verschont. Methodisch fragwürdig wird sie dort, wo die gelungene Analyse Vicos als eines skeptischen Problemdenkens, dessen Vermittlungsbemühen nicht selten in Aporien geführt hat, in die Affirmierung

geschichtsphilosophischer Skepsis schlechthin umschlägt. Ärgerlich sind ferner die pauschale Subsumtion des Marxismus unter die Rubrik »Geschichtsphilosophie« (vgl. 144) und die reichlich undifferenzierte Rede von einer »materialistischen Geschichtsmetaphysik« (143). Wie Schmidts Bibliographie dokumentiert, bleibt eine detaillierte marxistische Interpretation Vicos weiterhin Desiderat (vgl. 90/91 u. 114). Die von ihm vernachlässigten »strukturalistischen« Untertöne der vichianischen Geschichtsphilosophie könnten hier — man denke nur an Althusser's »Umweg« über Spinoza — interessante Perspektiven eröffnen.

Peter Körte (Münster)

Steinvorth, Ulrich: Stationen der politischen Theorie. Hobbes, Locke, Rousseau, Kant, Hegel, Marx, Weber. Reclam Verlag, Stuttgart 1981 (388 S., Ln., 17,80 DM; br. 9,50 DM)

Die Abhandlung beginnt — nach einem Vorwort zu urteilen — vielversprechend. Steinvorth will die Frage erörtern, inwieweit die behandelten Theorien fähig sind, eine Praxis zu begründen, die die »Freiheit der Individuen gegenüber den Ansprüchen des Staates und anderer Institutionen, die das Allgemeinwohl zu vertreten behaupten« (9), erhält. Sein Ziel ist, »die Verbindlichkeit der klassischen Theorien zu prüfen« (8). Über die bloß paraphrasierenden Darstellungen hinaus will er den »Argumenten, Gründen, Voraussetzungen und Konsequenzen« (8) dieser Theorien nachgehen. Die Ausführung dieses Programms ist — knapp formuliert — enttäuschend: die Analyse ist oberflächlich; die vortragenen Thesen können nur Verwunderung oder heftigsten Widerspruch auslösen; denn Steinvorths Argumente sind entweder sachlich nicht haltbar oder sie ignorieren wichtige Aspekte der Beurteilung. Beispielhaft beschränke ich mich auf die Theorien von Hobbes, Kant und Weber.

Es ist sicherlich nicht falsch, Hobbes als den Ideologen des englischen Bürgertums zu identifizieren, aber diese Kennzeichnung greift zu kurz, wenn Hobbes' Lehre vom Leviathan nur auf die bloße Rechtfertigung der ökonomischen Konkurrenz, insbesondere in der Gestalt des mächtig gewordenen Handelsbürgertums, reduziert wird (17f., 40ff.). Steinvorths zentrale These lautet: Hobbes empfehle mit seiner mechanistischen Markttheorie »ein Verhalten nach dem Modell des Markts« (24). Der moralische Wert einer Handlung werde wie der Preis einer Ware »allein durch die Mechanismen von Angebot und Nachfrage« (25) bestimmt. Insofern sei der Markt der »alleinige Verteilungsmechanismus einer arbeitsteiligen Gesellschaft« (625). Jedoch verfängt sich diese Wertbestimmung in einem »Dilemma der Marktmoral« (26). »Einerseits soll das Marktprinzip von Angebot und Nachfrage den Wert von Sachen und Personen und die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts bestimmen... Andererseits aber scheint Hobbes' Moraltheorie und mit ihr das Prinzip von Angebot und Nachfrage, in dem sie sich zusammenfaßt, keine Möglichkeiten zu bieten, diese Regeln und Ideale zu begründen« (627). Zwar habe Hobbes »dies(es) Dilemma nicht entwickelt, aber es (läge) seiner Beschreibung des Naturzustandes zugrunde« (27). Dieser Naturzustand sei gleichfalls ein Dilemma zwischen dem Faktum des Krieges und der Notwendigkeit des Friedens. Die Hobbesche Lösung dieses Problems, dem Staat solle allein die Ausübung der Gewalt überlassen sein, interpretiert Steinvorth in der Weise, daß dem Staat als einzigem Gewaltinhaber die Funktion zukommen solle, das Marktprinzip durchzusetzen, ohne es begründen zu müssen. »Der Staat vollendet den Naturzustand, indem er dessen Moral des Markts durch die Mechanismen ergänzt, die ihr zum Funktionieren fehlen: die Mechanismen von Sanktionen gegen die Verletzung von Marktregeln. — Dieser Interpretation ist kritisch entgegenzuhalten, daß ihre Gleichsetzung des Naturzustandes mit dem Anarchismus des Wirtschaftsmarktes die radikale Frage Hobbes' nach der Organisation einer bürgerlichen Gesellschaft verharmlöst und damit im Prinzip jede Antwort auf diese Frage unmöglich macht. Sicherlich ist Hobbes' Lösungsvorschlag seiner Zeit verhaftet, aber

sein Grundproblem — die Anarchie der Individualinteressen, wenn alle Individuen gleich sind — ist in allen Gesellschaften in Ost und West, Nord und Süd bisher unbefriedigend gelöst. Das ist der Kern des Skandals, den Hobbes mit seiner Theorie heute noch immer wieder produziert.

Kant ist für Steinvorth der Reaktionär. Es sind drei Ideen, die Steinvorth in das Zentrum seiner Kritik gerückt hat, und die für die deutsche Diskussion der politischen Theorie »repräsentativ« (137) geworden sind: die Unantastbarkeit der Obrigkeit, die Idee eines unauffaltbaren historischen Fortschritts und die Unmoral der Verfolgung eigener Interessen (137). Mit Fleiß hat Steinvorth zahlreiche Belege für seine These zusammengetragen; dadurch ist seine These aber nicht richtiger geworden, denn er ignoriert Kants epochale Einsicht, daß Moral und damit auch jede politische Theorie nur formal begründbar ist, deren Konkretion aber den moralisch wie den politisch Handelnden als Aufgabe (Kant würde sagen als Pflicht) auferlegt ist. Dabei ist jeder, also auch Kant, den geschichtlichen Bedingungen seiner Zeit unterworfen. — Dagegen nimmt Steinvorth Kants Idee von der Autonomie positiv auf. Diese von Kant nur abstrakt begründete Idee habe Max Weber »für die politische Theorie fruchtbar gemacht« (139). Der Angelpunkt der Steinvorthschen Meinung ist Webers Kritik und Neubegründung der Rationalität, nachdem der traditionelle Rationalitätsbegriff brüchig geworden ist (»Entzauberung der Welt«). Obgleich diese neue Rationalität für die Autonomie des Individuums kaum noch Raum zu belassen scheint, — ausführlich referiert Steinvorth Webers Bürokratiekritik —, hält Weber doch an der »Autonomie als Normalzustand der Individuen« (32) fest, auch wenn dadurch die »Werte« der neuen Rationalität verletzt werden. Weber bewahre damit an Kants Vernunftbegriff das, was »noch heute akzeptabel« erscheint (337). Das Ergebnis seiner Untersuchung faßt Steinvorth mit diesem genial platten Satz zusammen: »Weber kann also für die jüngere Geschichte der politischen Theorie den Einfluß der Idee der Autonomie nachweisen« (338). Ulrich Richter (Münster)

Altmann, Alexander: Die Trostvolle Aufklärung. Studien zur Metaphysik und politischen Theorie Moses Mendelssohns. Frommann-Holzboog, Stuttgart-Bad Canstatt 1982 (303 S., Ln. 78,- DM)

In diesem Band sind 12 Aufsätze von A. Altmann aus den letzten 15 Jahren zum philosophischen Denken M. Mendelssohns und seinen geistesgeschichtlichen Voraussetzungen sowie zu den Diskussionen in der Aufklärung über Gott, Unsterblichkeit, Toleranz u.a. erneut veröffentlicht; ferner ist im Anhang die in Berlin gehaltene Festansprache von Altmann zur 250en Wiederkehr des Geburtstages von Mendelssohn (6.9.1729) beigegeben. Altmann zeigt die Bedeutung sowohl von Spinoza, Leibniz, Wolf u.a. als auch insbesondere von Lessing für die geistige Entwicklung und die Positionsbestimmungen Mendelssohns, wie dieser sie z. B. im »Phaidon« zur Frage des Erweises der Unsterblichkeit und in seinem Buch »Jerusalem« zur Frage der Toleranz gegeben hat. Mendelssohn wird in die Berliner Schule der deutschen Aufklärung gestellt, die weder (im Gegensatz zu zahlreichen Franzosen) atheistische, noch deistische, sondern gläubig-theistische Auffassungen vertrat. Aufklärung wird mehr in der Darstellung Altmanns, als wie sie sich auch in Berlin verstand, zu einem Unternehmen, sich mittels des Denkens zu trösten. Die die Aufklärung bedingenden gesellschaftlichen und geschichtlichen Konflikte, die auch scheinbar so abstrakten Diskussionen wie denen um einen deistischen oder theistischen Gottesbegriff zugrunde liegen, finden praktisch keine Erwähnung. Die für sich jeweils verdienstvollen Aufsätze geben — auch zusammengenommen — weder eine Übersicht über das philosophische und politische Denken M. Mendelssohns noch sind sie als Einführung in sein Werk geeignet. Hartmut Zinser (Berlin/West)

Henrich, Dieter, und Rolf-Peter Horstmann (Hrsg.): Hegels Philosophie des Rechts. Die Theorie der Rechtsformen und ihre Logik. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 1982 (450 S., Ln., 128,- DM)

Der Sammelband ist aus einer Tagung der rechtshegelianischen »Internationalen Hegel-Vereinigung« hervorgegangen. Er enthält 19 Beiträge, darunter sechs in französischer Sprache. Von der Brisanz und Polemik, die nach Aussagen der Herausgeber (vgl. 12) seit jeher die Diskussion um die Rechtsphilosophie bestimmen, ist nur wenig zu spüren. Daß es sich gar um einen »Stellvertreterkrieg zwischen den beiden Weltanschauungslagern von heute« (211) handelt, wie der Beitrag Klenners betont, bleibt fast ganz verborgen. Die »in unserer Zeit erwogenen politischen Optionen« (11) dürften nur mit einer Theunissens Aufsatz entliehenen Formel zu kennzeichnen sein: »Im Modus der Abwesenheit anwesend« (376). Es zeigt sich hierin ein Stück Dialektik der Aufklärung, scheint doch der unbestreitbare Fortschritt, daß heute kein ernstzunehmender Beitrag mehr von einer Apotheose des vormärzlichen Preußens durch Hegel redet, zur Kehrseite zu haben, daß man sich außer auf Seiten des Marxismus von einer an die Fundamente gehenden Kritik an Hegels Staatslehre gänzlich dispensiert glaubt. Im Teil zur »Logik der Rechtsphilosophie« sind die Überlegungen von Iltting hervorzuheben, der den Anspruch der Rechtsphilosophie, zugleich Grundlegung der praktischen Philosophie zu sein, für gescheitert erklärt und sie als eine »Phänomenologie des Bewußtseins der Freiheit« (254) in staatspädagogischer Absicht verstanden wissen will. Bemerkenswert sind weiterhin die Ausführungen von Theunissen zur Rechtsphilosophie, die die Fruchtbarkeit des bereits an der »Logik« erprobten Verfahrens unter Beweis stellen, Hegels Philosophie als Einheit von Darstellung und Kritik zu lesen. Theunissen versucht dabei, die Verdrängung intersubjektiver Allgemeinheit in der Rechtsphilosophie zu rekonstruieren. Seine Lektüre begreift die beiden ersten Teile der Rechtsphilosophie als eine radikale Kritik des zum »abstrakten Recht« geronnenen Naturrechts und des »Konstrukts 'Moralität'«, das seine »reale Grundlage in der bürgerlichen Moral hat« (353). Der Anspruch, mit Hegelschen Mitteln gegen Hegel einen Begriff von »kommunaler Freiheit« (323) zu explizieren, läßt Theunissen in manchen Punkten mit verwandten Intentionen von Habermas konvergieren (vgl. 320 u. 326). Ein Beitrag von Ottmann schließlich ergänzt Theunissens Ausführungen durch einen systematischen Vergleich der Struktur der Rechtsphilosophie mit der der »Logik«.

Verwiesen sei ferner auf die Einlassungen von Henrich, der u.a. der Hegel-Kritik des jungen Marx vorhält, das in der Staatstheorie präsenste Modell des spekulativen Vernunftschlusses auf das Niveau einer kruden, den Staat als bloße Funktion der bürgerlichen Gesellschaft fassenden Kausalanalyse reduziert zu haben (vgl. 432). Der Teil enthält schließlich auch einen Aufsatz von Oisermann, dessen Behandlung von Widersprüchen in Hegels Eigentums- und Staatslehre einer Vielzahl von Klassikerzitate in Beweisfunktion bedarf, um zu dem mageren Ergebnis zu gelangen, Hegels Philosophie sei »auf den Kopf gestellter, verdrehter Materialismus« (304).

Die Aufsätze des Teils zur Entwicklung der Rechtsphilosophie bieten kaum Neues. Obgleich man dank der von Iltting besorgten Ausgabe einiger Vorlesungsnachschriften gleichsam aus dem Vollen schöpft, bleiben die Resultate karg. Von den Beiträgen des Teils, der sich mit den in der Rechtsphilosophie versammelten Theoremen zu Moral, Recht, Ökonomie und Politik befaßt, seien hier nur die von Mercier-Josa und D'Hondt erwähnt, die sich mit dem Zusammenhang von »relation conflictuelle, la sphère du Droit et la liberté qu'implique le discours hégélien« (75), bzw. Hegels Praktiken im Umgang mit der Zensur auseinandersetzen (D'Hondt). Zur einführenden Lektüre in den ganzen Band sei der Aufsatz von Klener empfohlen, der mit der Frage nach Gehalt und Funktion von »Hegel-Messen« (207) und -Hochämtern die erforderliche kritische Reflexion einleitet. Sein Fazit, der Nachvollzug der Aufhebung Hegels in Marx bleibe »das

experimentum crucis einer produktiven Aneignung seiner Rechtsphilosophie« (222), kann als Kriterium für die Beurteilung so mancher Beiträge dienen. — Mit einigen Ausnahmen enttäuscht der vorliegende Band die nicht nur durch die Einleitung geweckten Erwartungen. Mag es im übrigen bei Büchern dieser Art auch zur stehenden Redewendung geworden sein, der Anschaffungspreis ist ärgerlich. Peter Körte (Münster)

Colli, Giorgio: Die Geburt der Philosophie. Aus dem Italienischen von Reimar Klein. Mit einem Nachwort von Gianni Carchia und Reimar Klein. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1981 (128 S., br., 28,- DM)

Von Giorgio Colli, einem der beiden Herausgeber der Kritischen Gesamtausgabe der Werke Nietzsches, liegt nun in deutscher Übersetzung eine Probe aus seinen ausgedehnten Arbeiten über die antike Philosophie vor. Colli, von Hause aus Altphilologe, geht hier dem Ausgang der griechischen Philosophie und damit der abendländischen Vernunft aus jenem dichten Gewebe von Religion und Leben nach, dem wir verkürzend den Namen Mythos geben. Aus einer kritischen Würdigung von Nietzsches »Geburt der Tragödie« gewinnt Colli seine eigene Perspektive für die Beschreibung und Analyse der Geburt der Philosophie: Die griechischen Götter Apollo und Dionysos stehen auch hier am Anfang; doch im Gegensatz zu Nietzsche gibt Colli den Vorrang dem ersteren, der nicht nur Kunstgott, sondern auch Gott der Erkenntnis, und das heißt zunächst der Wahrsagung, ist. Deren zwei Momente, die »verzögerte Gewalt« (18) der immer eintretenden Weissagung und der Wahnsinn, d.h. der »Ursprung der Weisheit« (20), sind schon in Delphi sichtbar. Dionysos, der Gegenspieler, steht für die göttliche Macht, die vom Menschen nur vorübergehend überwunden werden kann, versinnbildlicht durch das Labyrinth im Mythos vom Minotaurus. Aus dieser Metapher entwickelt sich das Rätsel, das der Ursprung der Dialektik, begriffen im ursprünglichen Sinne des Wortes als Rede und Gegenrede, ist. — In der »Praxis der Diskussion« (70) mit Fragendem und Antwortendem sieht Colli »die Wiege der Vernunft überhaupt, der logischen Disziplin und allen diskursiven Raffinements« (70), den Entstehungsgrund der Aristotelischen Topik und Kategorienlehre und der Suche nach Universalien.

Da das Rätsel in der entwickelten Form »ein Widerspruch ist, der etwas Wirkliches bedeutet statt wie gewöhnlich nichts« (53), entgeht auch die Dialektik als Erbin des Rätsels nicht seiner nihilistischen Konsequenz. Damit erweist sie sich als Trägerin der »apolinischen Grausamkeit« (75), der verzögerten Destruktion, des Selbstwiderspruchs des Apollo, dessen Symbole die Lyra (für die Schönheit) und der Bogen (für den Tod) sind. Das in der Dialektik entwickelte System des Logos hat die zerstörerische Intention des Gottes geerbt, auch wenn es als menschliche Waffe, als Ariadnefaden, den Sieg über die Götter zu versprechen scheint. Wenn sich nun aber die Dialektik als Kunst des Widerstreits Gebildeter zu Rhetorik als Kunst, im öffentlichen Wettstreit das Publikum für sich zu gewinnen, entwickelt, kehrt der Logos »in die individuelle, körperliche Sphäre zurück, die von menschlichen Leidenschaften und politischen Interessen bestimmt ist.« (94) Damit wandelt sich die Funktion der Schrift: war sie ursprünglich nur Gedächtnisstütze für geschliffene Wendungen, so gewinnt sie nun »in zunehmendem Maße expressive Selbständigkeit.« (96) Aus dieser Perspektive erscheint die Philosophie, die »Liebe zur Weisheit«, wie sie Platon als erster nennt, nur als ein blasser Nachklang jener Zeit der Weisheit, in der die Tradition hauptsächlich mündlich und das Wissen göttlich war. — »Wichtig war uns allein, die Betrachtung darauf zu lenken, daß dasjenige, was der Philosophie vorhergeht, der Stamm, für den die Tradition den Namen 'Weisheit' gebraucht und aus dem jener bald verkümmerte Schößling hervorgeht, für uns, die fernsten Nachkommen — in einer paradoxen Umkehrung der Zeiten, von größerer Lebenskraft ist als die Philosophie selbst.« (106)

Indem Colli das Zugleich der Gegensätze im mythischen Denken der Griechen heraus-

arbeitet, gewinnt er eine Perspektive, aus der die Herausbildung der Ratio in der Antike als Prozeß der fortwährenden Vermittlung dieser Gegensätze im Kontinuum der Geschichte beschrieben werden kann. Colli selbst scheint auf der Suche zu sein nach jenen kurzen Momenten des Schwebens, in denen Leben und Denken zusammenfallen, wie dies beispielsweise im Ineinanderfallen von Widerspruch und Wirklichkeit in der Aristotelischen Definition des Rätsels der Fall ist. Dabei verfällt er nicht in eine irrationale Apologie der Spontaneität ursprünglichen Lebens im Sinne einer heute wieder populär werdenden Vernunftkritik. Collis Argumentation verläßt nicht den Boden der Rationalität.

Bettina Wahrig (Rotenburg)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Romaine, Suzanne: Socio-historical linguistics. Its status and methodology. Cambridge University Press, Cambridge 1982 (315 S., Ln., 22 £)

In der heutigen Soziolinguistik besteht eine tiefe Kluft zwischen Studien im quantitativen und qualitativen Paradigma. Im Rahmen des *quantitativen* Paradigmas stehen korrelative Studien im Vordergrund, wie sie in erster Linie in der sozialen Dialektologie und Sprachattitudenforschung durchgeführt worden sind. Bei Studien im *qualitativen* Paradigma hingegen stehen Interaktionszusammenhänge und kommunikative Ereignisse im Zentrum, insbesondere in Arbeiten aus der Ethnomethodologie und Ethnographie des Sprechens. Pionierstudie und Anknüpfungspunkt für zahlreiche Untersuchungen im quantitativen Paradigma ist die Studie von Labov (1966) in New York City; der darin entwickelte korrelative und probabilistische Ansatz ist bis heute — wenn auch technisch verfeinert — im wesentlichen beibehalten worden. Romaines Buch kommt der Verdienst zu, methodische Verfahrensweisen und linguistische Beschreibungsinstrumente von Untersuchungen im Labovschen Paradigma einer fundierten und fundamentalen Kritik unterzogen zu haben. Hierin markiert sich ein Wendepunkt in der Soziolinguistik, der auf eine grundlegende Diskussion des theoretischen Status dieser Disziplin und ihrer Methodologie hinausläuft.

Romaines prinzipieller Ansatzpunkt der Kritik liegt darin, daß in korrelativen Studien das Feststellen von bestimmten Verteilungen, die statistische Korrelation von außersprachlichen Faktoren mit dem Gebrauch spezifischer linguistischer Varianten keinerlei explanatorische Kraft haben. »Die Auffassung, wie sie Labov vertreten würde, lehne ich ab, daß eine erfolgreiche Theorie an einer Theorie anschließen muß, die ihre Grundannahmen oder Erklärungen aus unmittelbaren empirischen Tests gewinnt... Ich gehe von der Notwendigkeit der Beschreibung der schichtartigen Überlagerung von Sprachstruktur und -gebrauch aus, lehne aber den Standpunkt ab, daß die Beschreibung zugleich einen wesentlichen Erklärungsgehalt hat.« (5) Auf der Folie der Unterscheidung zwischen Deskription und Erklärung greift Romaine grundlegende Konzepte des Labovschen Ansatzes an.

1. Labovs Konzept der Sprachgemeinschaft geht davon aus, daß eine Gruppe von Sprechern einen gleichen Set von Normen und Regeln teilt. Aus der empirischen Stichprobe wird auf den zugrunde liegenden Regelsatz der Sprachgemeinschaft geschlossen; so nimmt Labov für sich in Anspruch, den der Sprachgemeinschaft New York City zugrunde liegenden Regelsatz eindeutig bestimmen zu können. Romaine zeigt nun an Labovs Beispiel der Kontraktion und Tilgung der Black English Vernacular Kopula (z. B. »they not caught«), daß 1. die Tilgung nicht notwendigerweise der Kontraktion folgt: »... die Regelzwänge operieren in der gleichen Weise, aber nicht im gleichen Maße, unabhängig davon, welche Regel zuerst angewendet wird« (220), und 2. »... es keinen Grund zu der Annahme gibt, daß schwarze Sprecher zuerst mit der vollständigen Form

der Kopula beginnen, wie Labov bei weißen Mittelschichtssprechern festgestellt zu haben glaubt, und sie dann tilgen« (236). Ähnlich argumentiert Romaine bei der d/t Tilgung (z.B. »past me« »pas' me«). Auf der anderen Seite belegt Romaine, daß es bei der geschlechtsspezifischen Variation der Variablen (r) am Wortende im Scottish English sinnvoll ist, zwei unterschiedliche Regeln zugrunde zu legen. Während bei Männern die Innovation von der Standardvariante [r] in Richtung Ø geht, vollzieht sich bei Frauen die Innovation in Richtung [ɹ]. Romaine folgert aus alledem, daß klar zwischen der Ebene der Deskription und Erklärung zu trennen ist, und daß es fragwürdig ist, in welchem Ausmaße durch Analysen im Labovschen Paradigma Erklärungen in den deskriptiven Rahmen einbezogen werden können.

2. Die Regeln, mit denen linguistische Variation (phonologische und morphologische) in Korrelation mit außersprachlichen Faktoren über relative Häufigkeiten beschrieben wird, sind die von Labov entwickelten Variablenregeln. Mit ihnen können Gruppengrammatiken beschrieben werden (bei Labov der Sprachgemeinschaft New York City), wobei davon ausgegangen wird, daß eine isomorphe Relation zwischen einer Gruppengrammatik und den Grammatiken der einzelnen Individuen besteht. Romaine argumentiert mit Popper, daß aus der statistischen Verteilung und der damit verbundenen Anwendungswahrscheinlichkeit einer Regel nicht auf die Regelanwendung eines Individuums geschlossen werden kann, andererseits aber die Erstellung einer Grammatik beim Individuum anzusetzen hat. Damit bricht auch Labovs Kompetenzbegriff zusammen, der Chomsky insofern verhaftet bleibt, als daß die Gruppenkompetenz als psychologische Realität beim Individuum festgeschrieben wird. »Der Hauptgrund, warum Variablenregeln nichts über die Kompetenz eines Sprechers aussagen, ist darin zu sehen, daß der einzige Typ von Kompetenz, auf den eine nach probabilistischen Gesichtspunkten basierende Theorie referieren könnte, uninteressant oder sehr beschränkt ist ... Die von probabilistischen Gesetzen ausgehenden Auffassungen können nicht die Grundlage einer soziolinguistischen Theorie bilden, da sie keine Erklärung für die Art von Kompetenz anbieten, die eine soziolinguistische Theorie, wie ich annehme, beschreiben will, nämlich die kommunikative Kompetenz.« (251) Unter kommunikativer Kompetenz ist im Gegensatz zur grammatischen Kompetenz bei Chomsky die Fähigkeit von Individuen zu verstehen, unter situativen und normativen Bedingungen miteinander zu kommunizieren.

3. Labovs Theorie des Sprachwandels geht von der Annahme aus, daß die Ausbreitung linguistischer Innovationen entlang einer Prestigeachse sozial affiziert ist. Durch Labovs Ansatz konnte aber nicht erklärt werden, warum in der Arbeiterklasse Sprachloyalität vorherrscht, wie die Studie von Milroy (1980) in Belfast belegt, in der Sprachloyalität als 'counter-pressure' gegen Druck von oben erklärt wird. Romaine schlußfolgert zum einen, daß von verschiedenen Werte- und Normensystemen ausgegangen werden muß, zum anderen, daß monokausale, eindimensionale Erklärungen zu kurz greifen.

Aus den verschiedenen Kritikpunkten zieht Romaine den Schluß, die technischen Beschreibungsinstrumente zwar beizubehalten, aber für eine soziolinguistische Grammatik an Hymes Konzept der 'kommunikativen Kompetenz' anzuknüpfen. Eine Lösung des Problems der Integration quantitativer und qualitativer Ansätze steht jedoch aus. So bleibt auch Romaines kenntnisreiche, im Zentrum des Buches stehende Analyse der syntaktischen Variation des Relativsatzsystems, in der ansetzend beim Old English Variation auf der Basis von sieben Texten (stilistisches Kontinuum von Prosa bis Lyrik) mit modernen Beschreibungsinstrumenten untersucht wird, etwas abgekoppelt vom Rest des Buches. Insgesamt aber markiert Romaines Buch einen Wendepunkt in der Soziolinguistik, wobei die zahlreichen praktischen Probleme ungelöst bleiben. Es wird sich in der Zukunft zeigen, ob makro- und mikrosoziolinguistische Ansätze integriert werden können.

Peter Schlobinski (Berlin/West)

Yakut, Atila: Sprache der Familie. Eine Untersuchung des Zweitsprachenerwerbs der türkischen Gastarbeiterfamilien in der Bundesrepublik Deutschland. Gunter Narr Verlag, Tübingen 1981 (198 S., br., 38,- DM)

Sprache der Familie, ein gewaltiges Thema, das Yakut sich gestellt hat. Untersucht werden soll die Sprache türkischer Gastarbeiterfamilien, der innerfamiliäre Sprachgebrauch der ersten und zweiten Generation. Ein drängender und in Deutschland viel zu lange vernachlässigter Problembereich. Warum er bisher vernachlässigt wurde, wird bei der Lektüre klar: die Behandlung dieses Themas ist mit enormen Schwierigkeiten theoretischer und praktischer Art verbunden. Deren Darstellung widmet der Autor auch verhältnismäßig viel Raum. Jeder, der einmal Feldforschung betrieben hat, wird sie mitfühlend wiedererkennen. So sympathisch dies jedoch auch ist, — zur Beantwortung der Fragestellung trägt es kaum bei. Auch die detaillierte Aufarbeitung allgemeiner soziologischer Daten der Gruppe der türkischen Gastarbeiter führt eher vom Thema weg, zumal dieser Teil etwas isoliert dasteht, d.h., die Daten werden nicht weiter im Sinne des Themas ausgewertet. Wunderlich nimmt sich im Rahmen einer solchen Arbeit auch eine Aussage aus wie: »Die durchschnittliche Kinderzahl bei türkischen Gastarbeiterfamilien müßte bei ca. 1,5 liegen.« (41) Immerhin handelt es sich hier um ein für diese Arbeit relevantes Datum, das man durchaus genau bestimmen kann.

Auf verschiedenen Ebenen werden im weiteren Verlauf der Arbeit Interferenzerscheinungen dargestellt. Exemplarisch für das Vorgehen des Autors sei hier nur die triviale Hypothese für den Bereich der Phonologie angeführt: Yakut nimmt an, »... daß die Sprache des Vaters mehr diejenigen Konsonanten enthält, die im Türkischen vorhanden und im Deutschen nicht vorhanden sind und weniger diejenigen Konsonanten enthält, die im Deutschen vorhanden und im Türkischen nicht vorhanden sind.« (99) Eine Hypothese, die, wenn schon einmal aufgestellt, auch belegt oder entkräftet werden sollte. Yakut tut jedoch weder das eine noch das andere, zumindest mir ist dies verborgen geblieben. Ähnliche Ergebnisse werden auch bei den Analysen auf der morphologischen, syntaktischen und semantischen Ebene erzielt. Auch der 'Imitation-Korrektur-Test' bringt nicht mehr, als daß er »deutlich auf einen Zusammenhang zwischen der Sprache des Vaters und der des Kindes (hinweist) ...« (141) Zusammenfassend: Berge kreißen und gebären eine Maus. Ein wichtiges Thema wurde leider vertan. Vitale Aspekte wie die Identitätsproblematik der ersten und zweiten Generation und deren sprachlicher Niederschlag wurden nicht einmal erwähnt. Die innerhalb des methodischen Rahmens erzielten Ergebnisse sind trivial und uninteressant. Ein Buch, von dessen Lektüre man gestrost abraten kann.

Theo Harden (Berlin/West)

Winkler, Peter, (Hrsg.): Methoden der Analyse von Face-to-Face-Situationen. J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1981 (VI, 350 S., br., 58,- DM)

Seit geraumer Zeit und regelmäßig ertönt (auch) in der Sprachwissenschaft der Ruf nach Interdisziplinarität. Ob man diesem Postulat genügt, indem man sich — wie die Beiträger dieses Sammelbandes — zu einer Tagung zusammenfindet und dort auf gewohnte Weise eigene Forschungsergebnisse vorträgt bzw. die anderer sich anhört, auch wenn alle aus unterschiedlichen Ansätzen heraus an einem Problem, »Analyse von unmittelbaren kommunikativen Situationen« (1), arbeiten, bleibe dahingestellt; jedenfalls werden außer vagen Begriffen keine inhaltlichen Bestimmungen interdisziplinärer Forschung gegeben. Dabei hätte sich gerade in diesem Falle angeboten, wirklich *ein* Gespräch, das auf Video aufgenommen worden wäre, zum Ausgangspunkt aller Bemühungen zu nehmen. Möglicherweise ist dies aber noch beabsichtigt. Fürs erste allerdings beschränkte man sich aufs Methodologische, mit Schwerpunkt auf der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung. Von wirklicher Brisanz — immerhin — sind die sich durch fast alle Texte ziehenden Überlegungen zur Qualität der 'Daten', ihrer Vergleichbarkeit und ihrer Un-

terschiede. Der Einleiter propagiert dafür mehr »computerunterstützte oder vollautomatische Forschungstechnologie« (4); nicht alle Beiträger folgen ihm hierin gleichermaßen.

Im *ersten Teil* sind phonetische Analysen zusammengestellt. Das lästige Problem einer auch phonetisch relevanten Gesprächstranskription wird u.a. mit einem computerunterstützten Verfahren angegangen (*Winkler*), während *Richter* die Struktur von (kollektiven) Entscheidungsprozessen bei der Transkription thematisiert. *Tillmann* geht besonders auf den Unterschied von Artikulation und akustischem Signal ein, und *Simon* schließlich demonstriert »Phonetik ohne Ohren« anhand eines digitalen und rechnergesteuerten Analysesystems, das dann auch Parameter wie Intensität oder Intention sichtbar machen kann. Der *zweite Teil* ist heterogener, da er Handlungs-, Konversations- und Textanalyse vereint. Zielgerichtetes Handeln — mit dem Beispiel des 'Drohens' — beschreiben *Kalbermatten/v. Cranach* mit einem hierarchischen Beobachtungssystem. »Reparaturbemühungen« (141) in Gesprächen stellt *Bergmann* anhand von Frageparaphrasen dar. *Gross* plädiert für eine Texthermeneutik in der Soziologie, welchen Ansatz historisch gewendet *Müller* an einer Balzac-Erzählung einlöst und zugleich für »Aspekte von historischen Sinnsystemen, die face-to-face-Situationen regulieren« (194), eingemeindet. Der umfangreichste *dritte und letzte Teil* des Buches ist der Analyse nonverbaler Kommunikation gewidmet. Eine Berner Psychologen-Arbeitsgruppe um *Frey* stellt ihr umfassendes Notationssystem vor für Videoaufnahmen einander gegenüberstehender Personen, dessen mögliche Auswertungen in einem zweiten Aufsatz exemplarisch vorgeführt werden. Eine weitere Anwendung liefert *Jorns*, der Kopfbewegungen damit aufzeichnet und interpretiert. Handbewegungen von Psychiatrie-Patientinnen, die sowohl über eine Notation quantifiziert als auch von Beobachtern eingeschätzt werden, diskutiert *Walbott*. Der einzige Aufsatz, der handlungstheoretische und gesprächsanalytische Voraussetzungen einer Notation behandelt, stammt von *Ehlich/Rehbein*, die hier eine Ergänzung für eine schon früher von ihnen entwickelte und viel in der Linguistik benutzte Transkriptionsmethode darstellen. Im letzten Beitrag von *Wagner/Ellgring/Clarke* werden Blickkontakte in psychiatrischen Patienten-Interviews nach dem 'Vorhanden-Nichtvorhanden-Schema' notiert und in Beziehung zu Theorien über Depressionen gesetzt.

Ein wirkliches 'Gespräch' kam bei der Tagung nicht zustande, nehmen die Beiträger doch praktisch nicht Kenntnis voneinander; insofern spiegelt das Buch die Situation, *bevor* ein interdisziplinärer Ansatz beginnen könnte. Dennoch können die — eher angerissenen als ausdiskutierten — methodologischen Probleme dazu beitragen, daß die Wissenschaftsrichtungen, die sich um die Analyse von Grundeigenschaften menschlicher Kommunikation bemühen, mehr voneinander Kenntnis nehmen. Dabei kann allerdings nicht ausbleiben, daß die dann gewonnenen neuen Forschungsansätze auseinanderdriften: die Propagierung von mehr und teurerer Technologie in den Sozial- und Geisteswissenschaften dürfte, wie schon in einigen Aufsätzen dieses Bandes, zu aufwendigen, aber merkwürdig inhaltslosen Arbeiten führen, deren implizites Credo, Anschluß an die Naturwissenschaften, unreflektiert bleibt; die hier versammelten psychologischen Arbeiten wiederum demonstrieren, wie ein weitgehend theorieloses Transkribieren und automatisches Codieren geradezu zwanghaft zu Schlußfolgerungen führt, an deren Ende die Kategorisierung von Menschen unter dem Kriterium der Normalität steht; die Anregung schließlich, die 'Vertextungsgeschichte' der Wissenschaften selber in die Analysen einzubeziehen, dürfte auf Widerstände stoßen, die sich auch forschungspraktisch manifestieren können.

Christoph Sauer (Amstelveen/Niederlande)

Schlaffer, Heinz: Faust Zweiter Teil. Die Allegorie des 19. Jahrhunderts. J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1981 (214 S., Ln., 35,- DM)

Schlaffers Studie versteht sich ausdrücklich als Gegenentwurf zur neueren, marxistischen wie nicht-marxistischen Faust-Forschung, ja als selbstbewußte Provokation der bisher vorliegenden Deutungen. Hatte, Schlaffer zufolge, das 19. Jahrhundert noch — mit positiver (C.H. Weiße) oder negativer (F.Th. Vischer) Bewertung — die allegorische Form von *Faust II* identifizieren können, so ging der späteren *Faust II*-Philologie (mit der Ausnahme Kommerells) die Erkenntnis der allegorischen Form verloren (8). Die zentrale Argumentation lautet: Im Falle von *Faust II* haben wir es mit einer neuen Form der Allegorie zu tun. Diese hat »in der inneren Struktur der bürgerlichen Gesellschaft ihre eigene Wirklichkeit« (9). Die »allegorische Denkform« verweist auf die kapitalistisch-sozialökonomisch geprägte »moderne Verkehrsform«, so daß sich die Allegorie als »ästhetisches Korrelat« der »historischen Logik« zu erkennen gibt (5). Aufbauend auf Hegels These von der Herrschaft der Abstraktion in der bürgerlichen Gegenwart, den Kategorien von Charaktermaske und Personifikation sowie der Theorie des Fetischcharakters der Ware, der Analyse der Wertform und der Konzeption des Markts als dem Ort der »gesellschaftlichen Synthesis des kapitalistischen Systems« (61) in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie wird die gesamte Moderne (d.h. die sich im 19. Jahrhundert voll entfaltende kapitalistische Gesellschaftsformation) als durchgängig von »Abstraktionen und Verkehrungen« bestimmt erklärt, in einem solchen Maße, daß »eine ästhetische Kritik in ihnen die Struktur der Allegorie erkennen muß« (59). Die künstlerische Form der Allegorie wird in der Struktur der Wertform selbst entdeckt (vgl. vor allem 57f.). Die »allegorische Anlage« verweist »von der fiktiven Welt des Kunstwerks auf die reale Welt der Geschichte«, die »Grundstrukturen von Goethes Werk im einzelnen wie im ganzen (begreifen) Grundstrukturen des Zeitalters« (175): Goethes Allegorie ist »die ästhetische Mimesis der gesellschaftlichen Abstraktion« (185). Vor diesem Begründungszusammenhang erscheint es logisch und sinnvoll, wenn »in eben der allegorischen Gestalt die Grundbegriffe der politischen Ökonomie die Bühne betreten« (62).

Faust II steht so am »Anfang einer neuen historischen Epoche und der Versuche, ihr mit neuen literarischen Mitteln beizukommen«: Es ist »Hauptwerk des 19. Jahrhunderts« (5f.). Die Allegorie der Moderne, die Goethe inauguriert, ist durch zweierlei charakterisiert: Sie reproduziert literarisch die »Abstraktheit der modernen Lebensbedingungen« (168), d.h. die vom Kapitalismus beherrschte Welt, als einen unentrinnbaren, universalen Entfremdungszusammenhang. In diesem ist das Individuum zur Maske erstarrt, das Subjekt getilgt. Zugleich aber erhebt sie Einspruch gegen die »Entstellungen und die Leiden« dieses im Leben wie auf der Bühne »getilgten Subjekts« (167). Diese Aufgabe vermag allein die allegorische Form zu erfüllen. Der »sogenannte Realismus« muß sie, wegen der Unzulänglichkeit der von ihm gebrauchten ästhetischen Mittel, mit Notwendigkeit verfehlen (Beispiel Balzac). Die zum Ende des Buchs dem kundigen Leser nahegelegte (wenn auch nicht explizit entfaltete) Traditionslinie der authentischen modernen Dichtung dürfte von *Faust II* über Baudelaire zu Kafka und Beckett führen. Die ästhetische Theorie, der das Buch offenkundig verpflichtet ist, ist die der Linie Benjamin-Adorno: Nicht zufällig der Verweis auf Adornos Realismus-Kritik an argumentativ entscheidender Stelle (184) und der das Buch beschließende Exkurs zu Benjamins Allegorie-Begriff. Unübersehbar auch, daß es sich hier um eine bewußte Gegenkonzeption zu der (vor allem von Lukács propagierten) realistischen Traditionslinie moderner Literatur handelt.

Diese grundlegende These des Buchs wird durch eine Reihe detaillierter Textinterpretationen gestützt. In ihrem Mittelpunkt stehen der 1. Akt (vor allem die Szene »Weitläufiger Saal«), dem allein zwei Kapitel des zentralen II. Teils gewidmet sind, sowie Helena-Akt und »Laboratorium«. Die zahlreichen Verweise auf und interpretatorischen Exkur-

se in die übrigen Akte (vor allem den 1. und 5.) tragen dazu bei, daß trotz dieser Konzentration auf einzelne Szenen der Anspruch auf eine Gesamtdeutung als eingelöst angesehen werden kann. Dem interpretatorisch zentralen Teil sind vier gewichtige (und äußerst gründlich gearbeitete) vorbereitende Untersuchungen vorangestellt: zur Problematik des Goetheschen Symbolbegriffs anhand des Frankfurter Briefs Goethes an Schiller vom 16. August 1797, zur Kritik der Allegorie in Hegels Ästhetik, zu einigen (für Schlafers Buch grundlegenden) Kategorien der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie: Diese vier Studien sollen die *Faust II*-Interpretation konzeptionell und methodisch abschließen. Ein Kapitel zur Ästhetik der modernen Allegorie sowie ein resümierender Teil zum Verhältnis von Abstraktion, Allegorie und Realismus (samt dem Benjamin-Exkurs) beschließen das Buch. Fraglos ein ebenso anspruchsvoller wie überzeugender Aufbau: der theoretischen Begründung von Konzeption und Methode folgt das *close reading* des Texts, dessen Ergebnisse im abschließenden Teil wiederum theoretisch verallgemeinert werden.

Die logisch bestechende Konsequenz der Grundkonzeption, die Ableitung der Werkstruktur aus der ökonomischen Struktur ist mit dem Preis einer gewaltsamen Einseitigkeit im Zugang zum Text — wie mir scheint zu hoch — bezahlt. Sie wird nur dadurch möglich, daß alle Dimensionen des Goetheschen Werks, die sich nicht unter die ökonomische Argumentation subsumieren lassen, sowie die formalen Werk-Aspekte, für die der Begriff des Allegorischen nicht unproblematisch erscheint, ausgeblendet oder lediglich in reduzierter, gelegentlich in geradezu entstellter Form zur Kenntnis genommen werden. So die für den Bedeutungsaufbau des Werks fundamentalen Komplexe der Natur, der Liebe, der Kunst und der Utopie und die ihnen entsprechenden ästhetischen Gestaltungsformen. Die Dimension des Utopischen bleibt unerwähnt (bereits in seinem Beitrag zur Faust-Diskussion in *Argument 99*, »Fausts Ende«, hat Schlaffer die Existenz des Utopischen in Fausts Schlußmonolog schlicht geleugnet, mit einer Argumentation, die über den Behauptungsstatus nicht hinaus ging). Der Bereich der Natur, der unbestreitbar (und auch von Schlaffer unbestritten) in Goethes Weltanschauung eine zentrale Rolle einnimmt, dem *Wortlaut des Texts* nach auch in *Faust II* einen wesentlichen Anteil hat (von der »Anmutigen Gegend« über die »Klassische Walpurgisnacht« bis zur Naturmetaphorik der »Bergschluchten«), wird von Schlaffer allein als die — schließlich von ihr aufgezehrte — »Grenze der Allegorie« (= Ökonomie) interpretiert. Die Ergebnisse der vielleicht besten Tradition nichtmarxistischer Faust-Forschung (zur Klassischen Walpurgisnacht nenne ich allein: Kurt May, Karl Reinhardt, Karl Kerényi, Dorothea Lohmeyer) werden mit wenigen Federzügen vom Tisch gewischt. Problematisch auch — wenn gleich voller wichtiger Detailsinsichten — ist die Deutung der Kunst-Welt des Helena-Akts als »Maskerade bürgerlichen Denkens« und »fortgesetzter Mummenschanz« (113) — wodurch die ökonomische Allegorie des 1. Akts in den 3. verlängert wird. Die Antike, wie sie im Helena-Akt erscheint, ist Schlaffer nicht mehr als »Bewußtseinsinhalt der Moderne« (109), also die einlinige Projektion »moderner Gedanken« (114). — Gegen diese — sicher nicht einfach falsche, doch einseitige und reduktive — Lesart ist die These zu setzen, daß Goethe im Helena-Akt die gesamte (mit der Renaissance beginnende und der Romantik endende) neuzeitliche »Kunstperiode« thematisierte und als einen höchst komplexen, widerspruchsvollen Prozeß begriff, der in der *Aneignung der Antike* seinen Kern hat, ja von dieser Aneignung her konstituiert ist. Und diese Aneignung, so sehr sie vom Standpunkt der Moderne erfolgt, ist historisch wie in Goethes Konzeption qualitativ mehr als die bloße Projektion der Moderne in »antike Bilder«. Ähnlich einseitig ist die Deutung der Schlußszenen. Wie alles, was in Goethes Text faktisch als Gegenkraft zur kapitalistischen Moderne fungiert (und damit ein Prinzip Hoffnung konstituieren könnte), wird auch die »'Religion' der Liebe« der Schlußszenen von der allgegenwärtigen und omnipotenten Allegorie (wiederum lies: der kapitalistischen Ökonomie) einge-

holt und verzehrt. — Die besten Seiten des Buchs sind fraglos dort zu finden, wo der Verfasser am dichtesten am Text argumentiert. Das Buch ist brillant in der Interpretation der Szenen, in denen die ökonomische Thematik und ökonomische Kategorien die Textgestalt in der Tat unmittelbar prägen: so der »Weitläufige Saal« des 1. Akts. Die Mummenschanz-Interpretation etwa dürfte zum besten gehören, was die *Faust II*-Philologie bisher hervorgebracht hat. Hier ist die Argumentation im höchsten Grad textorientiert, konzis und konzentriert. Sie überzeugt auch dort, wo Einwände möglich wären (z.B.: gestaltet die Szenenfolge am Kaiserhof wirklich bereits die *entwickelte* bürgerliche Gesellschaft oder nicht vielmehr die feudale, durchsetzt von kapitalistischer Ökonomie und bürgerlichen Gedanken- und Verkehrsformen?).

Die innere Problematik des Buchs liegt in den methodologischen und theoretischen (auch kunsttheoretischen) Prämissen. Ich möchte für diesen Zusammenhang zwei verbundene Komplexe nennen: 1. Die Bestimmung der kapitalistischen Moderne als einen total determinierten Zusammenhang von Abstraktion und Entfremdung, mit anderen Worten: die Wertform als universal determinierende Macht; 2. dieser gesellschaftstheoretischen Grundkonzeption folgend die *direkte* Determination des Ästhetischen (als Überbaubereich) durch die Basis. Die Prämisse wird aus dem Sack gelassen, wo Schlafier ausdrücklich von der »bürgerlichen Ökonomie als universaler Lebensform« spricht (179). Schlafier liest die *Kritik der politischen Ökonomie* als Theorie der Totalität gesellschaftlicher Beziehungen im Kapitalismus, und nicht, wie es Marx' Intention angemessener wäre, als (weitere Theorien fundierende) Theorie eines *Teilbereichs*, eben der ökonomischen Basis, die durch die Theorien der übrigen Bereiche der gesellschaftlichen Totalität zu ergänzen ist. (Zu diesen gehört die Theorie sozialer Individualitätsformen ebenso wie Kulturtheorie, Literaturtheorie, Ästhetik; in ihrem Ensemble würde allein die *Philosophie* die Funktion einer allgemeinen theoretischen Synthesis erfüllen können.) Schlafier jedoch reduziert den Marxismus auf die Kritik der politischen Ökonomie. Die mittlerweile höchst ausgedehnte (gerade auch von marxistischen Historikern geführte) internationale Diskussion zu dem Problem von Gesellschaftsform und ökonomischer Form (ich erinnere an die Gramsci-Rezeption) wird nirgendwo zur Kenntnis genommen. Schlafiers methodologisches Grundkonzept enthüllt sich als neue Variante eines alten Huts: des ökonomistischen Reduktionismus hier im Grunde Frankfurterischer Provenienz. *Relative Autonomie* und *Pluralität des ästhetischen Bereichs* werden nirgendwo auch nur als Probleme erkannt. Zur relativen Autonomie und Pluralität dieses Bereichs gehört, daß stets eine *Vielzahl* adäquater ästhetischer Gestaltungsformen der gleichen Sozialstruktur möglich ist — so etwa die »realistische« und die »allegorische« oder auch die Kombination beider (siehe Brecht) —; daß diese Gestaltungsformen auch gattungsmäßig bestimmt sind (der unmittelbare Vergleich eines »dramatischen Gedichts« wie *Faust II* mit dem realistischen bürgerlichen Roman hätte zumindest problematisiert werden müssen). Ja zu einer zentralen Aufgabe der materialistischen Ästhetik gehört es, Kriterien für die Differenzen zwischen den verschiedenen Gestaltungsformen aufzuschreiben (der Gattung, des Themas, der Autorenintention usw.).

Der totalen Determination der Gesellschaft entspricht also die totale Determination des Kunstwerks durch die Ökonomie als monistisches Prinzip; dies umso mehr, weil diese Determination den Rang des wahrhaft authentischen Werks allererst begründet, weil sie zum Kriterium erhoben wird für die Priorität der allegorischen Form vor der »realistischen«, bei der sich eine solche unmittelbare Determination natürlich nicht nachweisen läßt. Schlafiers Argumentation gegen den Realismus am Beispiel Balzacs hält allerdings kaum der genaueren Nachprüfung stand. Zum ersten hätte er, für den Vergleich mit *Faust II*, nicht nur einen der Romane Balzacs, sondern die gesamte *Comédie Humaine* heranziehen müssen. Erst diese könnte, entsprechend auch der Autorenintention, die *Totalität* der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts repräsentieren. Weiter

ist zu bezweifeln, ob Motivationsmängel, die Schläffer bei Balzac nachweist, bei Dostojewski, Tolstoi, Turgenjew, Melville oder Thomas Mann hätten gefunden werden können. An diesem Punkt zumindest ist die Materialbasis nach Schläffers eigenen Ansprüchen mehr als dürftig.

Neben dem grundlegenden Einwand gegen methodologische Prämissen und theoretischen Status des Buchs tritt ein zweiter, dem allerdings im Vergleich mit dem ersten nur eine nebeneordnete Bedeutung zukommt. Er richtet sich gegen die recht saloppe, oft auch arrogante Art des Umgangs mit der bisherigen Forschung. Der bürgerlichen Faust-Forschung des 20. Jahrhunderts wird insgesamt (mit der einzigen Ausnahme Max Kommerells) totale Verkenning des Werkes, seiner Form wie seines Gehalts, vorgeworfen. Der marxistischen wird konzediert, sie habe »erste Umrisse des sozialgeschichtlichen Gehalts sichtbar gemacht«, die Form jedoch nicht bedacht, »in der jener Gehalt erscheinen konnte« (9). In dieser pauschalen Form ist weder der eine noch der andere Vorwurf zu halten. Der Hinweis auf allegorische Strukturen in *Faust II* findet sich durchaus in der bürgerlichen Forschung des 20. Jahrhunderts (so etwa bei Dorothea Lohmeyer). Auf der marxistischen Seite weist Lukács ausdrücklich darauf hin, daß »viele Gestalten des zweiten Teils allegorisch« sind (*Faust und Faustus*, Reinbek 1967, S. 207; siehe auch 210). Die neuere marxistische Forschung hat diesen Aspekt noch stärker herausgearbeitet, wie sie insgesamt die Formfrage (zu der schon Lukács Kompetentes ausgeführt hat) durchaus behandelt hat. Was stimmt, ist allein, daß in der Forschung des 20. Jahrhunderts niemand vor Schläffer die Allegorie als total determinierende Formstruktur aufgefaßt hat; weiter auch, daß die marxistische Faust-Forschung die Formfrage bislang *nicht detailliert genug* untersucht hat. — Auch viele der von Schläffer — oft brillant herausgearbeiteten — Einsichten in besondere Aspekte der ökonomischen Dimension von *Faust II* (die Rolle des Geldes in Akt 1, die sozialhistorische Bedeutung der Philemon-und-Baucis-Parabel, die zentrale Rolle des Weltmarkts in Akt 5, die Erkenntnis der Existenz der »massenhaft organisierten Form der Arbeit« in Akt 5, die Deutung der Lemuren als Arbeiterklasse, um nur einige Beispiele zu nennen), sind der Forschung durchaus bekannt gewesen. Dies anzumerken, hätte den wissenschaftlichen Rang des Buchs fraglos erhöht.

Thomas Metscher (Bremen)

Kunst- und Kulturwissenschaft

Wolbert, Klaus: Die Nackten und die Toten des »Dritten Reiches«. Folgen einer politischen Geschichte des Körpers in der Plastik des deutschen Faschismus. Anabas-Verlag, Gießen 1982 (270 S., br., 150 Abb., 39,- DM)

Mit der Architektur wurde die Bildhauerei zentral für die ästhetische Darstellung der ideologischen Macht des deutschen Faschismus. Die »Staatsplastik« (109), die in die »obrigkeitsstaatliche Metasphäre« (63) einzieht, ist vor allem der männliche Akt. An den ersten Kunstausstellungen nach der Machteinsetzung der Nazis ließ sich, wie Wolbert zeigt, dieser spätere »Alleinvertretungsanspruch« (65) der männlichen Aktskulptur in der Sphäre der Machtästhetik noch nicht erkennen. Erst die Olympiade von 1936 brachte den Durchbruch, zunächst als Konjunktur von Sportlerakten, die aber um 1940 »abrupt rückläufig« (3) waren und antikisierenden, mythologischen oder allegorischen Figuren das Feld überließen. Das völkische Element in der faschistischen Bewegung war gegen die klassizistische Tradition angetreten, hatte die Anlehnung an die antike griechische Kunst als Verrat des Nordens an den Süden bekämpft. Die Wendung zum männlichen Akt war nun zugleich ein Bruch mit dieser völkischen Orientierung. Überbrückt wurde der Gegensatz durch den Sport. 1936 wurde eine Ausstellung »Sport der Hellenen« (119) veranstaltet. Und in ihrem Olympiadefilm ließ Leni Riefenstahl durch Über-

blendungstricks aus altgriechischen Sportlerstatuen Sportler der deutschen Olympiamannschaft hervorgehen. (119) »Dies war die Schicksalsstunde der 'antikisch' nackten Gestalt in der NS-Plastik, die nun unangefochten in ihre Position als leibliches Hoheitszeichen des deutschen Faschismus eingesetzt wurde.« (88) Vor allem Breker war der Mann der Stunde. Denn es war eine bestimmte Modifikation der Aktdarstellung, die zum NS-Hoheitszeichen gemacht werden konnte, und Breker übertraf in ihrer Verfertigung alle Konkurrenten. Er lieferte eine »von aller lebendigen Modellierung gereinigte Aktplastik« (114). »Breker brachte jede Form völlig naturwidrig auf Stromlinie, führte jeden Schwung in eine gezirkelte Kurve, rundete jede Wölbung glatt und sphärisch. Er hielt dies für einen idealisierenden Vorgang.« (71) — Wenn man die nazistische Anknüpfung an die germanischen Mythen und Heldensagen vor Augen hat, mag es verblüffen, daß deren Gestalten in der Staatsplastik fast völlig abwesend sind. (60) Dafür wimmelt es von Prometheusen, Rosseführern usw., und die »Künder« und »Wager«, »Geniesse des Sieges« und der »Kampfbereitschaft« bedienen Konventionen klassischer Statuarik. Bestimmte Züge des klassischen Ideals werden indes vermieden. Der klassische Kontrapost, der, vom Soldatischen her gesehen, sozusagen die Rührt-euch-Stellung bedeutet, weicht der strammen Grätschstellung (76), wie sie sich als SS-Aufseher-Haltung eingepreßt hat. Die Gelassenheit ist verschwunden. »Bei Männern wurde jeder Muskelstrang, jede Sehne, jede Schwellung beladen mit der Aufgabe, innere Energien, vitale Kraft, Geist- und Willensvermögen ... zu verkünden.« (70f.)

Wolbert verfolgt verschiedene historische Stränge der rituellen Kultivierung des nackten Körpers. Er geht die neuere Ästhetik und Kunstgeschichte in dieser Hinsicht durch und trägt Material über Nacktkulturbewegungen seit dem 19. Jahrhundert zusammen. Er zeigt die reaktionäre Artikulation des »schönen« nackten Körpers mit zumeist rückwärts gewandten ständischen Ordnungsvorstellungen, mit soldatischen und eliteästhetischen Haltungen. Der »unschöne« Körper war vor allem der proletarische. Über die »Schönheit des nackten Körpers« war der Rassismus mit der Klassenfrage verknüpft. In der »Gebrauchskunst« wiederum wurde der nackte Männerkörper in spezifischer Stilisierung sozusagen zum »Geld« der »höheren Bedeutung«, allgemeines Äquivalent von Hoheitsvollem, von oben Sanktioniertem. Die Bank nutzte ihn ebenso wie das industrielle Kapital oder das Kaufhaus, der öffentliche Prunkbau des Wilhelminismus ebenso wie das Kriegerdenkmal. So war bereits im präfaschistischen Deutschland das Humanistische aus dem nackten Idealkörper der Bildhauer ausgetrieben. Nur die Akzentuierung und die Art der Einbindung waren spezifisch faschistisch. Schließlich fungierte der nackte Männerkörper der Plastik wie eine beliebig einsetzbare »Raumfahre« ins Transzendente, in den ideologischen Himmel, der sich über der Gesellschaft wölbt, wie dies Bade 1942 von der Kunst sagt (vgl. 89). Zu entsprechender Schlußfolgerung kommt Wolbert in seiner Analyse der beiden Breker-Statuen in der Reichskanzlei: »Das Thema bleibt inhaltlich abstrakt und allgemein, es sollte lediglich als höheres Prinzip und als elementare Sinnggebung erscheinen. Dies hatten die nackten Heroen zu leisten, so wie sie auch jedes andere Thema kraft der traditionell anerkannten apotheotischen Fähigkeiten ihrer Erscheinung in realitätsferne Sphären heben konnten.« (209)

Kein anderer als Konrad Lorenz, der in der Bundesrepublik eine geradezu offizielle Gestalt geworden ist, hatte, wie Wolbert belegt, das rassistische Programm der Vernichtung »minderwertigen Lebens« in einer biologisch-anthropologischen »Fundierung« menschlichen Schönheitsempfindens systematisiert. »Schönheit« ist für ihn ein rassenspezifisch angeborenes Auslesemuster. Künstler zeichnen sich dadurch aus, daß sie diese Muster aus dem Erbgut in ihr Werk projizieren. »Kunst«, schrieb Lorenz 1943, »ist die Schöpfung des zum Führer berufenen Einzelmenschen, der ethisch-ästhetische Gegebenheiten der eigenen tiefsten Persönlichkeitsschichten ins Kunstwerk zu projizieren vermag.« (z.n. 228) Daher manifestierte sich auch »von Praxiteles bis Marlit« (ebd.) dersel-

be Geschmack am Körper: »... in völlig gleicher Weise die breiten Schultern und schmalen Hüften, die eines der wichtigsten Beziehungsmerkmale der männlichen Idealgestalt unserer Rasse sind« (z.n. ebd.). In »aristokratisch sich isolierenden Gesellschaftsschichten« fand Lorenz den handgreiflichen Beweis für die Möglichkeit »zielbewusster Menschenzüchtung«. »Solche Wesen sind dann stets noch schlanker, sehniger, schneidiger ...« Diese »Vollwertigen« oder »Hochwertigen« werden bedroht von einer — aufgrund der »beträchtlichen Verbreitung von Ausfalltypen innerhalb der modernen Großstadtbevölkerungen« — Mehrheit von »Minderwertigen« (z.n. 229), die nur »als Schmarotzer an vollwertigen Artgenossen lebensfähig« sind (z.n. 230). Sie müssen behandelt werden wie die Krebsgeschwulst durch den Chirurgen, »der bewußt lieber gesundes Gewebe mit-entfernt als krankes stehen läßt« (ebd.). Die »biologische Leistung« der Schönheitsbewertung des menschlichen Körpers »ist also die eines Richters, der zwischen gut und böse, zwischen gesund und krank zu entscheiden hat« (z.n. 230). Lorenz illustrierte seinen Aufsatz mit einer Abbildung des »Dionysos« von Breker (1940), an dem die »Übertreibung der positiv bewerteten Wildformigenschaften ... durchaus harmonisch« wirke (z.n. 231). Wolbert: »Das war der 'wissenschaftliche' Beitrag von Konrad Lorenz zum Mord im Namen der Schönheit...« (231f.)

Wolberts Studie leistet einen wertvollen Beitrag weit über das engere kunsthistorische Feld hinaus. Für die Erforschung des Ideologischen im deutschen Faschismus bietet sie enorm brauchbares Material. Dieses drängt geradezu seiner ideologietheoretischen Aufschließung entgegen. Die faschismustheoretischen Annahmen, denen Wolbert folgt, liegen jedoch im Clinch mit seiner Materialanalyse. Ausgerechnet er, der eine reichhaltige Studie der verschiedenen Faszinationsstränge durchführt, die im Faschismus miteinander verwoben sind, meint, die Entstehung des Faschismus hätte »keine geistigen, sondern ... sozioökonomische Gründe« (159). Die ausschließende Alternative macht das materialistische Bestehen auf den ökonomischen Gründen hohl. Das Ideologische hätte schließlich in dieser Sicht keine andere Bedeutung mehr, als Material des verschleiernenden Audrucks von Kapitalinteressen zu liefern. »Der NS-Staat konnte seine ökonomischen Vorhaben nur ... realisieren, wenn er in nichts von der Loyalität des Volkes abhängig war« (238). Die »primären Ziele« des NS bestanden darin, »jenes Verwertungssyndrom in Gang zu setzen, das über Rüstungsproduktion und Krieg dem deutschen Kapital zu neuer Prosperität verhelfen sollte.« (236) Staatlicher Terror im Dienste der Kapitalverwertung, auf diese Kurzformel schnurrt alles zusammen. »... spätestens mit Beginn des Krieges ... mußte die 'Ordnung' und Unterordnung durch ein als wirksamer erachtetes Terror- und Spitzelsystem garantiert sein.« (238) Der richtige Kern daran ist, daß die NS-Führer sich durch Ausbau der Bespitzelungs- und Zwangsgewalt vor einem möglichen Umschlagen der Volksstimmung schützen wollten. Aus dem I. Weltkrieg wußten sie, welche Dynamik durch eine militärische Niederlage freigesetzt werden kann. Unsinnig ist es aber, die Repression dem Ideologischen entgegenzusetzen. »Mit der Arbeitskraft des seines eigenen Willens beraubten Volkes sollte die Produktion zu Höchstleistungen hochgetrieben werden...« (237), wie schließlich auch der Eroberungskrieg. »Die Rüstungs- und Kriegsstrategen von Partei und Industrie brauchten ein unbedingt obrigkeitshöriges, arbeitswilliges, opfer- und aggressionsberechtigtes Volk, das auch ohne mystisch-zeremonielle Massenmanipulation und pseudoreligiöse Stimulierungen zur Verfügung stand und seine Energien freiwillig hergab.« (238) Wolbert bemerkt nicht den Widerspruch, daß ein »seines eigenen Willens beraubtes Volk ... seine Energien freiwillig hergab«. Genau hier hakt die Erforschung des Ideologischen ein. Wolbert geht ideologiekritisch vor, aber so, daß er mit den ideologischen Phänomenen oft schon fertig sein will, bevor ihre Untersuchung so recht begonnen hat, und sie als »Gehabe«, »Schein« und »Entfernung von der Realität« (237, 209, 81 ...) deutet, ohne in der Wirksamkeit des Ideologischen seine Wirklichkeit zu sehen. Von den NS-Plastiken sagt Wolbert zusammenfassend: »Sie

dienten also in erster Linie nicht dem schauerlich-schönen Entzücken vor dem Überwältigenden, nicht der freiwilligen Unterwerfung unter die Macht des Erhabenen, wie oft angenommen wird. Sie sind auch in ihrem Gehalt Monumente einer sich im Unbedingten verblockenden Staatsmacht, die ihre Bedingungen an die unterworfenen Menschen mit dogmatischer Unbeugsamkeit stellte.« (29) Das Material spricht gegen diese These. Sie ist überdies unklar und widersprüchlich. Ihre vereindeutigte Fassung könnte so lauten: 'Die Staatsplastiken dienten nicht der Überwältigung, sondern waren nur deren Monumente'. Vielleicht verbindet Wolbert mit dem Begriff »freiwillige Unterwerfung« eine idealisierte Vorstellung vom souveränen und vernünftigen freien Willen. Dies würde erklären, warum er anzunehmen scheint, Überwältigung und Überordnung könnten ohne Faszination und ohne die Organisation von Selbstunterstellung zustandekommen. Wenn die — vor allem männlichen — Akte »die höheren Begründungen der Staatsmacht, die übergeordneten Prinzipien und Bindungen des Daseins oder die Wesenskräfte des idealen NS-Menschen mittels der Sprache ihrer Körper vorzutragen hatten« (64f.), so doch wohl der ideologischen Subjekt-Effekte wegen (vgl. meine Thesen »Kritische Psychologie und Theorie des Ideologischen«, in: W.F. Haug: *Ideologie/Warenästhetik/Massenkultur, Argument-Studienheft 33*). »Genau besehen demonstrierten sie vor allem die aufgeladene Pracht ihrer Leiber.« (76) Wolbert legt in seinem Material, nicht nur in den Illustrationen, ein Stück dieser Demonstration zur Besichtigung vor. Das Material bezeugt Faszination und wird vielleicht Faszination ausüben. Der ideologische Körper, das entfremdete Gemeinwesen des Leibes, das plastische Vor-Bild im Rahmen der Vergesellschaftung von oben — wir haben kaum angefangen, es zu begreifen. Die ideologische Macht dieses Körpers ist ungebrochen, nur anders organisiert. Wir müssen Wolbert für sein materialreiches Standardwerk dankbar sein und zugleich die Interpretation seiner Forschungen vor seiner Selbstabsetzung retten.

Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Muchembled, Robert: Kultur des Volks — Kultur der Eliten. Die Geschichte einer erfolgreichen Verdrängung. Aus dem Französischen übersetzt von Ariane Forkel. Klett-Cotta, Stuttgart 1982 (321 S., br., 38,- DM)

Muchembled interessiert sich für die Gründe, warum die Volkskultur in Frankreich in einem vom 15. bis ins 18. Jahrhundert dauernden Kampf um die »kulturelle Hegemonie« (9) zerstört und durch eine »Kultur der Eliten« ersetzt werden konnte. Unter Volkskultur versteht er ein »autonomes System der Weltauslegung«, das eine eigene »innere Logik« habe (18) und dessen Rekonstruktion zur Überwindung des »schematischen Konzepts der Zivilisation« beitragen soll (10). Muchembled rückt den Leistungsaspekt der Volkskultur in den Blick: er führt anhand eines reichen, bisher meist unveröffentlichten Materials vor, wie das Volk sich in bestimmten Praxen und Ritualen vereinheitlicht und Handlungsfähigkeit gegenüber den materiellen Existenzanforderungen herstellt. Ein Beispiel: Das Johannisfest (24./25. Juni) leite einen Jahresabschnitt schwerster Arbeit ein. Das ganze Dorf umtanzt gemeinsam ein Feuer. Diese Praxis bewirke die Zentrierung der Energien auf die bevorstehende Ernte, das Feuer reinige den Boden und garantiere Fruchtbarkeit (55f.). Während bei diesen Festen die Gewalten der Natur rituell unterworfen werden, seien die »Narrenfeste« und der Karneval Formen, in denen »die herrschenden Werte« in Frage gestellt (59), die Herrschaft von kirchlicher und weltlicher Macht angegriffen werden. Eine »verkehrte Welt« werde dadurch hervorgebracht (58). Worin genau die Verkehrung besteht, wird nicht analysiert, denn Muchembled faßt den Leistungsaspekt solcher kultureller Praxen allgemein als »emotionale Entladung« (61) angestauter Spannungen, die periodisch notwendig gewesen seien. Er reduziert kulturelle Widerstandsformen des Volkes, die gegen die Naturmächte und die ideologischen Mächte gerichtet sind, damit gleichsam auf ein homöostatisches Triebmodell (Befriedi-

gung = Spannungsabfuhr), das dem Reichtum des vorgeführten Materials nicht gerecht werden kann.

Der Volkskultur liege ein nur »oberflächlich christianisiertes, im Kern aber magisches Weltbild« zugrunde (93), für dessen Tradierung vor allem die Frauen zuständig gewesen seien. Die jahrhundertelange Resistenz des magischen Weltbildes gegen die Christianisierungsversuche erklärt Muchembled aus dessen Funktionalität für das Alltagsleben des Volkes. Er führt eine ganze Reihe von Praktiken vor, die sich auf die Beherrschung der Natur, die Verhinderung von Krankheiten, Unglück, etc. richteten. Charakteristisch sei, daß es keine Trennung von sichtbarer und unsichtbarer Welt gebe; sämtliche Erscheinungen seien Zeichen für die Wirksamkeit guter und schlechter Kräfte, die ständige Auslegungsaktivitäten verlangen. Die »volkstümliche Hexenkunst« sei daher »eine Art ganzheitlicher Medizin für Lebewesen und Dinge« (85). Die Hexe verfüge über eine besondere Auslegungskompetenz, die sie in »Konkurrenz zum Priester« bringe (92). Erst »... als im 17. Jahrhundert ganze Legionen gläubenseifriger Missionare dieses Weltsystem durch Predigten, durch den Schulunterricht, durch die religiöse Besetzung des gesamten Alltagslebens und damit auch die körperliche und seelische Unterwerfung des einzelnen zerstörten« (105), sei es gelungen, die Widerstandskraft der Volkskultur zu brechen. Muchembled analysiert diesen Vorgang als Arbeitsteilung zwischen Staat und Kirche: während der absolutistische Staat durch die politische Zentralisierung die alten »horizontalen Bindungen« durch »vertikale« ersetze (182), komme es mit der Gegenreformation zu einem »Bruch zwischen Profanem und Heiligem« (152). Zum Beispiel werden die Volksfeste religiös umartikuliert zu Prozessionen, das Volk entaktiviert zum »Zuschauer am Heiligem« (171). Bisher kollektiv ausgeübte religiöse Praxen — z.B. die Beichte — werden individualisiert. Muchembled führt eine ganze Reihe von Elementen vor, die die Grenze zwischen Profanem und Heiligem stabilisieren. Innerhalb dieses Gegensatzes werden die magischen Praktiken des Volkes — exemplarisch in der Figur der Hexe — als »Aberglaube« verfolgt. Kirche und Rechtsprechung arbeiten hierbei eng zusammen: während die Zeugen jeweils nur bestätigen, daß die angeklagte Person über magische Kräfte verfüge, werden diese Aussagen von den Richtern in einen Pakt mit dem Teufel übersetzt und so in den »Tatbestand« der Hexerei transformiert. Der Vorgang zeigt, daß der Aberglaube allein für eine Verurteilung nicht ausreichte. Muchembled sagt daher, daß die »eigentlichen Hexen ... durch die Repression erst geschaffen« wurden (248). Am Ende der Hexenverfolgungen in der Mitte des 17. Jahrhunderts stehe eine endgültig gefestigte »Herrschaft über die gebrochenen, entfremdeten, resignierten Massen ...« (267) An die Stelle der ehemaligen Vielfalt sei eine »Lebens- und Weltkonzeption« getreten (277). Muchembled entwickelt eine Verselbständigungsthese: indem sich die dominant gewordene »Kultur der Eliten« mehr und mehr vom Volk entferne, bilde sich ein »ideologischer Freiraum« (277), der ausgefüllt würde durch die Entstehung einer »Massenkultur« (283), über die dem Volk eine »ideale Welt vorgegaukelt« würde (292).

Das Buch läßt eine ganze Reihe von Fragen unbeantwortet: Während das Volk vor der Gegenreformation und der Herausbildung des absolutistischen Staates vollständig »autonom« zu sein scheint — eine herrschende Kultur taucht in dieser Phase nicht auf —, wird es später umgekehrt von einer »Kultur der Eliten« vollständig entmachtet. Muchembled spaltet Volkskultur und Elitekultur in feste Einheiten, die sich als homogene Blöcke gegenüber stehen. Der widersprüchliche und langwierige Konstitutionsprozeß einer staatstragenden Elite unterm Absolutismus bleibt völlig ausgeblendet. Die Elite scheint immer schon vereinheitlicht zu sein. Der Begriff »kulturelle Hegemonie« (9), mit dem die Untersuchung angekündigt wird, taucht später an keiner Stelle mehr auf. Eine Analyse kultureller Hegemoniebildung wird nicht geleistet, da Muchembled den Vorgang in Kategorien der Repression oder der Bewußtseinsfälschung abbildet (z.B. 292).

— Die deutsche Übersetzung ist mit Vorsicht zu lesen: so wird die Zentralkategorie »révolution culturelle« durchweg in »kultureller Verdrängungsprozeß« umbenannt.

Peter Jehle (Berlin/West)

Burke, Peter: Helden, Schurken und Narren. Europäische Volkskultur in der frühen Neuzeit. Aus dem Englischen übersetzt von Susanne Schenda. Klett-Cotta, Stuttgart 1981 (348 S., br., 34,- DM)

Burke will Strukturen einer autonomen, relativ einheitlichen Volkskultur decodieren, die, das ist die Grundthese, durch wechselnde Akkulturationsstrategien der Eliten (kirchliche und weltliche Reformbewegungen) und strukturelle Transformationsprozesse (Herausbildung des Zentralstaats, Kommerzialisierung, Marktpenetration etc.) verdrängt und modifiziert worden ist. Einen umfangreichen einleitenden Teil widmet Burke quellenkritischen Problemen, der Frage der Einheitlichkeit der europäischen Volkskultur und den politisch-ideologischen Projektionen, die eine Beschäftigung mit ihr begleitet haben. Sein Zugang sind vor allem die expressiven Formen populärer Kultur: Volkskunst und Volksdichtung, Balladen, Lieder, Epen, Märchen und Tänze. Die Vorstellung des Materials ist breit und kenntnisreich. Wo er allerdings darüber hinaus tieferliegende Strukturen entschlüsseln will, bietet er meist zu allgemeine und wenig originelle Kategorien an. So werden an der Analyse von Helden und Antihelden in der Vorstellungswelt des Volkes pointillistisch Elemente der Volksmentalität herausgearbeitet (»konkretes Denken«, »Angst«, »Sinn für Begrenztheit«), die ebenso wie die recht unvermittelt eingeführten Reaktionsweisen auf sozialen Konflikt (fatalistisch, moralistisch, traditionalistisch usw.) die Vielfalt des Materials nur mühsam einfangen. Die Darstellung der populären Festkultur analysiert die Feste einzig unter dem Aspekt des Karnevalesken mit seinen Bezügen zu »sex, food and violence« und geht nicht über die geläufigen Interpretationen hinaus, die mal die Ventilfunktion (Fest als ritueller Freiraum), mal den Aspekt der Revolte akzentuieren.

Überzeugend ist dagegen der dritte Teil der Arbeit Burkes. Die Volkskultur des vorreformatorischen Europas ist eine Kultur des ganzen Volkes, auch der Eliten, denen daneben die sekundäre Kultur der Gelehrten zur Verfügung steht. In einer ersten Phase der Verdrängung (1600-1650) kämpfen Reformation und Gegenreformation gegen die magischen Praktiken der mittelalterlichen Volksfrömmigkeit mit dem Ziel, das Profane und das Sakrale zu trennen. Die neue Lebenshaltung der mittleren Schichten (»innerweltliche Askese«) ist kein spezifisch protestantisches Phänomen, sie setzt in ganz Europa zum Kampf gegen die traditionelle Lebensführung der Unterschichten an (»Müßiggang«, »Fleischeslust« etc.) und etabliert eine »Kultur der Frommen«, die durch die Integrierung auch traditioneller Kulturelemente Teile der unteren Schichten an sich binden kann (Prozessionen, Wallfahrten, protestantische Handwerkerkultur). Die zweite Phase der Akkulturation (1650-1800), die Kampagne des Methodismus gegen populäre Vergnügungen etwa, der Jansenismus und die Reformgesellschaften des 18. Jahrhunderts vertiefen die Kluft zu den nun zunehmend gebildeten und »aufgeklärten« Eliten weiter. Phänomene wie Alphabetisierung, Volksliteratur und durch die Kommerzialisierung wieder auflebende Volksvergnügungen und der Methodismus werden von Burke ambivalent gezeichnet: Sie bedeuten einerseits Auflösung eines stark regionalen und autochthonen, kulturellen Zusammenhangs, werden aber zugleich Kristallisationspunkte von Widerstand und politischer Bildung der Volksmassen.

Oliver Janz und Thomas Hanstein (Berlin/West)

Blum, Jerome (Hrsg.): Die bäuerliche Welt. Geschichte und Kultur in sieben Jahrhunderten. C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1982 (240 S., 254 Abb., L.n., 88,- DM)

Der von dem amerikanischen Agrarhistoriker J. Blum herausgegebene Band will — so der englische Titel — an unsere »vergessene Vergangenheit« erinnern, in der die »meisten Menschen in der westlichen Welt auf dem Land und von ihm gelebt haben« (7). Dabei sollen nicht nostalgischen Verklärungen des überschaubareren, gemeinschaftlicheren und menschlicheren Lebens in den Dorfgemeinschaften der vorindustriellen Zeit das Wort geredet, sondern Forschungsergebnisse einer sozial- und kulturgeschichtlich akzentuierten Agrargeschichtsschreibung popularisiert werden. Der historische und geographische Rahmen wurde weit gesteckt: vom späten Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert Entwicklungen in Europa und Nordamerika — allerdings keine vergleichende Betrachtung der 3. Welt. Die drei ersten Kapitel — vom Herausgeber verfaßt — stellen Grundtatsachen des bäuerlichen Lebens im Feudalismus vor. Zunächst beschreibt Blum die Grundeinheiten des ländlichen Lebens, Dorfgemeinschaft und Familie, danach die Rolle des Adels, um schließlich Herrschende und Beherrschte im Kapitel »von der Leibeigenschaft zur Freiheit« in Beziehung zu setzen. Diese Trennung hat ihre Vorzüge, was die Herausarbeitung bäuerlicher Autonomie im Rahmen feudaler Verhältnisse im ersten Kapitel anbelangt, aber auch ihre Mängel, die sich in der isolierten — sehr eng an Marc Bloch angelehnten — Darstellung des Adels als Stand und in einem unscharfen Feudalismus-Begriff zeigen. Auch die Gleichsetzung von Fortschritt, Privateigentum und Prinzip der Individualität auf Kosten von Gemeinschaftlichkeit und kollektiven Rechten und Kontrollen in der Dorfgemeinschaft gerät zu selbstverständlich.

Der englischen Agrarhistorikerin J. Thirsk gelingt in ihrem Beitrag mit dem lapidaren Titel »Die Landwirtschaft« ein sehr anschaulicher Überblick über die Produktivkraftentwicklung in der europäischen Landwirtschaft, eingebettet in den Wandel der agrarischen Produktionsweise. Etwas disparat vom Konzept her mutet der bundesdeutsche Beitrag des Sammelbands an: D. Saalfeld schildert zwar in Anlehnung an Abel sehr eindringlich die unmittelbaren Lebensbedingungen, argumentiert jedoch im Rahmen eines zu einlinigen Modernisierungskonzepts. Der »französische« Beitrag (L.-M. Bercé, »Bauernunruhen«) sucht die Vielzahl der Kämpfe der Bauernschaft auf den etwas zu kurzen Nenner des dahinter liegenden »Rechtsverständnisses der Landbevölkerung« zu bringen und die Bewegungen zu systematisieren. Der eigentlichen Kulturgeschichte des Alltags ist das Kapitel über »volkstümliche Erzählungen und Bräuche« gewidmet. J. Simpson analysiert die Funktion der Volksüberlieferung, vor allem die Rolle »übernatürlicher Kräfte im ländlichen Leben« (16), die außerkirchlichen Kulte und die für bestimmte wichtige Anlässe im Jahresablauf oder »im Lauf des individuellen Lebens rituell vorgeschriebenen Handlungen.« An außereuropäischen Vergleichen wird im Kapitel »Der amerikanische Farmer« das Beispiel einer Agrargesellschaft gezeigt, die früh von Warenproduktion und Industrialisierung geprägt war. Das Schlußkapitel von H. Franklin greift im Anspruch (»Der Bauer in der Welt von heute«) zu hoch. Im wesentlichen wird die Entwicklungsperspektive für den kleinbäuerlichen Familienbetrieb im 20. Jahrhundert erörtert und eine hoffnungslose Diagnose gestellt: »die bäuerliche Landwirtschaft, wie wir sie gekannt haben, verschwindet ... von der Bildfläche.«

Der Bildteil des Bands zeichnet sich vor allem durch das gelungene Text-Bild-Verhältnis aus: die Bildunterschriften erfüllen die Funktion einer »Lesehilfe« und machen die Abbildungen zu mehr als zu bloßen Illustrationen: zu anschaulichen Quellen der Geschichte bäuerlichen Alltags.

Ulrich Wacker (Hamburg)

Erziehungswissenschaft

Vorbemerkung der Frauenredaktion: Das Projekt Mädchenerziehung/Mädchensozialisation in der Frauenredaktion hat gerade erst mit der Arbeit begonnen. Deshalb sind die hier abgedruckten Rezensionen noch eher zufällig als aus einem direkten Arbeitszusammenhang heraus entstanden. Wir bitten deshalb alle, die an einer Mitarbeit im Pädagogik-Projekt interessiert sind, sich bei uns zu melden.

Grenz, Dagmar: Mädchenliteratur. Von den moralisch-belehrenden Schriften im 18. Jahrhundert bis zur Herausbildung der Backfischliteratur im 19. Jahrhundert. J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1981 (282 S., Ln., 78,- DM)

Eines der interessantesten neuen Bücher zur Herausbildung bürgerlicher Vorstellungen über Mädchensozialisation ist das Buch von Dagmar Grenz. In ihm geht es um Literatur als Medium sozialer Botschaften insbesondere an junge Mädchen und Frauen. Eine vergleichbare Analyse gibt es in der historischen Pädagogik nicht. Mädchenerziehung ist weder in den neuen theoriegeschichtlichen Untersuchungen (vgl. z.B. Blankertz: Die Geschichte der Pädagogik, 1982) Gegenstand, noch ist sie in sozialhistorisch-pädagogische Darstellungen jener Epoche aufgenommen (vgl. z.B. Herrmann (Hrsg.): Die Bildung des Bürgers im 18. Jh., 1982). So kommt Dagmar Grenz das Verdienst zu, aus dem Blickwinkel der Literaturhistorikerin zugleich einen weißen Fleck auf der Landkarte der Erziehungswissenschaft zu beseitigen.

Schwerpunkt ihrer Darstellung sind moralisch-belehrende Schriften, die »väterlichen Räte«, die im letzten Drittel des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden, und die in eben diesem Zeitraum veröffentlichten (Mädchen-)Romane und Erzählungen (II. und III. Teil). In diesen beiden Teilen der Arbeit stellt Grenz, eine Entwicklungslinie auf der Basis der Erstveröffentlichungsdaten konstruierend, ausgewählte Einzelschriften vor: So im II. Teil Fieldings *Hofmeisterinn* (1761), Campes *Väterlichen Rath* (1789), La Roches *Briefe an Lina* (1785), Niemeyers *Vermächtniß an Helene* (1794), Ewalds *Kunst ein gutes Mädchen, eine gute Gattin, Mutter und Hausfrau zu werden* (1798) und Glatz' *Rosaliens Vermächtniß* (1808). In diesen Schriften richten sich — eine fiktive Kommunikationssituation unterstellend — Erwachsene an junge Mädchen (und/oder deren Mütter), um aus dem Erfahrungsunterschied heraus Ratschläge zur Moral, zur weiteren Bildung, zur Lektüre, zu Liebe und Ehe, zu künftigen Hausfrau- und Mutteraufgaben, zur Geselligkeit u.a. zu geben. Mit großer Präzision verfolgt Grenz Akzentverschiebungen, Um- und Neuorientierungen. Auf diese Weise konstruiert sie eine Entwicklung der Mädchenbilder, die — vergrößernd formuliert — von der frühauflklärerischen, optimistisch-vernuftbezogenen Sichtweise bis zur Betonung der Triebentsagung, der Selbstverleugnung, der Anmut, der Religion im frühen 19. Jahrhundert reicht. Ähnliche Veränderungen konstatiert Grenz in den Mädchen- und Frauenbildern, die die erzählende Literatur vermittelt.

Im Zentrum des III. Teils stehen neben den Erzählungen insbesondere die empfindsam-didaktischen Romane, so Richardsons *Clarissa* und deren deutsche Bearbeitung durch Schultz (1747/48-1788/89), Ungers *Julchen Grünthal* (1784) und Jacobs *Rosaliens Nachlaß* (1812). Die vor allem aus der Abfolge der Erscheinungsdaten deduzierte Entwicklungsrichtung der Veränderungen (die von der im IV. Teil skizzierten Weiterentwicklung im 19. Jahrhundert verstärkt wird) wird von Dagmar Grenz im Kontext eines Erklärungsrahmens interpretiert, den K. Hausen 1976 unter dem Topos »Polarisierung der Geschlechtscharaktere« in die feministisch-historische Diskussion einbrachte. Das bedeutet grob gesagt: Die Lage der Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft wird als Ergebnis ökonomisch-ideologischer Einengungen bereits vorhanden gewesener Entwicklungsbedingungen und -möglichkeiten gesehen. Dem angeblich vielfältigen, großen Auf-

gabenkreis und einer dementsprechenden gesellschaftlichen Anerkennung (einschließlich sexuell größerer Freizügigkeit) in der feudalen Gesellschaft stehe in der bürgerlichen eine Reduktion der Tätigkeiten auf die Aufgaben in der isolierten Kleinfamilie gegenüber — bei nun ausschließlicher Zu- und Unterordnung unter den Ehemann. Diese Situation werde durch eine Geschlechteranthropologie gleichsam naturalisiert. Den physischen Geschlechtsmerkmalen würden psychische zugeordnet. Auf diese Weise werde der »Geschlechtscharakter« der Frau um Eigenschaften wie Emotionalität und Passivität, der des Mannes um Aktivität und Rationalität gruppiert.

Dagmar Grenz stellt diese Überlegungen den Einzelanalysen der Mädchenschriften voran (I. Teil). Zugleich analysiert sie prototypisch zwei Konzepte jener neuen bürgerlichen Geschlechteranthropologie (Rousseau und W. v. Humboldt). In diesem ersten Teil scheinen mir die Schwächen, die sich auf die ganze Arbeit beziehen, bereits angelegt. Sie werden immer dort wieder sichtbar, wo die Verfasserin sich vom Material her gedrängt sieht, die immanente Interpretation zu verlassen und Einordnungsversuche in größere Zusammenhänge vorzunehmen. Eben da verläßt sie m.E. jenes Differenzierungsvermögen, das sie auf der Ebene der Werkbezogenheit so beeindruckend auch für den Kenner der Literatur demonstriert. Gerade auf der Basis ihrer hervorragenden Detailanalysen aber wird es überhaupt erst möglich, die Desiderata zu benennen, die bei der erforderlichen Hinwendung zur Analyse der Entwicklungs- und Bedingungsbeziehungen teilweise unberücksichtigt bleiben.

Grundprobleme der »Geschlechtscharakter«-Thesen scheinen mir zu sein: 1. daß die unterschiedlichen Fraktionen des Bürgertums und deren abweichende Interessenlagen sowie die besonderen Bedingungen des Adels und der Unterschichten viel zu rasch eingesetzt werden, ja, daß an etlichen Stellen der Arbeit die Frauen aus dem Kleinbürgertum für die Frauen schlechthin stehen; 2. daß bereits zu einem Zeitpunkt der Wandel der Haushalts- und Familiensituation (und damit der Hausarbeit) unterstellt ist, als weder die Produktions- noch die Konsumtionsbedingungen der Gesellschaft als Ganzes von manufakturrellen oder gar industriellen Entwicklungen erreicht waren; 3. daß die vorbürgerliche Stellung der Frau »ökonomistisch« abgeleitet wird. Ausgeklammert aber wird nicht nur die soziale Differenzierung der ständischen Gesellschaft, sondern es bleiben auch alle rechtlichen, religiösen und sonstigen ideologischen Dimensionen des Frauenlebens der vorbürgerlichen Gesellschaft unerwähnt. Dagegen wird die Stellung der Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft primär unter ideologischen Aspekten (»Geschlechtscharakter«) diskutiert. Aber es läßt sich bereits im 15. und 16. Jahrhundert Literatur finden, in der physisch-psychische »Eigenschaften« von Frauen sehr ähnlich wie in der Geschlechtscharakterliteratur diskutiert werden (vgl. u.a. Bruni 1591; Lombardelli 1579; de Pisan 1404; Pont-Aymerie 1596). Durch den fehlenden Rekurs auf vorbürgerliche ideologische Praxis entfällt z.B. die Möglichkeit, gerade das Alte, das Überkommene als Teilstück der neuen bürgerlichen Situation auszumachen. Entsprechend schwierig ist es dann aber auch, das Neue, das Revolutionäre wirklich zu identifizieren. Was es z.B. heißt, Frauen *nicht* auf ihre Gebärfunktion hin zu denken (wie es bei Rousseau tendenziell, bei Humboldt explizit geschieht), wird — trotz einer bis dahin doch ungebrochenen Tradition dieser Sichtweise — in den möglichen Konsequenzen von Dagmar Grenz gar nicht in den Blick genommen (wie aber ja auch ehemals von den meisten Bürgern nicht); 4. daß Widersprüche, Gleichzeitiges und Ungleichzeitiges nicht wirklich ermittelbar sind. Z.B. läßt die Autorin unbeachtet, daß zwar die Ersterscheinungsdaten der untersuchten Schriften voneinander abweichen, daß aber durch die Folgeauflagen, die die meisten hatten, sie gerade auch *nebeneinander* existierten. Die Tendenz, Widersprüche zu glätten, zeigt sich auch dort, wo Gegensätzliches einfach durch Wortkonstruktionen ineinandergesetzt wird wie z.B. in dem Begriff »neuhumanistisch-christlich«.

Angesichts der Fülle von Fragen aber, die in dem Buch gestellt und angesichts der

Antworten, die aus dem Füllhorn des empirischen Materials angeboten werden, ist allen, die die Diskussion über den Entstehungszusammenhang der spezifischen Benachteiligung von Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft vorantreiben wollen, dieses Buch besonders zu empfehlen.

Brita Rang (Berlin/West)

Puhlmann, Angelika: Mädchenerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1980 (79 S., br., 12,- DM)

Das Bändchen wurde bereits im Erscheinungsjahr ein weiteres Mal aufgelegt. Mit dem Ziel, »die Benachteiligung von Mädchen im Bildungs- und Ausbildungssystem in ihrer Bedeutung für die funktionale Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zu untersuchen« (11), hat die Autorin sich 'systematisch' an die Arbeit gemacht. Im 1. Kapitel möchte sie Helge Pross und Maria Borris kurz und knapp nachweisen, daß in ihren Untersuchungen über die Bildungssituation von Mädchen in der BRD nichts als die »Vorstellung einer systemimmanenten Erreichbarkeit von Chancengleichheit vorzufinden« (21) sei. Im 2. Kapitel rekurriert sie, Aspekte frühbürgerlicher Erziehungskonzeptionen anführend, auf die Ursprünge jener Gleichsetzung von »formale(r) Chancengleichheit und tatsächliche(r) Gleichheit« (30), die sie bei Pross und Borris wahrnahm. Im 3. Kapitel geht es ihr, realer historischer Ungleichheit auf der Spur, um die »klassenspezifischen Unterschiede() in der Einbeziehung der Mädchen in das öffentliche Bildungs- und Ausbildungssystem im 18. und 19. Jahrhundert.« (35ff.) Sie führt den Ausschluß der bürgerlichen Mädchen aus den entstehenden Bildungsinstitutionen« als Parallelaktion zum Ausschluß von beruflicher Tätigkeit an und nennt als Ziel der privaten Erziehung (nach Zinnecker): »die Vorbereitung ... auf die Ausübung einer normgerechten Muße«. (38) In den auf diese Situation reagierenden Bildungsforderungen der bürgerlichen Frauenbewegung um die Wende zum 20. Jahrhundert erkennt sie vor allem eine Anpassung an die bestehende »Ideologie vom weiblichen Wesen«. (42f.) Auf diese Weise sei dem Prozeß der Integration der Mädchen in das öffentliche Schulwesen gleichsam die Legitimation für deren fortgesetzte Benachteiligung mitgeliefert worden.

Von der Bildungsgeschichte bürgerlicher Mädchen und Frauen hebt sie die der proletarischen ab. Vom Beginn industriellen Produzierens an seien diese sowohl in die außerhäuslichen Arbeitsprozesse integriert gewesen als auch vom allgemeinen Elementarunterricht erreicht worden. Eine Gleichstellung mit den proletarischen Arbeitern sei daraus allerdings nicht entstanden. Weil männliche Proletarier die Möglichkeit zu besserer beruflicher Qualifikation hatten, verblieb für die unzureichender ausgebildeten Mädchen nur eine »verschärfte Ausbeutungssituation«. (50) Die so entstandene Arbeitsteilung zwischen qualifizierter männlicher und un- bzw. angelernter weiblicher Tätigkeit habe »also ebenfalls geschlechtsspezifischen Charakter, jedoch ist dieser für die Stellung der Frauen als Fraktion der Arbeiterklasse dem Kapital gegenüber nicht primär.« (52f.)

In den anschließenden Überlegungen (5. Kapitel) zur »Funktionalität der spezifischen Benachteiligung der Mädchen im Bildungs- und Ausbildungsbereich« (56ff.) folgt Puhlmann weitgehend Zinneckers Arbeit (Emanzipation der Frau und Schulausbildung, 1972). Sie sieht in der Verallgemeinerung des Tauschprinzips in der bürgerlichen Gesellschaft tendenziell die Möglichkeit, die besondere Benachteiligung der Frauen aufzuheben. Weil diese jedoch zugleich an den privaten Reproduktionsbereich gebunden seien, entstehe eine neue Form »tendenziell persönlicher Abhängigkeit«. (62) So erfordere zwar die zunehmende Integration der Frauen in die außerhäuslichen Arbeitsprozesse eine den Männern gleiche schulische Vorbildung, zugleich aber wirke die den Frauen abverlangte zweite Aufgabe, nämlich die Kinder zu erziehen, in die Bildungs- und Ausbildungsprozesse hinein. Diese zielten deshalb immer auch auf »die Hervorbringung spezifischer weiblicher Sozialcharaktere«. (70)

Oberflächlich charakterisierend, würde man dieses Büchlein als ein »theoretisches«

beschreiben. Hier wird logisch-historisch abzuleiten versucht, die allgemeine Situation der Frau aus dem Allgemeinen der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt. Weil die meisten Ergebnisse auf diese Weise nicht einfach falsch, aber auch nicht umstandslos richtig sind, wie die stets indikativisch formulierten, gleichsam setzenden Aussagen es unterstellen, ist das Unbehagen zu benennen, das sie auslösen. Unbehagen schafft u.a., daß die Frauen als auch selbstbewußt Handelnde in dieser Theorie nicht vorkommen. Der *circulus vitiosus* ihrer Benachteiligungen umschließt sie ganz. Die Frauen scheinen in die ihnen je historisch zugedachten und auferlegten Tätigkeiten eingebunden und damit allein beschränkt auf das, was die männlich-kapitalistische Gesellschaft ihnen zugestand bzw. zugesteht. Und etwas von dieser passiven 'Hinnahme' kehrt in der Arbeitsweise der Autorin wieder. Sie verläßt sich in ihrer Darstellung und ihren Urteilen fast ausschließlich auf Sekundärliteratur. So schreibt sie Entmutigendes über Locke und Rousseau und kennt doch beide nur aus zweiter Hand: einem Aufsatz und der 'Geschichte der Erziehung'. Über die nach ihrer Wahrnehmung nur neue Legitimationen produzierende bürgerliche Frauenbewegung der Jahrhundertwende urteilt sie auf der Basis weniger geborgter Zitate. Was diese Arbeit insofern ungewollt auch vermittelt, das ist die Einsicht, wie wichtig für die Sache der Frauen eine Theorie wäre, die nicht über das Konkrete hinwegdenkt, sondern davon gesättigt und bereichert ist. Brita Rang (Berlin/West)

Enders-Dragässer, Uta: Die Mütterdressur. Eine Untersuchung zur schulischen Sozialisation der Mütter und ihre Folgen, am Beispiel der Hausaufgaben. Mond-Buch Verlag, Basel 1981 (271 S., br., 28,- DM)

Viele Mütter — weniger die Väter — beklagen sich über die schulische Belastung der Kinder und den Zwang, bei den Hausaufgaben helfen zu müssen. Dabei fallen Schlagwörter wie »Mütter als verlängertes Arm der Schule«, »Eltern als Hilfslehrer der Nation« oder »Elternhaus als unkritische Disziplinierungsinstanz«. Mit dieser Problematik befaßt sich Uta Enders-Dragässer in ihrer Dissertation. Sie greift damit ein bislang zu Unrecht mehr am Rande behandeltes Kapitel der Frauenforschung auf. Die Autorin stellt die gesellschaftliche Indienstnahme der Frauenarbeit exemplarisch dar: Die fortschreitende Industrialisierung im 19. Jahrhundert führte dazu, daß auch die Frauen teilweise einen Arbeitsplatz außerhalb des Hauses suchen mußten. Nach zehn und mehr Stunden — bezahlter — Arbeit verrichteten die Frauen und Mütter in ihrer »Freizeit« die — unbezahlte — Hausarbeit. Die Folgen der weiblichen Normalität »Hausarbeit und Berufstätigkeit«, die in der Realität Doppelarbeit bedeutete, wurden nicht diskutiert, im Kreise von Fachleuten als isolierte Einzelfrage im Detail abgehandelt und der Gesamtzusammenhang immer mehr verschüttet. Enders-Dragässer geht das Problem als »Forschung von Frauen für Frauen« (37) an. Hiermit möchte sie die »uneingestandene Parteilichkeit patriarchaler Wissenschaft« (49) ausschalten, da sich die männlichen Wissenschaftler nicht fähig oder nicht willens gezeigt hätten, Forschungsarbeiten von Frauen auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Diese — vielleicht überspitzte, teilweise aber auch berechtigte — Ausgangsthese zieht sich als roter Faden durch das Buch.

Die Autorin untersucht die Entwicklung der »unsichtbaren Frauenarbeit« am Beispiel der Überwachung von Hausaufgaben durch die Mütter. Durch die Hausaufgaben werden sie gezwungen, außerhalb der Schule unbezahlte Arbeit für die Schule zu verrichten. Zentraler Kritikpunkt an dieser Praxis ist das in ihr sichtbar werdende Verlangen der Gesellschaft, daß die Frauen »aus Liebe und Opferbereitschaft jahrzehntelang für andere verfügbar sein« sollen: Für ihre Kinder, für ihre Männer und für ihre alten Eltern (13). Da die Arbeit der Mütter nicht bezahlt wird, ist sie auch gesellschaftlich nicht anerkannt. Durch die Arbeit im Haushalt für Mann und Kinder schaffen die Mütter nicht-marktliche Güter und Dienstleistungen, die in der Berechnung des Arbeitswerts nicht vorkommen.

Das Buch gibt einen prägnanten und zuverlässigen Überblick über die zentralen Problembereiche einer um sich greifenden Mütterfeindlichkeit, die unsichtbare Frauenarbeit und die Ideologie der weiblichen Normalität einschließlich neuerer Forschungsergebnisse. Es zeichnet sich durch eine inhaltlich und formal sorgfältige Stoffdarstellung aus. Sofern Gesichtspunkte nur knapp aufgezeigt werden, regt die Darstellung sowie die umfangreiche Bibliographie zu ergänzender und vertiefender Lektüre an. Ziel des Buches ist es nicht, Modelle darzustellen, die unmittelbar praktisch einsetzbar sind. Trotzdem wäre es wünschenswert gewesen, Lösungsmöglichkeiten für die Konflikte der Schulkinder-Mütter deutlich zu machen. — Eine Frage wird von der Autorin in ihrer häufig ironisch-provozierend formulierten Arbeit nicht beantwortet: Warum kann die Selbstfindung der Mütter nicht auch in der Hausarbeit und Kindererziehung allein stattfinden? Ist es die gesellschaftliche Diskriminierung der »Nur-Hausfrauen«? Liegt der einzige Ausweg darin, daß die Lage der Mütter nur durch eine Ausweitung des staatlichen Erziehungseinflusses — sprich Ganztagschule — gemildert werden kann?

Die Hausaufgabenproblematik ist den Rezensenten aus eigener Erfahrung bekannt. Woran liegt es, daß die Schulaufgaben überhaupt zu einem familiären Problem werden? An den Kindern, an den Müttern oder an der Schule? Den größten Anteil hat die Schule, die die Schüler mit der Forderung konfrontiert, das während des Unterrichts Erarbeitete zu Hause zu lernen (z.B. Vokabeln oder Faktenwissen). Die Mütter werden von der Schule direkt und indirekt aufgefordert, das Einüben zu kontrollieren. Als Folge dieser schulischen Sozialisation kommt es zu permanenten Konflikten zwischen Müttern und Kindern. Lehrpläne und schulische Erziehungsmethoden bilden die Grundpfeiler für diesen programmierten Interessenkonflikt. Die eigentliche Kernfrage sind die Hausaufgaben sicher nicht. Im Zentrum stehen die Schwierigkeiten der Frau, ihre Berufstätigkeit mit der Vielfalt ihrer Aufgaben als Mutter und Hausfrau in Einklang zu bringen. Die Ursache ist in der Umwälzung der sozialen und gesellschaftlichen Rolle der Frau überhaupt zu sehen. Und wie lautet die Antwort der Mütter darauf? »Die Frauen haben sich für weniger Kinder entschieden. Mit der Reduzierung ihrer Geburtenziffern haben sie aber auch gegen die Staatsschule votiert: sie haben die Zahl der Schülerinnen und Schüler nahezu halbiert.« (240) Christel und Ekkehart Seusing (Bordesholm)

Soziologie

Deppe, Wilfried: Drei Generationen Arbeiterleben. Campus Verlag, Frankfurt/New York 1982 (419 S., br., 48,- DM)

»Als Individuum gibt es den Arbeiter noch nicht in der Sozialwissenschaft.« (374) Es »ist also eine Revision oder zumindest Relativierung althergebrachter — nicht selten mit einem linken Selbstverständnis vorgetragener — soziologischer Positionen dringend erforderlich«. (ebd.) Und schließlich bemängelt Deppe noch eine »Verkümmerung von Ansätzen ..., die den Arbeiter als reflexions- und artikulationsfähige Persönlichkeit ernst nehmen«. (375) Zur Behebung dieser Mängel führt er aus dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) einen ersten Versuch vor, soziografisch und über mehrere Generationen hinweg Einstellungen und Verhalten von Arbeitern zu erforschen. Ziel ist die Erhebung von Arbeiterbewußtsein. Die lange Forschungstradition von Popitz/Bahrdt u.a. über Kern/Schumann, Mickler usw. auf diesem Feld wird positiv genutzt. Das erlaubt es, weiterzuschreiben, nicht immer wieder von vorne anzufangen, ermöglicht dem Leser, sich gewissermaßen in Forschergenerationen einzuleben, hindert allerdings u.U., notwendige Paradigmenwechsel zu vollziehen. Stärken und Schwächen sind bei Deppe gut nachzuvollziehen. Hans Paul Bahrdt, der das Vorwort schrieb und dessen (zusammen mit anderen) immer noch herausragende Untersuchung über das

»Gesellschaftsbild des Arbeiters« seit mehr als 25 Jahren ganzen Generationen von Soziologen Maßstab war für empirische Sozialforschung, ordnet den vorliegenden Versuch in die Reihe wichtiger Schritte zur Erkenntnis über Industriearbeiter ein. Auf dem Forschungsweg treffen wir die Arbeiten von Kern und Schumann, die den Einfluß der Arbeitssphäre auf das Bewußtsein erforscht hatten (13). Folgeuntersuchungen aus dem Göttinger Institut konzentrierten sich auf den Freizeitbereich in der Annahme, diese Ergebnisse zu den Arbeitsuntersuchungen bloß hinzuaddieren zu müssen. Aus der Sache konsequent drängte sich ihnen die Forschungsfrage auf, das *Verhältnis* von Arbeit und Freizeit zum Arbeiterbewußtsein in Beziehung zu setzen. Das Neue in der derzeitigen Forschungsphase ist die systematische Einbeziehung der zeitlichen Dimension. Angenommen wird, daß die historischen Lebensumstände (Krieg, Wirtschaftswunder, Krise) einen »prägenden« Einfluß auf die jeweiligen Verarbeitungsmuster haben. Indem so nicht vorausgesetzt wird, daß aus der Klassenlage allein (vielleicht noch ergänzt um einige arbeitsspezifische Merkmale) Bewußtsein in wesentlichen Komponenten abgeleitet werden könne, wird überhaupt die Vorstellung einer Einheit der Arbeiterklasse in Frage gestellt. »Eine 'Verminderung früher einheitlicher Strukturen im gesellschaftlichen Denken' oder einen 'Zerfall kollektiven Denkens' allein mit Differenzierungen von Arbeitssituationen und Arbeitserfahrungen begründen zu wollen (Zit. im Zit. Kern/Schumann, 1970), ist ebenso fragwürdig, weil von einer falschen oder zu stark verallgemeinerten Einheitlichkeit vergangener Arbeiterexistenz ausgehend, wie die vorschnelle Verallgemeinerung von Konvergenz- und Verbürgerlichungsthesen auf die deutsche Arbeiterschaft.« (369) Die Einsicht in die vielschichtige Bestimmtheit von Bewußtsein zwingt zur stärkeren Konzentration auf die Lebensweisen und Artikulationen der einzelnen Arbeiter selber. Hier folgt die Untersuchung mit ihrem Vorschlag, soziobiografisch vorzugehen, den vielen Anstößen vornehmlich der »Lebenslaufforschung« und der »oral history«. Daß die einzelnen Erzählungen nicht als Aneinanderreihung von zufälligen Ereignissen und Interpretationen in Einzelheiten und Individualisierungen verlaufen, wird durch einige »strukturierte Vorannahmen« zu verhindern gesucht. Immer noch ist es der »klassenspezifische Erfahrungszusammenhang« (14), den es zu erforschen gilt. Die soziografische Methode: »*Verdichtungen*« in biografischen Einschnitten, »*Verknüpfungen*« des Lebenslaufs mit bestimmten Erfahrungsbereichen. Das soll heißen: strukturierte Gespräche bewegen sich an den je gleichen Punkten, die Lebensläufe rekonstruierend, die soziale Herkunft, Kindheit, Schulzeit, Berufseintritt, materielle Situation, Freizeit, Konsum, zentrale familiäre Ereignisse etc. berühren. Das Sample von 161 Befragten war sicher für die Methode zu groß. In seiner Begründung wird ohne weitere Gedanken die Einschränkung auf männliche Arbeiter durch das Wort »Familienväter« zu verstehen gegeben. Vermutlich haben Frauen kein Arbeiterbewußtsein. Trotz vielfältiger methodischer Überlegungen gibt es in dem Band keine Problematisierung der gewählten »biografischen Knotenpunkte« wie etwa »Heirat«, die doch selbst sozial konstituierte Einschnitte sind und die von daher ihre Bedeutung für die Lebensläufe so stark wechseln können, daß mit einer Konzentration auf sie anderes Bedeutsames verfehlt werden kann.

Die beneidenswerte Einbettung in die Göttinger Forschungstradition hat den Nachteil, daß andere für den Gegenstand wichtige Arbeiten nicht zur Kenntnis genommen werden. Vielleicht können wir doch dahin gelangen, trotz aller Marktprofilierung die verschiedenen Vorarbeiten zu größeren Einsichten zusammenzubringen. So wären für die Frage des Arbeiterbewußtseins die ausgezeichneten Untersuchungen des Münchener Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) von Bedeutung wie auch unsere mehr persönlichkeits-theoretisch verfahrenen Arbeiten aus dem Institut für Automationsforschung (IFA) in Berlin oder auch die kulturtheoretischen Forschungen aus dem englischen Kultur-Forschungsinstitut (CCCS). Wohin wir gelangen müßten, wäre m.E.

ein Umgang mit Empirie, der es uns ermöglicht, zugleich neue Einsichten in das Leben der Menschen zu gewinnen, als auch unsere Begriffe und Theorien zu verbessern. In dieser Weise ist jedes Stück sozialer Wirklichkeit ein ungeheuer spannender Gegenstand verglichen mit den tönernen Ableitungen und Selbstvergewisserungen, die so lange insbesondere die linke Industriosozologie beherrschten. Eine solche praktisch-theoretische Aufbereitung der Interviews und Erzählungen der Arbeiter ist Deppe in der vorliegenden Studie noch nicht gelungen. Der Leser erhält Lebensausschnitte, aber er wird nicht selber auf Entdeckungsreisen geschickt. Daher liest sich ausgerechnet der empirische Teil etwas langweilig. Ich denke, daß dies daran liegt, daß er die vor der Untersuchung erarbeitete Struktur in der Auswertung festhielt, statt eine andere Struktur, bzw. Verschiebungen zu entdecken und sich so wirklich von den Arbeitern belehren zu lassen.

Frigga Haug (Berlin/West)

Langewiesche, Dieter, und Klaus Schönhoven (Hrsg.): Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1981 (310 S., br., 38,- DM)

Köhler, Jochen: Klettern in der Großstadt. Geschichten vom Überleben 1933 bis 1945. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/West 1981 (248 S., br., 12,80 DM)

Bauer, Max: Kopfsteinpflaster. Erinnerungen. Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1981 (160 S., br., 24,- DM)

Hunter, Brigitte: Kitty. Verlag Stroemfeld/Roter Stern, Frankfurt/M. 1981 (286 S., br., 28,- DM)

Die Spannweite der 12 Beiträge des Buches von Langewiesche und Schönhoven reicht von den Lebensformen der Arbeiter über ihre sozialen Chancen und Grenzen bis hin zur Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Arbeiterschaft als soziale Klasse und zu Verbürgerlichungstendenzen in ihrem Verhalten. An dem Band haben in der Mehrzahl Historiker mitgearbeitet, zwei Volkskundler sind dabei, und der Blick fällt auch auf sozialgeographische Aspekte. — Von den Aufsätzen sei einer herausgegriffen, der an den Formen des Wohnens die Lebensweise einer ganzen Klasse untersucht und dabei eine geradezu aufregende Lektüre bietet: »Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie« von Franz J. Brüggemeier und Lutz Niethammer. Schlafgänger, damals auch »Aftermieter« genannt, waren das wohl sichtbarste Zeichen für die enorme Mobilität, die in der Arbeiterschaft herrschte: Eine Wohnung, ein Zimmer, sie waren nicht ein Hort der Privatheit und Abgeschlossenheit, sondern hatten rein funktionale Bedeutung: als vorübergehende Unterkunft, provisorische Station auf dem Weg von einer Arbeitsstätte zur anderen. Zeitgenössische Statistiken zeigen, daß in vielen Betrieben im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Arbeiter jährlich Neuanfänger waren bzw. den Betrieb verlassen hatten. So etwas war nicht im Sinne der Unternehmen: Sie brauchten einen möglichst festen Stamm qualifizierter und eingearbeiteter Arbeitskräfte, zumal der Bergbau explosionsartig wuchs und die Konkurrenz immer stärker wurde. Also verfiel man auf den Gedanken, Werkssiedlungen zu bauen und in diesen Kolonien die Arbeiter an sich zu binden, sie sesshaft zu machen und damit zu disziplinieren. Daß den Bergbaugesellschaften dies zu einem guten Teil gelungen ist, kann nicht bezweifelt werden. Aber die Kolonien damit als bloßen Ausdruck unternehmerischer Unterdrückungsmethoden zu klassifizieren, hieße wiederum, vorschnell zu urteilen. »Auf der einen Seite bedeutete eine Koloniewohnung wirtschaftlichen Gewinn: sie kostete weniger Miete als eine ähnlich große Wohnung auf dem 'freien' Wohnungsmarkt (so dort eine zu finden war); sie war gewöhnlich von einem Garten umgeben und ermöglichte dadurch Gemüseanbau; sie lag meistens in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes, so daß der Wegfall langer Arbeitswege eine praktische Arbeitszeitverkürzung bedeutete; das machte sie auch für Schlaf- und Kostgänger attraktiv, was einen Nebenerwerb der Frau ermöglichte. Auf der anderen

Seite waren diese Privilegien aber auch eine Fessel: da der Mietvertrag an den Arbeitsvertrag gebunden war, wirkten die Frauen und Familien auf den Arbeiter ein, auf die Ausnutzung der Konkurrenz der Zechen um Arbeitskräfte durch Firmenwechsel und auf Streikrisiken zu verzichten. Die Kolonie, gelegentlich einschließlich einer Kneipe, wurde von dem Unternehmer überwacht; politisches und sonstiges Wohlverhalten schien ratsam ... Sicher war es das Bestreben, die Familien einer vergrößerten Stamarbeiterschaft in ihrer Struktur abzuschließen und sie anzubinden, sie von urbanen Verlockungen und Politik abzusondern und sie auf diesen Inseln geplanter Agrarromantik einer Umweltwahrnehmung auszusetzen, die proletarischer Klassenbildung entgegen wirken sollte. Aber in gewisser Weise läßt sich sagen, daß hier der Wirt die Rechnung ohne den Gast gemacht hat ... Auf lange Sicht bewirkten die Kolonien das Gegenteil industrie-patriarchalischer Absichten: ihre Bewohner haben sie sich angeeignet, anstatt sich ihr Bewußtsein enteignen zu lassen. Sie nutzten die Möglichkeiten zur klassenmäßigen Gemeinschaftsbildung ..., sie schufen in hoher Innenkommunikation und Vereinsbildung Gegengewichte zu den Defiziten kultureller Infrastruktur in der Agglomeration. Wie weit die Aneignung der Kolonien durch ihre Bewohner über das Ziel ihrer Erbauer hinausschoß, zeigt sich heute an der Selbständigkeit und Standhaftigkeit, mit der diese Inseln billigen und gemeinschaftsfreundlichen Wohnens gegen den Bagger und die Zechenerben verteidigt werden. Aus dieser Abwehr ist die erste große Bewegung von 'Bürger'-Initiativen, die deutsche Arbeiter im Wohnbereich zustande gebracht haben, hervorgegangen.« (167,171f.)

Ohne Vermittlung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft mit den ökonomischen und politischen Umständen der Zeit bleiben Erklärungsversuche leicht an der Oberfläche stecken — falls man nicht von vornherein bei einer sozialromantischen Betrachtung des Alltagslebens verschiedener Milieus und Schichten verweilt und damit nichts als »nostalgische« Kurven zieht. Langewiesche und Schönhoven in ihrer Einleitung: »Die Problembereiche, mit denen es Historiker zu tun haben, die Sozialgeschichte 'von unten' schreiben wollen und das Entstehen und die Verfestigung von Solidarstrukturen in der Arbeiterschaft nachzuzeichnen suchen, sind sehr weit aufgefächert und methodisch und quellenmäßig meistens nicht leicht zu erschließen. Sie umfassen die familiäre Privatsphäre des einzelnen Arbeiters, seine kommunikativen und geselligen Beziehungen im Wohn- und Berufsbereich ebenso wie die überindividuellen Systembedingungen, die sein Leben beeinflussten. Zu diesen Problembereichen gehören ferner die gruppenspezifischen Bindendifferenzierungen und Fraktionierungen der Arbeiterschaft durch soziale und räumliche Herkunft, Konfession, schulische Sozialisation, politische Orientierung und berufliche Tätigkeit, sowie ihre kollektiven Denk- und Verhaltensmuster, die sich in gemeinsam erlebten und erlittenen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen ausformten und einschliften ... Thema sind die objektiv vorgefundenen Lebensbedingungen und ihre Veränderung durch technisch-industrielle oder rechtlich-institutionelle Entwicklungen; Thema ist aber auch die bewußte Lebenstätigkeit des Proletariats, seine Identitätsfindung und seine Anstrengungen, sich als gesellschaftsverändernde innovative Kraft zu formieren und durchzusetzen.« (8f.)

»Oral history« ist eine neue Art methodischer Quellenforschung: die Sammlung mündlich überlieferter Erinnerungen als Ergänzung zu den schriftlich in Akten und Medien fixierten Dokumenten (vgl. *Das Argument* 123, 667ff., 768ff.). Nach diesem Vorbild hat Jochen Köhler einen Band zusammengestellt, der die Zeit von 1933 bis 1945 umfaßt. In Gesprächen mit sieben Überlebenden aus dieser Epoche hat er — als ein Nachgeborener, der auf Erinnerungen und Berichte anderer angewiesen ist — zu ergründen versucht, wie damals gelebt, gestritten, sich arrangiert, miteinander umgegangen wurde.

»Daß man nachdrücklich fragt, ist richtig. Natürlich ist das belastend und anstren-

gend. Aber können Fragen nicht auch dumm sein? Und — wenn dauernd dumm — auch schädlich, weil sie etwas anderes zudecken, was ebenso wichtig wäre, aufgedeckt, bewältigt zu werden? ... Aus Unwissen resultiert das Recht, dumm zu fragen, anfangs: oder naiv oder idealistisch, wie ich es mir oft sagen lassen mußte. Aber so wenig das Fragenstellen an sich dumm oder naiv ist, so häufig kommt es doch vor, daß meine Generation, die ab 1968 zu begreifen suchte, was ihre Eltern und Lehrer in den 50er Jahren verheimlichen wollten, sich fragend bauchpinselt, sich im Image des unbefleckt nachgeborenen gefällt. Als sei das ein Verdienst, als sei das ein Erbe, mit dem wir in den 80er Jahren auskämen!« (239)

Leider hat Köhlers Buch einen Mangel: Seine Gesprächspartner waren fast nur Anti-Nazis, ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten; keine *großen* Widerstandskämpfer, einfach schlichte Gegner des braunen Regimes und insofern durchaus »normale« Mitbürger. Aber es fehlt das Pendant, es fehlen weitgehend die Stimmen jener, die weder für noch gegen die Nazis waren, weder für noch richtig gegen die Juden, weder für noch richtig gegen die Demokratie. Gerade die wären jedoch wichtig für ein Verständnis dieser Zeit und die Denkweisen der Zeitgenossen.

Vielleicht würden sie — statt mit kritischer Reflexion, wie sie die Ausführungen vieler Widerständler charakterisieren — ebenso bewußtlos daherkommen wie die Erinnerungen zweier Menschen, die auch nie zu sich selber gefunden haben. Aber sie haben sich eines Tages hingesezt und aufgeschrieben, was ihnen in ihrem Leben alles widerfahren ist. Auf ihre je ganz spezifische Weise dokumentieren sie, wie einer an der Geschichte teilnimmt, ohne zu merken, was mit ihm vor sich geht: Max Bauers subjektiv durchaus ehrlicher Bericht über seine elende Kindheit im Niederbayerischen, über seinen Weg als Knecht, Steinmetz, Straßenbauarbeiter und Soldat durch zwei Weltkriege, Weimar, Drittes Reich bis in die Gegenwart legt Zeugnis über sein Leben ab, in dem persönliche Rechtschaffenheit, wie sie eine überkommene sittliche Ordnung unbefragt fordert, schon der ganze Beitrag zur Verantwortung in und vor der Gesellschaft ist. Härten und Verluste muß man ertragen, Fleiß und Bescheidenheit finden zuletzt ihren Lohn. »Ich möchte nicht schließen, ohne der Nachwelt meine schönste Erinnerung anvertraut zu haben, sie lautet: Meine schönste Erinnerung ist, daß ich meinem Vater nie einen, auch nicht geringsten Vorwurf gemacht habe.« (147) Hinter diesem Bekenntnis steckt der heimliche Wunsch, daß auch seiner selbst einmal ohne Vorwürfe gedacht werden möge. Das mag nun auf einer höheren Stufe der Harmonie möglich sein — unter dem Anspruch der Erkenntnis von Geschichte, den Max Bauer ausdrücklich reklamiert, ist es Illusion.

»Ach, hätte ich doch nur einen deutschen Mann geheiratet, dann wäre ich bei meiner Mutti und müßte nicht all das Häßliche mitmachen. Immer das Abschiednehmen, das tat so weh.« — »Wir trafen uns nun oft, und alles war wieder schön. Jemand liebte mich, und ich fühlte mich wieder jung. Ich machte mich hübsch für Johnny, so hieß mein neuer Freund.« — »Nun bin ich krank und alt, ich fühle mich so häßlich, und ich kann nichts dagegen tun, ich kann nur warten — aber auf was? Ich habe Rolf verloren, und wieder bete ich: Lieber Gott, laß mich doch sterben. Und wieder kann ich nur weinen.« (206, 222, 286) Diese drei kurzen Passagen stammen aus den Bekenntnissen von Brigitte Hunter, genannt »Kitty«. Kitty ist jetzt ungefähr 50 Jahre alt. Sie erlebte die Nazizeit und den Krieg als Kind, alles schien 'schicksalhaft'. Als sie zur jungen Frau wurde, waren die ersten wirklichen Männer, denen sie begegnete, Soldaten der Siegermächte. Ihnen galt es, sich anzupassen. Mit bemerkenswerter Offenheit schildert sie, wie dabei ihre Lebensgier und Wurzellosigkeit sie immer wieder von neuem ins Unglück tappen lassen. Sie hofft und träumt weiter, tapfer und rührend sentimental, haltlos und trostlos. Den »Roman einer Generation in authentischer Form« nennt der Verlag Kitty's Versuch, im Niederschreiben ihrer Erlebnisse Klarheit über sich selbst zu gewinnen. Ob es *das*

Buch ist, das das Lebensgefühl einer Generation dokumentiert, bleibe einmal dahingestellt. Eines lernt man auf jeden Fall daraus: Es schärft die Sinne für die Gefahren, in die einer gerät, der sich nur durch andere definieren kann. In diesem Sinne ist es ein bundesdeutsches Nachkriegsschicksal, und in diesem Sinne stellt »Kitty« auch einiges in den Schatten, was in letzter Zeit an wehmutsvollen-verklärenden Nachkriegsbüchern auf den Markt gekommen ist.

Klaus Kamberger (München)

Schneider Jürgen: Analytische Arbeitsbewertung. Ihre Funktion im Angestelltenbereich und im Rationalisierungsprozeß der Arbeit. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1982 (198 S., br., 38,- DM)

Im ersten Teil werden die Voraussetzungen und Auswirkungen der Anwendung der analytischen Arbeitsbewertung (aAB) im Angestelltenbereich analysiert, im zweiten Teil wird die Abgruppierungsfunktion der aAB und die in Theorie und Praxis sich wandelnde Position der Gewerkschaften zu diesem umstrittenen Instrument der Lohn- und Gehaltsfindung untersucht. Schneider wendet die Marx'schen Begriffe der »reellen« und der »formellen« Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital auf die Analyse der Entwicklung der Angestelltentätigkeit an. Es geht ihm um folgende Hypothese: Mit der realen Subsumtion der Angestelltentätigkeiten unter das Kapital (die ihrerseits die technische Revolutionierung des »Büros« voraussetzt) »können die Angestelltentätigkeiten der aAB unterworfen werden. Schneider unterscheidet verschiedene Subsumtionsgrade (obwohl eine etwas präzisere Bestimmung und Konkretisierung ihrer Verteilungshäufigkeit wünschenswert wäre). Gleichwohl vertritt er auch die These, daß sich mit dem Fortschreiten der realen Subsumtion eine »einheitliche Arbeitnehmerkategorie« ... »jenseits der sozial- und arbeitsrechtlichen Gliederung« herausbilde (13). Mit der Angleichung der verschiedenen Tätigkeiten von Arbeitern und Angestellten weiten sich die Anwendungsmöglichkeiten der aAB erheblich aus. Damit findet auch eine »Gleichbehandlung« bzw. »-bewertung« dieser Tätigkeiten durch die aAB statt. Zugleich will Schneider nachgewiesen haben, daß aufgrund der technologischen Entwicklungen, der Veränderung der Arbeits- und Qualifikationsstruktur und der aAB eine »Neugliederung« der Arbeitnehmerschaft in vollem Gange ist: »Die versteckte Neugliederung macht sich ... vor allem an der Ausdehnung des Leistungslohnes in Gestalt der analytischen Arbeitsbewertung auf die unteren und mittleren Angestelltenränge fest, eine Maßnahme, die gleichzeitig die hier ohnehin feststellbaren wachsenden Rationalisierungsanstrengungen systematisiert und verstärkt. Neugliederung der Arbeitnehmerschaft heißt also vor allem Vereinheitlichung der reell subsumierten Arbeitnehmergruppen und Abgrenzung gegenüber dem formell subsumierten — demnach nicht von der aAB betroffenen engeren Kreis der leitenden Angestellten« (49).

Besonders fruchtbar scheint mir der folgende Abschnitt, in dem sich Schneider mit dem Angestelltenbewußtsein auseinandersetzt (50ff.). Nach dem bisher Entwickelten müßte klar sein, daß die »reelle Subsumtion« der Angestelltentätigkeiten unter das Kapital als ein mächtiger Hebel zur Zerstörung und Auflösung der traditionellen »Angestelltenmentalität« wirken muß. Schneider stellt das nicht in Frage, konstatiert freilich einen neuen Funktionszusammenhang zwischen der aAB und illusionären Bewußtseinsformen: »Durch die Möglichkeit, auch minimale Anforderungsunterschiede zwischen den Arbeitsplätzen nach vereinbarten Kriterien hervorheben zu können, trägt die Arbeitsbewertung einerseits dem immer noch vorhandenen bzw. umgelenkten Differenzierungsbedürfnis der Angestellten Rechnung und fördert andererseits die für die Arbeitszufriedenheit notwendige positive Identifikation mit ihrem Einkommen« (88). Darin wird schon die neue Führungs- und Herrschaftsfunktion der aAB deutlich. Sie »fördert die Herausbildung einer funktionell gebundenen Statushierarchie, die nicht durch das Fortdauern traditioneller Residuen untergraben wird und befriedigt gleichzeitig die beste-

henden Wünsche nach der Vermehrung der Aufstiegschancen« (90). Langfristig sieht Schneider durch die aAB sogar Möglichkeiten einer neuen Form der Kanalisierung des Lohnkonfliktes: »Gelingt es der Kapitalseite, den 'persönlichen Lohnkonflikt' der Angestellten zu lösen bzw. zu versachlichen, so dürfte mit der Anerkennung der Objektivität der aAB als Bewertungsgrundlage auch die Frage der grundsätzlichen Lohngerechtigkeit gelöst sein und damit längerfristig auch der Lohnkonflikt zwischen Kapital und Arbeit entschärft bzw. versachlicht werden« (95f.). Diese Überlegungen scheinen mir deshalb so wichtig, weil gerade im gewerkschaftlichen Bereich, z.B. durch U. Briefs, die gegenteilige Auffassung eines wachsenden Kollektivbewußtseins der Angestellten vertreten wird. Schneider geht es darum, mögliche gewerkschaftspolitische Illusionen gleichsam im Vorfeld zu korrigieren; denn er deutet an, daß neue Formen der »Verdinglichung« des Bewußtseins gerade mit der aAB verstärkt werden können (Gleichbehandlung, Schein der Objektivität der Arbeitsbewertung, »neue Sachlichkeit«).

Die Hauptfunktion der aAB besteht darin, »eine kontinuierliche Anpassung der Löhne und Gehälter an technologische und arbeitsorganisatorische Entwicklungen zu gewährleisten« (104). Voraussetzung dafür ist »... die Loslösung der Lohn- und Gehaltsbestimmung von der Person des Arbeitsplatzinhabers und die gleichzeitige Orientierung auf eine arbeitsplatzbezogene Lohnfindung, wie sie sich in allen Verfahren der aAB in ihrer systematisiertesten Form wiederfindet« (ebd.). Inzwischen jedoch hat sich die aAB vom Instrument der Lohnstabilisierung zum Instrument der Abgruppierung gewandelt (109ff.). Und erst unter dem Druck dieser Realität ist den Gewerkschaften zunehmend bewußt geworden, daß sie ihre unkritische Haltung gegenüber der aAB aufgeben müssen, um eigenständige Konzepte zu entwickeln, die eben dieser Abgruppierungswirkung ein Gegengewicht entgegensetzen. Praktisch wurde dieser Konflikt 1978 in der Tarifauseinandersetzung um den sogenannten »Verdienstsicherungsvertrag« bzw. »Abgruppierungsvertrag« im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden der IG Metall, wo es vor allem der Initiative des IGM-Bezirkssekretärs Franz Steinkühler zu verdanken ist, daß der Prozeß des gewerkschaftlichen Umdenkens beschleunigt wurde. Schneider weist nach, daß die im Tarifvertragsentwurf der IGM »angelegte individuelle Besitzstandsicherung ... im Prinzip — durch die Bindung an den einzelnen Arbeiter und Angestellten — eine Durchbrechung des arbeitsplatzbezogenen Arbeitsbewertungssystem dar(stell)t, und ... insofern den Abgruppierungsmechanismus außer Kraft (setzt), als sie die lohnmäßige Realisierung von Dequalifizierungsprozessen verhindern soll« (141). Allerdings wurden beim letztlich ausgehandelten Kompromiß eben diese Forderungen nicht durchgesetzt: »Damit — so Schneider — »bleibt zugleich das breite Spektrum an Abgruppierungsmöglichkeiten durch eine gezielte Handhabung des Instrumentariums der aAB erhalten. Der Arbeitgeber ... wird durch die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates lediglich zu einer genaueren Planung seiner Maßnahmen — und durch die Ausgleichszahlungen zu einer genaueren Kosten-Nutzen-Rechnung gezwungen« (148). Damit werden auch schon die künftigen Aufgaben der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik auf diesem Gebiet umrissen. Schneider entwirft eine eigene Vorstellung zu einer gewerkschaftlichen Gegenstrategie. Er hält es für verfehlt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine totale Abschaffung der aAB zu fordern, weil diese Forderung die Gewerkschaften letztlich zur Handlungsunfähigkeit verurteilen müßte (158). Der Zwischenschritt zur Abschaffung der aAB wäre dagegen deren Nutzung zu einem »Gestaltungsinstrument von Arbeitsbedingungen«, wobei sie in den Rahmen der Gesamtforderungen zur »Humanisierung der Arbeit« einbezogen werden müßte (155). »Die aAB soll damit zugleich von einem Abgruppierungsinstrument zu einem — nunmehr bewußt gesteuerten — Lohn- bzw. Gehaltsstabilisierungsinstrument werden« (ebd.). Schneider ist der Überzeugung, daß »mit Hilfe von Arbeitsbeschreibungen und Arbeitsanalysen Normen für eine menschengerechte Arbeitsgestaltung aufgestellt werden können, die sich durch interbetriebliche Ver-

gleiche verallgemeinern lassen, und deren Eingruppierungseffekt ebenfalls durch vorliegende Arbeitsbewertungsergebnisse bestimmt werden kann« (156). — Die Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur arbeitnehmerorientierten, sozialwissenschaftlichen Forschung.

Frank Deppe (Marburg)

Geschichte

Dowe, Dieter: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegung von den Anfängen bis 1863 unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. 3. erw. und verb. Aufl., bearb. von V. Mettig. Verlag Neue Gesellschaft. Beiheft 5 des Archiv für Sozialgeschichte, Bonn-Bad Godesberg 1981 (358 S., br., 60,- DM)

Tenfelde, Klaus und Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863-1914. Verlag Neue Gesellschaft. Beiheft 8 des Archiv für Sozialgeschichte, Bonn-Bad Godesberg 1981 (687 S., br., 86,- DM)

Klotzbach, Kurt: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914-1945. Dritte, wesentlich erweiterte und verbesserte Auflage, bearbeitet von Volker Mettig. Verlag Neue Gesellschaft. Beiheft 2 des Archivs für Sozialgeschichte, Bonn-Bad Godesberg 1981 (394 S., br., 65,- DM)

Günther, Klaus und Kurt Thomas Schmitz: SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1973. Zweite, wesentlich erweiterte und verbesserte Auflage, bearbeitet von Volker Mettig. Verlag Neue Gesellschaft. Beiheft 6 des Archivs für Sozialgeschichte, Bonn-Bad Godesberg 1980 (222 S., br., 35,- DM)

Mit dem Erscheinen des Werkes von Tenfelde/Ritter hat die Friedrich-Ebert-Stiftung nach über zehn Jahren ein ambitioniertes Forschungsprojekt zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht: eine vierbändige Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis heute. Insgesamt wurden über 600 Zeitschriften ausgewertet und genau 16110 Buchtitel und Zeitschriftenaufsätze zusammengetragen. Damit zählt die Geschichte der Arbeiterbewegung, obwohl lange Jahre ein Stiefkind der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft, zu den bibliographisch am besten erschlossenen Teilgebieten der Geschichtswissenschaft. Daß die Durchführung eines solchen Mammutunternehmens eine Institution mit den materiellen und personellen Möglichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung voraussetzt, bedarf kaum der Erwähnung. Alle Bände wurden als Beihefte des von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen und unter der Redaktion von Dieter Dowe, Kurt Klotzbach und Hans Pelger stehenden Archivs für Sozialgeschichte publiziert. Da eine ansprechende Rezension der Gesamtbibliographie die Diskussion quellenkritischer, methodischer und konzeptioneller Fragen in einem Maß voraussetzen würde, wie sie in diesem Rahmen nicht zu leisten ist, beschränke ich mich im folgenden auf eine Annotation.

Dieter Dowe hat unter Berücksichtigung deutscher, englischer, französischer, italienischer und niederländischer Literatur 2428 Titel zusammengetragen und in einer Gliederung nicht nur unter historisch-chronologischen und organisationsgeschichtlichen, sondern auch nach thematischen Aspekten geordnet. Nach einer allgemeinen Untergliederung in Hilfsmittel, Literatur zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen sowie der sozialen Lage der Arbeiter, Handwerker und Dienstboten folgt eine chronologische Unterteilung in Vormärz, Revolution 1848/49 und Reaktionszeit, wobei alle maßgeblichen sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen Berücksichtigung gefunden haben. Besondere Erwähnung verdient die »Einleitung«, mit der es dem Autor gelungen ist, einen umfassenden historiographischen Forschungsbericht zu geben, der sachkundig in der Darstellung und ausgewogen im Urteil ist.

Auch Tenfelde und Ritter muß bescheinigt werden, daß sie ihren Anspruch, die »Grundlinien der historischen Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung nach 1945« für den von ihnen bearbeiteten Zeitraum nachzuzeichnen, in einer mehr als 100seitigen »Einleitung« eingelöst haben. (38) Dieser Band ist mit 7100 Titeln — unter Berücksichtigung der gleichen Sprachräume wie bei Dowe — nicht nur deshalb der umfangreichste geworden, weil es sich um die Zeit der II. Internationale handelt, sondern auch deshalb, weil die Herausgeber sinnvoll politik-, wirtschafts- und sozialgeschichtliche Literatur integriert haben. Die Hauptteile der Gliederung unterscheiden Arbeiterschaft und proletarische Unterschichten; Gewerkschaften, Genossenschaften, christliche, liberale und wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung sowie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, wobei die Termini »Arbeiterschaft« und »wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung« m.E. problematisch sind. Die Feingliederung trägt sowohl chronologischen als auch systematischen Aspekten Rechnung, so daß ein gründliches Studium der Gliederung bei der Literatursuche bereits hilfreich ist.

Die Einführung von Kurt Klotzbach scheint mir als »forschungsgeschichtliche Einleitung« überbewertet, sie wäre insbesondere im Hinblick auf methodische und theoriegeschichtliche Fragen zu erweitern. Jeder Herausgeber hat seinem Band, völlig legitim, seinen besonderen Stempel aufgebracht, der sich vor allem in der Diktion der Einleitung niederschlägt. Der Bibliographie liegt insgesamt kein bis ins Detail abgestimmtes gemeinsames Konzept zu Grunde, ohne daß sich dies gravierend nachteilig ausweisen würde. Klotzbach erscheint es problematisch, für die Zeit nach 1914 noch von »Arbeiterbewegung« zu sprechen, den Begriff »industrielle Arbeiterklasse« möchte er durch den der »Arbeitnehmerschichten« ersetzen. (23) In der Chronologie der Gliederung werden jeweils die Hauptorganisationen der Arbeiterbewegung berücksichtigt, thematische Aspekte bleiben weitgehend ausgespart. Aus der deutsch-, englisch- und französischsprachigen Literatur wurden 3945 Titel zusammengetragen.

Daß die Geschichte der Arbeiterbewegung mit zunehmender zeitgeschichtlicher Nähe eine immer größere politische Brisanz gewinnt, dokumentiert allein die Tatsache, daß die Herausgeber des letzten Bandes wegen Differenzen zwischen Autoren und Redaktion auf eine Einleitung ganz verzichtet haben. Aus der deutsch- und französischsprachigen Literatur wurden 2617 Titel ermittelt. Die problemorientierte Gliederung unterscheidet jeweils nach den im Titel genannten Organisationen; die Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR wurde ausgeklammert.

Als Mangel aller Bände ist von der DDR-Forschung die fehlende Berücksichtigung der russischsprachigen Literatur bezeichnet worden. Alle Bibliographien sind, z.T. erst in erweiterten Neuauflagen, einheitlich auf den Stand eines Berichtszeitraumes von 1945-1975 gebracht worden. Damit konnte der Anschluß an die von der Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene und vierteljährlich erscheinende »Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« hergestellt werden, so daß eine lückenlose bibliographische Erfassung gewährleistet ist. Das Periodikum verfügt zusätzlich über ein Sachregister; vielleicht könnten auch die Buchbibliographien bei eventuellen Neuauflagen mit einem einheitlichen Sachregister versehen werden und hinsichtlich der Auswertung fremdsprachiger Literatur auf einen gemeinsamen Stand gebracht werden. Alle Bände sind über die Gliederung, die besonders bei Dowe und Tenfelde/Ritter feinmaschig ist, und ein Verfasser-Register am Ende gut zu erschließen, die Aufmachung ist einheitlich und übersichtlich. Als Zielgruppe haben die Herausgeber vor allem Studierende sowie in Lehre und Forschung Tätige vor Augen gehabt, die einzelnen Bände können darüber hinaus auch in Gewerkschaftsgruppen, in der Jugendarbeit, der Erwachsenen- und Arbeiterbildung nutzbringend Verwendung finden.

Lothar Knatz (Bremen)

Ritter, Gerhard A.: Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1980 (144 S., br., 14,80 DM)

Diese Studie — eine stark erweiterte Fassung des auf dem Historikertag in Würzburg 1980 gehaltenen Schlußvortrags — zeichnet das spannungsreiche Verhältnis von Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland vom Beginn der Industrialisierung bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung nach. Im Mittelpunkt steht die Frage, »wie konkret in je verschiedenen Situationen der Staat in der Arbeiterschaft erfahren wurde und welche oft unbeabsichtigten Folgen sein Wirken auf die Lage der Arbeiterschaft, ihr Denken und ihr Verhalten hatte« (11). Ritter untersucht zunächst die strukturellen Voraussetzungen, unter denen die Arbeiterschaft in Deutschland sich herausbildete und zur Arbeiterbewegung formierte. Als spezifisches Kennzeichen der vom preußischen Staat gegen die sozialen und politischen Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter verfolgten Politik sieht er eine »Mischung repressiver und fürsorglicher Elemente« (16), die dann im Kaiserreich von 1871 in dem Nebeneinander von Sozialistengesetz und Sozialreformen ihren deutlichsten Ausdruck fand. Der Autor beschreibt die ambivalenten Auswirkungen dieser Doppelstrategie auf Lage und Verhalten der Arbeiterschaft: Auf der einen Seite begünstigte die »Unterdrückung als kollektive Erfahrung« (33), die auch nach Ende des Sozialistengesetzes in vielfältigen Formen gesellschaftlicher Diskriminierung fortbestand, die Herausbildung eines gemeinsamen Klassenbewußtseins — eine entscheidende Voraussetzung für die rasche Entwicklung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung in den Jahrzehnten nach 1890. Auf der anderen Seite führte die aktive staatliche Sozialpolitik, die ja gerade darauf zielte, die Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften zu trennen und in das bestehende patriarchalisch-autoritäre System einzubinden, langfristig unzweifelhaft zu Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiter. Der wilhelminische Klassenstaat erschien in der Sicht der Arbeiterorganisationen und ihrer führenden Repräsentanten nicht mehr nur als ein mit der Unternehmermacht verbundenes Repressionsorgan, sondern zunehmend auch als Adressat und Instrument einer auf praktische Reformarbeit orientierten Arbeiterpolitik. Neben der Isolierung und Gettoisierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gab es mithin — laut Ritter — »auch schon vor 1914 Elemente einer echten, die Arbeiter zur Mitarbeit und Mitbestimmung heranziehenden und nicht nur auf Anpassung an die herrschende Gesellschaft beruhenden Integration« (79). Daß diese integrationistischen Tendenzen faktisch auf eine sehr weitgehende Anpassung an die bestehenden Machtverhältnisse hinausliefen, zeigte sich freilich im ersten Weltkrieg und in der Revolution von 1918/19, in deren Verlauf Mehrheitssozialdemokratie und Gewerkschaften zu Trägern und Garanten des (nur) parlamentarisch-demokratisch reformierten Systems wurden. Dieser Wandel war erkaufte mit einer Spaltung der politischen Arbeiterbewegung und einer nachhaltigen Desintegration radikalierter Teile der Arbeiterschaft — ein Faktor der Instabilität der Weimarer Demokratie.

Wer nach den Gründen für die »Staatsvermitteltheit« der deutschen Arbeiterbewegung fragt, wird Ritters Studie mit Gewinn heranziehen. Anzumerken ist allerdings, daß der Schwerpunkt der Darstellung auf der Zeit vor dem ersten Weltkrieg liegt; die Jahre zwischen 1914 und 1933 werden allzu kursorisch — auf ganzen 12 Seiten! — abgehandelt. Und ob — wie der Verfasser meint — im bundesrepublikanischen Sozialstaat die »im ganzen erfolgreiche, mit ihrer politischen und sozialen Emanzipation verbundene Integration der Arbeiterschaft in die Gesellschaft« ihren Abschluß gefunden habe (10), wird sich erst noch erweisen müssen.

Volker Ullrich (Hamburg)

Stephan, Cora: »Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!« Zur Theoriebildung in der deutschen Sozialdemokratie 1862-1878. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1981 (390 S., br., 20,- DM)

1977 ist das Buch bereits im Syndikat-Verlag erschienen, von der Historikerkunft durch zahlreiche Verrisse und Lobeshymnen gewürdigt. Cora Stephans scheinbare Hauptthese, »die sozialdemokratische Arbeiterbewegung habe die Revolution aus den Augen verloren, je mehr sie mit dem Marxismus geliebäugelt hat«, ist inzwischen ein geflügeltes Wort geworden. Aber eine erneute Lektüre setzt Bedeutungen frei, die eine Rezension nach 5 Jahren rechtfertigen. Stephan versucht in dieser Frankfurter Dissertation, der man die akademischen Eierschalen (80 S. Anm., u. Lit.) ansieht, den Zusammenhang von Theorie und Praxis uns und sich zu erhellen. Sich, weil in der vierjährigen Erarbeitung und Niederschrift manche Verschiebung des Interesses (so die allmähliche Verabschiedung der 'Kapital'-Rekonstruktion) stattgefunden hat. Der Text vermittelt uns die Mythen jener Zeit und die der Historie (besonders der Parteigeschichtsschreibung von SPD und SED) bis heute, inbegriffen die Mystifikation einer 'anderen Arbeiterbewegung' (15f., 275f.). Ideengeschichtlich angelegt (aber nicht jeder Text über Arbeiterbewegung muß in Wirtschaftsgeschichte dilettieren!) gelingt es der Autorin, das Material (Resolutionen, Korrespondenzen, Tagespolemiken, wissenschaftliche Aussagen) unter Berücksichtigung der gängigen Sekundärliteratur lebendig werden zu lassen. Ich vermisse kaum einen relevanten Forschungsbeitrag (mag auch irgendwo eine ungelesene Dissertation im Keller schmoren ...), vielleicht die Altmeister H. Rosenberg (Große Depression) und E. Engelberg (»Bonapartismus«), die aber die Argumentation eher gestützt hätten. Cora Stephans methodische »Liebe zum unterdrückten Besonderen« (20) nimmt jenem Gestus des Besserwissens die Plausibilität, worin sich die allermeiste Literatur zur Arbeiterbewegung so gefällt, welche so tun will, als ob *wir* klüger gewesen wären als das »dumme Vieh«, auch »Rindvieh« Liebknecht oder als der übel verzerrte v. Schweitzer.

Worum ging es nun in den 20 Jahren vor dem Sozialistengesetz? Neue Entwicklungen im durch eine »Revolution von oben« (Treitschke/Engels) geeinten Deutschland mußten begriffen werden, um die Traditionen der Arbeiterbewegung im demokratisch-revolutionären Kampf (1848) bewahren zu können. Ein *Zwang zur Theorie* mithin für eine erst am 8. Juni 1875 gegründete Partei! Der Rückgriff auf die politisch-strategischen Vorschläge der »beiden Londoner Beobachter der Weltgeschichte« (Marx, Engels), wie sie Engelberg treffend charakterisiert, mißlang, wie die Autorin anhand ausgewählter Beispiele (Agrarfrage, Nationale Frage) nachweist. Hauptfeind der in Privatbriefen und abgelegenen Zeitungsartikeln mitgeteilten Überlegungen der Londoner war kein anderer Text als das *Kapital*, so resümiert Cora Stephan die Rezeption des Marxismus durch die Sozialistische Arbeiterpartei. Das *Kapital* schien jene Entwicklungen zu analysieren, die die bürgerliche Gesellschaft über sich selbst hinausgetrieben. Die Bismarcksche Verstaatlichung der Eisenbahnen dünkte als List der Geschichte, die mit dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ihre Kristallisation erreicht hatte. Großstädte und Großindustrie schienen die Mächte der Moderne zu sein, die Revolution im alten Sinne schien abgedankt zu haben, Klassenkampf hieß nun die Parole — und die wachsenden Gewerkschaften galten als Exekutoren der Weltgeschichte. Die Autorin lenkt unsere Aufmerksamkeit auf diese Dialektik — von der Revolution zum Klassenkampf, von 1848 zu ... 1914 — um sichtbar zu machen, wie entlegene Diskussionen über theoretische Gegenstände (hier: die Werttheorie) Geschichte mitschreiben können. Nebenbei rehabilitiert sie einen Theoretiker wie Carl August Schramm, der früh den revolutionären Kern des Wertgesetzes erkennt.

In dieser Inkubationszeit der Umformung Marxscher Strukturtheoreme kam es zu einer verhängnisvollen *Diskurs-Überlagerung* mit dem »Kathedersozialismus«. Die Staatssozialisten, voran Adolf Wagner offerierten ihre Lösungsmodelle der kapitalisti-

schen Krisen mittels eines (cäsaristischen) Staatsinterventionismus. Cora Stephan ahnt die Verzerrungen, die aus dieser Diskurs-Überdetermination entstehen müssen (Text: 250; Dok. 3, 297f.), aber sie schlägt zu wenig Kapital aus diesem Fund. In Bebels Hilflosgigkeit ist nichts Geringeres antizipiert als die Mutation sozialdemokratischer Revolutionsideologie in die Heiligensprechung des Wohlfahrtsstaates! Deutlich aber kennzeichnet sie die Alternative in Gestalt der Genossenschaftsidee und -praxis (158f., 171f.), sieht sogleich auch den Mangel ihrer Arbeit (vgl. Anm. 254, 349), die geschichtlichen Möglichkeiten bloß abstrakt benannt zu haben, die in den Gemeinschaften der Genossenschaften enthalten waren. (Wohl zuerst wurde dieser Sachverhalt von *Tönnies* 1907 in »Die Entwicklung der sozialen Frage« thematisiert und ... vergessen?) Erzeugt doch immer noch die Moderne Sehnsüchte nach Gemeinschaft, möchten viele Gewerkschafter ihre Organisationen als Genossenschaften empfinden, entstehen stets aufs Neue Bewegungen, die in Parteien münden. Ein Blick zurück (Cora Stephan denkt vor unserer Konjunktur der Grünen-Alternativen!) — und die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts scheinen plötzlich gegenwärtig: wie wirkt sich diesmal der Zwang zur Theorie und die Süchtigkeit nach Partei-Form aus? Der Anspruch von Cora Stephan, das Leitmotiv ihrer Arbeit: »theoretisches Denken auf Veränderungsstrategien zu beziehen« (21), gilt ungebrochen.

Manfred Lauer mann (Hannover)

Boll, Friedhelm: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1980 (296 S., br., 64,- DM)

Boll versucht in seiner Arbeit mit Kategorien der heutigen Friedensforschung den gebrochenen Prozeß der Sozialdemokratie vor und im 1. Weltkrieg zu erfassen, zu strukturieren und zu erklären. Dabei geht er davon aus, »daß die aktuelle Debatte um den Friedensbegriff teilweise eine Auseinandersetzung der II. Internationale reproduziert« (11) und daß eine erneute Beschäftigung mit diesen Fragen »Irrwege und Einseitigkeiten« (11) vermeiden könnte. Ausgehend von den Begriffen der präventiven (liberal-pazifistischen), der kurativen (langfristig auf die soziale Revolution angelegten) und der vermittelnden Position der integrativen Friedensstrategie untersucht Boll die wesentlichen Etappen der Auseinandersetzung um den Frieden von den neunziger Jahren bis zum Beginn der Novemberrevolution in der deutschen Sozialdemokratie. Nach einer kurzen Skizze der Position von Marx und Engels, die den revolutionären Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung stets akzentuierten, schildert er die einzelnen Stadien der an Darwinschen Positionen erkennbaren Verflachung des Revolutions- und Friedensbegriffs als einer naturgesetzlichen Notwendigkeit. Die »eschatologische Hoffnung«, die an die Stelle konkreter Analysen von Kapitalprozessen trat, führte zu der bekannten Äußerung des Protagonisten dieser Richtung, Karl Kautskys »Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolution machende Partei« (40). Die Geschichte der Sozialdemokratie wird in ihren wesentlichen Etappen von Revisionismusstreit, Massenstreikdebatten, Auseinandersetzung um das entstehende Zentrum jeweils unter der Fragestellung der Positionsbestimmung um die Erhaltung des Friedens gründlich untersucht. Die sich bereits vor Ausbruch des 1. Weltkrieges zeigende Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und die traditionelle Organisationsverhaftung wird ebenso in den Diskussionen auf dem Internationalen Kongreß der II. Internationale verfolgt.

Bolls Analyse der »Augusterlebnisse«, d.h. der unmittelbaren Reaktion auf den Ausbruch des 1. Weltkrieges, zeigt in sehr differenzierter Weise die unterschiedlichen Positionen innerhalb des Lagers der Arbeiterbewegung: von der bedingungslosen Zustimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bis zu der auf unterster Ebene — in Tageszeitungen anhand von Themen über Lebensmittelteuerung, Arbeitslosigkeit, Lohndrückerei etc. — konstaterbaren Verbitterung und Ablehnung des deut-

schen Angriffskrieges auf Seiten der Arbeiterschaft. Bolls Kritik an vorschnellen Eingruppierungen dieser Augustage in die eine oder andere Richtung (110ff.) ist überzeugend gelungen. Die verschiedenen Stadien der innerparteilichen Diskussion, die 1917 zur Abspaltung der USPD führt, werden breit und gründlich dargestellt. Dabei wird die Verhaftung wesentlicher Teile mehrheitssozialdemokratischer Funktionäre an der expansionistischen Position des deutschen Militärs hervorgehoben. Seine an verschiedenen Stellen vorgetragene Kritik an einer in der bisherigen Forschung von Miller zu stark vorgetragenen Harmonisierung der politischen Gegensätze (146, 174) erscheint begründet und in der Sache gerechtfertigt.

Boll empfindet — das wird in der Arbeit deutlich — Sympathien für die USPD, deren integratives Friedenskonzept (246, 265) er für die angemessene Position in diesen Auseinandersetzungen ansieht. Die Mehrheitssozialdemokratie, die schließlich den imperialen Weltkrieg in fast allen Stadien verteidigte, wie die auf der äußersten Linken agierende Spartakusgruppe mit ihrer kurativen Friedensstrategie — allerdings wegen fehlender politischer Verankerung in Betrieben oder Parteiorganisationen zu machtlos (197) — werden mit ihren Problemlösungsstrategien als nicht politisch überzeugend dargestellt. Gerade seine Darstellung der »Doppelstrategie« der USPD 1917/18 (239) — einerseits Massenaktionen wie den Aprilstreik 1917 oder den Januarstreik 1918 andererseits demokratisch-parlamentarische Arbeit — ist überzeugend gelungen. Bolls Arbeit kann insgesamt einen gründlicheren Einblick in die Friedensdiskussion der Sozialdemokratie vermitteln. Seine Auseinandersetzung mit der vorhandenen Literatur, die Auswertung lokaler und regionaler Zeitungen machen insgesamt seine Lektüre zu einem Gewinn. Auch wenn einzelne Gewichtungen nicht immer ganz überzeugen (so scheint die Wirkung der Spartakusgruppe stärker indirekt im Vorwärtstreiben der USPD durch ihre radikale Kritik, weniger im unmittelbaren Erfolg zu liegen — dies wird in der Arbeit nicht deutlich genug hervorgehoben), ist die Arbeit eine gute Ergänzung der ähnliche Bereiche bereits behandelnden Bücher von Wheeler, Lademacher, Blänsdorf und Miller.

Hartfrid Krause (Darmstadt)

Soziale Bewegungen und Politik

Moore, Barrington: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1982 (702 S., Ln., 78,- DM)

Moore stellt die folgende Frage: Unter welchen Bedingungen hören Menschen auf, sich mit Unterdrückung und Mißhandlung abzufinden? Wie kommen Menschen dazu, »sich selbst und andere zu überreden« (121), daß es an der Zeit sei, an den gesellschaftlichen Verhältnissen etwas zu ändern? Er empfiehlt, die »Mentalität des durchschnittlichen Arbeiters« (486) zu studieren, seine Wahrnehmung dessen, was sich um ihn herum ereignet. Das Material nimmt er aus der deutschen Geschichte von 1848 bis 1920, mit kurzem Seitenblick auf die russische Revolution. Man müsse herausfinden, »wie sie ihr eigenes Leben sahen, was sie als Glück oder Unglück erlebten, was als Recht oder Unrecht und wie sie sich diese Dinge erklärten« (241). Moores Quellen sind die »Vorstellungen und Ideen der einfachen Leute« (556), der Unorganisierten, wie sie sich in Arbeiterbiographien, in Forderungskatalogen aufständischer Arbeiter finden.

Elend in einem objektiven Sinn reiche nicht aus, um einen Volksaufstand gegen Herrschende hervorzurufen. Erst wenn die Betroffenen »eine gesellschaftliche Erklärung von Elend und seine moralische Ablehnung« (427) leisten, können sie wirksam protestieren. Die Bedingung dafür sei, daß Handlungen »konkreter Menschen« (178) als Ursachen des Elends identifiziert werden können, statt daß die Natur, das Schicksal, Gott oder der Leidende selbst dafür verantwortlich gemacht werden. Das Gefühl der Unvermeidlich-

keit von Leiden weiche erst dann der Empörung dagegen, wenn das Leiden als Folge menschlicher »Ungerechtigkeit« (605) wahrgenommen wird. Die politisch wirksame »moralische Empörung« (ebd.) setze die Entwicklung von »Standards der Ablehnung« (351) und eines »unabhängigen moralischen Urteils« (123) voraus. Elend müsse als Folge einer Verletzung des »impliziten Gesellschaftsvertrags« (57) interpretiert werden, der die Rechte und Pflichten sowohl der Herrschenden als auch der Untertanen festlegt. Zum wirksamen Protest gehöre also der Nachweis, daß die Herrschenden nicht die Verpflichtungen erfüllen, die sie als Herrschende legitimieren. Der Protest zielt dann immer auf die Wiederherstellung des verletzten Gesellschaftsvertrages. Deswegen hebt Moore unter den vielfältigen Streikzielen den gemeinsamen Charakter der Forderung nach Gerechtigkeit hervor. Zwei Forderungen sind es, die immer wiederkehren: 1. die Forderung nach dem gerechten Lohn, der aus den Elementen des Minimallohns (»'genügend' materielle Güter ... um auf sicherer Basis die zugeteilte soziale Rolle leben zu können« [351]) und der Leistungsgerechtigkeit (»angemessenes Entgelt für verausgabte Arbeit«; ebd.) bestehe. 2. Die Forderung nach »anständiger Behandlung« (429) durch die Vorgesetzten. Dieser Anspruch, »wie menschliche Wesen behandelt zu werden« (304), reicht von Höflichkeit des Umgangs bis zur Gerechtigkeit der Entscheidungen, worauf die Herrschenden verpflichtet werden sollen. Eine solche Protestartikulation hat ihren Preis. Die aufständischen Arbeiter äußerten darin »das vollständige Einverständnis mit der vorherrschenden gesellschaftlichen Ordnung. Was sie erstrebten, war gerechte Behandlung als untergeordnete Mitglieder dieser Ordnung.« (231) Dies sind die »inhärenten Grenzen einer Protestform, die ihre Legitimation von den in der etablierten Ordnung geltenden Standards erhält« (339). Die Anrufung ideologischer Mächte stärkt den Protest, und bindet ihn wieder. Arbeiter konnten kämpfen, wenn es ihnen gelang, »ökonomische Sachverhalte als moralische« (448) zu artikulieren. Dann ging es ihnen um »anständige«, »menschliche« oder »gerechte« Behandlung durch die jeweils Herrschenden. Aber die Herstellung besserer Lebensbedingungen blieb weiterhin an die Oberen delegiert, der Kampf war ein Appell an übergeordnete Instanzen, und jedesmal, wenn diese ein wohlwollendes Zeichen gaben, Verhandlungsbereitschaft zeigten oder etwas Entsprechendes versprachen, bröckelten z.B. Streiks sofort ab (339f.). Solange unter der Losung der Gerechtigkeit gefordert wird, daß die Herrschenden sich an die Verpflichtungen erinnern, die ihnen der »implizite Gesellschaftsvertrag« auferlegt (= Organisationsleistungen zum Wohl des Gemeinwesens; 42ff.), solange bleibt die Gerechtigkeitsforderung loyal gegenüber der Herrschaft. Von den Herren wird verlangt, daß sie gute Herren werden. Die Unterwerfung der Herrschenden unter die Prinzipien der Gerechtigkeit ist geknüpft an die eigene Unterwerfung unter die an Gerechtigkeit gebundenen Herrschenden. »Die wirklich umstürzlerische Form der Kritik beginnt, sobald das Volk fragt, ob eine bestimmte soziale Funktion überhaupt ausgeübt werden muß, ob die menschliche Gesellschaft nicht ohne Könige, Priester, Kapitalisten oder selbst revolutionäre Bürokraten auskommen könnte.« (671) Dafür muß der Gerechtigkeitsbegriff aus den ideologischen Anordnungen befreit und neu bestimmt werden. Moore versucht eine solche Neubestimmung. Er fordert unter dem Titel Gerechtigkeit ein Gesellschaftsmodell herrschaftsfreier Reziprozität. Dies ist die Losung, daß »frei akzeptierte gegenseitige Verpflichtungen die einzige Grundlage für die menschliche Gesellschaft« (671) sein sollen.

Gesellschaftsvertragstheorien versuchten in der Regel Herrschaft als Element eines horizontalen Systems wechselseitiger Obligation zu rekonstruieren. Herrschaft wird damit eng an Formen herrschaftsfreier Vergesellschaftung geknüpft. Diese Formen gegen Herrschaft einzufordern, wäre die anti-ideologische Leistung eines zureichenden Gerechtigkeitsbegriffs. Oder, wie Ernst Bloch in »Naturrecht und menschliche Würde« sagt: Die vergeltende ebenso wie die austeilende Gerechtigkeit ist paternalistisch, sie setzt den Haus- oder Landesvater voraus, der jedem seine Portion Strafe oder Anteil an so-

zialen Gütern »von oben herab auf den Teller legt«. Sobald sie »von unten her, mit revolutionärem Gebrauch verwendet wird«, richtet sie sich gegen Vergeltung und Austeilung und verwandelt sich in eine »aufräumende Gerechtigkeit«, vor der die Instanz einer thronenden Justitia »vom Stuhl« fällt.

Michael Reiter (Berlin/West)

Reifner, Udo (Hrsg.): Das Recht des Unrechtsstaates. Arbeitsrecht und Staatsrechtswissenschaften im Faschismus. Campus Verlag, Frankfurt/M. 1981 (269 S., br., 32,- DM) Der Titel ist Programm: Gegen die »h.M.« (herrschende Meinung), die, wenn überhaupt, den Nationalsozialismus außerhalb des Rechts sucht, wollen die Autoren eine empirisch-soziologisch orientierte Analyse eines Rechtssystems vorlegen, das selber faschistisch war und auf Elemente zurückgreifen konnte, die bereits vorher entwickelt waren und zum größten Teil auch heute wieder Verwendung finden (65). Es kommt ihnen darauf an, die Kontinuitäten im Zusammenhang der institutionellen Bedingungen des Rechtssystems zu erfassen, die ihrerseits nur Bestandteile einer politisch und ökonomisch zu erfassenden Entwicklung sind (65). Sie wollen auf diesem Weg die Formen untersuchen, in denen durch das Rechtssystem die Legitimation des faschistischen Putsches durch die »Selbsterwerfung« der Betroffenen vermittelt und Gegengewalt absorbiert wurde (21). Bevor es dann, wie im Untertitel angekündigt, hauptsächlich um die Institutionen in den Bereichen Arbeit und soziale Hilfe geht, gibt *Udo Reifner* einen kurzen, empirisch orientierten Überblick über einzelne Institutionen des faschistischen Rechtssystems. Vom Rechtssetzungsapparat über die Gerichtsbarkeit, die Rechtswissenschaft und Juristenausbildung, die Anwaltschaft bis zur Ministerialbürokratie, dem Polizeiparagrafen und den Fachverlagen öffnet er den Blick für ein breites, der näheren Untersuchung harrendes Forschungsfeld. An eine ausführliche und umfassende Bibliographie der Literatur zum faschistischen Rechtssystem schließen sich eigene Ansätze einer Theorie des faschistischen Rechtssystems an. Reifner faßt den Faschismus als Doppelherrschaft. Die Wurzel des Faschismus, der *Ordofaschismus*, sei ein System des traditionellen Machtblocks aus Großkapital, Gewalt- und Verwaltungsapparaten und Legitimationsinstanzen (Justiz) mit dem Ziel der Refeudalisierung der kapitalistischen Gesellschaft auf Basis des Privateigentums. Die Modalität des Faschismus, der *Anarchofaschismus*, sei eine »auf den Idealen der kleinbürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft aufgebaute Ideologie des Hasses auf deren Entwicklung zu Monopol und Arbeiterklasse« (66), ausgestattet lediglich mit der »Gewalt der Straße« (67) und der »Legitimation der Utopie« (67). Die Justiz, regelmäßig Instrument des »Ordofaschismus«, konnte gerade durch ihre »anarcho-faschistische« Abstinenz zur Stabilisierung des Faschismus beitragen und ihre »Funktion der geordneten Herrschaft« (75) erfüllen.

Diese Theoriesätze haben jedoch in die anderen Beiträge der Gemeinschaftsarbeit kaum Eingang gefunden. Schon im anschließenden arbeitsrechtlichen Beitrag von *Roderich Wahsner* ist nur noch vom Faschismus als »Diktatur des Großkapitals« (96) die Rede. Nach einem Blick auf die Grundzüge des kollektiven Arbeitsrechts von Weimar und dessen Zerschlagung nach dem Machtantritt der Faschisten werden die zentralen, neu geschaffenen Institutionen dargestellt, die Deutsche Arbeitsfront, die »Betriebsgemeinschaft« aus Betriebsführer und Gefolgschaft, die »Treuhand der Arbeit« bis hin zum bislang in der arbeitsrechtlichen Literatur der Bundesrepublik kaum bearbeiteten faschistischen Kriegsarbeitsrecht. Bedauerlicherweise schneidet sich Wahsner oft mit seiner Theorisierung die genauere Materialanalyse ab. Da werden teilweise rechtliche Verbesserungen im Arbeitszeit-, Urlaubs- und Gratifikationsrecht erwähnt, jedoch sofort mit der Erläuterung, es handele sich um Kompensationsakte mit der Funktion, der arbeitenden Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen und die Diktatur der Unternehmer zu verschleiern (105), als der näheren Untersuchung unwürdig beiseite gelegt.

Ergänzend zu Wahsners Dokumentierung der Ausarbeitung des faschistischen Ar-

beitsrechts durch die heute wie damals führenden Köpfe der Lehre, Nipperdey, Nikisch, Hueck, Dietz u.a., folgt der Beitrag *Anreas Kaisers* über das Verhältnis von sozialdemokratischen Gewerkschaften und Vertretern der herrschenden Arbeitsrechtswissenschaft zum Ende der Weimarer Zeit. In zahlreichen Dokumenten beleuchtet Kaiser auf Seiten der Gewerkschaften das Ineinander von objektivem Funktionsverlust (die Tarifautonomie wird schrittweise durch ein System staatlicher Zwangsschlichtung ersetzt), Mitgliederschwund, Spaltung der Arbeiterbewegung einerseits und Orientierungslosigkeit andererseits, die Kaiser zufolge aus dem Verständnis von Staat und Recht als klassenneutralen Kompromißinstitutionen, aus der Theorie des einzuschlagenden »dritten Weges« jenseits von Kapitalismus und Sozialismus und aus der Hochachtung vor den fachjuristischen Qualitäten der bürgerlichen Rechtswissenschaftler resultierte. Für die Arbeitsrechtswissenschaftler führt er vor, wie die von dem Gedanken, Gewerkschaften hätten eine »im Staatsinteresse notwendige Aufgabe (des Erhalts des Arbeitsfriedens) zu erfüllen« (Nipperdey 1929), getragene anfängliche Neutralität 1933 unter dem Postulat der Beseitigung des »Klassenkampfgedankens« (Nikisch 1933) bruchlos in die Ablehnung der Gewerkschaften überging.

Explizit vor ökonomistischen Verkürzungen warnend, streckenweise aber einem instrumentalistischen Verständnis des Zusammenhangs von Justiz und Politik erliegend, widmet sich *Bertram Michel* der Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit. Anhand dreier Problemkreise, der Zulassung jüdischer Prozeßvertreter vor Arbeitsgerichten, der Kündigung von Arbeitsverhältnissen durch den Arbeitgeber und des richterlichen Eingriffs in bestehende Verträge am Beispiel der Ruhegehaltsansprüche ehemaliger jüdischer Angestellter, dokumentiert Michel die Spruchpraxis mit ihren neuen dogmatischen Kriterien wie u.a. »Gemeinschaftswidrigkeit«, »Gesinnung«, »Treuepflicht«, bevor er in einem zweiten Teil auf die strukturellen Veränderungen der Arbeitsgerichtsbarkeit, die staatliche Einflußnahme, aber auch die starke Affinität der Rechtsprechung zu faschistischen Zielvorstellungen und Idealen schon vor 1933 eingeht.

Schließlich stellt *Reifner* in seinem Beitrag über NS-Rechtsbetreuungsstellen und die Rechtsberatung der Deutschen Arbeitsfront die auch heute gültige Form der Rechtsberatung vor als »Form der Zerstörung kollektiven Handlungspotentials ... durch die Bereitstellung wirklicher und scheinbarer Möglichkeiten, das kollektiv angestrebte soziale Ziel in einer staatlich vermittelten individualistischen Form zu erreichen« (185). In einem historischen Überblick über den Kampf um die »ideologische Hegemonie im Rechtsberatungswesen« (184) seit Ende des 19. Jahrhunderts zeichnet Reifner die Entwicklung der Zugangsmöglichkeiten zum Recht von der *Beratung* über Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten zur *Rechtsfürsorge* in Form einer staatlichen Sozialleistung bis zum völligen Rechtszugangsmonopol staatlicher Apparate, der Übernahme von Justiz-Funktionen durch die Rechtsberatungsstellen, mithin den Umbau des Kräfteverhältnisses staatlicher Instanzen. Auffällig jedoch auch hier die Diskrepanz von Materialanalyse und faschismus- und ideologietheoretischen Annahmen. Wird anfangs das Projekt Ideologie-Theorie zustimmend zitiert mit der These, den Faschismus als »Revolution *im* Ideologischen« aufzufassen, »nicht (als) Revolution der gesellschaftlichen Grundlage, aber doch Revolution des (Er-)Lebens dieser Grundlage; Revolutionierung nicht der Herrschaft, aber doch der Herrschaftssicherung« (77), so verschwindet dieser Ansatz zunehmend unter dem Verständnis von Ideologie als »begrifflicher Verschleierung« der Befehlsgewalt des Kapitals. Daß sich die Rechtsberatungsersuchen von 1,5 Mio 1934 auf 3,4 Mio 1935 erhöhten, obwohl die Rechtsberatungsstellen laut Reifner als Überzeugungsstellen dafür fungierten, daß den Arbeitern keine Rechte zustünden (201), läßt sich durch verschleiende Manipulation jedenfalls nicht erklären.

Trotz der Schwächen ist das mit einem Beitrag von *Helmut Fangmann* über die personellen und institutionellen Kontinuitäten der herrschenden Staatsrechtswissenschaften

endende Buch auch einem juristisch nicht vorgebildeten Publikum zu empfehlen. Mit seinem Materialreichtum und seinem soziologischen Ansatz, das Rechtssystem nicht lediglich als System gesetzter Normen zu untersuchen, wird nicht nur das faschistische Recht dokumentiert, sondern auch eine Basis zum Verständnis unseres heutigen Rechtssystems gelegt und nicht zuletzt ein Grundstock für die forschende Weiterarbeit geliefert.

Birgit Mehdorn (Berlin/West)

Neumann, Franz: Die Herrschaft des Gesetzes. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1980 (380 S., Ln., 48,- DM)

Söllner, Alfons: Neumann zur Einführung. SOAK Verlag, Hannover 1982 (110 S., Ln., 6,80 DM)

Franz Neumann, sozialdemokratischer und jüdischer Jurist in der Weimarer Republik, Rechtstheoretiker in der Emigration, zunächst in London, dann am Institut für Sozialforschung in New York und schließlich Berater im US »Office for Strategic Studies«, ab 1947 bis zu seinem Unfalltod 1954 aktiv als Politikwissenschaftler und Jurist, war für den theoretischen Ansatz einer ganzen Generation kritischer Juristen in der Nachfolge der APO mit seinem, 1967 wiederveröffentlichten, Aufsatz zum »Funktionswandel des Gesetzes« (1937) mindestens ebenso wichtig wie Paschukanis mit seiner, 1936 wiederveröffentlichten »Allgemeinen Rechtslehre und Marxismus«. Erst spät (1977) wurde Neumanns Behemoth und noch später die für seine rechtstheoretische Argumentation grundlegende Londoner Dissertation »The Governance of the Rule of Law« (1936) ins Deutsche übersetzt. Letzteres ist das Verdienst Alfons Söllners. »Die Herrschaft des Gesetzes«, im übrigen nie in englischer Sprache veröffentlicht, ermöglicht zum erstenmal ausführlich die im »Funktionswandel« und »Behemoth« thesenhaft ausgeführte Argumentation von dem notwendigen Funktionsverlust des Gesetzes in der Ära des Monopolkapitalismus nachzuvollziehen.

Neumann zufolge entsprach dem Konkurrenzkapitalismus idealtypisch das liberale Rechtssystem, das er durch Allgemeinheit und Nicht-Rückwirkung des Gesetzes, sowie richterliche Unabhängigkeit charakterisierte. Die Allgemeinheit führte zur Verschleierung der Herrschaft des Bürgertums, garantierte — dem Bedürfnis des Konkurrenzkapitalismus entsprechend — die Berechenbarkeit und besorgte zugleich eine ethische Funktion, indem sie ein Minimum an persönlicher und politischer Freiheit garantierte. Diese ethische Funktion, gewissermaßen die List der Vernunft bei dem herrschaftlich determinierten Recht, bekommt ihre besondere Bedeutung in der Analyse der Verdrängung des allgemeinen Gesetzes durch die monopolkapitalistischen Wirtschaftsbedingungen angemessenerer Generalklauseln und Maßnahmegesetze (330ff.). Dieses Recht wird als Abweichung von der im liberalen Rechtssystem ausgebildeten Grundform des Rechts begriffen und erscheint demzufolge als Unrecht. Dieser Ansatzpunkt, der unter anderem die Beschreibung des nationalsozialistischen Rechtssystems als »Unrechtsstaat« zulässt, ohne daß eine offene Option für naturrechtliche Denksysteme erforderlich wird, ist eine der Schwachstellen der Neumannschen Argumentation, bleibt er doch den Nachweis schuldig, weshalb diese ethische Dimension dem allgemeinen Gesetz entspringen muß. Auch das in der »Einführung« abgedruckte Gespräch über Neumanns politische (und private) Biographie zwischen Rainer Erd und Alfons Söllner (57-99) stößt in dieses Zentrum der Kritik vor (73-78). R. Erd deutet eine, nicht mehr normative, sondern gesellschaftlich bestimmte Modifikation des Ansatzes an, indem er die ethische Funktion als Möglichkeit und nicht länger als Notwendigkeit des allgemeinen Gesetzes zu bestimmen sucht, die nur realisiert wird, »wenn die gesellschaftlichen Institutionen, auf die es sich bezieht, es tagtäglich politisch aktualisieren«.

Aber gegen das Konzept der Allgemeinheit läßt sich insgesamt einwenden, daß es auf der sprachlichen Ebene angesiedelt ist, während die Analyse von Rechtswirkungen zu-

sätzliche Elemente juristischer Praxis, wie ideologische Strukturen, historische und ökonomische Voraussetzungen etc., einbeziehen muß. Im Grunde war dies auch Neumanns Anliegen, das jedoch — durch die Konstruktion eines eigentümlich normativen Analysemodells — sich selbst behinderte. Eine Veröffentlichung der Neumannschen Analyse im Jahre 1980 muß sich zudem auch an der post-faschistischen Entwicklung messen lassen, die nicht pauschal als irrationale (Un-)Rechtswicklung abgetan werden kann, obwohl die Tendenz zum Gebrauch von Generalklauseln, Richterrecht und Maßnahmegesetzen in vielen Bereichen eher größer geworden ist. Auch aus rechtsvergleichender Sicht bestehen Einwände gegen das Konzept. »Der Einwand, den das englische Recht darstellt«, wie treffend ein Kapitel der Dissertation formuliert (280ff.), wird nur dadurch widerlegt, daß anstelle realer Analyse juristische Fiktionen über die Prä-Existenz eines geschlossenen Systems des Common Law übernommen werden. Die englische Rechtswicklung während des Konkurrenzkapitalismus und danach ruhte jedoch viel weniger auf einem Gesetzesvollzugsmodell als auf einem ideologisch geschlossenen Diskurs derjenigen auf, die Common Law und Equity als Recht fortentwickelten. Die Neumannsche Analyse dagegen hypostasiert eine, allenfalls einer begrenzten Periode und einem begrenzten Teil Europas angehörende, Rechtsform als die Grundform des Rechts und läßt so ein Begreifen der folgenden Entwicklung nur als irrationale Deviation zu.

Neumanns großes Verdienst ist es, auf die unbezweifelbaren Veränderungen des deutschen Rechts mit dem Übergang zu monopolkapitalistischen Wirtschaftsstrukturen sehr früh hingewiesen und etliche ins Detail gehende Untersuchungen vorgenommen zu haben. Die Analyse der Ersetzung der »kontraktgesellschaftlichen« durch eine andere, den Bedingungen des intervenierenden Staates entsprechende Rationalität, die nicht mehr auf der Idee der Selbststabilisierung der Gesellschaft aufbaut und die sich in verschiedenen Bereichen unterschiedlich durch Güterabwägungen, Verhältnismäßigkeitsprinzip, diskursiv vorbestimmte Anwendung von Generalklauseln etc. vollzieht, muß jedoch umfassender und zugleich spezieller ansetzen, als dies mit Neumanns letztlich formalistischem Modell möglich ist.

Alfons Söllners Einführung in das Werk Neumanns gliedert sich in drei (z.T. bereits veröffentlichte) Kapitel, die Lebensweg und theoretische Positionen Neumanns, seine Liberalismuskritik sowie die gegenwärtige Bedeutung seiner Rechts- und Staatstheorie behandeln, sowie das bereits erwähnte Gespräch, das sich besonders seiner widersprüchlichen Verarbeitung reformistischer Erfahrungen annimmt, und einen kurzen, 1967 geschriebenen Text Theodor W. Adornos (98-100), der Neumann posthum dem »Kern des Instituts für Sozialforschung« zuordnet. Die drei Kapitel erfüllen den Anspruch einer ersten Einführung, bleiben aber gleichwohl unbefriedigend, weil sich Söllner, statt sich kritisch mit dem Werk auseinanderzusetzen, mehr als »Sprachrohr« Neumanns versteht und dabei zu Einschätzungen kommt (wie z.B. Neumanns Erforschung der Gesetzesherrschaft sei »sein bleibendes wissenschaftliches Verdienst«), die wenig durch Heranziehung von anderen Forschungen untermauert werden. Dies ist überhaupt ein wesentliches Manko der Arbeiten, die trotz z.T. interessanter Verweise weite Bereiche der rechtstheoretischen wie verfassungsrechtlichen Diskussion aussparen (z.B. in der Nachfolge Althusser's oder Gramsci's) oder fehlinterpretieren. Die Behauptung, daß auch heute noch der Rechtsstaatsbegriff durch »Generalität und Bestimmtheit der Gesetznorm« (42) geprägt sei, daß die kritische Jurisprudenz sich auf das »Prinzip der Gewaltenteilung« stütze (43) und Fehler in der Übersetzung (vgl. Herrschaft des Gesetzes, 292: Söllner übersetzt hier das englische »tort« mit »Beleidigungsrecht«; Neumann geht es in dem englischen Original aber um das Schadensersatzrecht des BGB), seien hierfür als Beleg genannt.

Söllner kritisiert an der »kritischen Jurisprudenz« in Entgegensetzung zu Habermas, daß sie »gleichsam zu konkret ansetze« (50) und sieht daher auch die rechtspolitische,

rechtshistorische und rechtstheoretische Aktualität Neumanns (52ff.) darin, daß sein Werk »Selbstkritik des Reformismus«, Analyse der »Rematerialisierung des bürgerlichen Formalrechts« und »widersprüchliche Vorarbeiten« für eine »Evolutionstheorie des Rechts« enthalte; eine allgemeine, auf viele Autoren anwendbare Charakterisierung, die die Verdienste Neumanns zu wenig würdigt. Diese konkrete, notwendigerweise über die Analyse des von Söllner angeführten Verfassungsrechts hinausgehende Arbeit, die sich der verschiedensten, durch Recht strukturierten Bereiche annimmt, um zu einer Theorie des in unterschiedlichen Zusammenhängen ganz verschieden »funktionieren den« Rechts zu gelangen, sollte jedoch das viel dringendere Anliegen einer »kritischen Jurisprudenz« sein, der es an Theorie-Ansätzen nicht so sehr fehlt wie an ihrem kontinuierlichen Rückbezug auf reale Rechtsentwicklungen. Matthias Ruete (Warwick)

Klaus, Ekkehard: Deutsche und amerikanische Rechtslehrer. Wege zu einer Soziologie der Jurisprudenz. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1981 (360 S., br., 89,-DM)

Dem Zauberstab der Legitimität des Rechtslehrers, dessen politisch unbefleckter »Wissenschaftlichkeit«, gilt das Interesse dieser Habilitationsschrift Klausas, die sich als Beitrag zu einer »wissenschaftssoziologisch forschenden Wissenssoziologie der Rechtswissenschaft« (24) versteht. Dahinter verbirgt sich die »Rückführung von Denk- auf soziale Seinsstrukturen« (24), die sich hier auf die Fachgemeinschaft der Rechtslehrer bezieht und mit den Forschungsmitteln der Wissenschaftssoziologie arbeitet. Klausas geht es darum, einen auf Grund explorativer Untersuchungen vermuteten Zusammenhang zwischen bestimmten Merkmalen im »Theorieverhalten« der Rechtslehrer und der unterschiedlichen »Sozialorganisation« beider Fachgemeinschaften — deren typischen Muster der Rekrutierung, Sozialisation, Kommunikation und Rollensegmentierung — anhand einer vergleichenden Studie deutscher und amerikanischer Rechtslehrer empirisch zu überprüfen (88). Konkret soll die nur bei den deutschen Rechtslehrern feststellbare Neigung zur »Schulenburg«, die mit dem Funktionsverlust der Systemdogmatik sich im wesentlichen in einer Rechts-Links-Spaltung äußert, aus der im Sinne einer »akademischen versus professionellen Orientierung« (89) idealtypisch entgegengesetzten Sozialorganisation erklärt werden (88,101).

Die erfolgreiche Tätigkeit in einem prestigeträchtigen Anwaltsbüro oder einer gerade »schicken« Behörde ist z.B. für den amerikanischen Rechtslehrer karriereentscheidend. Bis zu seinem ersten Ruf ist er nicht anders ausgebildet, als jeder andere Rechtspraktiker, und auch nach der Berufung nimmt die Rechtspraxis sowohl im Hinblick auf Auszubildungs- als auch den Nebenaktivitäten einen hohen Stellenwert ein (80,92). Für den deutschen Rechtslehrer ist hingegen ein über Jahre währendes Lehrer-Schüler-Verhältnis maßgeblich verknüpft mit einer »durch Praxiseinflüsse nicht behinderten akademischen Gruppendynamik, die zur ideologischen Segmentierung neigt« (94).

Um die Bedeutung der Sozialorganisation negativ zu begründen, setzt Klausas sich auch mit dem »Apfel-Stamm-Paradigma« auseinander. Im Ergebnis verneint er die Nachweisbarkeit eines Determinationszusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und politischer Einstellung (138). Auf die daran sich anknüpfende Frage, inwieweit die Sozialorganisation in diesem Sinne über eine allgemeine Politisierung hinaus determinierend wirkt, läßt er sich jedoch nicht ein. Die Überprüfung des Einflusses der allgemeinen politischen Dimension auf die Theoriebildung kann Klausas nur beschränkt in zwei Experimenten operationalisieren: Es zeigt sich, daß das Urteil deutscher Rechtslehrer über die Qualität der Fachbereiche stärker politisiert ist, als das der Amerikaner (303). Auch ist die politische Einstellung deutscher Rechtslehrer in ihren Arbeiten leichter zu ermitteln (210). Dieser Teil seiner Forschungsarbeit, der etwa die Hälfte des Buches ausmacht, soll neben der Überprüfung seiner Hypothese vornehmlich als eigenständiger Beitrag zur

Methode der empirischen Forschung in diesen Bereichen verstanden werden. — Klausas beansprucht nicht, mit seinen Ergebnissen hieb- und stichfeste Beweise geliefert zu haben, sondern in diesem wichtigen Gebiet der Rechtssoziologie »Relevanzstrukturen« aufzuzeigen und Einzelaspekte zu belegen, »die etwa der Rechtsstab unter einem Legitimationsaspekt lieber verschwiegen oder gar nicht erst wahrgenommen hat« (65). Doch gerade wegen der beschränkten Beweiskraft auch der empirischen Experimente wäre es notwendig gewesen, den Dreh- und Angelpunkt seiner These, das unterstellte Verhältnis von Theorie und Praxis, zu problematisieren und auszuarbeiten. Klausas selbst hält die Bestimmung von Recht und Rechtswissenschaft »als Herrschaft und Herrschaftswissenschaft« (31) für selbstverständlich ein. Und doch soll die rechtstheoretische Arbeit gerade dann relativ frei von den politischen Kämpfen sein, wenn sie unmittelbar mit dieser herrschaftsorganisierenden Praxis verknüpft wird.

Mit Krockow und Luhmann verweist Klausas auf das »praktische Bedürfnis, um zu praktischen, verwertbaren Ergebnissen zu kommen« (96) oder auf den »Abbau der ins Grundsätzliche führenden Auseinandersetzungen« (96). Wer aber hat welches Bedürfnis und was sind die praktikablen Ergebnisse z.B. im Fall von Berufsverboten, Abtreibungen oder der Kriminalisierung von Hausbesetzern? Um das Problem des politischen Konsenses unter den amerikanischen Rechtslehrern zu fassen, braucht man offensichtlich mehr Informationen, z.B. über die Art der praktischen juristischen Fragen oder der politischen Kultur in den USA. Interessant wäre auch eine vergleichende Untersuchung anderer juristischer Praxisbereiche anzustellen — auf den ersten Blick lassen sich etwa die deutschen Rechtsanwälte nicht in das Bild Klausas einfügen.

Solche Forderungen lassen sich jedoch bei Forschungsarbeiten leicht aufstellen und schwer verwirklichen. Der Nutzen liegt hier schon darin, daß Klausas sich auf die konkrete Untersuchung dieses vernachlässigten Praxisfeldes der Juristen einläßt.

Stephan Dietrich (Berlin/West)

Albers, Detlev, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao (Hrsg.): Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken. Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa. spw-Verlag, Berlin/West 1982 (158 S., br., 21,50 DM)

Mit der »Weltrevolution« als Leitbild sozialistischer Politik ging es nicht voran — aber geht es ohne sie? Was kann, nach aller Kritik an Strategie-Vorschriften eines kommunistischen Zentrums, an die Stelle treten? Wer kann, mit aller gebotenen Bescheidenheit, einen Zusammenhalt vordenenken, der verhindert, daß nationale sozialistische Strategien in der Isolation ersticken werden? — Seit 1978 hat sich das Otto-Bauer-Symposium in Wien zu einer solchen Denkstätte ohne Zentrum politisiert. Linkssozialisten, Eurokommunisten und parteiungebundene Intellektuelle ringen um ein gemeinsames Selbstverständnis. Das Resultat ist eher ein Zusammenhang in der Auseinandersetzung als so etwas wie: Gemeinsamkeiten von »Eurolinken«. Der in dem kleinen linkssozialistischen Verlag um die Zeitschrift *spw* (Sozialistische Politik und Wirtschaft) erschienene Band enthält die Beiträge des letztjährigen dritten Otto-Bauer-Symposiums.

Besonders *Detlev Albers* und *Pietro Ingrao* sprechen dafür, mit der nationalstaatlichen Bornierung sozialistischer Strategien zu brechen. Ingrao besteht — gegen Deutungen der »Krise des Sozialstaats« aus »Zuviel Staat« oder aus »Grenzen des Wachstums« — auf dem Zusammenhang von Global-Verhältnissen und Krise des Keynesianismus. Es gehe um die Krise eines Hegemonie-Modells, das politisch, ideologisch und kulturell auf der Systemkonkurrenz aufbaute. Konsum als Lebensweise und Inkorporierung der Arbeiterbewegung in den Wohlfahrtsstaat konnten so nur gegen den »Kommunismus« artikuliert werden. Die Krise des Wohlfahrtsstaats hängt in doppelter Weise mit der Dritten Welt zusammen: das Aufbrechen der bipolaren Weltstruktur und die Krisenstrategien der Kapitalisten im Rahmen der »neuen internationalen Arbeitsteilung«. Gegen-

strategien und eine »Veränderungskultur« der Linken können auch nur mit Blick auf veränderte Global-Verhältnisse entworfen werden. Es entsteht ein »neuer Bedarf an internationalen Bewegungen«, die »genügend Weite und pluralistische Artikulation besitzen« müssen (55f.). — Die Beiträge von *Albers* und *Ingrao* wurden in *Das Argument* 133 »Fragen linker Politik« vorabgedruckt.

Bei der Frage nach den Subjekten der Veränderung geht es gar nicht darum, die Arbeiterklasse durch »neue soziale Bewegungen« zu »ersetzen«; eher darum zu begreifen, daß sich die Arbeiter selbst immer neu zu einer »neuen sozialen Bewegung« zusammenschließen müssen. Ihre Einheit und Wirkung kann nicht vorausgesetzt werden. In dieser Perspektive ergeben sich aus der Not, für die westlichen Länder eine »sozialistische Hegemonie ohne Arbeiterklassen-Hegemonie« konzipieren zu müssen (*Wolfgang Fritz Haug*), Anstöße für die marxistische Theorie, z.B.: »Ein Denken, welches die Klassenfragmentierung zur Kenntnis nimmt und sich die Aufgabe der Artikulation dieser 'desartikulierten' Kräfte stellt, ist die Bedingung für die Neugeburt eines leistungsfähigeren Klassenbegriffs. Die Klasse ist keine vorauszusetzende Einheit, sondern eine Aufgabe, ein Projekt.« (100) Die Subjekte gesellschaftlicher Veränderung nicht von ihrer unterstellten Einheit, sondern von ihrer Zerrissenheit, ihren Widersprüchen aus zu begreifen, stellt alte Politikformen in Frage. *Bruno Trentin* mutet der italienischen Rätengewerkschaft statt bloßer Interessvertretung und -koordination die »Wiedervereinigung der Arbeitswelt« um ein »Veränderungsprojekt« zu, in dem die Arbeiterinnen auch als Frauen, die Jungarbeiter auch als Jugendliche vorkommen müssen (vgl. 111, 114). *Frigga Haug* zeigt, wie die gewerkschaftliche Politik der Verteidigung von Arbeitsplätzen gegen die Automation die Arbeiter in der alten Arbeitsteilung festhält und sie daran hindert, den erkämpfbaren Nutzen der Automation zu entdecken. Die sinnlosen und unqualifizierten Arbeiten, z.B. von Frauen, werden mitverteidigt. Sie schlägt dagegen vor, an die Erfahrungen mit einem Umbau der Arbeitsteilung von unten anzuknüpfen: »kollektive Besetzungspläne«, durch deren Verwirklichung die Arbeit demokratisiert werden kann (144).

Zu diesem Buch wird auch greifen, wer sich über Einzelprobleme sozialistischer Strategie informieren will, z.B. über die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten (*Thierry Bondoux*); die Geschichte von Verstaatlichungen und Arbeiterkontrolle in Großbritannien (*Ken Coates*); die Debatte um die Lohnarbeiter-Fonds in Schweden (*Bengt Ohlsson*).

Wieland Elfferding (Berlin/West)

Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen. DVK Verlag/spw-Verlag, Berlin 1981 (217 S., br., 10,80 DM) 1977, nach dem Parteiausschluß des damaligen Juso-Vorsitzenden Klaus-Uwe Benneter, begann eine Gruppierung des sogenannten »Stamokap«-Flügels der Jusos, ein Programm zur Arbeit von Marxisten in der SPD zu entwerfen. Taktisch arbeitete die Programmdiskussion einem möglichen Zerfall der marxistischen Juso-Linken unter dem Druck der demütigenden Niederlage entgegen und kanalisierte zugleich die kurzfristige Solidaritätswelle für den ausgeschlossenen Vorsitzenden. Strategisch versuchte sie, erstmals seit mehreren Jahrzehnten, wieder eine marxistische Integrationsplattform für die deutsche Sozialdemokratie zu schaffen. Der Versuch, dabei neuentdeckte Ansätze wie die des Austromarxismus und des CERES-Flügels der französischen Sozialisten einzufügen, mochte dabei auch dazu dienen, den theoretischen wie taktischen Spielraum des Stamokap-Flügels innerhalb der gesamten SPD-Linken zu vergrößern. Das Ergebnis waren die »Herforder Thesen«, deren erste Fassung im Mai 1978 erschien, und die in zweiter, wesentlich überarbeiteter Form im Mai 1980 neu vorgelegt wurden.

Daß sie erstmals seit den Rückzugsschlachten vor Bad Godesberg wieder einen Neuanlauf zu Schaffung einer umfassenden, marxistischen inspirierten SPD-Programmatik

unternehmen, verlieh den »Thesen« historischen Rang und verschaffte ihnen erhebliche Beachtung. Dies dokumentiert sich auch im Erfolg der von den Initiatoren veranstalteten Bielefelder Konferenz (30.10.-2.11.1980), die der öffentlichen Diskussion der Thesen gewidmet war und deren überarbeitetes Protokoll hier anzuzeigen ist. Die Diskussionsbeiträge (u.a.: Abendroth, Albers, Bahro, Bischoff, Elfferding, Heimann, Henschel, v. Oertzen und Pelinka) konzentrieren sich auf (1) das »strategische Konzept« der Thesen, (2) die »neue ökonomische Logik« ihrer Wirtschaftspolitik, (3) die »Transformation des Staates« und (4) die »Veränderbarkeit der Sozialdemokratie«

Wenn man den Erfolg marxistischer Programmdiskussion allerdings an ihrer Erkenntnis zentraler politischer Trends mißt, dann muten viele Teile der Diskussion etwas weltfremd an. Kontroversen über den friedlichen oder gewaltsamen Weg zum Sozialismus (41ff., 54f., 57, 126ff., 147ff., 150f., 151ff.), das Verhältnis von Staat und Monopolen (79ff., 99ff., 117ff., 142ff., 153ff.), die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien (61ff., 66ff.) u.v.a. bleiben sicher wichtig. Aber daß (außer in Bahros Beitrag) von der Umwelt- und Alternativbewegung so gut wie überhaupt nicht die Rede ist, von Hausbesetzern und Ausländerproblematik zu schweigen — das ist frappierend. Es mag mit dem demonstrativen Gestus der Initiatoren zusammenhängen, sie sähen eben die *Arbeiterklasse* als das historische Subjekt an (Neumann, 158ff.) — eine Ausrichtung, die bezeichnenderweise auch von Parteivorstandsmitglied v. Oertzen an den Thesen warm begrüßt wird (33). Mag sein, daß diese Orientierung, wenn auch heute ungewollt, den Initiatoren im Rahmen einer später möglichen grün-roten Arbeitsteilung auch innerparteilich einmal nutzen mag. Aber die *politische Perspektive* des Marxismus, und damit auch marxistischer Programmatik besteht nicht in der Vergötterung von Klassen, sondern primär in der Überwindung des Staates als Herrschaftsform. Dies ist, wie wir bereits in einer früheren Kritik der Herforder Thesen entwickelt haben, weniger durch die Konstruktion detaillierter Vergesellschaftungsmodelle zu erreichen, sondern v.a. durch die Erweiterung der persönlichen und gemeinschaftlichen Handlungskompetenzen der Menschen durch diese selbst (Th. Scheffler/Th. Waldhubel, *Politisches Modell und sozialistische Hegemonie*; in: *spw* 4/1979). Was ist davon zu halten, daß diese Diskussion im vorliegenden Band allein von einem »Außenstehenden« (W. Elfferding, 135ff.) weitergeführt wird? In einer Zeit, in der Bürgerinitiativen, Selbsthilfeprojekte, Friedensgruppen u.a.m. bereits die *praktische* Kritik des innen- wie außenpolitischen Kompetenzmonopols des Staates bilden, sollte es ein Anliegen gerade marxistischer Programmarbeit sein, diesen die Wirkungen ihrer Tätigkeit ins Bewußtsein zu heben und sie in gemeinsamen Bezugspunkten zu bündeln.

Thomas Scheffler (Berlin/West)



Westeuropäische Gewerkschaften

Krisenverarbeitung in Frankreich,
Italien, Japan und BRD

Albers, Moynot, Trentin u.a.

Argument-Sonderband AS 85, 1982

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

Über die Autoren

A.: = Arbeitsgebiete; V.: = Veröffentlichungen

Baxmann, Inge, geb. 1954; wiss. Ass. am Institut für französische Literaturwissenschaft an der TU Berlin; V.: *Von der égalité im Salon zur Citroenne*. In: *Frauen in der Geschichte*, hrsg. v. A. Kuhn und J. Rösen (1983). Mitglied in GEW und BdWi.

Bünz-Elfferding, Anke, geb. 1949; Musiklehrerin, Doktorandin. V.: *Frauenformen*, AS 45 (Mitautorin 1980). A.: Weibliche Ästhetik, Kulturtheorie, Musikwissenschaft. SFB Berlin.

Cerutti, Furio, geb. 1938; Prof. für Geschichte der polit. Theorie an der Univ. Florenz; Mithrsg. von *Problemi del Socialismo*. V.: *Totalità, bisogni, organizzazione (Über Lukács' »Geschichte und Klassenbewußtsein«)* (1980), *Marxismo e politica* (1981). Mitglied im Leitungsgremium der Lelio Basso Stiftung

Czeskleba-Dupont, Rolf, geb. 1944; Mag. Sc. Geographie, Forschungsprojekt Energie, Organisation, Gesellschaft am Aalborg Universitätscenter. V.: *Alternative Umweltpolitik* (AS 56, Mitautor, 1981); *Natural Gas and Bioenergy* (1982). A.: *Regionalwissenschaft; Ökologie*. Mitglied in Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen, BdWi, Sozialistische Volkspartei Dänemark.

Dech, Julia, geb. 1941; Lehrbeauftragte an der Hochschule der Bildenden Kunst, Berlin u. Braunschweig. V.: *H. Daumier: Gegen den Krieg* (Hrsg. 1981) A.: Frauenkunst; Fotografie; Fotomontage.

Deppe, Frank, Prof.Dr., geb. 1941; lehrt Politikwissenschaft an der Uni Marburg. V.: *Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse* (1981) A.: Politische Theorie; Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung; Gewerkschaften; Westeuropäische Integration. Mitglied in GEW und BdWi.

Dietrich, Stephan, geb. 1958; Studium der Rechtswissenschaft und Politologie. A.: Recht und Ideologie. Mitglied der ÖTV.

Dohse, Knut, geb. 1948; wiss. Mitarbeiter am Internationalen Institut für vergleichende Gesellschaftsforschung. V.: *Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat* (1981); *Hire and Fire* (1982). A.: Industrielle Beziehungen; Ausländerpolitik.

Elfferding, Wieland, Dipl.Pol., geb. 1950; Redakteur des *Argument*. V.: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 21982); *Faschismus und Ideologie*, AS 60/62 (Mitautor, 1980). A.: Ideologie-Theorie; Politik-Theorie. Mitglied der GEW und der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.

Frischknecht, Jürg, Journalist. A.: Rechtsextremismus, Medien. Mitarbeiter der »WochenZeitung« (WOZ), Zürich.

Fullkrug-Weitzel, Cornelia, geb. 1955; wiss. Mitarbeiterin am Seminar für Ev. Theologie der FU Berlin. V.: *Richte unsere FüÙe auf den Weg des Friedens*. In: *Das Kreuz mit dem Frieden*, 1982 (zus. mit R. Weitzel). A.: neuere Kirchengeschichte; Ökumenik; Friedensethik.

Hanstein, Thomas, Dipl.Soz.Päd.; Studium der Geschichte, Soziologie und Romanistik an der FU Berlin.

Harden, Theo, M.A., M. phil., geb. 1951; freier Mitarbeiter am FU-Projekt Deutsche Sprachartikel. V.: *Artikel und Emotionen* (1980). A.: Zweitspracherwerb und Semantik. Mitglied der ÖTV.

Haug, Frigga, Dr.phil.habil., geb. 1937; wiss. Mitarbeiterin an d. Hochschule f. Wirtschaft u. Politik Hamburg; Hrsg. d. *Argument*, Mitglied der Frauenredaktion. V.: *Argument-Sonderbände zur Automationsforschung* 7, 19, 31, 43, 55, 67 (zus. mit Projekt Automation und Qualifikation, 1975ff); *Frauenformen*, (Hrsg., 1980). Mitglied in BdWi; ÖTV und SFB Westberlin und Hamburg.

Haug, Wolfgang Fritz, Prof.Dr.phil., geb. 1936; lehrt Philosophie an der FU Berlin; Hrsg. *Argument*. V.: *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (21976); *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor 1979); *Zeitungsroman* (1980); *Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur (I)* (1980). Mitglied in GEW, BdWi.

Hicks, Emily; Mitarbeiterin in der Lehrplankommission der Socialist Community School. A.: Feminismus und Marxismus; Feminismus und Psychoanalyse. Mitglied im socialist feminist network, Los Angeles.

Janz, Oliver, geb. 1960; Studium der Geschichte, Philosophie und Soziologie an der FU Berlin. A.: Neuere deutsche Sozialgeschichte; Sozialgeschichte des Protestantismus; Kulturgeschichte.

Jehle, Peter, geb. 1954; Studium von Französisch und Deutsch an der FU Berlin. A.: Ideologietheorie.

Jung, Werner, geb. 1955; M.A., Doktorand, Wiss. Angestellter. V.: *Wandlungen einer ästhetischen Theorie — Georg Lukács' Werke 1907-1923*. A.: Ästhetische Theorie, Hegelianismus. Mitglied der GEW.

Kamberger, Klaus, Dr.phil., geb. 1940; freier Journalist. V.: *Mit dem Hintern am Boden und dem Kopf in den Wolken* (1981). A.: Kultur; Kulturpolitik; Geschichte.

Knutz, Lothar, geb. 1953; Studium der Geschichte; arbeitet im Forschungsprojekt »Historische Wissenschaftsforschung« an der Uni Bremen. A.: Geschichte der Arbeiterbewegung; Wissenschaftsgeschichte.

Körte, Peter, geb. 1958; Studium der Philosophie und Geschichte. A.: Philosophiegeschichte; Marxistische Theorie; Geschichtstheorie.

- Krause, Hartfrid*, Dr.phil., geb. 1942; Studienrat z.A. V.: *USPD (1975), Kontinuität und Wandel (1976)*, Aufsätze und Zeitschriftenveröff. A.: Geschichte der Arbeiterbewegung, 20. Jahrhundert. Mitglied der GEW.
- Lauermann, Manfred*, Dr.phil., geb. 1947; DFG-Habilitation. A.: *Wissenschaftshistorie*.
- Mehdorn, Birgit*, geb. 1958; Studium der Rechtswissenschaft an der FU Berlin.
- Menzer, Ursula*, Studium der Philosophie, Literaturwissenschaft und Kunstgeschichte. A.: marxistische Philosophie, philosophische Frauenforschung. Mitglied des Vorstandskollektivs der Internationalen Assoziation von Philosophinnen (IAPH).
- Meischer, Thomas*, Prof.Dr.phil., geb. 1934; Prof. f. engl. Literaturwissenschaft und Ästhetik an der Univ. Bremen. V.: *Kunst, Kultur, Humanität (1982)*.
- Petersen, Susanne*, Dr.phil., geb. 1949; Historikerin (z.Zt. arbeitslos). V.: *Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik 1792-1793 (1979)*. A.: Französische Revolution; Volksbewegungen; Französischer Kolonialismus 16.-19. Jahrh. Mitglied in GEW und BdWi.
- Rang, Brita*, Dr.phil., Lehrbeauftragte an der Hochschule der Künste Berlin, arbeitslos. V.: *Pädagogische Geschichtsschreibung in der DDR (1982)*. A.: Geschichte der Erziehung; Wissenschaftsgeschichte; Geschichte der weiblichen Sozialisation.
- Rehmann, Ruth*, geb. 1922; Studium der Germanistik, Kunstgeschichte und Musik (Konzertreife in Geige). V.: *Illusionen (1958), Die Leute im Tal (1969), Paare (21983), Der Mann auf der Kanzel (21982)*. Mitglied in PEN-Club, VS und Friedensbewegung.
- Reiter, Michael*, geb. 1958; Studium der Philosophie, FU Berlin. A.: Ideologietheorie; Religionswissenschaft.
- Reuter, Peter W.*, Dr.phil., geb. 1940; Wiss. Ass. im Fach Geschichte an der GHS Duisburg. V.: *Die Balkanpolitik des französischen Imperialismus 1911-1914 (1979)*. A.: Französische Geschichte; Arbeiterbewegung.
- Richter, Ulrich*, Dr.phil., geb. 1942. V.: *Der unbegreifliche Mythos — Musik als Praxis negativer Dialektik (1974)*. A.: Kritische Theorie; Deutscher Idealismus von Kant bis Marx; Rechtsphilosophie. Mitglied der SPD.
- Ruete, Matthias*, LL.M., Jurist, geb. 1950; lecturer an der School of Law, University of Warwick, Coventry, England. A.: Verfassungs-, Völker- und Urheberrecht; Rechtstheorie.
- Sauer, Christoph*, M.A., geb. 1948; Studium der Germanistik und Publizistik, wiss. Mitarbeiter am Duits Seminarium Amsterdäm. A.: Deutsch als Fremdsprache; empirische Sozialforschung; Diskursanalyse.
- Sauerland, Jürgen*, geb. 1953; Verw. Ang./Sozialpädagoge, grad. Lehramts-Studium der Sozialpäd./Germanistik. A.: Fotografie, Literaturkritik im Vormärz.
- Scheffler, Thomas*, Dipl.-Pol., geb. 1950; Doktorand. V.: *Außenpolitik zwischen Legalität und Legitimität. (124) A.: Vorderer Orient und Sozialdemokratie*.
- Seusing, Christel*, geb. 1953; Studium der Geschichte und Romanistik, VHS-Dozentin.
- Seusing, Ekkehart*, geb. 1947; Dipl.-Volkswirt, wiss. Angestellter. V.: *Die Pharmazeutische Industrie in der Bundesrepublik Deutschland*. (Koautor, 1976). *Bibliographie der EG-Zeitschriften 1952-1980 (1983²)*.
- Schlobinski, Peter*, geb. 1954; wiss. Mitarbeiter am FB Germanistik der FU Berlin. V.: in Fachzeitschriften und Sammelbänden. A.: Soziolinguistik. Redaktionelles Mitglied der Zeitschrift »Sociolinguistics Newsletter«.
- Steinbrügge, Lieselotte*, geb. 1953; Studium von Französisch und Geschichte, Doktorandin an der FU Berlin. V.: Aufsätze Frauenforschung. A.: Frauenforschung und französische Literatur.
- Thomas, Christine*, geb. 1954; Studium der Soziologie. A.: Mädchen in Jugendkulturen. Sexualität und Herrschaft. Mitglied im SFB Berlin und ÖTV.
- Ulrich, Volker*, Dr.phil., geb. 1943; Studium der Geschichte und Literaturwissenschaft, Studienrat. V.: *Was verschweigt Fest? (Hrsg., 1978), Kriegsaltag (1982)*. A.: Geschichte der Arbeiterbewegung, Alltagsgeschichte. Mitglied der GEW.
- Wacker, Ulrich*, geb. 1950; Lehrer. V.: *Das andere Hamburg (Mitarbeiter, 1980)*. A.: Entstehung des Kapitalismus; Zeitgeschichte; Frankreich. Mitglied in GEW.
- Währig, Bettina*, geb. 1956; Studium der Medizin und Philosophie. A.: Medizinische Ethik; Geschichte der Wissenschaft; systematische Philosophie.
- Wenk, Silke*, Dr.phil., geb. 1949; z.Zt. arbeitslos. V.: *Zur gesellschaftl. Funktion der Kunst, historische und empirische Untersuchung in Betrieben (1982); Automationsarbeit: Empirie, AS 7, AS 19, AS 31, AS 43, AS 55, AS 67 (Mitauteur, 1975f.)*. A.: Kulturtheorie; Soziologie der Kunst. Mitglied in ÖTV.
- Zinser, Hartmut*, Dr. phil., geb. 1944; Priv.-Doz., Religionswissenschaftler. V.: *Der Mythos des Mutterrechts (1981), Weltgeist zwischen Jena und Berlin, Hegel-Briefe (Hrsg.; 1982)*. A.: Mythenrezeption; Theorie der Gesellschaft; Psychoanalyse; Religion.

Summaries

Project »Women, Art and Culture«: The Use of a Critical Concept of Culture

Some feminists have criticized the existing cultural practices of the Women's Liberation Movement, maintaining that the women's movement will be integrated if it does not conquer the political level. The authors criticize this position, because this would just be a shift of problems, not the solution. Taking issue with some theoretical approaches to female productivity/»mode of production«, the authors show the necessity of a theory of culture that helps to differentiate the liberating and the confining aspects of the existing practices as well as to understand the cultural in an anti-capitalist perspective. Their claim is that the struggles must be carried out in the cultural practices themselves, that the cultural divisions and splits within the WLM have to be uncovered, analysed, and tackled on this level.

Emily Hicks: Cultural Marxism: Nonsynchrony and Feminist Practice

In Hicks's opinion the main problem for the left today is that it has been unable to develop a theory and practice that is attractive to various oppressed groups in the United States. She demonstrates the necessity for socialist feminists to develop a *cultural marxism* that uses the concept of *nonsynchrony* which can explain the intricate interactions of the oppressions of race, class and sex.

Biddy Martin: The Construction of Women

Martin demonstrates what a materialist feminist theory can learn from Foucault. She shows that his reevaluation of the conceptual split between ideology and economics, between the individual and the social, between the subversive and the repressed, the deconstruction of monolithic concepts of the Oppressor and the Oppressed promise to open a space for feminism to take on an importance it has never had within Marxist theory. For feminists, she concludes, the task is to elaborate the ways in which sexual difference, the meaning of woman figures in the processes of ideological negotiation.

Inge Baxmann: Female Identity and the Games of the French Revolution

Inge Baxmann tries to point out the importance of the games of the French Revolution for the realisation and the fixation of the bourgeois identity of women.

Jula Dech: »Vom Paradekissen zum Paradeplatz«. Unnoticed Productions

In Sept./Oct. 1982, some women in Westberlin organized an exhibition called »Unnoticed Forms of Production«. The paper gives a brief account of the general conception of the exhibition as well as a more detailed description of one of the exhibition rooms, called »Vom Paradekissen zum Paradeplatz«. In the latter we aimed at making visible the ways in which women participate in constructing and maintaining the structures of violence in society. The categories of order, cleanness and infantile discipline are shown as the major causes.

Furio Cerutti: The »Living« and the »Dead« in the Theory of Marx

What remains as living is, above all, the materialism of Marx; that is, the radical immanentism as well as a conception of history as an interplay of stuff and form. Among the »dead« within Marx we should count: the idea of a necessary transition to communism; the picture of communism as a transparent community; the lack of a conception of institutional rules of democracy; the lack of ethical propositions for a future society.

Knut Dohse: Mass Unemployment and the Policy on Immigration

The Federal Republic of Germany will experience the development of a permanent ethnic minority population, which will grow in size. Because of mass unemployment, however, state policy is directed at promoting the return of immigrants, at threats of expulsion and at limiting family reunions. Instead of realistically tackling the future of the immigrant population in the country, »illusions of return« are stabilized.

Jürg Frischknecht: Racism and Policy on Immigration in Switzerland

The article contains a review of the history and the present policy on immigration in Switzerland between exploitation of workers based on economic liberalism and racist hostility towards strangers. Different types of immigrant workers and their life conditions are elaborated. In this respect the positions of the political parties and their influence among the people are discussed.

Wieland Elfferding: On the Racist Discourse in the »Heidelberger Manifest«

The contribution presents a careful reading of the manifesto in order to reveal the characteristics of a possible new racism in West Germany. Its center appears to be an ecological articulation of racism — the German people as »to be preserved pure« — which is placed into official constitutional discourse. Therefore a simple identification of the »Heidelberger Manifest« with nazist racism could be politically ineffective.


3 '83

- H. Böning/S. Götz/A. Hell/
H. Lungershausen/A. Möller:
Kapriolen in der Schule
- Y. Neuschäfer: Dritte-Welt-Reisen —
Von Entwicklungshilfe keine Spur
- V. Hopf: Wem hilft die Schulberatung?
- T. Wegner: Familie/Schule/Knast:
Knacki-Karriere
- A. Zografou: Griechische National-Klassen —
Der direkte Weg ins Abseits

4 '83

- S. Däschler: Projektwoche:
Begegnung mit dem Judentum
- K. Mancke: Nach BLK und KMK:
Hat die Gesamtschule eine Chance?
- C. Reichelt: Bundeswehr in der Schule
- J. Liepe: Grundkurs Lehrerwissen:
Unterrichtsplanung (I)
- P. Härtling: Die Söhne der Friedensväter
16. Jg. 1983

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120,
6940 Weinheim - Einzelheft DM 6,-; Jahresabo DM
62,-; Studentenpreis DM 52,- (Bei Vorlage einer
Studienbescheinigung), incl. MwSt zuzgl. Versandkosten.

Demokratie und Recht

4 '82

- H.-U. Borgaes/R. Wahsner: Leiharbeit
und Fremdfirmenarbeit
- R. Heller: Neue Technik — alte Gesetze
- U. Zachert: Gewerkschafts- und Betriebs-
ratsrechte im Betrieb
- J. Hoyer: Aussperrung, »neue Beweglich-
keit«, Warnstreik und Sympathiestreik
- U. Kraher: Asylsuchende als Zwangsar-
beiter nach § 19 Bundessozialhilfegesetz
- Berichte und Entscheidungen:*
Rechtspolitische Forderungen zur Hand-
habung des Asylrechts
- Vereinsverbote gegen paramilitärische
Vereinigungen
- Förderung eines Arbeitslosenbetreuungs-
vereins durch Bewilligung von ABM-Stel-
len
- Unzulässigkeit von Sozialhilfekürzungen
bei Verweigerung von »gemeinnütziger
Arbeit« durch Asylbewerber

3 '82

- M. Breitbach: Die Studentenschaft im
Studel der Kriminalisierung
- P. Römer: Die Friedenspflicht im Grund-
gesetz
- B. Zypries: Vergewaltigung und Gewalt
im Sinne des § 177 StGB
- G. Struck: Ungleichzeitigkeit im Zivilrecht
- Berichte und Entscheidungen:*
Neue Entwicklungen im Asylrecht
- Politische Strafjustiz in der Türkei als
Asylgrund
10. Jg. 1982

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder — Vierteljährlich
— Einzelheft 8,00 DM, im Jahresabo 7,00 DM, für
Studenten 6,00 DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottes-
weg 54, 5000 Köln 51

kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

1'83
*Ausländer**Sündenbock oder Mitbürger*

C. Abate, R. Albrecht, Ö. Basargan, H. Bektas, R. Caltofen, V. d'Adamo, M. Douka, S. Dikmen, D. Frank, H. Friedmann, J. Chr. Hauschild, M. Höhn, K.M. Maisel, B. Mannhard, H.S. Özkan, U. Schipper-Rappenstein, R. Schami, P. Schütt, A. Tondern, M. Ünal, B. Yıldız, R. Valenta, J.V. Morales

R. Kühnl: Jetzt Dämme setzen...

G. Chiellino: Ausländerfeindlichkeit braucht keine NS-Vergangenheit

F. Biondi/R. Schami: Ein Gastarbeiter ist ein Türke

C. Chiellino: Zwischen Solidarität und Klischee

R. Hoffmann: Ein Abend in Paris-Harlem

W. Lange: Leben im Schwarzenviertel

R. Perry: Gesundheitsbeten in Gottes eigenem Land

W.-R. Wilms: Unternehmen »Mahagonny«

Acht Thesen zum Heimatverbot des Gastarbeiters

Münchener Manifest

Hrsg. Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Conrad Schühler, Hannes Stutz. Redaktion: Friedrich Hitzer (verantwortl.), Elvira Högemann-Ledwohn, Klaus Konjetzky, Oskar Neumann. Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 8,50 DM. Jahresabo 32,- DM. Studentenabo 27,- DM. Dammitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40.

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

29'83
Schwerpunkt: Literatur und Kollaboration

G. Loiseau: Collaboration littéraire au service de l'»Europe Nouvelle«

G. Loiseau: Dokumentation

H. Hofer: »Les sept couleurs« von Robert Brasillach

J. Sieß: Ein Deutscher in Paris 1940-1944

Schwerpunkt

G. Schmigalle: Une interprétation politique de »L'Espoir«

G. Schrammen: Verfälschende Darstellung des Spanischen Bürgerkriegs

Forum

H. Duccini: Les auteurs de libelles dans la France de Louis XIII

R. Stübling: Hermann Wendel und Frankreich

J. Moebus/M. Blankenburg: Saint-Simons Grundlegung des »nouvel ordre de jouissances«

P. Sarter: L'actualité de la pensée politique de Frantz Fanon

France actuelle

R.A. Höhne: 20 Jahre deutsch-französischer Vertrag

E. Hültenschmidt: Frankreichs neue Forschungspolitik

M. Hénissart/W. Kowalsky: Etats généraux du patronat

E. Sinassamy: Deutsch-französische Verständigung: Die Erbtöchter

E. Sinassamy: Simone de Beauvoir

S. Dümchen-Weihert: O Kanada

8. Jg. 1983

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H.E. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7,70, im Abo 6,70, Studenten 5,70. — Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

linkskurve

das neue Forum
für fortschrittliche
Kunst und Kultur

1 '83

Thema: Palästina

G. de Siaty: Frontlinie Beirut
Gespräch mit palästinensischen Schrift-
stellern
G. Kanafani: Über die Grenzen hinaus
E. el-Manastra: Gafra
M. Bessieso: Der palästinensische Kreide-
kreis
R. Schami: Der Gesang der Gefesselten
S. Taufiq: Lieder — Schrei aus dem Liba-
non

Rezensionen:

P. Schneider: Der Mauerspringer
W. Pohrt: Endstation

Portrait:

D. Viglietti: Nazim Hikmet

Gespräche und Texte

H. Knappe: Grauer Morgen
L. Rathenow: Gedanken über Schranken
beim Thema Frieden
Otto Dressler — Verfremdungskünstler
J. Krug: Der Bankrott
M. Argueta: Die Tage des Albtraums

Aus der Werkstatt

Zu Besuch bei dem Bildhauer Erich Sauer

MODERNE ZEITEN

1 '83

*Debatte um das grüne
Wirtschaftsprogramm*

MOZ-Thema:

Entscheidungsjahr für die Friedensbewe-
gung — 1983

M. Lucas: Friedensbewegung und Welt-
wirtschaftskrise

J. Reents: Wie lange noch bis zum Dritten
Weltkrieg?

J. Reents: Der Andropow-Vorschlag und
die Haltung der USA

P. Lohauß: SPD — Bündnispartner gegen
die »Nach«rüstung?

Politik der Frauen

Wahlbewegung und Parteibildung

2-3 '83

Bonn wird/muß ergrünen

*MOZ-Thema: 50 Jahre Machtübergabe —
Aktualität des Faschismus*

F. Dingel: Der 30. Januar 1933

M. Stamm: Demokratische Übergänge
zum Faschismus

R. Werle: Türkei und Chile

Wahlbewegung

E.T.-Forum

R. Oppermann: Zerbricht die OPEC?C.
Kleefeld: Auch Bauern sind Grundbesitzer

P. Brandt: Albers und andere

3. Jg. 1983

Redaktionsleitung: Jo Hauberg. Redaktion: Dineke
Beckman, Barbara Kunz-Bürgel, Detlef Langer, Giu-
seppe de Siaty, Gerhard Stabler. Redaktionsadresse:
linkskurve, Kesselstr. 11a, 4600 Dortmund 1 — Er-
scheint vierteljährlich im Verlag Neue Zeit GmbH,
Postfach 4304, 2300 Kiel 1 — Einzelheft 7 DM, Jahres-
abo incl. Versandkosten 25 DM

Hrsg. von der Initiative Sozialistische Politik, Redak-
tion: R. Ascheberg, M. Barg, Th. Ebermann, R. Fen-
chel, W.K. Goltermann, D. Holloh, K. Nolle, J.
Reents, P. Rieckmann, Chr. Schmidt, R. Schiller-
Dichhut, M. Stamm, F.O. Wolf. — Erscheint monat-
lich im SOAK-Verlag, Hannover. — Preis: 5,- DM, Jah-
resabo: 60,- DM. — Anschrift: Moderne Zeiten, Pablo-
Neruda-Haus, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1

positionen

THEORETISCHES ANALYSE

43 '82

W. Gukelberger: Bundesdeutsche Perspektiven zwischen rot und grün. Zur Situation der Grünalternativen nach dem Bonner Regierungswechsel

M. Madörin/L. Vogel/M. Schmied: Der große Deal. Materialien zur Zusammenarbeit Schweiz-Südafrika

F. Witschi: Sozialismus — Sicherheit — NATO

M. Ragaz: Palästina im Buch

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik

50 '83

Marx und der Marxismus

M. Braig/C. Lentz: Wider die Enthistorisierung der Werttheorie. Kritische Anmerkungen zum analytischen Gehalt der catch-all Kategorie »Subsistenzproduktion«

U. Beer: Marx auf die Füße gestellt? Zum theoretischen Entwurf von Claudia v. Werlhof

C. v. Werlhof: Lohn ist ein »Wert«, Leben nicht? Auseinandersetzung mit einer »linken« Frau (Replik auf Ursula Beer)

A. Mohl: Karl Marx und die Selbstverständigung unserer Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche

D. Hassenpflug: Praxisphilosophie: Geschichtliches Handeln und Naturdialektik

M. Grauer: Wissenschaft, Dialektik und Natur. Untersuchungen am Beispiel von Karl Korsch

L. Althusser: Marx' Denken im Kapital
13. Jg. 1983

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) — 6 Nummern pro Jahr — Einzelheft Fr. 3.50, Doppelheft Fr. 5.— — Abo: Schweiz Fr. 18.—, Ausland Fr. 21.— — Redaktion positionen, Postfach 539, CH-8026 Zürich

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altwater, S. Gensior, S. Heimann, J. Hoffmann, K. Hubner (geschäftsführend), U. Jürgens, W. Spohn, W. Suß, F.O. Wolf. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 12.— DM, im Abo 10.— DM — Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

18'83

Aktuelle Kommentare

C. Rix-Mackenthun: Zu den Initiativen im Rahmen der Genfer Verhandlungen

R. Meng: Lernprozeß und Parteitaktik in Hessen

H. Schwenger: Aufwärts, abwärts oder rückwärts?

Diskussionsschwerpunkt:

»Neue Mehrheiten« für linke Politik

W. Damkowski/J. Rother: »Politik links von CDU« (Willy Brandt)

E. Hoplitschek: Grün-rote Koalition?

B. Rohr: Wachsam und Unbescheiden.

Einige Überlegungen zur Frauenfrage

F. Karl: Über Strukturen und Inhalte einer »neuen Mehrheit«

K.-P. Wolf/B. Zimmermann: Wird die »neue Mehrheit links von der CDU« ein Reformbündnis?

Analysen

A. Huß-Michel: Vor 50 Jahren: Der Faschismus an der Macht

W. Holtfort: Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit.

M. Krätke: Dieser Sozialstaat ist der unsere nicht!?! (II)

K. Krusewitz: Gesellschaft, Ökologie, Militarismus.

H.-J. Sandkühler: Gramsci-Debatte und Marx-Diskussion

V. Gransow/M. Krätke: Paul Levi

6. Jg. 1983

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hündels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: K. Gauer-Krusewitz, F. Heidenreich, K. Krusewitz, G. Mackenthun, H. Raßmes, C. Rix-Mackenthun, D. Scholz, A. Westphal. *spw* erscheint in 4 Hefen jährlich, Jahresumfang 516 S. Einzelheft DM 9,80, im Jahresabo DM 7,— zuzügl. Postversand. Bestellungen über *spw*-Vertrieb, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

TEXT+KRITIK

77'83

Karl Krolow

K. Krolow: Herodot oder der Beginn von Geschichte

J. Landwehr: Formen der Mimesis im Gedicht

R. Paulus: Die Lyrik Karl Krolows

G. Kolter: Typen der Lyrikrezeption

G. Kolter/R. Paulus: Gespräch mit Karl Krolow

W.H. Fritz: Karl Krolows Prosa

U. Steuler: Krolow als Übersetzer

G. Kolter: Liebe, Eros, Sexualität

Zu Karl Krolows »Bürgerlichen Gedichten«

Vita Karl Krolow

R. Paulus: Kommentierte Auswahlbibliographie

Notizen

Herausgeber: H.L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, U. Voskamp. — Erscheint jährlich in 4 Hefen. — Abopreis 34,— DM zzgl. Versandkosten — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

Aus dem Verlagsprogramm



**Nur wer sich bewegt,
spürt seine Fesseln**

Erfahrungen
an der Heilswiese
gegen
StarbahnWest

Herausgeber:
Büro, mitarbeitend
des Sozialistischen Büros
Frankfurt Rhein-Main

Verlag 2000

"linkspocket" – Weiterhin aktuell

Frauentheater

(Band 9, 174 Seiten, DM 13,-)

Heute schon gelebt?

Alltag und Utopie
(Band 8, 230 Seiten, DM 15,-)

Blätter von unten

Alternativzeitungen in der Bundesrepublik
(Band 6, 152 Seiten, DM 10,-)

Wie Phönix aus der Asche?

Energiekrise und "Modell Deutschland"
(Band 5, 152 Seiten, DM 10,-)

Teufel, Teufel!

Trau keiner Stunde über 35!
Theater, Lieder, Film und Video
im Arbeitskampf
(Band 4, 152 Seiten, DM 9,-)

"Und eines Tages merkte ich, ich war nicht mehr
ich selber, ich war mein Mann"

Eine politische Autobiographie
(Band 3, 144 Seiten, DM 9,-)

Widerstand gegen die Starbahn West – Wie geht es weiter?

Wer sich über die Diskussionsprozesse in der Bürgerinitiative gegen die Flughafenweiterung informieren will, wer aus den bisherigen Erfahrungen des Widerstands gegen die Starbahn West lernen will, wer über die Hintergründe, Strukturen und Probleme des Widerstands mehr erfahren will, als in der Tagespresse steht, der greife zu dem neuen Buch "Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln", herausgegeben von der Bürgerinitiative gegen die Flughafenweiterung Frankfurt Rhein-Main. (linkspocket Band 10, 320 Seiten, mit vielen Abbildungen, DM 16,50)



Ebenfalls im Verlag 2000 ist das erste Buch der Bürgerinitiative erschienen: "Keine Starbahn West" – Argumente, Bilder und Berichte (linkspocket Band 7, 2 überarbeitete Auflage, DM 13,-)

Sonderpreis: beide Bücher zusammen gibt es für nur DM 22,-

"linkspocket" – Weiterhin aktuell

Erfahrungen – Sozialisten bearbeiten
ihre politische Sozialisation
(Band 2, 216 Seiten, DM 12,-)

Zur konkreten Utopie
gesellschaftlicher Arbeit
(Band 1, 160 Seiten, DM 10,-)



Andreas Buro
**Zwischen
sozial-liberaler
Zerfall
und
konservativer
Herrschaft**

Zur Situation der Friedens- und
Protestbewegung in dieser Zeit



Friedenspolitik

Zwischen sozial-liberaler Zerfall
und konservativer Herrschaft

Andreas Buro, Mitbegründer des Ostermarsches,
Gründer und Mitarbeiter des Sozialistischen Büros,
untersucht die Bedingungen und Probleme
der Friedens- und Protestbewegung unter
konservativer Herrschaft.
(linkspocket Band 11, 220 Seiten, DM 13,-)

Unabhängige Sozialisten haben ihren eigenen
Standpunkt, dazu die Thesen des Sozialistischen
Büros "Sozialistische Friedenspolitik"
(88 Seiten, DM 6,50)

Politik im Reproduktionsbereich

Angesichts der Rotstiftpolitik ein schwieriges Unterfangen. Vor Illusionen oder Resignation bewahren arbeitsfeldübergreifende Analysen, dies versuchen die "Widersprüche" – Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich.

Hefi 1: **Hilfe und Herrschaft** (152 Seiten, DM 11,-)

Hefi 2: **Sozial-Spar-Staat** (144 Seiten, DM 10,-)

Hefi 3: **Methoden, Techniken, Ziele** (144 Seiten, DM 10,-)

Hefi 4/5: **Spaltung der Gesellschaft – Packeis und Seelenwärme** (208 Seiten, DM 15,-)

Die Hefte 2-5 sind auch im Abonnement erhältlich, zum Abo-Preis von DM 36,- teilschl. Porto. Das Abonnement 1983 kostet einschl. Porto DM 39,- und enthält die Hefte 6-9.

Geplant sind folgende Themen: "Mütterfallen", "Alter Lebensart", "Ausländerpolitik", "Familie". Wer sich mit der Analyse der beruflichen Praxis von Sozialarbeitern beschäftigt, dem empfehlen wir das Buch von Georg Zinner, "Sozialarbeit zwischen Illusion und Wirklichkeit" (168 Seiten, DM 10,-). Auch für die Arbeitsbereiche der Lehrer und Gesundheitsarbeiter halten wir wichtige Literatur bereit. Gesamtprogramm anfordern.

Wer sich für sämtliche zur Zeit erhältliche Broschüren aus dem Schriftenprogramm des Verlag 2000 GmbH – Sozialistisches Büro interessiert, findet diese in der aktuellen Broschürenliste. Alle Broschüren sind im linken Buchhandel erhältlich,

können jedoch auch gegen Vorauszahlung direkt beim Verlag bezogen werden: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

**WIDER
SPRÜCHE**

Zeitschrift für sozialistische Politik im
Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich



HEFT 4/5
D. J. 1982/83 III

**SPALTUNG
DER GESELLSCHAFT**
Politik im Sozialbereich

- **Mond und
Massage**
- **Spiral-
schwanger-
schaft**
- **Die Pille für
den Mann**
- **Schering-
prozess**
- **Diaphragma**



**Das Sonderheft 7 «Verhütungsroulette»,
Pharma & Co wird ab 7.3.83 im Handel
sein. 7,80 DM**

Gernot Erler, Walter Süß (Hg.)

Stalinismus

Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg 1982. Ca. 678 S., ca. DM 88,-

Dieser Band, an dem namhafte Wissenschaftler aus verschiedenen Arbeitsbereichen und Disziplinen mitgearbeitet haben, ist eine Darstellung der sowjetischen Gesellschaft in der Zeit des Stalinismus; gleichzeitig werden aber auch die einzelnen gesellschaftlichen und institutionellen Bereiche untersucht, in denen sich der Stalinismus als eine besondere Herrschaftsformation durchgesetzt hat.

Die Autoren: Helmut Altrichter, Charles Bettelheim, Manfred von Boetticher, Bernhard Chavance, Gernot Erler, Hubertus Gaßner, Eckhart Gillen, Alwin W. Gouldner, Hans Günther, Heiko Haumann, Tatjana Kirstein, Krisztina Mánicke-Gyöngyösi, Stephan Merl, Gerd J.M. Meyer, Klaus Meyer, Jürgen Nötzold, Bianca Pietrow, Anna-Jutta

Pietsch, Hans-Henning Schröder, Peter W. Schulz, Walter Süß, Ulrich Weisenburger, Uwe Zänker

Stichworte aus dem Inhalt: Kaderpolitik und Stalinismus – Stalinismus als Phänomen der nichtkapitalistischen Akkumulation – Der Beitrag der Landwirtschaft zur Industrialisierung der Sowjetunion – Stalinismus als interner Kolonialismus – Ideologie des Staatskapitalismus – Kritiker der sowjetischen Bürokratie – Sicherheitspolitik und Industrialisierung – Entscheidungsprozessanalyse am Beispiel des Ural-Kuzneck-Kombinats – Außenwirtschaftsbeziehungen und Industrialisierungsstrategien – Partei, Bürokratie und Arbeiterklasse auf dem Weg in den Stalinismus – Utopischer Ordnungsentwurf oder Versöhnungsideologie: Beispiele sowjetischer Kunst – „Sozialistischer Wettbewerb“ – Schule, Hochschule – Pädagogik – Massenkampagnen.

Anhang: Bibliographie, Personenregister, Sachregister

Campus Verlag · Myliusstraße 15 · 6000 Frankfurt/Main

campus

weltweit aktuell lebendig konkret

horizont — Sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft
»horizont« bringt Ihnen interessante Informationen durch exklusive Berichterstattung zu Themen der Außenpolitik der DDR; der Zusammenarbeit mit anderen Ländern; der internationalen Arbeiterbewegung; des aktuellen Weltgeschehens; der Weltwirtschaft

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell! Senden Sie den Kupon als Bestellung an Brücken-Verlag GmbH, Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf 1

Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.
Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

horizont

- Ich möchte »horizont« zum Jahresabonnement von 67,60 DM zzgl. Portogebühren von 10,60 DM beziehen.
- Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Name
Straße
PLZ

Vorname

Hausnummer

Ort

hier ausschneiden

Für die Leser und Leserinnen der

tageszeitung

berichten Auslandskorrespondenten aus
**Paris, London, Managua, Rom, Tel Aviv,
Washington, Amsterdam**

Aktuelle Meldungen liefern taz-Mitarbeiter-innen aus
**Genf, Madrid, Beirut, Mailand, Athen,
Barcelona, San Francisco**

taz-Journalist-inn-en bereisen in den letzten
3 Monaten folgende Länder:

**Libanon, El Salvador, Nicaragua,
Spanien, Israel, Algerien, Polen**

Auslandsreportagen und internationale Analysen
haben auch in Zukunft täglich ihren festen Platz in der

tageszeitung

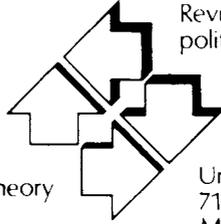


P R O B E A B O

Die taz 1 Woche kostenlos bestellen bei:
taz-Abo, Wattstr.11-12, 1000 Berlin 65



Canadian Journal of
Political and Social Theory



Revue canadienne de théorie
politique et sociale

Université Concordia
7141 ouest, rue Sherbrooke
Montréal, Québec H4B 1R6
Canada

IDEOLOGY/POWER

AL ISSUE 1988 SPECIAL ISSUE 1988 SPECIAL ISSUE

John Keane Controversies in the Theory of Ideology

Anthony Giddens Four Theses on Ideology
Ernesto Laclau Marxism and Ideology
Françoise Gadet/Michel Pêcheux *La Langue Introuvable*

Jürgen Habermas Conditions for Revolutionizing Late Capitalism
Claude Lefort The Genesis of Ideology in Modern Societies
Zygmunt Bauman Ideology and the *Weltanschauung* of the Intellectual
György Márkus Concepts of Ideology in Marx
Wayne Hudson Ernst Bloch: 'Ideology' and Post-Modern
Social Philosophy
Paul Hirst Ideology, Culture and Personality
Arthur Kroker The Eye of Power
Andrew Arato Immanent Critique and Authoritarian Socialism
John Thompson Theories of Ideology and Methods
of Discourse Analysis

Subscriptions

\$8.00 ea.; Vol. VII, Nos. 1-2, \$15.00 yr.
Outside North America add \$3.00 yr.
\$1.00 ea. for additional postage.

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Romaine, Suzanne: Socio-historical linguistics (P. Schlobinski)</i>	282
<i>Yakut, Atilla: Sprache der Familie (Th. Harden)</i>	284
<i>Winkler, Peter (Hrsg.): Methoden der Analyse von Face to Face Situationen (Chr. Sauer)</i>	284
<i>Schlaffer, Heinz: Faust Zweiter Teil (Th. Metscher)</i>	286

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Wolbert, Klaus: Die Nackten und die Toten des »Dritten Reiches« (W.F. Haug)</i>	289
<i>Muchembled, Robert: Kultur des Volkes — Kultur der Eliten (P. Jehle)</i>	292
<i>Burke, Peter: Europäische Volkskultur in der frühen Neuzeit (O. Janz/Th. Hanstein)</i>	294
<i>Blum, Jerome (Hrsg.): Die bäuerliche Welt (U. Wacker)</i>	295

Erziehungswissenschaft

<i>Grenz, Dagmar: Mädchenliteratur (B. Rang)</i>	296
<i>Puhlmann, Angelika: Mädchenerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft (B. Rang)</i>	298
<i>Enders-Drägässer, Uta: Die Mütterdressur (C. und E. Seusing)</i>	299

Soziologie

<i>Deppe, Wilfried: Drei Generationen Arbeiterleben (F. Haug)</i>	300
<i>Langewiesche, Dieter, und Klaus Schönhoven (Hrsg.): Arbeiter in Deutschland (K. Kamberger)</i>	302
<i>Köhler, Jochen: Klettern in der Großstadt. Geschichten vom Überleben 1933 bis 1945 (K. Kamberger)</i>	302
<i>Bauer, Max: Kopfsteinpflaster. Erinnerungen (K. Kamberger)</i>	302
<i>Hunter, Brigitte: Kitty (K. Kamberger)</i>	302
<i>Schneider, Jürgen: Analytische Arbeitsbewertung (F. Deppe)</i>	305

Geschichte

<i>Dowe, Dieter: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegungen von den Anfängen bis 1863 (L. Knatz)</i>	307
<i>Tenfelde, Klaus, und Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863-1945 (L. Knatz)</i>	307
<i>Klotzbach, Kurt: Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914-1945 (L. Knatz)</i>	307
<i>Günther, Klaus, und Kurt Thomas Schmitz: SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der BRD 1945-1973 (L. Knatz)</i>	307
<i>Ritter, Gerhard A.: Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland. Vom Vormarsch bis zum Ende der Weimarer Republik (V. Ullrich)</i>	309
<i>Stephan, Cora: Zur Theoriebildung in der deutschen Sozialdemokratie 1862-1878 (M. Lauerermann)</i>	310
<i>Boll, Friedhelm: Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918 (H. Krause)</i>	311

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Moore, Barrington</i> : Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand (<i>M. Reiter</i>).....	312
<i>Reifner, Udo (Hrsg.)</i> : Das Recht des Unrechtsstaates (<i>B. Mehdorn</i>).....	314
<i>Neumann, Franz</i> : Die Herrschaft des Gesetzes (<i>M. Ruete</i>).....	316
<i>Söllner, Alfons</i> : Neumann zur Einführung (<i>M. Ruete</i>).....	316
<i>Klaus, Ekkehard</i> : Deutsche und amerikanische Rechtslehrer (<i>S. Dietrich</i>).....	318
<i>Albers, Detlev, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao (Hrsg.)</i> : Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken (<i>W. Elfferding</i>).....	319
Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke (<i>Thomas Scheffler</i>)....	320
<i>Shannon, T.A. (Hrsg.)</i> : War or peace? (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>).....	262
<i>Moltmann, B. (Hrsg.)</i> : Militarismus und Rüstung (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>).....	262
<i>Lienemann, W.</i> : Das Problem des gerechten Krieges im deutschen Protestantismus (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>).....	263
<i>Walter, C. (Hrsg.)</i> : Atomwaffen und Ethik (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>).....	264
<i>Arbeitskreis Pro Ökumene (Hrsg.)</i> : »Ohne Rüstung leben« (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>)	265
<i>Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.)</i> : Christen im Streit um den Frieden (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>).....	265
<i>Stamler, W. (Hrsg.)</i> : Sicherung des Friedens (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>).....	265
<i>Gramm, R./Blaschke, P.H. (Hrsg.)</i> : Ernstfall Frieden (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>).....	265
<i>Wilkins, E. (Hrsg.)</i> : Christliche Ethik und Sicherheitspolitik (<i>C. Füllkrug-Weitzel</i>).....	265



Neue Soziale Bewegungen und Marxismus

Diskurs und Hegemonie.
Nationalismus und Populismus.
Feminismus und Sozialismus.

E. Laclau, C. Buci-Glucksmann u.a.

Argument-Sonderband AS 78, 1982

DM 16,80/f. Stud. 13,80 (Abo: 13,80/11,80)



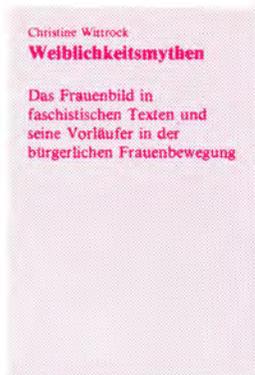
Aktualisierung Marx'

Kritische Neulektüre von Marx vom Standpunkt der heutigen Probleme. Albers, Altvater, Volker Braun, Deppe, Frigga Haug, W.F. Haug, Hirsch, Holzkamp, Tjaden u.a.

Argument-Sonderband AS 100, 1983

16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

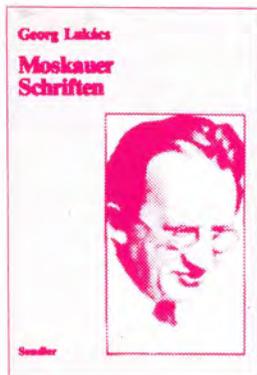
Sendler ● Sendler ● Sendler ● Sendler



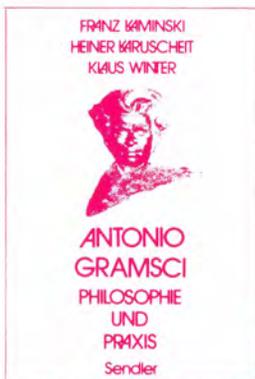
340 Seiten
22,00 DM



147 Seiten
20,00 DM



173 Seiten
12,00 DM



320 Seiten
29,00 DM



270 Seiten
24,00 DM



150 Seiten
16,00 DM

Lieferung nur gegen Vorkasse auf Postscheckkonto Buchvertrieb Hager, Kto.-Nr. 187 490-607 Ffm. Bei Bestellung unter 50 DM müssen 3 DM Versandgebühren hinzugerechnet werden.

Auslieferung über Buchvertrieb Hager, Postf. 11 1162, 6 Ffm 11

Buchhandlungen

die DAS ARGUMENT, Argument-Sonderbände (AS)
und Argument-Studienhefte (SH) komplett am Lager haben

- Aachen: babula Buchhandlung, Pontstr. 133; Tel.: 0241/27555
Augsburg: »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel.: 0821/579173
Berlin 12: autorenbuchhandlung, Carmerstr. 10; Tel.: 030/310151
Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel.: 030/3134017
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel.: 030/3135056
Buchhandlung Kiepert, Hardenbergstr. 4-5; Tel.: 030/310711
Berlin 15: Das Politische Buch, Lietzenburger Str. 99; Tel.: 030/8832553
Berlin 19: Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel.: 030/3417432
Berlin 30: georg-büchner-buchhandlung, Augsburger Str. 31; Tel.: 030/242073
Berlin 33: das europäische buch, Thielallee 32; Tel.: 030/8324051
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel.: 030/8313825
Buchhandlung Kiepert, Garystr. 46; Tel.: 030/8324368
Berlin 41: Wohlthat'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel.: 030/8511509
Berlin 45: Buchhandlung Rosenfeld, Drakestr. 35a; Tel.: 030/8313962
Bielefeld: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Feilenstr. 10; Tel.: 0521/63518
Bochum: Politische Buchhandlung, Im Westenfeld 22; Tel.: 0234/702336
Bonn: Buchladen 46, Kritische Politik, Kaiserstr. 46; Tel.: 0228/223608
Bremen 1: Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel.: 0421/72073
Volksbuchhandlung, Richtweg 4, Tel.: 0421/323334
Bremen 33: Buchladen Bettina Wassmann, Bibliothekstraße; Tel.: 0421/217023
Dortmund: Buch International, Königswall 22; Tel.: 0231/140880
bücherstube GmbH, Große Heimstr. 62; Tel.: 0231/103306
Duisburg: buchladen kollektiv gmbh, Oststr. 194; Tel.: 0203/372123
Essen: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel.: 0201/231923
Karl-Liebknecht-Buchhandlung, Viehofer Platz 15; Tel.: 0201/232014
Frankfurt: Buchladen Verlag 2000 GmbH, Jügelstr. 1; Tel.: 0611/775082
Collectiv-Buchhandlung, Bornwiesenweg 4, Tel.: 0611/593989
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Grafestr. 77; Tel.: 0611/777303
Gießen: Buchhandlung Wissen und Fortschritt, Schiffenberger Weg 1; Tel.: 0641/792267
Göttingen: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10; Tel.: 0551/42128
Hamburg: Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel.: 040/449778
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel.: 040/453801
Internationale Buchhandlung, Johnsallee 67; Tel.: 040/4104572
Hannover: Internationalismus Buchladen, Königsworther Str. 19; Tel.: 0511/17173
Heidelberg: Buchhandlung kollektiv, Plock 64a; Tel.: 06221/12633
Kassel: Buchhandlung Wissen u. Fortschritt, Werner Hilpert Str. 5; Tel.: 0561/15642
ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel.: 0561/77704
Köln 41: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel.: 0221/420214
Anna Seghers Buchhandlung, Bilhildisstr. 15; Tel.: 06131/24916
Mainz: Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel.: 06421/24787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63662
München 40: BASIS. Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel.: 089/2809522
Münster: Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel.: 0251/51414
ROSTA-Buchladen, Spiekerhof 34; Tel.: 0251/44926
Nürnberg: Libresso Buchzentrum, Peter-Vischer-Str. 25; Tel.: 0911/225036
Oldenburg: Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Kurwickstr. 14/15; Tel.: 0441/13949
Saarbrücken: Buchhandlung Lenchen Demuth, Nauwieser Str. 13; Tel.: 0681/36559
Schwerte: Buchhandlung Hubert Freistühler, Holzener Weg 31; Tel.: 02304/80033
Stuttgart: Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 14; Tel.: 0711/223287
Tübingen: aktion politischer buchladen, Nauklerstr. 20; Tel.: 07071/212929
Schweiz: Bern: Buchhandlung für Soziologie, Münsterergasse 41; Tel.: 031/228218
Zürich: Limmatbuchh., Pinkus-Genossenschaft, Froshaugasse 7; Tel.: 01/2512674
Dänemark: Kopenhagen: Kobenhavns Bogcafé, Kultorget 11; Tel.: 01/111236
Niederlande: Den Haag: E.R. Ruward B.V., Noordeinde 122; Tel.: 070/658755
Österreich: Wien 1: Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel.: 0222/433221